

Thomas Hanf

Zur Entwicklung von Werten, Einstellungen und Handlungsorientierungen in ausgewählten Bundesländern unter den sich verändernden Bedingungen des innerdeutschen Transformationsprozesses durch die EU-Ost-Erweiterung

Abschlussbericht

Auf einen Blick...

- Die Osterweiterung hat auf die ostdeutsche Transformation keinen Einfluss gehabt. Jedoch sind Rahmenbedingungen der Verteilungs- und Förderpolitik geändert worden.
- Die EU-Erweiterung hatte keine nachweisbaren Auswirkungen auf die Wertestruktur der ostdeutschen Bevölkerung, wohl aber wirkten sich bestehende Einstellungen auf die Bewertung der Erweiterung aus.
- Die Befragten rechnen ihre seit 2004 gemachten Erfahrungen auf die EU-Erweiterung zu, obwohl die Ursachen dieser Erfahrungen innerhalb Deutschlands (Agenda 2010) zu verorten sind.
- Die Legitimation der Erweiterung ist teilweise hoch, nimmt aber in dem Maße ab, in dem sich die Beurteilung auf konkrete politische Zielstellungen bezieht. Kritische Bewertungen überwiegen (Souveränitätsverlust, Bürokratie, Entfernung der Politik, Mangel an Demokratie, Verschwendungen von Mitteln, Konkurrenz unter den Mitgliedsländern, Verzögerung der Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland).
- Vor dem Hintergrund von Deprivationserfahrungen fällt die Bilanz der Erweiterung für die Befragten äußerst negativ aus. Dabei spielen regionale, sozialstrukturelle Faktoren eine Rolle, vor allem aber Voreinstellungen gegenüber Ausländern.

Sozialwissenschaftliches
Forschungszentrum
Berlin-Brandenburg e.V.

SFZ

Köpenicker Str. 125
10179 Berlin
☎ (030) 28305560
📠 (030) 28305561
✉ sekretariat@sfz-ev.de
🏠 www.sfz-ev.de

**Zur Entwicklung von Werten, Einstellungen und Handlungsorientierungen in
ausgewählten Bundesländern unter den sich verändernden Bedingungen des
innerdeutschen Transformationsprozesses durch die EU-Ost-Erweiterung**

Abschlussbericht über eine empirische Studie

Thomas Hanf

Dezember 2009

1. EU-Erweiterung und Transformation	3
1.1. Einleitung	3
1.2. EU-Erweiterung und Transformation	9
1.3. Transformation im Osten Deutschlands	11
1.4. Wirtschaftliche Voraussetzungen und Folgen der EU-Erweiterung in Ostdeutschland	14
2. Erfahrungen und Bewertungen des EU-Erweiterungsprozesses aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger	18
2.1. Legitimation der Erweiterung durch die Bevölkerung	18
2.1.1 Ausgangspositionen und Fragestellungen	18
2.1.2 Anlage der Untersuchung	19
2.1.3 Legitimation der Erweiterung	22
2.1.4 Positive Legitimation	24
2.1.4.1 Ergebnisse	26
2.1.4.2 Positive Legitimation nach sozialstrukturellen Merkmalen – ausgewählte Indikatoren	48
2.1.5 Negative Legitimation	53
2.1.5.1 Ergebnisse	56
2.1.5.2 Negative Legitimation nach sozialstrukturellen Merkmalen – ausgewählte Indikatoren	70
2.2. Erfahrungen seit der Erweiterung	77
2.3. Chancen und Risiken für die regionale Entwicklung	97
2.3.1 Ergebnisse	98
2.4. Eigenes Verhalten nach der EU-Erweiterung	107
2.4.1 Ergebnisse	108
2.4.1.1 Sich auf die neuen Bedingungen einrichten...	108
2.5.1.2 Eigener Beitrag zum Gelingen der EU-Erweiterung	118
2.5. Gerechtigkeitseinstellungen zur EU-Erweiterung	122
2.5.1 Ergebnisse	122
2.6. Bewertung und Bilanz der Erweiterung	134
2.6.1 Ergebnisse	134
2.7. Bilanz der Erweiterung und Ausländerfeindlichkeit	147
2.7.1 Ergebnisse	147
3. Zusammenfassende Thesen	153
4. Literaturauswahl	156

1. EU-Erweiterung und Transformation

1.1. Einleitung

Der Verbund europäischer Länder, der früher Gemeinschaft, später Union genannt wurde hat stetig seinen formativen Charakter geändert. Damit ist der Modus, die Art und Weise gemeint, wie und auf welchem Weg die Mitglieder eine Einheit bilden und wie sich die Verhältnisse formal gestalten, die sich im Anschluss an eine neue oder veränderte Einheitsform ergeben.

Mit den Erweiterungen der letzten Jahre, aber insbesondere mit der Erweiterung der 10 im Jahr 2004 stellte sich diese Frage nach dem Charakter der Einheit und dem Beziehungsgefüge ihrer Mitglieder neu. Die neben den Finanzierungsfragen herausragende Sorge bestand darin, ob die erweiterte Union in ihrer Einheit handlungsfähig bleibt und ob das System der inneren Beziehungen der Mitglieder zerstört oder sich festigt. Die Union hat darauf mit dem Entwurf einer Verfassung zu reagieren versucht und – nachdem diese nicht angenommen wurde – im Vertrag von Lissabon ein neues institutionelles Gefüge installiert, das auf diese Fragen eine Antwort geben soll. Aber, diese Fragen sind bis heute nicht befriedigend beantwortet und sie sind es erst recht nicht in der Wahrnehmung der Menschen in Europa.

Europa stellt sich heute als ein komplexes Gebilde unterschiedlicher Vereinigungen, Institutionen, Organen, Organisationen und Akteuren dar (vgl. z.B. Wessels (2008)). Diese bilden ein Netz von Regelwerken und Akteursbeziehungen, das in vielfältiger Hinsicht ein mehr oder minder großes Eigenleben führt. Dieses Netz, dieser Komplex fungiert nun nicht wie ein eingespieltes Räderwerk mit genauer Aufgaben- und Kompetenztrennung, sondern ist durch Mischformen von Differenzen und Überschneidungen, von Abstimmungen und Konflikten, von formalen Verfahren und informellen Praktiken gekennzeichnet. Es ist einerseits ein Komplex, der alle politischen Kompetenzorgane der Legislative, der Exekutive, der Judikative enthält und der andererseits von Akteuren und Interessenlagen beeinflusst ist, die eher neben den formell demokratischen Verfahren der Entscheidung und Verwaltung agieren. Nationale Regierungen, Parlamente, Vertreter von Regionen, Verbänden, Parteien, Organisationen und NGO bringen ihre eigenen Interessen und Sichtweisen ein und versuchen, in dem Geflecht der Institutionen das Ihre Durchzusetzen.

Die Zunahme der Komplexität ist wiederum nicht nur in inhaltlicher, materialer Hinsicht bedeutsam. Sie ist es auch in handlungsformaler Hinsicht: Die Einheit wird einerseits direkt als Institution gebildet und mit Ressourcen und Kompetenzen ausgestattet. Dem gegenüber bilden die Mitglieder ein weiteres Gremium der Einheit, der Zusammenschluss der Mitgliedsregierungen. So haben wir die Europäische Kommission und den Europäischen Rat. Nun stehen beide in einer mehr oder minder intensiven Beziehung zwischen den einzelnen Mitgliedsländern. Die Kommission ist die formale Repräsentation der Einheit als Handlungssubjekt, der Rat ist die anders geartete Einheit der Mitglieder. Beiden stehen die Mitglieder in gesonderten Beziehungen gegenüber. Hinzu kommt das Parlament. Dessen Rechte und Kompetenzen sind mit dem Lissaboner Vertrag weiter gestärkt worden. Es entsteht ein neuer Akteur, der als solcher noch nicht in vollem Wortsinn als Handlungssubjekt aufzufassen ist, sondern eine wiederum anders geartet Einheit von politischen Vertretern und Akteuren der Mitgliedsländer ist, der nationalen Parlamente. Die formale Gestalt der Akteure, der Kompetenzen, der realen Handlungsmacht und -souveränität, bilden nun wiederum ein Beziehungsgefüge untereinander, das die Binnenkomplexität dessen, was als Einheit formal und faktisch fungiert, erhöht. Und zu diesem Netzwerk von Beziehungen der einzelnen Akteure: Parlamentarier bzw. Fraktionen, Rats-

mitglieder unterschiedlichen Gewichtes, Kommissionsmitglieder und – nicht zu vergessen – die Angehörigen des jeweils dazu gehörenden Beamtenapparates, kommen die nationalen und internationalen Akteure hinzu, die ihre Rechte in Anspruch nehme und ihre Interessen artikulieren.

Diese Komplexität von Handlungskompetenzen, wechselseitigen Bezügen und Souveränitätsansprüchen ist zu einem schwer zu durchschauenden Netz geworden, in dem nicht nur „Subakteure“ Strategien verfolgen, sondern dessen formale Entscheidungs- und Handlungsqualität schwer zu gestalten ist. Die EU-Reformen im Zusammenhang mit der Erweiterung und der Verfassung sollten dieses Gefüge nach Maßgabe bestimmter Partizipationsrechte der Mitglieder regeln und erleichtern (vgl. Beichelt (2004)).

Im Zuge dieser Komplexitätserweiterung dessen, was die Einheit ausmacht, wird immer wieder die Frage aufgeworfen, wie das Verhältnis dieser Einheit zu den Mitgliedern zu verstehen und zu gestalten ist.

Dabei stellen sich viele Fragen, die in intensiven Diskussionen auf allen Ebenen der Politik, der gesellschaftlichen Öffentlichkeit und auch der Wissenschaft aufgeworfen wurden und werden.

Zu diesen Fragen gehören z.B. Fragen der Souveränität der Mitgliedsstaaten (vgl. Barbato (2003)), der demokratischen Verfassung und Praxis (vgl. Huget (2007)), Fragen der kulturellen Identität und Pluralität (vgl. Jung (2008)), Fragen der sozialen Integration (vgl. Benz, Boeckh, Huster (2000)) und nicht zuletzt Fragen der gesellschaftlichen Integration, der Begegnung, Zusammenarbeit und Kommunikation der Menschen (vgl. Schwengel (2005)) im erweiterten Europa. Alle diese Fragen sind bei heute ungeklärt und es ist nicht absehbar wann und unter welchen Voraussetzungen sie beantwortet werden können und ob das überhaupt der Fall sein kann. In einigen Hinsichten kann man auch davon ausgehen, dass die Diskussionen über diese Fragen schon die Antwort selbst sind. So werden Fragen der demokratischen Verfasstheit der EU auch mittels des demokratisch geführten Diskurses beantwortet werden, weil die Tatsache eines solchen Diskurses selbst sein Stück demokratischer Praxis ist.

Eine wichtige Frage, die Souveränitätsfrage, wurde in diesem Jahr anlässlich des Lissabon-Vertrages wieder vor dem Verfassungsgericht verhandelt. Diese Frage ist auch deshalb immer noch ungelöst, weil im Zuge der Komplexitätssteigerung der Einheit auch weitere Organe der Union geschaffen wurden, denen Kompetenzen zugewiesen werden bzw. die sie einfordern, die über den analogen nationalen Organen liegen: die Frage der Rechtssetzung, der Rechtsgeltung im primären und im sekundären Recht. Diese rechtlichen Auseinandersetzungen über die Reichweiten der Rechtssetzungskompetenzen und der Rechtssprechung von Kommission, Rat und Parlament einerseits und Europäischem Gerichtshof andererseits kennzeichnen das Ringen um die Gestaltungsfrage der Einheit: Was soll die Einheit in ihrem Verhältnis zu den Mitgliedern sein?

Anlässlich dieser Fragen wird auch der Zusammenhang der einzelnen Identitätsbestimmungen bewusst. Mit der Frage nach der Souveränität der Mitgliedsstaaten hängt auch die Frage nach der grundlegenden demokratischen Repräsentation des Wählerwillens in den verschiedenen Organen zusammen: in wie weit wird die Souveränität des Volkes, in wie weit die Repräsentation dieses Willens in Form der nationalen Parlamente ausgehöhlt, wenn das nationale Parlament (mal abgesehen von der Regierung) in seinen Kompetenzen weiter eingeschränkt wird.

Das Bild, das die EU dabei der Öffentlichkeit präsentiert kann an markanten Entscheidungen und Ereignissen abgelesen werden. So hat die Verfassungsdiskussion einschließlich der Ablehnung derselben in Frankreich und Irland auf grundlegende Widersprüche sowohl hinsichtlich des Verständnisses der grundlegenden Politischen europäischen Identität als auch hinsichtlich der Verfahren der Anerkennung und Bestätigung einer solchen Identität offen gelegt, deren Lösung zunächst im Lissabon-Vertrag gefunden wurde.

Auf der anderen Seite hat die Erfahrung der Finanz- und Wirtschaftskrise bzw. ihrer Bewältigung gezeigt, dass die nationalen Interessen nach wie vor eine große Rolle spielen, eine größere als vorher bemerkbar wurde. Die unterschiedlichen Wege, die auf nationalen Ebenen beschritten wurden, zeigen, dass die Nationen ihre Interessen in diesem Zusammenhang nicht auf dem Altar der Einheit opfern wollen. Das ist auch eine Frage der Souveränität und der Demonstration dieser Souveränität gegenüber dem eigenen „Volk“. Es ist auch darüber hinaus eine Frage der „Entwicklungsfähigkeit“ der Gemeinschaft selbst, weil sich in den nationalen Szenarien der Krisenbewältigung eine größere Vielfalt und Varianz auftut und die Suche nach den besten Möglichkeiten auf breitere Wahlmöglichkeiten fällt, was ein „evolutiver Vorteil“ sein kann.

Diese Fragen spielen sich vor dem Hintergrund der Tatsache ab, dass neben diesen komplexen Gebilden von Einheit und Akteuren auf der politischen Ebene, eine sachliche „Vergesellschaftung“ in allen bzw. vielen gesellschaftlichen Bereichen stattfindet: vor allem in der Wirtschaft, aber auch in Fragen der Kultur und vieler anderer Lebensbereiche.

Diese Überlegungen sind auch im Hinblick auf die Erörterung des Verhältnisses von Transformation und Erweiterung bedeutsam. Auch hier gibt es ein Wechselspiel zwischen materialen Prozessen, Interessen, Bedürfnissen und Erwartungen auf die Integration und Zusammenarbeit (z.B. Eingliederung in den europäischen Markt) und den Eingliederungen in die formalen und informalen Beziehungen der politischen Institutionen, die die politische Einheit ausmachen. Aber dieses Wechselspiel kann nicht nur so gesehen werden, dass auf der einen Seite die rein materialen Interessen stehen und auf der anderen Seite nur formale Gesichtspunkte der Zugehörigkeit. Auch aus den formalen Gesichtspunkten der Zugehörigkeit ergeben sich und folgen materiale Aspekte der Integration: vor allem auf politischem und auf rechtlichem Terrain. Und umgekehrt, auch die Interessen an materialer Kooperation und Integration haben sowohl formale Voraussetzungen und Konsequenzen. In beiderlei Hinsicht wird die Transformation, wird Ihr Modus und Ihr Weg beeinflusst.

Gleichermaßen bedeutsam sind diese Überlegungen für die „Erklärung“ oder das Verständnis der Tatsache, dass die meisten Menschen – vor allem im Osten – eher materiale Interessen an der EU und der Politik im Allgemeinen haben. Diese Ergebnisorientierung der Menschen in der Bewertung der Politik und auch in der Bewertung solcher politischer Institutionen wie der EU hat auch seinen Grund darin, dass das institutionelle Gefüge nicht durchsichtig ist und der nur zu berechtigte Eindruck entsteht, das „Innenleben“ der EU sei ihr selbst wichtiger als die Wirkung bzw. Leistung, die sie nach „außen“, also für die Bürger hat bzw. erbringt. Es bleibt den Beobachtern nichts übrig, als ihr Interesse auf die Outputs zu richten. Auch „Experten“, die Einblick in die inneren Zusammenhänge und formativen Beziehungen der Akteure und Institutionen der EU haben, können zur Beurteilung von Entscheidungen und ihres Zustandekommens kein genaues Abbild der interessensbedingten und motivationalen Zusammenhänge geben und sind daher ebenso wie Laien auf die Beurteilung der Outputs angewiesen.

Der politische Prozess der 2004 vollzogenen Erweiterung und angestrebter weiterer Aufnahmen von Mitgliedern hat erneut zu einer allgemeinen Reflexion über das Selbstverständnis der EU geführt.

Dieser Prozess des Ringens um eine Formierung eines gemeinsamen politischen und gesellschaftlichen Handelns ist in seine Geschichte eingebettet.

Diese begann am Ende des 2. Weltkrieges und hatte zum Ziel, dessen Folgen zu bewältigen und in eine dauerhafte Friedensordnung in Europa zu überführen. Aus diesen historischen Voraussetzungen heraus war das Projekt Europa immer ein politisches Projekt, in dem die Festigung einer stabilen, demokratischen Grundordnung den Leitgedanken bildete. Das heißt nicht, dass die Einigung und

Integration ohne die Vertiefung und Ausweitung der Zusammenarbeit der Menschen und Akteure in den zugehörigen Ländern keine Rolle spielen oder nicht selbst treibende Tendenzen ausmachten. Wirtschaftliche Kooperation, kultureller Austausch, die Begegnung und Zusammenarbeit von Menschen in vielen gesellschaftlichen Bereichen bilden nicht nur den Unterbau zur Erreichung der zentralen politischen Zielstellungen, sie waren immer auch Motoren der Entwicklung. Politische Ziele und gesellschaftlich basale Integration bildeten dabei meist eine Einheit. Die Bürgerinnen und Bürger Europas mussten nicht nur auf diesen Weg „mitgenommen“ werden, ihr Verständnis der Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit sollte immer auch die Grundlage für ein einheitliches Europa sein.

Grade jedoch auf die Frage, ob und wie Europa gesellschaftlich zusammenwächst konnte noch keine Antwort gefunden werden. Europa als ein Projekt der Bürger ist noch immer in weiter Ferne. Noch fehlen viele institutionelle, wirtschaftliche und vor allem auch kulturelle Voraussetzungen dafür, dass die Menschen nicht nur Europa akzeptieren, sondern in eigener Initiative gestalten. Die gesellschaftlichen Grundlagen für eine Konstitution eines politischen Gemeinwesens und einer Rechtsgemeinschaft sind noch nicht gegeben.

Dazu trägt auch bei, dass Europa selbst den Menschen noch kein nachhaltiges Bild von sich selbst und seinem künftigen Selbstverständnis bieten kann. Was die EU sein will, auf welche Grundlagen die Einheit der Staaten und ihr Zusammenhandeln gestellt werden sollen, welche grundlegenden Ziele sollen verfolgt werden und schließlich welche Grenzen soll die EU haben soll, all das ist noch recht unklar vgl. Nissen (2004).

Dabei erweist sich die Frage der Außengrenzen nicht nur als eine territoriale Frage, sondern auch als eine Frage, die nur unter der Voraussetzung der Beantwortung der zentralen Fragen nach der europäischen Identität beantwortet werden kann. Das erweist sich in den anhaltenden Diskussionen über weitere Erweiterungsschritte immer wieder. Ihre Beantwortung stellt die bisherigen Verständigungen über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Zielstellungen auf den Prüfstand und es zeigt sich, dass in der EU keine geltende Vorstellung darüber herrscht, welchen politischen und geopolitischen strategischen Sinn die EU haben soll, welche Ziele verfolgt werden. Diese Vorläufigkeit von Leitbildern und Grundsatzformulierungen schließt ein, dass Ziele im Verlauf des Erweiterungsprozesses revidiert bzw. wegen Erfüllung als Inhalte wegfallen. So sind die verschiedenen Erweiterungsschritte der Vergangenheit sehr unterschiedlichen Zielstellungen und Identitätskonzeptionen gefolgt.

Osteuropa, so könnte es scheinen, hatte eben „nur“ den Sinn, einen weiteren Schritt in der Überwindung der Spaltung, die bis 1989 anhielt weiter zu gehen und die Friedensordnung auszudehnen und zu festigen. Ein kulturelles oder politisches Leitbild fehlte dabei immer noch. Die Osterweiterung hat zwar auch zu institutionellen Neuerungen der EU geführt (vgl. Pirhofer (2004)), die sich später im Lissabonner Vertrag niedergeschlagen haben, aber dass im Hinblick auf die Bestimmung eines zukunftsweisenden politischen Ziels infolge dieser Erweiterung ein neuer Gedanke hinzugekommen wäre, ist nicht zu sehen. Europa ist nun größer, auch sicherer und die Erweiterung brachte viele Vorteile für die Menschen in Ost und West mit sich, aber die Zielorientierung ist noch nicht gefunden.

Wenn man sich näher die ökonomischen strategischen Orientierungen ansieht, so kann auf der einen Seite gesagt werden, dass die Einbeziehung der neuen Mitgliedsstaaten in den EU-Markt sicherlich eine wichtige wirtschaftspolitische Welchenstellung war, die aber eben auch ohne die Vollmitgliedschaft vielleicht erreicht werden könnte. Es geht auch im Sinn langfristiger wirtschaftlicher Strategien nicht mehr um Osteuropa, sondern um Russland, aber vor allem um Asien – einem ganz anderen geopolitischen Raum, der mit der Erweiterung der EU nichts zu tun hat. Höchstens in dem Sinn, dass Europa in der WTO und anderen entscheidenden Entscheidungsgremien geschlossen anderen Mächten gegenübertritt und die eigenen Wirtschaftsinteressen verfolgt. Das allerdings würde

voraussetzen, dass es eine solches gemeinsames Verständnis und Interesse geben könnte, was nicht der Fall ist.

Eine solche Mischung von Identitätsfragen, gemeinsamer strategischer Fragen und nationaler Interessen charakterisiert – um nur ein Beispiel zu nennen – auch das Problem der Sicherung der langfristigen Energieversorgung. Gegenwärtig ist der Kampf um strategische Positionen bei der Sicherung der nationalen bzw. regionalen Energieversorgung in vollem Gange. Ein damit sehr weitreichend und langfristig verbundenes Interesse besteht im Verhältnis zur Türkei als einen Staat und einer Region, die einen Einfluss auf strategische energiepolitische Weichenstellungen haben kann. Diese Position aber kann in einer langen strategischen Perspektive schon wieder relativiert werden. Denn die Energieverserben gehen in absehbarer Zeit so oder so zu Ende und es scheint mit Blick auf dieses Ende ratsam zu sein, die eigenen strategischen Orientierungen auf die Zeit nach dem Ende der fossilen Energieträger einzustellen.

Eine solche langfristige Umstellung muss nicht bedeuten, dass mittelfristige Optionen nicht gewahrt werden und in diesem Sinn eine Erweiterungspolitik, Nahost-, Russland- und Mittelamerikapolitik ins Auge gefasst wird, die auch die energiepolitischen Interessen stark berücksichtigt. Aber ob deshalb die EU auf Asien ausgedehnt werden muss, ob der Aufwand und vor allem die Risiken einer solchen Erweiterung eingegangen werden müssen, scheint nicht notwendig begründet zu sein. Und insbesondere scheint völlig offen zu sein, wie derartige materielle strategische Interessen mit einem Bild von der Einheit und Identität Europas in Übereinstimmung zu bringen sind.

Das aber zeigt, dass materielle und wirtschaftliche Interessen noch immer die Richtung des europäischen Prozesses stark beeinflussen und der politische Kerngedanke dabei nicht zu erkennen ist.

Wie immer auch diese Überlegungen ausgehen werden, sie zeigen, dass die EU-Erweiterungspolitik ohne einheitliche Begründung und Identitätsbestimmung nicht erfolgreich abgeschlossen werden kann.

Dennoch ist Europa im Ergebnis aller erfolgreicher Vertiefungs- und Erweiterungsprozesse trotz oder vielleicht gerade wegen der fehlenden politischen Zentralperspektive zu einem hochkomplexen institutionellen System geworden.

Dabei nahm in der Geschichte der Entwicklung der europäischen Vereinigung die Komplexität sowohl der mittelfristigen gesellschaftlichen Zielstellungen wie auch der im engeren Sinn politischen Zielstellungen zu (vgl. Brunn (2002)). Ausgehend von der Zielstellung der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in zunächst einem Wirtschaftsbereich (Montanindustrie), über die schrittweise Öffnung der Faktorenmärkte der Wirtschaft und der Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Kooperation bis hin zur Vereinigung der Währung und Währungspolitik kamen immer neue Bereiche der Zusammenarbeit hinzu.

Die politischen Zielstellungen wurden soweit vervielfältigt und vertieft, dass schließlich die Frage nach der Bildung eines einheitlichen Staatsgebildes auf die Tagesordnung kam – ohne freilich bis heute eine tatsächliche Chance auf Anerkennung zu haben. Letzter Höhepunkt war die Verfassungsdiskussion.

Derartige Vervielfältigungen der Ziele und Aufgaben führten zu einer Steigerung der Komplexität der politischen Entscheidungsprozesse und ihrer institutionellen Gestaltung. Der Koordinationsbedarf der Entscheidung steigt und muss institutionell abgedeckt werden. Es entstehen Koordinationsgremien, die in ihrer internen Gliederung und Struktur die zu koordinierenden Bereiche selbst wiederum als Abteilungen enthalten.

Der politische Prozess der europäischen Erweiterung hat eine „Eigendynamik“ entwickelt, in der institutionelle Interessen gegenüber anderen gesellschaftlichen Interessen relativ unbeeinflusst verfolgt werden. Das liegt einmal an der langen Dauer des politischen Prozesses. Die historische Per-

spektive, in die die heutigen politischen Zielstellungen eingebettet sind, reicht bis in die Anfänge der Montanunion zurück – ohne dass man sagen könnte, dass die heutigen Ziele schon damals auch nur angedacht werden konnten. Aus der heutigen Perspektive scheint es folgerichtig, wie sich Programme der Vertiefung und Erweiterung der EG bzw. der EU entwickelt haben.

Heute ist es nicht unbegründet, die gegenwärtige Prozesse auf die vergangenen Anfänge zu projizieren. Die Politik der Erweiterung erfährt also aus den vergangenen politischen Prozessen eine Legitimation und Verstärkung. Auch wenn die vorherigen Schritte Ihre Rechtfertigung und Anerkennung auch in Folge der „Nebenfolgen“ politischer Entscheidungen, vor allem der wirtschaftlichen und kulturellen, erfuhrten, wird es der Permanenz politischer Ziele zugeschrieben, wenn heute Ziele und Programme gerechtfertigt werden.

Ein weiterer Faktor für die Komplexitätssteigerung des institutionellen Gefüges besteht in der Herausbildung einer politischen Elite auf europäischer Ebene. Es gibt in wachsendem Maße eine europäische politische Klasse, einen Stamm an Politikern, Beamten, Mitarbeitern, von Leuten, die ihren Zweck und ihren Lebensunterhalt nur noch durch einen europäischen Bezug erwerben können. Es gibt die Institutionen, die Gremien, die Entscheidungsverfahren und einen europäischen Klüngel, der ein eigenes Interesse am Bestehen und der Entwicklung der EU hat.

Es also bereits seit langem eine eigenständige politische Ebene entstanden mit eigenen Normen, Zielen, Institutionen, Programmen, Akteuren, Personal, und Ressourcen.

Der eminent politische Charakter der Erweiterung hat sich auch in den Aushandlungen zu ihren Modalitäten und Bedingungen gezeigt. Dabei ging es öffentlich sichtbar vor allem um eine angemessene Repräsentation der Beitrittsländer in den Gremien und Institutionen, um die Sicherung einer günstigen Position im Hinblick auf die Verteilung der Haushaltssmittel und um eine angemessene Berücksichtigung nationaler und kultureller Besonderheiten.

Er hat sich in den beiden Jahren 2004 und 2005, auf die sich unsere Befragung bezogen hat, verdichtet: Erweiterung, Verfassungsdiskussion und –Ablehnung und die Wahlen zum europäischen Parlament bündelten die politische Aufmerksamkeit und Argumentation, so dass zu hoffen war, dass sich diese „geballte Ladung“ Europapolitik auch in den Orientierungen der Menschen niederschlagen würden. Aber das war im Großen und Ganzen nicht der Fall, sondern hat eher die Orientierungssachen getrübt.

So waren die Erweiterung, ihre Konsequenzen und die Erfahrungen, die seit dem Beitritt bis zum Befragungszeitpunkt gemacht werden konnten, von der Diskussion um die europäische Verfassung und der Frage nach der Bedeutung, Rolle und Kompetenz des europäischen Parlamentes überlagert

Für Deutschland sind im Hinblick auf die Beurteilung des Gesamtprozesses und die Legitimation der Erweiterung durch die Bürger einige Besonderheiten zu nennen.

Auf der einen Seite ist die Diskussion um die europäische Verfassung nicht in der gleichen Weise öffentlich meinungsbildend gewesen wie in anderen Ländern. Wie in allen Ländern, in denen die Zustimmung zur Verfassung nicht direkt, plebisztär erfolgt, hängt die öffentliche Meinung stark von der Kommunikation der Standpunkte durch die im Bundestag vertretenen Parteien ab. Da es in Deutschland keine nennenswerten Unterschiede in der Beurteilung der Tatsache der Erweiterung vorhanden waren – und sind – fand eine Grundsatzdiskussion nicht statt. Die Inhalte, die Schwerpunkte der Politik und die Zielstellungen des Erweiterungs- und Vertiefungsprozesses werden freilich verschieden formuliert. Die Tatsache selbst aber ist unkontrovers, wenn auch aus verschiedenen Gründen.

Einzig die CSU bediente über einen längeren Zeitraum ihre Wählerschaft, indem sie Vorbehalte gegen die Erweiterung anmeldete. Immer wieder wurde der Verlust von Souveränitätsrechten beklagt sowie eine Einschränkung der eigenen Handlungskompetenzen. Besondere Kritik richtete sich von Bayerischer Seite auf eine erwartete Steigerung bürokratischer Verwaltung und Entscheidung, weshalb die regionalen Kompetenzen und das Subsidiaritätsprinzip immer wieder gegen vermeintliche Angriffe aus Brüssel verteidigt wurden. Diese Attacken bleiben nicht ohne Resonanz in der Bevölkerung, trugen aber zur Gesamteinstellung gegenüber diesem Prozess wenig bei.

Einen größeren und nachhaltigeren Eindruck als die Diskussion um die Erweiterung hinterließ bei der Bevölkerung jedoch die Frage anschließender weiterer Mitgliedsaufnahmen, vor allem der Türkei.

Ein weiterer Gesichtspunkt der spezifischen Aufmerksamkeit für politische Prozesse in der EU waren die Europawahlen. Auch in diesem Kontext treffen einige Beobachtungen zu, die für die Politik insgesamt gelten. Die Wahlen fanden – verglichen mit anderen Wahlen in Deutschland – ein geringes Interesse. Die Wahlbeteiligung war niedrig und die Kommunikation der Inhalte und Zielstellungen, wie auch der Bedeutung der Wahlen gering.

Dabei liegt Deutschland hinsichtlich der Wahlbeteiligung im oberen Mittelfeld Europas. Im Vergleich mit anderen Ländern sieht man also, dass die kommunikative Vermittlung von politischen Prozessen in der EU und die Bedeutung, die ihnen beigemessen wird, nicht eben gering ist, aber im Vergleich mit andern politischen Prozessen und Ebenen wenig Aufmerksamkeit erfährt.

Daher ist die Erweiterung für die Menschen dann eine willkommene Bereicherung, wenn es die persönlichen Möglichkeiten vermehrt, das Leben bereichert, aber ansonsten keine nennenswerten Veränderungen vom Einzelnen abverlangt. Für einen nicht geringen Teil der Bevölkerung war bzw. ist die Erweiterung mit einer zunehmenden Verunsicherung ihres Lebens – vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht.

1.2. EU-Erweiterung und Transformation

Die Europäische Integration war von Beginn ein offenes Projekt mit folgenden Merkmalen:

- Zentrales Ziel war die Überwindung der Nachkriegssituation
- Für die alte Bundesrepublik war die Westbindung eine der entscheidenden Weichenstellungen in einem grundsätzlichen Sinn. Dieser war unmittelbar nach dem Krieg in Deutschland nicht selbstverständlich.
- Die Westbindung der Bundesrepublik war eine der Grundlagen, die dem gesellschaftlichen Wandel zugrunde lag. Der Modernisierungspfad war auch in institutioneller Hinsicht durch die Westbindung vorgegeben. Dieser Pfad sollte auch das Leitbild der EU-Erweiterung nach dem Kalten Krieg sein.
- Die EU war auch in Ihren Vorgängern immer auch in ein System weiterer Organisationen der westlichen Integration eingebunden: die Nato, die OECD, später die KSZE, die G 7, etc. Alle diese Organisationen hatten eine mehr oder minder spezialisierte Form der Zusammenarbeit zum Inhalt. In diesem Netz von Organisationen konnte die EU selbst kein eindeutiges Profil und vor allem keine Identität aufbauen.
- Mit dem Merkmal der „Offenheit“ der Vertiefung und Erweiterung der Zusammenarbeit in der EWG bzw. EU ist einerseits der Respekt gegenüber anderen europäischen Ländern und der Anerkennung ihrer Souveränität und der befreundeten Beziehungen (auch Zusammenarbeit in anderen Organisationen), aber auch die Möglichkeit einer künftigen Mitgliedschaft gekennzeichnet.

- Mit „Offenheit“ ist aber auch die Tatsache gemeint, dass die Institutionelle Angleichung der Mitglieder, die Begründung eigener Europäischer Institutionen und der materiale Fortschritt vertiefter Zusammenarbeit unter der Voraussetzung einer nicht vorhandenen Begründung dieser Institutionalisierungen gemeint. Was die EU sei, ergab sich aus der offenen Praxis der Steigerung der Zusammenarbeit und einer nachträglichen institutionellen Regelung, ohne dass es einen Legitimationsdiskurs in den einzelnen Ländern oder gar innerhalb Europas gegeben hätte.
- Legitimation durch die Bürger war daher auf der einen Seite gar nicht gefordert, weil der offene Prozess bereits eingeführte gesellschaftliche Praktiken der Zusammenarbeit festschrieb. Es ging noch nicht um die Formulierung eines Wertbezuges oder einer Pluralität von Wertbezügen, die den Anspruch auf eine Legitimation erheben konnten und mussten.
- Legitimation wurde durch Einübung und zustimmende Entgegennahme ersetzt unter durchaus sehr verschiedenen Voraussetzungen in der Bevölkerung. Es kann einerseits davon gesprochen werden, dass ein sichtbarer und erfahrbarer Nutzen der europäischen Integration für die Bürger vorhanden war und damit eine utilitaristische Form der Legitimation gegeben war. Darin aber erschöpfte sich die Zustimmung nicht. Sie konnte sich auch auf eine sehr allgemeine und insofern diffuse Begründung bei den Bürgern stützen, die einen vorinstitutionellen Charakter, einen vorpolitischen Charakter – wie es Lepsius nennt – hatte. Friedensbejahung, Völkerverständigung, soziale Verantwortung und Modernisierungsglaube sind Stichworte für ein derartiges Einstellungssyndrom. Die Prozesse der europäischen Annäherung unterstützten diese Einstellungen und kamen ihnen entgegen, ohne dass diese Sinnbezüge in eine Begründungsformel der institutionellen Identität gegossen wurde und werden konnte.
- Die Süderweiterung hat zudem die Überzeugung bestärkt, dass der Prozess der Europäischen Integration tatsächlich einen wesentlichen Beitrag zur Modernisierung der zugehörigen Gesellschaften leisten konnte.
- Auf der Grundlage dieser Erfahrungen konnte auch die Osterweiterung in Angriff genommen werden. Von Seiten der EU hat man aus dieser früheren Erweiterung gelernt, dass eine Erweiterung dann vorteilhafter ist, wenn in den aufzunehmenden Gesellschaften der institutionelle Modernisierungsprozess bereits weit vorangeschritten ist und die Neumitglieder auch auf der Seite ihrer Institutionen und Akteure tatsächlich mit der EU kommunizieren und interagieren können. Gleichzeitig sollten verschiedene Sicherheitsrisiken ausgeschlossen werden: auf dem Gebiet der Grundrechte, des Zivilrechts, der Wirtschaftsordnung, der inneren Sicherheit, der Grenzsicherung, des Umweltschutzes usw.

Diese Erfahrungen bildeten die Voraussetzung für die Entscheidung zur Aufnahme des Prozesses der Osterweiterung unter jedoch veränderten Bedingungen. Veränderungen hatten sich indes innerhalb Europas ergeben, was nicht nur schlechthin den Kalten Krieg betrifft und den Wunsch der MOE zu diesem modernisierten Europa zu gehören, sondern auch auf globaler Ebene.

Das veränderte viel, unter anderem auch die Arbeitsteilung und die Balance zwischen den vielen internationalen Organisationen und Bündnissen, die ihre Berechtigung und Bedeutung auch dem Kalten Krieg verdankten. Es verschob sich so die Bedeutung der EU gegenüber Nato, der KSZE und der OECD, der G 8 usw.

Die gesellschaftliche Perspektive der Erweiterung wurde nach der friedlichen Revolution in den mittel-ost-europäischen Ländern ein wesentlicher Motor der mittel-ost-europäischen Transformation.

Die bereits seit Beginn der Transformation eingenommene Perspektive der Zugehörigkeit der neuen Mitgliedsländer zur EU war für beide Seiten, für die Beitrittsländer wie auch für die alte EU eine Zielvorstellung mit mehreren Komponenten bzw. Aspekten.

Einer der wesentlichen Gesichtspunkte bestand in der Überwindung der Teilung Europas – ein Gesichtspunkt, der von beiden Seiten verfolgt wurde. Auf der einen Seite stand auch nach dem Zusammenbruch die Lösung von der Vormachtstellung der ehemaligen SU im Vordergrund, auf der anderen Seite die Beendigung der strategischen Bedrohung. Zu diesem Gesichtspunkt gehört von westlicher Seite und vor allem auch von deutscher Seite die Herstellung eines erwartungssicheren und positiven Verhältnisses zu Russland. Dieses Ziel allerdings kollidierte in Abständen immer wieder mit den Interessen der geografischen Zwischenländer, vor allem Polens.

Die Lösung der Beitrittsländer aus dem Machtbereich der Sowjetunion bzw. Russlands hatte eine weitere Komponente, die für die Mitgliedschaft in der EU in einigen Fällen gewisse Hindernisse nach sich zog.

Die Transformation war wesentlich auch mit einem Prozess der nationalen Konsolidierung verbunden, der die Definition der Eigenständigkeit und Souveränität in den Mittelpunkt rückte. Diese nationale Konsolidierung verstärkte gelegentlich nicht nur nationalistische Tendenzen in den jeweiligen Ländern, sondern verstärkte auch die Pfadbildung, die Ausprägung besonderer Wegen der Transformation. Diese Pfadabhängigkeiten und Besonderheiten begründeten sich zwar einerseits sehr stark in sozialökonomischen Voraussetzungen in den einzelnen Ländern, die den gesellschaftlichen Ausgangspunkt der Transformation bildeten. Sie begründeten unterschiedliche Wege im Prozess der institutionellen Neugestaltung, die in unterschiedlichen institutionellen Varianten mündeten. Aber sie wurden noch einmal verstärkt durch die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der nationalen Konsolidierung.

Die institutionelle Seite der Transformation – Ihr eigentlicher Inhalt – hatte auf der anderen Seite in allen Ländern auch „universale“ Merkmale. Der Modellcharakter der modernen Gesellschaft als allgemeines Charakteristikum der Basisinstitutionen der neu zu gestaltenden Gesellschaft wurde dem (wie man heute weiß nur schwach ausgeprägten) Allgemeinverständnis der westlichen Mitgliedsländer abgeschaut, bzw. von diesen übernommen. Darin lag eine universelle und allgemeine Richtung der Transformation.

Von derartigen Allgemeinvorstellungen abgeleitete Ziele wurden in den einzelnen Ländern als Transformationsziele identifiziert und praktisch verfolgt.

Diese Zielstellungen waren aber seinerseits auch eine Vorgabe der EU, die eine Durchsetzung bestimmter institutioneller Grundregelungen als Bedingung für einen künftigen Beitritt zur Union definierte. So gaben die westeuropäischen Partner mittels ihrer eigenen Zielformulierung für eine Mitgliedschaft in der EU auch wesentliche Ziele der Transformation dieser Länder vor. In den neunziger Jahren konnte man in den meisten, aber dennoch nicht in allen Beitrittsländern die politische Ambivalenz der Transformation erkennen. Sie bestand in der Kluft zwischen beitrittswilligen Modernisierern auf der einen und national orientierten Traditionalisten, die dem Beitritt skeptisch gegenüber stehen auf der anderen Seite.

1.3. Transformation im Osten Deutschlands

Auch in der DDR waren am Beginn der friedlichen Revolution Anlässe, Motivationen und die vagen Zielbestimmungen der oppositionellen Akteure auf das eigene Land gerichtet. Die Zielstellung der Bewegung war zwar u. a. auch auf Reisefreiheit gerichtet, aber der politische Grund des Widerstandes kein immanent europäischer. Dennoch hatte die an inneren Anlässen festgemachte Kritik der bestehenden Herrschaft hatte immer auch die Überwindung der eigenen Isolation, die Rückkehr in die europäische und die Weltgesellschaft zum Ziel und Motiv. Der Beginn der Transformation war

also an nationalen Bedingungen orientiert, aber in zweifacher Hinsicht europäisch: im Hinblick auf die genannten Motive und im Hinblick auf die Tatsache, dass alle Länder diese Ausgangsbedingungen gemeinsam hatten. Insofern glichen sich die ersten Schritte der gesellschaftlichen Veränderung, ohne in ein gemeinsames Projekt zu münden. Die Nähe zu Europa war dann nicht nur das von allen erstreute Ziel, sondern auch der Gemeinschaftsrahmen, in den sich die potenzielle Gemeinsamkeit der Transformation einpasste. Dieser Prozess, der mit der Herstellung der deutschen Einheit vollendet wurde, stieß allerdings nicht von Beginn an in allen Mitgliedsländern (vor allem die Alliierten Frankreich und Großbritannien) auf ungeteilte Zustimmung.

Die Eingliederung der ehemaligen DDR in die Gemeinschaft der europäischen Länder wurde von Teilen dieser Gemeinschaft mit Skepsis begleitet.

Die Transformation in Ostdeutschland In ihrer Verbindung mit der Einheit Deutschlands war vor allem eine nationale Veranstaltung unter der Aufsicht der vier Mächte und an keine spezifischen institutionellen Bedingungen und Voraussetzungen der EU gebunden. Mit der Einheit waren die Bürger der ehemaligen DDR auch EU-Bürger.

Die Transformation in den neuen Bundesländern war wesentlich durch den Transfer der bundesdeutschen Institutionen bestimmt und in seinen grundlegenden Merkmalen mit dem 3. Oktober 1990 vollzogen.

- Dieser Institutionentransfer war mit erheblichen Konsequenzen verbunden, von denen hier nur einige genannt werden sollen:
- Obwohl der Sturz des SED-Regimes von der Bevölkerung der DDR quasi „von unten“ vollzogen wurde, waren die Einheit und die Zustimmung der Bevölkerung an ein Höchstmaß staatlicher Versprechen gebunden. Aus der Sicht der Bürger übertrug sich damit die Initiative und Verantwortung des Gelingens auf die Bundesregierung. Aus der Volksbewegung wurde eine staatliche Veranstaltung.
- Der Staatsvertrag zur deutschen Einheit enthielt die unmittelbare Übertragung der Rechtsordnung auf das Gebiet der neuen Länder und damit den formal-faktischen Umbau des Institutionensystems an einem Tag.
- Der Vertrag bedeutete nicht nur die Einführung der Rechtsordnung, sondern des gesamten institutionellen und politischen Systems. Die Bürgerinnen und Bürger fanden einen fertigen Staat vor, an dessen Gestaltung sie keinen Anteil nehmen konnten und mussten. Viele gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen, die in anderen mittel-ost-europäischen Ländern die Transformation begleiten, hatten in den neuen Ländern einen anderen Charakter, der durch die Tatsache gekennzeichnet war, dass keine der DDR-Institutionen übernommen wurden. Daher konnten die Ostdeutschen ihre Transformation auch nicht aus eigener Erfahrung mitgestalten.
- Der Mangel an institutionellen Erfahrungen gehörte zu den Akteursvoraussetzungen und wurde durch den Import von Eliten und kollektiven Akteuren zu kompensieren versucht. Es mussten nicht nur die einzelnen Menschen das neue Institutionensystem erst in ihre Handlungsorientierungen einbauen, sondern auch auf der Ebene der kollektiven und korporativen Akteure war ein Import zu verzeichnen. Nur wenige Kollektivakteure „Überlebten“ die Transformation. Eigene Versuche politischer Zielformulierung und kollektiver Identifikation sind daher marginal – weder aus der Bürgerrechtsbewegung, noch aus der Umweltbewegung, noch aus dem Friedensinteresse nach dem Mauerfall, noch Interessenvertretungen auf sozialem Gebiet, noch auf weiteren Gebieten. Die geringe Chance, in der Transformation auf eigene Erfahrungen und Initiativen bauen zu können, beschied dem institutionellen und vor allem dem politischen System, mehr noch den darin agierenden Akteuren die bekanntermaßen geringe Legitimation.

- die daraus resultierenden Anpassungsschwierigkeiten – individuell und kollektiv; eine eigene diskursive und kontroverse Selbstaufklärung über die nicht nur materiellen Hinterlassenschaften der DDR und über die notwendigen bzw. möglichen kollektiven Wandlungen blieb aus. Die eigenen transformatorischen Potenziale konnten nicht entwickelt werden.
- Die Transformation war von der Zerschlagung der ohnehin maroden Wirtschaft begleitet. Die sozialen Konsequenzen dieses wirtschaftlichen Niedergangs prägten die Erfahrungen vieler Ostdeutscher. Obwohl durch sozialstaatliche vergleichsweise gut abgesichert und ein durch Transferzahlungen erheblich gestiegener Wohlstand blieb die Möglichkeit, durch eigenen Beitrag, durch eigene Arbeit an dem Leben in der neuen Gesellschaft teilnehmen zu können für viele verschlossen.
- Der Transfer der Eliten, die Tatsache der Abhängigkeit von Transferzahlungen und die verhinderte Konstitution einer ostdeutschen Identität führten dazu, dass ostdeutschen Interessenlagen nur noch stellvertretend repräsentiert werden konnten. Die Ostdeutschen waren gezwungen, eigene Interessen an westdeutsche Repräsentation zu binden oder aber nicht repräsentiert zu sein
- Auch die Teilnahme am öffentlichen Diskurs konnte nicht mit ostdeutscher Stimme erfolgen. Die Medienlandschaft war durch die westdeutschen Massenmedien monopolisiert. Spezifisch ostdeutsch sich gebärende Medien und Anstalten verfielen in Ostalgie und verlegten sich aufs (allerdings bei Wahlen wirkungsvolle) Meckern.
- Die Transformation in den neuen Ländern war ein Verwaltungsakt und Handlungen der Integration in „die“ Gesellschaft bzw. gesellschaftliche Bereiche oder Handlungen, die der Integration dienen, sind zu einem wesentlichen Teil Verwaltungsakte. Gestaltungen von gesellschaftlichen Strukturen und Bereichen, wenn sie denn Gestaltungen im Unterschied zu Verwaltung waren, waren Elitenveranstaltungen.

Die ostdeutsche Gesellschaft ist daher eine durch Rechtsakte konstituierte und durch Verwaltung reproduzierte. Das alles unter der Voraussetzung, dass es sich um eine Transfersgesellschaft handelt.

Eine der daraus resultierenden Praktiken ist, dass so gut wie keine wirtschaftliche Investition ohne staatliche Unterstützung und Subvention vorgenommen wurde. Die Reproduktion der Gesellschaft auf kapitalistischer Grundlage blieb im wesentlichen aus: in dem Sinn, dass die Zugänge zu Märkten (wenn und in sofern es sie denn gibt) über westliche Mutterunternehmen oder Abnehmer lief. Der eigene Zusammenhang der wirtschaftlichen (kapitalistischen) basierten gesellschaftlichen Reproduktion ist noch immer nicht hergestellt. Das bezieht sich sowohl auf die Handlungsrationale der Akteure (als Verwalter) „fremder“ Mittel, als auch auf die in anderen westlichen Gesellschaften ausgebildeten Mechanismen wirtschaftlich basierter gesellschaftlicher Integration.

Der Einfluss der EU-Erweiterung auf die ostdeutsche Transformation ist daher ein Nebenprodukt des Einflusses dieser Erweiterung auf Deutschland insgesamt und ein Einfluss, der sich über die Verwaltung vermittelt. Die direkten wirtschaftlichen oder anderen gesellschaftlichen Einflüsse auf die Transformation sind über die Fördermittel also auch über eine Verwaltung – in diesem Fall eine höherrangige – in einer Verwaltungshierarchie ausgelöst und vermittelt.

Insofern blieb vielen Menschen in den neuen Ländern nichts anders übrig, als ihre Integration in die neue Gesellschaft und die Legitimation, die sie ihr entgegenbringen, auf das Funktionieren von (sozialstaatlichem) Verwaltungshandeln hin zu orientieren.

1.4. Wirtschaftliche Voraussetzungen und Folgen der EU-Erweiterung in Ostdeutschland

Die wirtschaftliche Situation in den neuen Bundesländern im Jahr 2005 kann durch folgende Merkmale charakterisiert werden.

Auf der einen Seite hatte die ostdeutsche Wirtschaft nach dem Einbruch 1991 bis 1994 in den Jahren 1994 bis 2000 dauerhaft Steigerungsraten zu verzeichnen. Nach Studien der großen Wirtschaftsinstitute waren die Steigerungsraten im Durchschnitt sogar höher als in den alten Ländern. Der Rückstand gegenüber den alten Ländern im BIP und in der Produktivität konnte verringert werden. Er blieb dennoch hoch.

Die einsetzende Stagnation ab 2002 traf die neuen Bundesländer wieder etwas härter als die alten, so dass das Bild der ostdeutschen Wirtschaft nach wie vor bestimmt war dadurch, dass

- die Entwicklung des Wachstums im Osten hinter dem Westen zurück blieb
- im produzierenden Gewerbe zwar ein Wachstum zu verzeichnen war, aber ein geringeres als im Westen (allerdings nicht in der Industrie)
- sich der Osten durch eine große regionale und branchenspezifische Ungleichheit der wirtschaftlichen Entwicklung auszeichnet (Fragmentierung)
- der Osten nach wie vor eine BIP aufweist, die geringer war als der Verbrauch
- die Produktivität geringer war als im Westen
- die Löhne in etwa um das Maß des Produktivitätsrückstandes geringer waren
- der Osten nach wie vor eine Transfersgesellschaft war
- dass sich die volkswirtschaftlich erklärbaren Transfers dementsprechend auf der Höhe bewegten, die der Lücke des Verbrauchs und des BIP entsprach (weil die Höhe der Löhne die Produktivitätslücke erklärt)
- dennoch eine Reihe von Lohnsubventionen vorhanden waren, die sich auf die hohen Tarife in einige Branchen (vor allem: Öffentlicher Dienst) bezogen, die dementsprechend durch zu geringe Einkommen derjenigen ausgeglichen wurden, die – gemessen am Verhältnis von Produktivität und Löhnen – zu gering verdienten
- die Transfers sich in der Tat auf konsumtive Ausgaben konzentrierten und nicht nur die Ausgleichszahlungen der Sozialsysteme (die das Gros der Transfers ausmachen) enthielten, sondern auch die erhöhten Zahlungen im Öffentlichen Dienst und damit auch als Zweckentfremdung der Aufbau-Ost-Mittel bewertet wurden
- Infolge der Fragmentierung die regional definierten Ansprüche an EU-Förderung sich unterschiedlich auf einzelne Gebiete auswirkten, da die Entwicklungskerne die durchschnittlichen wirtschaftlichen Ergebnisse auf ein Niveau hoben, das über den Kriterien für die Förderung lag
- dadurch die Gegenden außerhalb der Cluster oder Kerne zweifach betroffen waren: einmal dadurch, dass die Kerne keine oder nur geringe Wirtschaftsbeziehungen mit dem Umland unterhalten und dieses von dem Aufschwung der Kerne nicht nur nicht profitieren konnte, sondern von diesem auch abgekoppelt wurde, und zweitens, diese Gebiete auch noch gewisse Förderansprüche verloren
- hohe Arbeitslosigkeit bzw. Nicht-Erwerbstätigkeit den gesamten Osten prägte, insbesondere die grenznahen Regionen

Vor dem Hintergrund dieser nicht sehr aussichtreichen Lage trübte sich die wirtschaftsbezogene Stimmung in den neuen Ländern erheblich ein. Gefahren drohten mit der EU-Erweiterung in folgenden Hinsichten:

- weitere Produktionsverlagerung in die neuen Mitgliedsländer zu Lasten der neuen Länder
- Reduktion der Investitionen zugunsten der neuen Mitglieder

- Konkurrenz auf den Binnenmärkten – vor allem im Bereich der Zulieferungen und der Dienstleistungen
- Regional am meisten Gefahren ausgesetzt sahen sich die unmittelbaren Grenzregionen
- Lohndruck auf die einheimischen Beschäftigten – weiterer Ausbau eines Niedriglohnsektors
- Konkurrenz auf den einheimischen Arbeitsmärkten infolge verstärkter Arbeitsmigration

Dennoch unterstützen die ostdeutschen Landesregierungen die Erweiterung, wie auch Verbände und Gewerkschaften. Dabei blieben Warnungen nicht unausgesprochen. Verschiedene Akteure (wie z.B. die Staatsregierungen Bayern und Thüringen, vgl. Staatsregierung des Freistaates Bayern (2004)) riefen die Bundesregierung auf, sich in den Erweiterungsverhandlungen für die Interessen der Länder, die sich als angrenzende Länder am meisten von Nachteilen betroffen sahen, einzusetzen. Den neuen Ländern drohten Fördermittel in erheblichem Ausmaß wegzubrechen.

Eine Bilanz der wirtschaftlichen Ergebnisse nach einem Jahr ist u. a. vom DIHK (vgl. DIHK (2005)) und von den Handelskammern Sachsen (siehe Gemeinschaftsausschuss der Sächsischen Wirtschaft (2005)) und Brandenburg (vgl. IHK Frankfurt (Oder) (2005)) vorgenommen worden. Danach sind aus der Sicht der Wirtschaft vor allem positive Ergebnisse berichtet worden.

Die Auswirkungen auf die Geschäftssituation bewerten laut DIHK (2005) deutschlandweit 31 % der befragten Unternehmen positiv. Darunter sind vor allem solche, die bereits vor der Erweiterung über Geschäftskontakte verfügten. Alle anderen Unternehmen bewerten die Folgen zu 80 % als neutral und zu 20 % als negativ.

Profitiert haben insbesondere Unternehmen mit einer hohen Beschäftigtenzahl, die klein- und mittelständischen Unternehmen profitieren nicht in demselben Maße davon.

Nach Branchen zeigt sich der Handel am zufriedensten, das verarbeitende Gewerbe in einem mittleren Maße und am wenigsten die Dienstleistungen. Die Dienstleistungen sind insbesondere in den grenznahen Regionen einem erhöhten Wettbewerbsdruck ausgesetzt.

Über 50 % der befragten Unternehmen haben ihre Geschäftsbeziehungen ausgeweitet, darunter aber vor allem wiederum solche, die bereits über Beziehungen in den neuen Mitgliedsländer verfügen. Als wichtigste Vorteile, die die Erweiterung bot, wurden von den Unternehmen genannt:

- Wegfall von Zöllen und Handelsbeschränkungen
- Senkung der Transaktionskosten
- Höhere Rechtssicherheit
- Vereinheitlichung von Standards und Normen
- Wegfall von Investitionshemmnissen

Die am meisten genannten Nachteile der Erweiterung waren:

- Steigender Wettbewerbs- und Preisdruck in Deutschland
- Steigender Wettbewerb auch in den neuen Mitgliedsländern
- Kostensteigerungen in den neuen Mitgliedsländern

Bedeutung hatte die Erweiterung auch im Hinblick auf die Rekrutierung von Arbeitskräften in Deutschland. Davon versprachen sich vor allem Großbetriebe Vorteile. In Großbetrieben, so die Befunde, geht es nicht nur um Lohnkosten, sondern auch darum, Know How in die Unternehmen zu integrieren.

Aber gerade dem Mittelstand geht es bei der Rekrutierung von Arbeitskräften vor allem um Kostensenkungen.

Diese Bilanz aus der Sicht der Unternehmen weist darauf hin, dass die Befürchtungen vieler, u. a. auch der Gewerkschaften, über einen erhöhten Lohndruck in den deutschen Unternehmen selbst aus der Sicht der Wirtschaft nicht unberechtigt waren.

Weiterhin ist anzumerken, dass die Erweiterung selbst eine Reihe von Vorteilen und Nachteilen nach sich gezogen hat, dass aber diese Entwicklungen eigentlich schon sehr viel früher eingesetzt hatte. Die realen Effekte der Erweiterung selbst waren aus Sicht der gesamten Wirtschaft als eine Fortsetzung der bisherigen Entwicklung zu werten.

Nichts desto trotz bestanden auch nach der Erweiterung im Jahr 2005 noch eine Reihe von Hemmnissen, die auch durch den Vollzug nicht abschließend behoben werden konnten. Dazu zählten:

- Schwierige Suche nach verlässlichen Partnern
- Fehlende Fremdsprachenkenntnisse
- Beschaffung verlässlicher Marktinformationen
- Korruption und Kriminalität
- Noch keine vollständige Rechtssicherheit
- Hohe Bürokratie
- Kulturelle Differenzen
- Finanzierungsengpässe
- Mangelhafte Infrastruktur
- Qualitäts- und Personalprobleme

Diese Hemmnisse seien jedoch im Abnehmen begriffen.

In Sachsen (siehe Gemeinschaftsausschuss... (2005)) wird ebenfalls über eine erfreuliche Bilanz der Zusammenarbeit mit Unternehmen in Mittel-Osteuropa berichtet, wenn auch in geringerem Ausmaß. Die Erfolge sind geringer und die Nachteile größer als in der gesamten Wirtschaft.

Dort meinten 21 % der befragten Unternehmen, dass die Erweiterung positive Effekte nach sich zog, 64 % bewerteten die Folgen als neutral. Auch in Sachsen sind Handel und produzierendes Gewerbe am positivsten betroffen. Der Dienstleistungssektor unterliegt dem am stärksten gestiegenen Wettbewerbsdruck.

Handel und produzierendes Gewerbe haben auch die meisten neuen Geschäftskontakte geknüpft.

Überraschend ist das Ergebnis, dass die Unternehmen in den grenznahen Regionen Sachsens über eine positivere Bilanz berichten als Unternehmen in grenzferneren Regionen. Die Gegenüberstellung von Vor- und Nachteilen fällt in Sachsen ebenso aus wie in der gesamten Wirtschaft.

In Brandenburg fällt die Bilanz schlechter aus (vgl. IHK Frankfurt (Oder) (2005)). Hier werden Vor- und Nachteile der Erweiterung aus der deutschen und der polnischen Sicht verglichen. Im Ergebnis haben die polnischen Unternehmen mehr Vorteile und weniger Nachteile als die Brandenburger.

„Für die Mehrheit der Unternehmen aus der Region spielen Geschäftskontakte mit Unternehmen aus den Beitrittsländern allerdings nach wie vor keine Rolle. Eine Initialzündung für die grenzüberschreitende Wirtschaftsverflechtung hat durch den Beitritt nicht stattgefunden“ (ebenda, S. 4).

Und weiter heißt es:

„Die Auswirkungen der Erweiterung auf Gewinn, Umsatz und Mitarbeiterzahl der Unternehmen ist überwiegend negativ. Eine Lockerung der Arbeitnehmerfreizügigkeit wird überwiegend negativ bewertet.“ (ebenda, S. 4).

In dieser Bilanz der Wirtschaft eines ostdeutschen Bundeslandes wird insgesamt hervorgehoben, dass die ausländischen Unternehmen vor allem als Wettbewerber und weniger als Kooperationspartner aufgefasst werden. Gleichzeitig wird deutlich auf die Gefahren am Arbeitsmarkt hingewiesen.

Auch die brandenburgische Landesregierung sah mehr Gefahren als Chancen. „Probleme infolge der Osterweiterung sind hingegen für den Arbeits- und den Dienstleistungsmarkt zu erwarten. Insbesondere die brandenburgische Grenzregion wird infolge der räumlichen Nähe und der zu erwartenden Pendlerströme im Arbeitsmarktbereich und im Bereich der kleineren Dienstleistungsunternehmen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Polens vor Herausforderungen stehen“. (siehe Landtag Brandenburg..., S. 2).

Die Bilanz der Erweiterung in wirtschaftlicher Hinsicht fiel ein Jahr nach der Erweiterung mithin unterschiedlich aus. Während aus der Sicht der Gesamtwirtschaft die Erweiterung als ein Erfolg gewertet wird und der Druck auf die Löhne und die Arbeitsmärkte eher begrüßt wird, ziehen die ostdeutschen Bundesländer eine durchwachsene Bilanz. Im höher industrialisierten Sachsen setzen sich positive Geschäftsbeziehungen im Handeln und im produzierenden Gewerbe fort, während sich im Dienstleistungsbereich mehr Befürchtungen breit machten.

In Brandenburg allerdings sah die Lage nach der Erweiterung schlechter aus. Vor allem der Handel und Dienstleistungsbereich entlang der langen Grenze nach Polen unterlagen einem hohen Wettbewerbsdruck. Für Kooperationen mit den neuen Mitgliedsländern sind bis heute eher Firmen in den alten Bundesländern attraktiv.

Diese Situation, die allein schon aus der Sicht der Wirtschaft und auch teilweise der Politik als gemischt bewertet wird, stellte sich aus der Sicht der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften noch pessimistischer dar.

Dennoch muss darauf hingewiesen werden, dass die messbaren Wirkungen auf den gesamtdeutschen und auch den ostdeutschen Arbeitsmarkt weniger negativ ausfielen als befürchtet. Die Löhne gerieten allerdings unter Druck und der Ausbau des Niedriglohnsektors setze sich insbesondere in Ostdeutschland fort.

Bedeutender in seiner objektiven Wirkung waren jedoch die hausgemachten Reformen am Arbeitsmarkt mit dem Kern der Hartz-Gesetze. Diese führten zu erheblichen Einkommensverlusten sowohl im ersten, als auch im zweiten Arbeitsmarkt sowie bei den sozialen Transferleistungen.

Diese Einschränkungen hatten die von uns befragten Menschen in der Befragungssituation vor Augen und sie wirkten sich auf die Wahrnehmung ihrer Situation aus. Das Bemerkenswerte ist jedoch, dass von Selten einer großen Zahl der Befragten diese Erfahrungen auch direkt auf die Erweiterung der EU und ihre Folgen zurückgeführt wurden (siehe unten). Wir sehen darin einen Ausdruck dafür, dass die Bewertung der eigenen Lage und der Zukunftsaussichten ganz allgemein der Politik zugerechnet wurden und teilweise eine Differenzierung zwischen verschiedenen politischen Entscheidungsebenen nicht weiter vorgenommen wurde. Da im Jahr 2005 alle Ebenen, von der Landes-, über die Bundes- bis hin zur europäischen Ebene bei Wahlen in das Rampenlicht der politischen Öffentlichkeit kamen, wurde auch die EU in diese Zurechnung einbezogen.

2. Erfahrungen und Bewertungen des EU-Erweiterungsprozesses aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger

2.1. Legitimation der Erweiterung durch die Bevölkerung

2.1.1 Ausgangspositionen und Fragstellungen

Die Erweiterung der EU hat die Transformationsprozesse in Ostdeutschland nicht wesentlich beeinflusst. Institutionelle Anpassungen oder Veränderungen waren weder nötig noch vorgesehen. Daher konnte auch nicht erwartet werden, dass sich allein aus einem vermuteten etwaigen Einfluss der Erweiterung auf die innerdeutsche Transformation gewisse Veränderungen in den Einstellungen und Bewertungen der Menschen gegenüber dem politischen System der EU und gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik ergeben.

Die Werte und Wertbindungen der Menschen in den neuen Ländern sind zwar auch und nicht zuletzt geprägt durch die Erfahrungen, die nach 1990 gemacht wurden. Aber sie sind auch in den Erfahrungen aus der Vergangenheit des Lebens in der Gesellschaft und dem politischen System der DDR begründet. Diese Werte haben in vieler Hinsicht nicht nur die Wende und die deutsche Einheit „überdauert“, sondern sie sind einer Überprüfung unterzogen worden, die sich aus der Notwendigkeit der sozialen Orientierung in der neuen Gesellschaft ergeben hatte.

In Konfrontation mit neuen Anforderungen, Möglichkeiten und Chancen wurden Neujustierungen in den Werten vorgenommen, die in unterschiedlichen Mischungen Altes mit Neuem vereinbarten. Diese Neubestimmung, Korrektur und manchmal auch Bestätigung der Wertpräferenzen war im Wesentlichen zum Zeitpunkt der EU-Erweiterung abgeschlossen. Dennoch konnte nicht davon ausgegangen werden, dass die EU-Erweiterung ganz spurlos an den Einstellungen der Menschen vor allem in den neuen Bundesländern vorbeigehen würde.

Es hatten sich im Vorfeld in einigen Politikfeldern Befürchtungen über das Ausmaß einzelner Konsequenzen für Deutschland insgesamt, aber insbesondere für die neuen Bundesländer eingestellt. Diese wurden in der Öffentlichkeit artikuliert und diskutiert und haben nicht zuletzt infolge der medialen Verbreitung zu erheblichen Verunsicherungen geführt.

Welche Auswirkungen hat die Erweiterung auf wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland und in den Regionen, welche auf die Arbeitsplätze, die Löhne und Gehälter, die beruflichen Chancen? Wie wird sich die öffentliche und persönliche Sicherheitslage verändern, welche Möglichkeiten haben die Länder, haben die Regionen und Kommunen, sich auf evtl. neue Herausforderungen einzustellen? Welche neuen Möglichkeiten ergeben sich für das eigene persönliche Leben, wie muss und wie kann man sich selbst auf die neuen Bedingungen einstellen? Und vor allem: was können die Menschen von der Politik erwarten?

Das sind Fragen, die sich den Menschen stellten und sie im Vorfeld der Erweiterung zu bestimmten Voreinstellungen führten. Wie man weiß, hat es die Realität oft schwer, sich gegen bestimmte Voreinstellungen und Vorurteile zu behaupten. Die Sorgen und Befürchtungen beeinflussen über einen längeren Zeitraum die individuelle Wahrnehmung des gesellschaftlichen Geschehens und lassen sich manchmal nur schwer korrigieren.

Zu Vermutungen über diese Vorbehalte, zu denen die Politik selbst beigetragen hatte, kam ein weiterer Faktor hinzu, von dem anzunehmen war, dass er die Wahrnehmungen und Einstellungen der Menschen erheblich beeinflussen würde. Die Änderung der Regierungspolitik ab 2002 und die damit verbundene Agenda 2010 hat einen großen Teil der Menschen in ganz Deutschland, aber vor allem auch in den neuen Bundesländern nicht nur verunsichert, sondern faktisch in ihrer Lebensitu-

ation und in ihren Zukunftsorientierungen beeinflusst. Die meisten erlebten eine Verschlechterung ihrer materiellen Lebensbedingungen. Über die Verschlechterung der Lebensbedingungen hinaus musste sie eine mehr oder minder grundlegende Veränderung der institutionellen Bedingungen ihrer gesellschaftlichen Integration und ihrer Zukunftsperspektiven registrieren. Dass diese Faktoren sich auf die Wahrnehmungen und die Einstellungen der Menschen in vielen Lebensbereichen auswirken, war bereits bekannt. Wie sich aber diese Erfahrungen mit den hinzukommenden Verunsicherungen über mögliche Konsequenzen der EU-Erweiterung mischen würden, darüber bestand weitgehend keine Kenntnis. Gleichermassen ergab sich die Frage, wie und in welchem Maße bestehende Wertbindungen sich auf die Wahrnehmung und Beurteilung der Konsequenzen der EU-Erweiterung unter diesen Bedingungen auswirken würden.

2.1.2 Anlage der Untersuchung

Den Schwerpunkt der Studie bildet die Analyse von Werten, Einstellungen und Handlungsorientierungen der Menschen in Ostdeutschland und in einigen grenznahen Regionen Bayerns und des Saarlandes.

Diese Analysen beruhen auf einer empirischen Untersuchung des SFZ, die im Mai und Juni 2005 als schriftliche Befragung in den neuen Bundesländern und den genannten grenznahen Regionen der beiden alten Bundesländer durchgeführt wurde. Befragt wurden auf postalischem Weg 10.000 Personen im Osten und 2.000 Personen im Westen. Die Stichprobe beruhte auf einer kombinierten Zufallsauswahl, die sicherstellt, dass die Ergebnisse auf der Ebene Ostdeutschlands repräsentativ sind. Die Ergebnisse für Bayern und die Region im Saarland haben nur illustrativen Charakter und müssen strikt auf die Regionen beschränkt werden. Der Rücklauf betrug 12 % im Osten und 13 % im Westen.

Im Hinblick auf die Analysetiefe, also auf die Untersuchung und den Vergleich ausgewählter Bevölkerungsgruppen muss die jeweils einbezogene Fallzahl von Antworten beachtet werden, um nicht zu Fehlschlüssen zu kommen. Wenn und insofern die Analysen in ihren empirischen Aussagewert eingeschränkte Bedeutung haben, wird das in den jeweiligen Kontexten berücksichtigt und erwähnt.

Die in die Untersuchung einbezogenen Fragen gliederten sich einerseits in Fragen zur Bewertung der EU-Erweiterung und Erwartungen an die Politik, andererseits zu eigenen Verhaltensorientierungen in diesem Zusammenhang und schließlich zu Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität zwischen den Mitgliedsländern.

- Bewertung von Aussagen, die der argumentativen Unterstützung der EU-Erweiterung dienen (positive Legitimation)
- Bewertung von Aussagen, die als kritische Argumente in die Diskussion um die Erweiterung eingebbracht wurden (negative Legitimation)
- Bewertung von Chancen und Risiken der Erweiterung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen
- Erwartungen an die Landesregierungen im Hinblick auf die Gestaltung der regionalen Politik im Kontext der Erweiterung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen
- Beurteilung von Gesichtspunkten der sozialen Gerechtigkeit und solidarischen Zusammenarbeit der alten und neuen Mitgliedsländer im Kontext der Erweiterung
- Bewertung der Erweiterung nach Gewinn und Verlust allgemein und in Zusammenhang verschiedener gesellschaftlicher Bereiche
- Erfahrungen im persönlichen Kontakt mit Mitbürgern aus den Beitrittsländern in verschiedenen Kontexten

- **Veränderungen der eigenen Lebensführung im Zusammenhang der Erweiterung**
- **Eigener Beitrag zum Gelingen der Erweiterung**
- **Vertrauen in Menschen aus den Beitrittsländern**

Die Einbeziehung dieser Dimensionen geht über übliche Ansätze in der sozialwissenschaftlichen Werte- und Einstellungsforschung hinaus. Die Werte- und Einstellungsforschung sieht sich häufig zwei Problemen gegenüber, die in geläufigen Untersuchungsansätzen nur eingeschränkt oder gar nicht bearbeitet werden können.

Auf der einen Seite ist aus der psychologischen Einstellungsforschung bekannt, dass Bewusstseinsinhalte wie Einstellungen nicht isoliert untersucht werden können. Vielmehr stehen gedankliche Inhalte in verschiedenen Zusammenhängen und treten in der Lebenswirklichkeit der Menschen nicht unabhängig von einander auf. Diese Verknüpfungen bedeuten in der Regel, dass eine Einstellung kognitiv und emotional mit anderen verbunden ist, so dass sich verschiedene gedankliche Inhalte wechselseitig beeinflussen.

So sind Aspekte der Bewertung bestimmter gesellschaftlicher und persönlicher Lebensbedingungen immer auch von Bewertungen anderer beeinflusst. Auf welche Weise im Konkreten bei einzelnen Menschen derartige Verknüpfungen unterschiedlicher Wertungen und Einstellungen vorkommen, ist in diesem personenbezogenen Kontext Gegenstand psychologischer Forschungsansätze. In sozialwissenschaftlichen Forschungen bietet die Berücksichtigung verschiedener Bewertungs- und Einstellungsgesichtspunkte die Möglichkeit, den gesellschaftlichen Zusammenhang der einbezogenen gesellschaftlichen Dimensionen der Lebensbedingungen und der Lebensführung in die Untersuchung einzubeziehen.

Um das an einem Beispiel vorweg zu nehmen: von uns untersuchte Ausprägungen der Legitimität der EU-Erweiterung bei der Bevölkerung in den neuen Bundesländern bezieht unterschiedliche Dimensionen der Legitimitätsbeurteilung ein, die sowohl unterschiedlichen Aspekten der angestrebten Legitimitätsgeltung entsprechen – also unterschiedlichen Gründen für die Vorteile und Nachteile der Erweiterung – als auch unterschiedliche Gesichtspunkte der subjektiven Zumessung von legitimer Anerkennung oder des Versagens dieser Anerkennung bei den Befragten. So können sachliche Dimensionen der Legitimitätsgeltung wie auch subjektive Intentionen der Zuschreibung einer derartigen Geltung im Zusammenhang untersucht werden. Gleches gilt für andere Gesichtspunkte der Bewertung der Erweiterung.

Ein zweiter Gesichtspunkt der Untersuchung ist die oft nicht berücksichtigte Verbindung von Werten und Einstellungen einerseits und Aspekten des praktischen Handelns auf der anderen Seite. Was Werte und Einstellungen für die Menschen im praktischen Leben bedeuten, wie sich diese gedanklichen Inhalte im Verhalten niederschlagen und welche Konsequenz des Handelns dabei anzu treffen ist, wird selten untersucht. Dabei kann es fast als ein Allgemeinplatz gelten, dass Werte und Einstellungen für sich genommen nur eine begrenzte Aussagekraft für die tatsächliche Lebensführung haben. Auch in dieser Hinsicht der Verknüpfung von Einstellungen und Verhalten wird in psychologischen Forschungen auf den einzelnen Menschen fokussiert.

Dabei kam es in der Vergangenheit nicht selten vor, dass Verhaltensmerkmale von Probanden als einzige gültige Indikatoren für die – ansonsten vermeintlich nur unzureichend erfassbaren – Bewusstseinsinhalte unterstellt wurden. Das wissenschaftliche Programm des Behaviorismus z.B. geht grundsätzlich von dieser Annahme aus. Natürlich verfolgen wir nicht dieses Wissenschaftsprogramm, sind aber im Sinn eines komplexen Untersuchungsansatzes der Auffassung, dass die isolierte Untersuchung allein von gedanklichen Inhalten ohne die Einbeziehung von komplementären Verhaltengesichtspunkten eine zu einseitige und letztlich nur punktuell gültige Vorgehensweise ist. Die folgende Darstellung der Ergebnisse geht jedoch schrittweise vor.

Wir stellen zunächst die legitimatorischen Unterstützungsbewertungen dar. Darin spiegeln sich allgemeine Stellungnahmen zur EU und zur Erweiterung, wie sie subjektiv von den Befragten unter Einfluss ihrer eigenen Erfahrungen und der öffentlichen Meinung berichtet werden.

Daran schließt sich die Analyse von Merkmalen der objektiven Lebenslage als Folge der Erweiterung an. In diesen spiegeln sich die sozialen Erfahrungen seit der Erweiterung, von denen ein großer Einfluss auf die Bewertung der Erweiterung zu vermuten ist.

Im Anschluss an die berichteten Erfahrungen gehen wir auf Verhaltensdispositionen ein und stellen die Bereitschaften zu verändertem Handeln angesichts der neuen europäischen Situation dar. Dabei wird es um Anpassungen an die neuen Bedingungen gehen wie auch um die Bereitschaft, durch einen eigenen Beitrag zum Gelingen der Integration Europas beizutragen.

An diese Ergebnisse schließen sich die Einschätzungen von Chancen für die Entwicklung der eigenen Region im erweiterten europäischen Kontext an. Als eine Reflexion auf diese Chancenbewertungen können die Antworten auf die Fragen nach Gesichtspunkten der Gerechtigkeit im vergrößerten Europa aufgefasst werden. Es wird sich zeigen, dass der Bezugspunkt der eigenen Region auch im Hinblick auf europaweite Gerechtigkeitsurteile von Bedeutung ist. Damit bestätigt sich eine Vermutung, die der Auswahl der Fragestellungen in unserer Untersuchung zugrunde lag: aus der Sicht der Menschen ist das gegenwärtige Europa vor allem ein Europa der Regionen.

Schließlich münden diese Analysen in der Darstellung der Bilanz der EU-Erweiterung in der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger.

Zur durchgängigen Differenzierung der Darstellung der Ergebnisse

Im Anschluss an die angesprochene Vermutung, dass regionale Bedingungen und Faktoren bei der Wahrnehmung und Bewertung der Erweiterung der EU eine Rolle spielen, stellen wir die Ergebnisse durchgängig nach regionalen Gesichtspunkten differenziert dar. Wir unterscheiden die neuen und die alten Bundesländer, wobei die Ergebnisse für die neuen Bundesländer repräsentativ sind. In den alten Bundesländern haben wir nur in Bayern und im Saarland die Befragung durchgeführt und dort auch nur in grenznahen Kreisen, also solchen Landkreisen, die an neue EU-Mitglieder – oder im Saarland an ein altes Mitglied – grenzen. Diese Werte haben nur einen illustrierenden Charakter. Sie sollen einen Eindruck vermitteln, in wie weit sich die Problemlagen in den neuen, dichter an den Neumitgliedern gelegenen Bundesländern und in denjenigen, die ebenfalls an neue Mitglieder grenzen, ähneln oder nicht. Im Ganzen zeigt sich auch, dass in den grenznahen Regionen der neuen Bundesländer die Erweiterung eine andere Resonanz und Bewertung findet als in den von der Grenze weiter entfernten Regionen und dass die Abweichungen in den beiden westlichen Regionen von der Gesamtheit der neuen Bundesländer nicht in allen Hinsichten groß sind. In vielen Fragen antworten die Befragten in Ost und in West nur mit geringfügigen Abweichungen.

Die Hervorhebung der grenznahen Landkreise in den neuen Ländern ist nicht unberechtigt. Denn es zeigt sich, dass in diesen Kreisen die sozialen Probleme gegenüber den Problemen, die in den neuen Bundesländern generell anzutreffen sind, noch einmal eine Stelgerung erfahren. In unserer Befragung wird deutlich, dass in den dünn besiedelten Regionen eine erhebliche soziale Brisanz liegt. Diese zeigt sich in allen sozialen Indikatoren, von denen beispielhaft hier auf den Erwerbsstatus und die Altersstruktur hingewiesen wird.

Erwerbsstatus - Ost - nach Grenznähe

	Erwerbsstatus				
	erwerbstätig	arbeitsmarktp. Maßn.	arbeitslos	Rentner/Vorrentner	Sonstige
	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%
grenznah	40,1%	2,1%	18,6%	33,2%	7,9%
grenzfern	49,7%	1,2%	15,2%	23,7%	10,2%

SFZ, Leben 2005

Der niedrige Anteil an Erwerbstägigen in den grenznahen Kreisen wird nicht etwa durch eine deutlich erhöhte Arbeitslosigkeit ausgeglichen, sondern durch einen entsprechend höheren Anteil an Altersrentnern. Das drückt sich auch in der Altersstruktur aus.

Grenznähe - Ost - nach Alter

	Alter				
	unter 25	25-34	35-44	45-59	60 u. dar.
	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%
grenznah	10,7%	12,3%	15,8%	26,7%	34,5%
grenzfern	8,7%	22,0%	21,7%	23,8%	23,8%

SFZ, Leben 2005

Die Verteilung der Altersgruppen macht die bekannten Problemlagen deutlich: es leben zwar mehr Jugendliche (und Kinder, die aber hier nicht einbezogen wurden) in diesen Kreisen, aber mit dem 25. Lebensjahr ändert sich die Relation schlagartig. Die Jüngeren sind abgewandert und die Älteren sind geblieben.

Diese Konstellation ist die Grundlage für viele Besonderheiten in den Einstellungen zu Werten der Bewohner grenznaher Regionen und eben auch für die Bewertung der Erweiterung der EU.

2.1.3 Legitimation der Erweiterung

Es gehört zu den grundlegenden Einsichten der sozialwissenschaftlichen und politikwissenschaftlichen Forschung, dass die Existenz, Stabilität und Zukunftsfähigkeit sozialer und politischer Ordnungen von ihrer legitimen Geltung abhängig sind. Dabei geht der Gesichtspunkt der legitimen Geltung von Ordnungen über den strukturdeterministischen Ansatz von Marx hinaus und bezieht die eigenständigen Geltungsansprüche von Institutionen und Ordnungen ebenso ein wie die subjektiven – individuellen oder kollektiven – Anerkennungsverhältnisse, die Menschen und Menschengruppen den Geltungsansprüchen entgegenbringen. Die sowohl bei Durkheim als auch und vor allem bei Weber anzutreffende Doppelbegründung der Stabilität von Ordnungen bezieht mithin beide Komponenten ein: die Legitimitätsgründe, die im Namen von Ordnungsbestimmungen in der Regeln von den Herrschenden geltend gemacht und die Anerkennungsgründe (Solidarität, Legitimitätsglauben), die von den Unterworfenen diesen Ordnungen und Institutionen zur Grundlage und zum Inhalt ihres Handelns bei der Reproduktion der Ordnungen gemacht werden.

Seit Durkheim wissen wir, dass diese beiden Dimensionen der machtvollen Geltungsansprüche einerseits und der subjektiven Einstellungen gegenüber diesen Geltungsgründen andererseits auseinander fallen können. Diese Zustände des Auseinanderfallens beider Legitimitätsdimensionen sind jedoch in keinem theoretischen Ansatz stabile Zustände und weisen auf Anomien hin. Weber, der

einen systematischen Zusammenhang zwischen dem Bestehen einer Ordnung und ihrer subjektiven Anerkennung herstellt, weist aber auch darauf hin, dass die Sinnbezüge individuellen Handelns, die sich auf die Geltung einer Ordnung beziehen, häufig Mischungsverhältnisse seiner idealtypisch angenommenen Bestimmungsgründe des Handelns sein werden. Diese Bestimmungsgründe unterscheidet er in traditionelle, affektive und legale Geltungsgründe. Unter den legalen spielen der wertrationale Glaube an die legitime Geltung und die zweckrationale Überzeugung an deren Berechtigung, die sich auf die Interessenlage des Einzelnen bezieht, eine besondere Rolle. Diese Unterscheidungen beziehen wir bei der Interpretation von Befunden unserer Untersuchung ein. Die Differenzierung von Geltungsansprüchen und Anerkennungsgründen sozialer und politischer Ordnungen berücksichtigen wir u. a. dadurch, dass wir in die Untersuchung einerseits Zustimmungsgründe und deren Bewertung aufgenommen haben (positive Legitimation), die von Vertretern der EU und der Mitgliedsländer beim Werben um Unterstützung für die Erweiterung und die gleichzeitige Vertiefung der EU vorgebracht wurden (siehe erstes Kapitel). Andererseits erfragten wir auch die Bewertung von Aussagen, die von Kritikern der Erweiterung gegen diese eingeworfen wurden (negative Legitimation), die wirklich oder vermeintlich Risiken und Gefahren der Erweiterung beinhalteten und damit die Sorgen der Menschen ausdrücken sollten.

An diese Grundlagen der sozialtheoretischen Bestimmung der Geltung legitimer Ordnungen ist in den Politikwissenschaften und insbesondere in Forschungen zur politischen Kultur angeschlossen worden. Dabei wurde eine Vielzahl von Konzepten entwickelt, von denen hier nur auf Easton hingewiesen werden soll. Er unterscheidet im Hinblick auf die subjektive Anerkennung von Ordnungen zwischen drei „Objekten“ der Anerkennung: der politischen Gemeinschaft, dem politischen Regime und den herrschenden Akteuren. Dabei bezieht sich die Anerkennung der politischen Gemeinschaft auf die Existenz und Verfasstheit eines politisch-moralisch bindenden Kollektivums, die in ihren Grundbestimmungen (und dazu gehört das Bestehen äußerer Grenzen ebenso wie die Grundbestimmungen der Verfassung) die Menschen als Angehörige dieser politischen Gemeinschaft sowohl integriert, wie verpflichtet. Das politische Regime bezieht die wesentlichen Institutionen der politischen Ordnung ebenso ein, wie die Grundregeln der politischen Entscheidung und der Teilhaben an Ihnen. Die Anerkennung der politischen Akteure bezieht die Parteien und politischen Organisationen ebenso ein, wie das politische Personal, also die „Eliten“ und deren Programmatik und Handeln.

Als eine weitere Spezifikation der theoretischen Grundbestimmung der Anerkennungsverhältnisse sind in der Politikwissenschaft verschiedene Orientierungen unterschieden worden, die Menschen dazu veranlassen können, politische Ordnungen, Institutionen und Entscheidungen anzuerkennen. Wir greifen hier auf die Unterscheidung von Gemeinwohlorientierung, Effektivität und Responsivität zurück. Dabei bedeuten die Dimension der Gemeinwohlorientierung die Anerkennung einer Ordnung oder Institution nach Maßgabe dessen, in wie weit das politische Handeln nicht nur partikulare Interessen in der Gesellschaft berücksichtigt, sondern von der Grundorientierung auf das „Wohl aller“ geleitet ist. Mit Effektivität wird der Grad bestimmt, in dem die Menschen meinen, dass Ihre Stimme, dass Ihr Votum im politischen Entscheidungsprozess Anerkennung und Gewicht findet. Mit Responsivität wird die Maßgabe der Anerkennung von Institutionen und Entscheidungsregeln bezeichnet, in der die eigenen Interessen und Wertgesichtspunkte der Bürger in den Entscheidungen Berücksichtigung finden.

Auch diese Differenzierung wurde in die Untersuchung aufgenommen und bei der positiven Legitimation im Hinblick auf die politische Gemeinschaft berücksichtigt sowie bei der negativen Legitimation unter dem Gesichtspunkt der Effektivität und Responsivität.

Diese sozialtheoretischen Grundlagen der Legitimität von Ordnungen sollen hier nicht weiter vertieft werden, sie bilden den Anlass dafür, dass wir in unserer Untersuchung zwei Dimensionen der Legitimität einbezogen haben und diese nach Gesichtspunkten der Integration der Mitglieds- und Beitreitsländer in der positiven Merkmalsliste und nach Gesichtspunkten des Verhältnisses von Politik und Bürger, den Gesichtspunkten der „Outcomes“ der Erweiterung, der Effektivität und Responsivität unterschieden.

2.1.4 Positive Legitimation

Mit positiver Legitimation werden hier Merkmale und Aussagen benannt, die in der politischen Argumentation zugunsten der Erweiterung formuliert wurden. Dabei standen in der Argumentation solche Begründungen im Vordergrund, die folgende Bereiche betrafen:

- Festigung der innereuropäischen Integration und Zusammenarbeit
- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- Stärkung der internationalen Position der EU im Kontext veränderter internationaler politischer Rahmenbedingungen
- Wirtschaftliche Vorteile für alle Mitglieder
- Förderung der Freizügigkeit für die Menschen und von Begegnungen
- Förderung kultureller Gemeinsamkeit und Vielfalt

Eine Reihe weiterer Zielstellungen der Erweiterungs- und Vertiefungspolitik, die in der öffentlichen Diskussion als Vorteile benannt wurden, sind jedoch auch auf mehr oder minder großen Widerstand gestoßen und kritisiert worden. Diese Ziele und Argumente haben wir in die Liste der Merkmale der negativen Legitimation aufgenommen.

Für die Ermittlung der positiven Legitimation haben wir in die Untersuchung folgende Zielstellungen als Merkmale in die Liste aufgenommen:

Die Erweiterung der EU würde führen zu:

- gemeinsamer Außenpolitik
- gemeinsamer Terrorismusbekämpfung
- besserer Kriminalitätsbekämpfung
- guter Nachbarschaft
- Festigung der europäischen Einheit
- Stärkung der internationalen Position der EU
- wirtschaftlichem Aufschwung für alle Mitgliedsländer
- einem einheitlichem Steuersystem
- zur Eindämmung von Billiglohnangeboten
- regulierter Zuwanderung
- gerechter Verteilung von Fördermitteln
- Sicherung sozialer Standards
- mehr Solidarität zwischen den Mitgliedsländern
- freier Wahl des Wohnortes
- vermehrtem kulturellen Austausch
- Förderung des Kennenlernens der Menschen.

Zusammenfassung allgemeiner Ergebnisse hinsichtlich der Zustimmung zu Zielstellungen, die mit der Erweiterung verbunden waren.

Die Fragestellung im Fragebogen erlaubt eine Interpretation der Ergebnisse in dem Sinn, dass die Befragten die genannten Zielstellungen mit positiven Erwartungen verbinden. Die Antworten lassen keine direkte Interpretation im Sinne einer Befürwortung oder Ablehnung der Ziele für sich zu, sondern in dem Sinn, dass die Ziele auch realisiert bzw. eben nicht realisiert werden. So finden wir hinsichtlich einiger Merkmale breite Zustimmung und hinsichtlich anderer verbreitete Ablehnung, die jedoch auf die Erwartung hindeuten, dass diese Ziele entweder als erreichbar gelten oder nicht.

Generell kann festgestellt werden, dass allgemeine Zielstellungen, die auf die Beziehungen der Mitgliedsländer untereinander, die Festigung der inneren Einheit, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Anhebung der Stellung der EU im internationalen Maßstab gerichtet sind, unterstützt werden. Darin spiegelt sich die Unterstützung dieser Zielstellungen ebenso wider wie die Erwartung, dass diese Ziele auch erreicht werden. Es ist ersichtlich, dass eine generelle Hoffnung auf ein harmonisches Zusammenhandeln und eine einheitliche Politik und ein geschlossenes internationales Auftreten besteht.

Zweitens aber ist festzustellen, dass der Bereich der inneren Sicherheit besonders hoch bewertet wird.

Drittens werden die Bewegungsspielräume für die Menschen unterstützt, sowie die kulturelle Vielfalt und Bereicherung.

Viertens wird an Hand der Ergebnisse deutlich, dass die Menschen umso skeptischer werden, je konkreter Zielstellungen formuliert sind. Mit Ausnahme der inneren Sicherheit fällt die zustimmende Erwartung dann ab, wenn es konkreter wird. Vor allem in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ist die Skepsis groß, dass die formulierten Zielstellungen nicht erreicht werden. In diesen Fällen kann man davon sprechen, dass das negative Antwortbild, das sich ergibt, nicht darauf beruht, dass die Befragten der angegebenen Zielstellung nicht folgen wollen, sondern dass es sich daraus ergibt, dass in die Realisierbarkeit keine großen Hoffnungen gelegt werden.

In dieser sinkenden Zustimmungsbereitschaft zur Erweiterung der EU nach Maßgabe der Spezifikation von Zielen kommt die oben angesprochene Unterscheidung zwischen genereller Anerkennung allgemeiner Grundwerte und Zielstellungen auf der einen Seite und den konkreten politischen Handlungsbedingungen innerhalb der Institutionen für die jeweiligen handelnden politischen Akteure zum Ausdruck. Wird auf der einen Seite also allgemeine Begründungen für die Erweiterung zugestimmt, die dem friedlichen Charakter der Union, den nachbarschaftlichen und solidarischen Beziehungen der Mitglieder und der Stärkung der globalen Position der EU und damit auch des eigenen Landes dienen, so kommt im Misstrauen gegenüber konkreten Zielstellungen vor allem die Intransparenz des Institutionenengelages und des Handelns der Akteure darin zum Ausdruck. Die meisten Menschen wünschen sich pazifizierte und solidarische Beziehungen untereinander, sind aber eher skeptisch darüber, ob die noch bestehenden praktischen Anreize zu eigensinnigem und egoistischem Interessenhandeln der Mitglieder nicht überwiegen.

Am deutlichsten werden Zielstellungen mit einer positiven Erwartungshaltung unterstützt, die eine Stärkung der Einheit und Gemeinsamkeit der erweiterten EU im Ganzen in Aussicht stellen. So findet die Aussage, dass die Erweiterung eine Stärkung der internationalen Position der EU bedeutet, die meiste Zustimmung.

Offensichtlich wird die Stärkung des internationalen Gewichtes in einen Zusammenhang mit der quantitativen Zunahme der Bevölkerung, der regionalen Ausdehnung, den gemeinsam erarbeiteten und verfügbaren Ressourcen und der damit verbundenen Vergrößerung des internationalen Handlungspotentials der EU gebracht. Diese Einschränkung auf die Erwartung einer ressourcenbasierten Vergrößerung des Gewichtes resultiert daraus, dass andere Merkmale, die zu einer Festigung der internationalen Position in Betracht kommen könnten, wie eine effiziente und koordinierte politische Abstimmung, eine stärkere Harmonisierung der außen- und sicherheitspolitischen Zielstellungen, die Interessenharmonisierung gegenüber anderen Regionen, internationalen Organisationen und Mächten, nicht in dem Maße Zustimmung erhalten.

Dennoch stimmen die meisten Befragten der Erwartung zu, dass die Erweiterung auch zu einer guten Nachbarschaft der Mitgliedsländer führen wird.

In etwa übereinstimmend in Ost und West sind die Menschen nur zu 10 – 12 % der Meinung, dass die Erweiterung nicht zu einer Verbesserung und Vertiefung der nachbarschaftlichen Beziehungen führe. Dies gilt jedoch nur auf einer sehr allgemeinen und unspezifischen Ebene nachbarschaftlicher Beziehungen. Wie wir sehen werden, vergrößert sich sie Skepsis hinsichtlich der Zukunft der Innereuropäischen Beziehungen in dem Maße, in dem konkrete Bereiche und Ziel angesprochen werden. Das gilt sowohl in wirtschaftlicher, politischer wie in sozialer Hinsicht. Je konkreter die Ziele artikuliert werden und je enger sich mit den sozialen Lebensverhältnissen der Menschen verbunden sind, desto größer fällt die Skepsis der Befragten aus. So kann man vermuten, dass die Zustimmung zu den Erwartungen der Verbesserung der allgemeinen nachbarschaftlichen Beziehungen auf dem generellen Wunsch nach einer Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen beruht. Für die Bewertung dieses Ergebnis ist es auch hilfreich daran zu erinnern, dass sowohl in den Beziehungen zu Polen, als auch zur Tschechischen Republik Konflikte aus der Vergangenheit des 2. Weltkrieges erneut virulent wurden. Im Licht der konkreten Beziehungen Deutschlands mit den beiden östlichen Nachbarn kann das Ergebnis so interpretiert werden, dass es im Zuge der Beitrittsverhandlungen (zumindest mit Tschechien, mit Polen erst in diesem Jahr) zu einer Verständigung hinsichtlich der kontroversen Themen kommen kann und soll.

Insgesamt sieht die große Mehrheit der Befragten in der Erweiterung einen Schritt hin zu einer Festigung der europäischen Einheit – was es in der Tat auch aus objektiver Sicht ist. Damit wird der Überzeugung Ausdruck verliehen, dass die Erweiterung in der Tat ein wesentlicher Schritt zur Überwindung der Spaltung Europas ist und dem auch zugestimmt wird.

Wie bereits angesprochen, erfahren diese Ziele auf eine sehr allgemeine Ebene eine breite Zustimmung. Dieses hohe Niveau der Zustimmung bleibt im Konkreten nur im Hinblick auf die innere Sicherheit und mit etwas Abstand im Hinblick auf eine gemeinsame Außenpolitik erhalten.

Am deutlichsten wird das am Beispiel der Kriminalitätsbekämpfung und der Terrorismusbekämpfung. Beides waren (und sind) nicht nur in der öffentlichen Kommunikation, sondern auch in den Augen der Befragten Politikfelder, denen eine besondere Bedeutung zukommt. Den Institutionen und Akteuren der erweiterten EU, die für die innere Sicherheit zuständig sind, wird eine große Erwartungshaltung entgegengebracht.

2.1.4.1 Ergebnisse

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) bildet einen Kern der Zielstellungen, die sowohl mit der Erweiterung als auch mit der Politik der Vertiefung der Zusammenarbeit der Mitglieds-

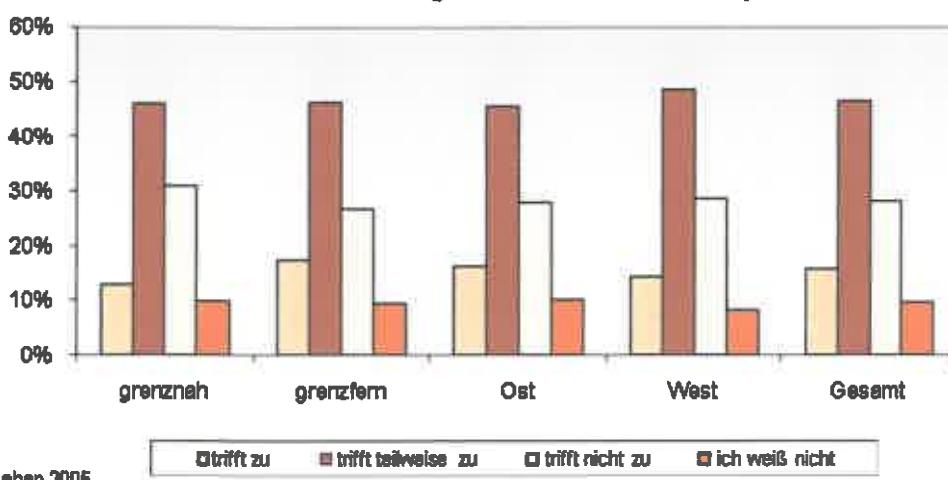
länder verfolgt wurden (vgl. Kreft (2002)). Dabei spielten die Überwindung der europäischen Nachkriegsordnung und der Spaltung Europas ebenso eine Rolle wie die Herausforderungen, die der internationale Terrorismus stellte. Gleichzeitig stellt die Veränderung der Machtstrukturen im internationalen Gleichgewicht des politischen Weltsystems eine Herausforderung dar. Die Erweiterungen der EU sind auch ein Schritt auf dem Weg der Sicherung einer gefestigten Position Europas in einem sich verändernden weltpolitischen Kräfteverhältnis. Bislang haben nationale und regionale Sonderinteressen ein einheitliches Auftreten der EU-Mitgliedsländer immer wieder auch erschwert. Inzwischen ist mit dem Lissabon-Vertrag zumindest die Position eines EU-Außenbeauftragten geschaffen worden, der zumindest die externe und interne Kommunikation strukturieren kann. Zum Befragungszeitraum jedoch standen der Formulierung und der Praxis einer GASP viele Hemmnisse im Weg. Diese betrafen nicht nur die internationalen militärischen Einsätze, das gemeinsame Vorgehen in globalpolitischen Fragen wie der Ressourcennutzung und dem Klimawandel, sondern auch Sonderwege in Kooperationen mit den USA (Raketenschild).

Aus diesen Gründen überwiegen in den Antworten die Bedenken, ob es zu einer wirklichen GASP kommen wird. Die Skepsis in den Antworten macht deutlich, dass in allen Regionen den nationalen Interessenlagen in außenpolitischen Fragen ein größeres Gewicht gegeben wird.

Die EU-Erweiterung führt zu einer einheitlichen Außenpolitik - Grenznähe und Ost-West (In Prozent)					
einheitliche Außenpolitik					
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	12,9%	46,2%	31,1%	9,8%
	grenzfern	17,4%	46,4%	26,8%	9,5%
O-W	Ost	16,3%	45,6%	28,0%	10,1%
	West	14,4%	48,7%	28,7%	8,2%
Gesamt		15,8%	46,5%	28,2%	9,6%

Quelle: SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - einheitliche Außenpolitik



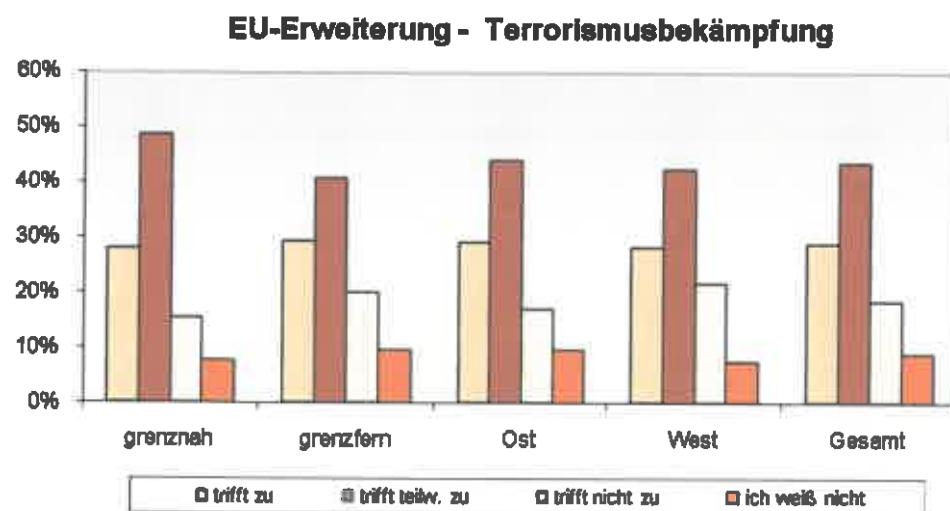
SFZ, Leben 2005

Terrorismusbekämpfung

Zur GAS gehört auch der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, der seit 2001 eine noch größere Bedeutung erfahren hat. Das Bedürfnis nach innerer Sicherheit ist in der Bevölkerung vor dem Hintergrund einer zwar nicht manifesten, so doch latenten Angst vor terroristischen Anschlägen groß. Daher ist davon auszugehen, dass die Antworten sich nicht primär auf den Aspekt beziehen, ob die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ein unterstützenswertes Ziel sei, sondern darauf, ob es der erweiterten EU zuzutrauen ist, entsprechende Zielstellung tatsächlich gemeinsam umzusetzen. Die tiefere Interpretationsfrage, ob die Antworten eine Abwägung zwischen den Zielen der Terrorismusbekämpfung einerseits und dem Ziel der Wahrung der Personenrechte (insbesondere des Datenschutzes) enthalten, kann in dieser Untersuchung nicht beantwortet werden. Wir gehen davon aus, dass sich in den Antworten die mehrheitliche Unterstützung dieses Aspektes der GAS ebenso widerspiegelt wie die Erwartung, dass das auch mit einiger Wahrscheinlichkeit erreicht werden kann.

Die EU-Erweiterung führt zu gemeinsamer Terrorismusbekämpfung - Grenznähe und Ost-West (in Prozent)					
Terrorismusbekämpfung					
		trifft zu	trifft teilw. zu	trifft nicht zu	Ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	28,1%	48,7%	15,4%	7,8%
	grenzfern	29,4%	40,9%	20,1%	9,5%
O-W	Ost	29,2%	44,2%	17,1%	9,5%
	West	28,3%	42,5%	21,7%	7,5%
Gesamt		28,9%	43,7%	18,4%	8,9%

Quelle: SFZ, Leben 2005



SFZ, Leben 2005

Kriminalitätsbekämpfung

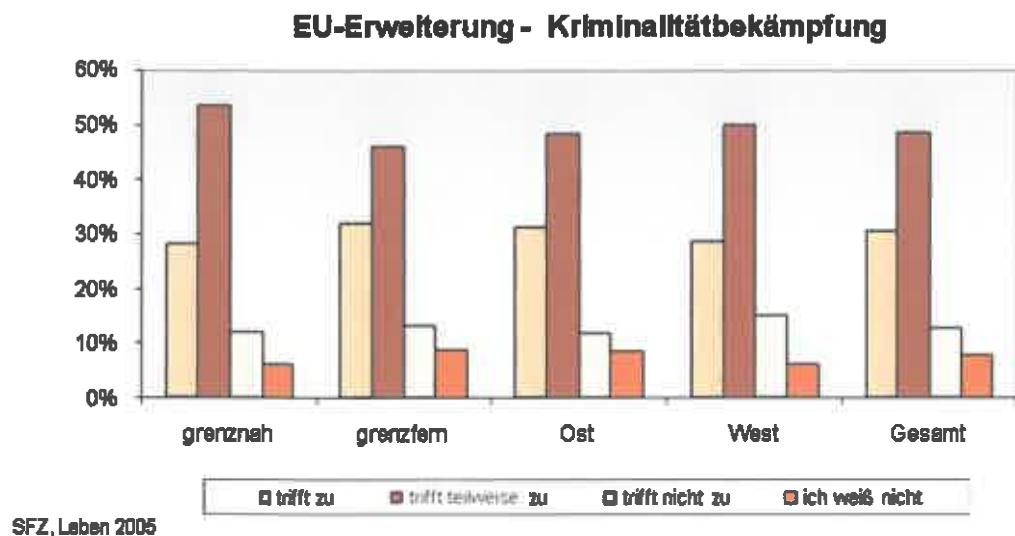
Frage der äußereren, aber vor allem auch der inneren Sicherheit spielen bei der Legitimation der EU im Ganzen und der einzelnen Schritte ihrer Erweiterungen und Vertiefung eine große Rolle. Dabei ist die Doppeldeutigkeit des Problems und der Zielstellung der Kriminalitätsbekämpfung zu beachten.

Denn einerseits hat nach dem Fall der Mauer die Kriminalität über den ehemaligen eisernen Vorhang hinweg stark zugenommen. Man kann mit einer gewissen Ernüchterung sagen, dass die Kriminellen die ersten Europäer waren, die sich tatkräftig vereinigten oder jedenfalls über Grenzen hinweg agierten. Die Kriminalitätsbekämpfung war also zunächst eine notwendige Reaktion auf die veränderten kriminellen Praktiken nach 1990. Dieser Herausforderung, so ein viel zitiertes Argument, könne man am besten in europäischer Kooperation und Koordination begegnen. Die Zusammenarbeit der Dienste der inneren Sicherheit funktioniere in einem vereinigten Europa am besten. Zugleich aber bedeutet die Erweiterung der EU auch eine Verbesserung der Handlungsbedingungen sowohl organisierter wie nicht organisierter Kriminalität. In gewisser Weise könnte man meinen, dass die Erweiterung dadurch, dass sie die polizeiliche Zusammenarbeit europaweit erleichtert, sie gleichzeitig auch erschwert, indem sie kriminellen Handlungen günstigere Bedingungen bereitstellt. Und in diesem Sinn wäre die Bewertung der EU-Erweiterung im Hinblick auf die Kriminalitätsbekämpfung eine Frage der Abwägung von Vorteilen und gleichzeitigen Nachteilen der Erweiterung.

In den Bewertungen der Befragten trifft eine solche Abwägung aber mehrheitlich nicht zu. Schon im Vorfeld der Erweiterung konnten ermittelt werden, dass der eigenen Sicherheit vor allen in den neuen Ländern ein hoher Stellenwert zugemessen wurde. Der Fall der Mauer und die Andersartigkeit der Grenze zu den ehemaligen Bruderländern haben zu einer drastischen Erhöhung des Sicherheitsbedürfnisses und der Kriminalitätsfurcht geführt. Daher bedeutete die innere Sicherheit seit 1990 insbesondere für die Ostdeutschen mehrheitlich ein hohes Gut. Die EU-Erweiterung konnte der vermuteten und gefürchteten subjektiven Gefährdung nur noch wenig hinzufügen. Die Erwartung allerdings, dass eine effiziente polizeiliche Zusammenarbeit möglich werde, wurde mit der Erweiterung verbunden. In diesem Sinn ist die breite Unterstützung dieses Ziels durch die Befragten Ausdruck der Erwartung, dass mit vereinten Kräften dem eigenen Sicherheitsbedürfnis genügt werden könne.

EU-Erweiterung führt zu effektiver Kriminalitätsbekämpfung - Grenznähe, Ost-West (in Prozent)					
Kriminalitätsbekämpfung					
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	28,3%	53,6%	12,0%	6,0%
	grenzfern	32,0%	46,2%	13,1%	8,7%
O-W	Ost	31,4%	48,4%	11,8%	8,4%
	West	28,7%	50,0%	15,1%	6,2%
Gesamt		30,7%	48,8%	12,8%	7,8%

Quelle: SFZ, Leben 2005



Europäische Einheit und nachbarliche Beziehungen

Eine der grundlegenden Zielstellungen, die mit der Erweiterung verbunden war, bestand und besteht in der Überwindung der Spaltung Europas. Diese Spaltung hatte in der Geschichte viele Facetten und unterlag unterschiedlichen Einflussfaktoren, von denen einige bis heute langfristig nachwirken, wie z.B. die Entwicklung auf dem Balkan, die Beziehungen zu Russland und anderen osteuropäischen Ländern. Insbesondere jedoch die Überwindung der jüngsten Spaltungen, die mit dem Aufschwung des modernen Kapitalismus und der Nationalstaaten verbunden waren und in den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges in der europäischen Nachkriegsordnung ihren Ausdruck fanden, sollten mit der Erweiterung der EU nach dem Fall der Mauer und den friedlichen Revolutionen in den OML überwunden werden. Diese allgemeine Weichenstellung und mit ihr verbundene konkretere Zielstellungen werden von den Menschen in großem Umfang unterstützt. Die Festigung der Einheit der Union und die Gestaltung guter nachbarschaftlicher Beziehungen erfreuen sich weitgehender Zustimmung. In der Zustimmung zu beiden diesbezüglichen Fragen in unserer Befragung drückt sich auf der einen Seite die Unterstützung der darin ausgedrückten Zielstellung als etwas Wünschenswertem aus und gleichzeitig auch die Erwartung bzw. die Hoffnung, dass diese Ziele auch tatsächlich erreicht werden könnten. Die Politik sollte also den Weg der Festigung der Einheit weiter verfolgen und wird dabei auch erfolgreich sein.

Dazu zwei Bemerkungen:

Beide Fragen überschneiden sich in ihrem Inhalt stark, weil die Festigung der Einheit und gute nachbarschaftliche Beziehungen sehr eng zusammenhängen. Beide Fragen bilden aber auch in gewisser Weise einen Qualitätsunterschied hinsichtlich der Stellung der Mitgliedsländer zueinander ab, der auf der einen Seite die EU als Einheit betrifft und auf der anderen Seite die Beziehungen der Länder zueinander. Diese qualitative Differenz bezieht sich auf die Frage der Souveränität der Staaten. Als Mitglieder der Union werden Souveränitätsrechte eingeschränkt, in den nachbarschaftlichen Beziehungen zueinander wird die Souveränität der Staaten bzw. Länder dagegen vorausgesetzt.

Allerdings hängen beide Gesichtspunkte der Beziehungen der Mitgliedsländer zueinander eng miteinander zusammen.

a) Zur Festigung der europäischen Einheit

Die Antworten auf die allgemein formulierte Frage, ob die Erweiterung der EU zu einer Festigung der europäischen Einheit führt, zeigen, dass die Menschen sowohl die politische Orientierung auf ein einheitliches und friedliches Europa unterstützen, als auch, dass die Erweiterung diesem Ziel europäischer Politik dient.

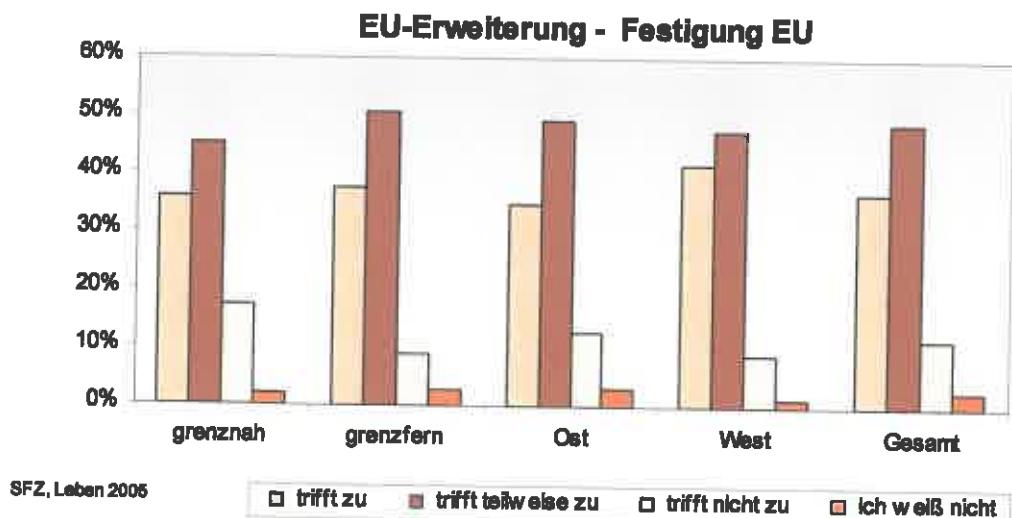
Damit wird – wie angesprochen – einerseits ausgedrückt, dass die Erweiterung dem Ziel dient, die alte Spaltung Europas und insbesondere die Nachkriegskonfrontation zu überwinden. Insbesondere scheint es dabei um ein friedliches Europa zu gehen. Der Wunsch nach friedlichen internationalen Beziehungen der Länder zueinander wird ja in der Bevölkerung Europas und insbesondere in Deutschland von den Menschen sowohl im internationalen wie auch im europäischen Maßstab stark unterstützt.

In dieser allgemeinen Formulierung ist aber noch nicht berücksichtigt, welche konkrete Form der Einheit Europas dabei gemeint ist. Über die Frage, welche institutionelle Form der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einheit unterstützt wird und auf welchem Wege diese Einheit herzustellen bzw. zu erreichen sei, gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Auffassungen, wie die Abstimmungen zur Verfassung und die zähen Verhandlungen zu den Lissabonner Verträgen gezeigt haben. Die Festigung der politischen Einheit und der gemeinsamen Rechtsordnung stößt immer wieder an unterschiedliche Akzeptanzgrenzen sowohl in der nationalen Politik, als auch in den Bevölkerungen. Das ist auch nicht verwunderlich, sind doch einzelne Vorschläge der konstitutiven und institutionellen Begründung der Einheit Europas mit unterschiedlichen Graduierungen der Aufgabe nationaler Selbständigkeit und politischer Souveränität verbunden.

Die europäische Entwicklung ist bereits zu einem Punkt fortgeschritten, an dem die Festigung der Einheit Europas immer auch mit dem Gegenstück, mit der Aufgabe von Souveränitätsrechten und selbständigen, nationalen Steuerungsmöglichkeiten, verbunden ist. Wie jedoch die Antworten zu anderen Indikatoren der Unterstützung der europäischen Einigung zeigen (s. u.), sind die Menschen in Deutschland in weitaus geringerem Maße bereit, Souveränitätsverluste in Kauf zu nehmen, obwohl sie das Ziel der Festigung der europäischen Einheit unterstützen.

Die EU-Erweiterung führt zur Festigung der europäischen Einheit - Grenznähe und Ost-West (in Prozent)					
Festigung EU					
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	29,3%	43,0%	19,4%	8,2%
	grenzfern	33,5%	41,5%	18,7%	6,4%
	Ost	31,5%	40,7%	20,6%	7,1%
	West	33,0%	45,8%	14,5%	6,7%
Gesamt		32,0%	42,2%	18,9%	7,0%

Quelle: SFZ, Leben 2005



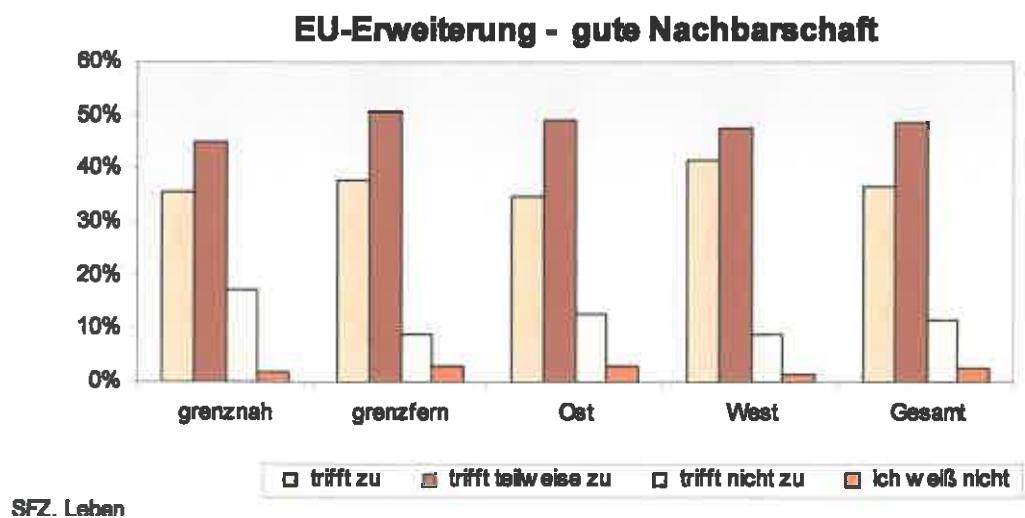
b) Gute Nachbarliche Beziehungen

Die Vertiefung guten nachbarschaftlicher Beziehungen ist ein politisches Ziel, das ebenfalls eine Ambivalenz beinhaltet. Diese betrifft das Verhältnis dreier Seiten zueinander: auf der einen Seite stehen die Mitgliedsländer in einer direkten Beziehung zueinander. Das betrifft bilaterale und gelegentlich auch multilaterale Beziehungen, zweitens stehen die Länder mittels der Mitgliedschaft in der EU in Beziehungen untereinander, die durch die EU-Verträge in vielen Hinsichten geregelt sind, und drittens bedeuten gute nachbarschaftliche Beziehungen auch die Fähigkeit und das Recht, diese Beziehungen eigenständig gestalten zu können, also die Akzeptanz und Unterstellung staatlicher Souveränität. Eine Aussage über die Qualität der Beziehungen zweier Seiten zueinander bedeutet immer auch die Anerkennung der selbständigen Existenz beider.

Wenn und insofern der gemeinte Sinn dessen, was unter europäischer Einheit oder auch Annäherung verstanden wird, bedeutet, dass die Ausweitung und Vertiefung der Beziehungen gleichzeitig die schrittweise Absenkung des Niveaus der Selbständigkeit der Beteiligten beinhaltet, dann sind die zwischenstaatlichen Beziehungen zwar immer noch gut nachbarliche, aber die Voraussetzung der souveränen Eigenstaatlichkeit, auf deren Grundlage staatliche Nachbarschaft beruht, nicht mehr gegeben, sondern in einer anderen Vorstellung von der Einheit, z.B. als Bundesstaat aufgehoben. Also: die Frage nach der Verbesserung der Nachbarschaftsbeziehungen setzt die Aufrechterhaltung der vollen Eigenstaatlichkeit voraus. Daher kann eine Unterstützung des Ziels der Verbesserung der Nachbarschaft mit einer Ablehnung von oder Skepsis gegenüber einer Festigung der Einheit einhergehen, wenn sie denn die Aufhebung der staatlichen Eigenständigkeit bedeutet.

Die EU-Erweiterung führt zu guter Nachbarschaft - Grenznähe und Ost-West (in Prozent)				
gute Nachbarschaft				
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu
Grenzregion	grenznah	35,8%	45,1%	17,1%
	grenzfern	37,7%	50,6%	8,9%
O-W	Ost	34,9%	49,3%	12,7%
	West	41,8%	47,7%	9,0%
Gesamt		36,9%	48,8%	11,6%

Quelle: SFZ, Leben 2005

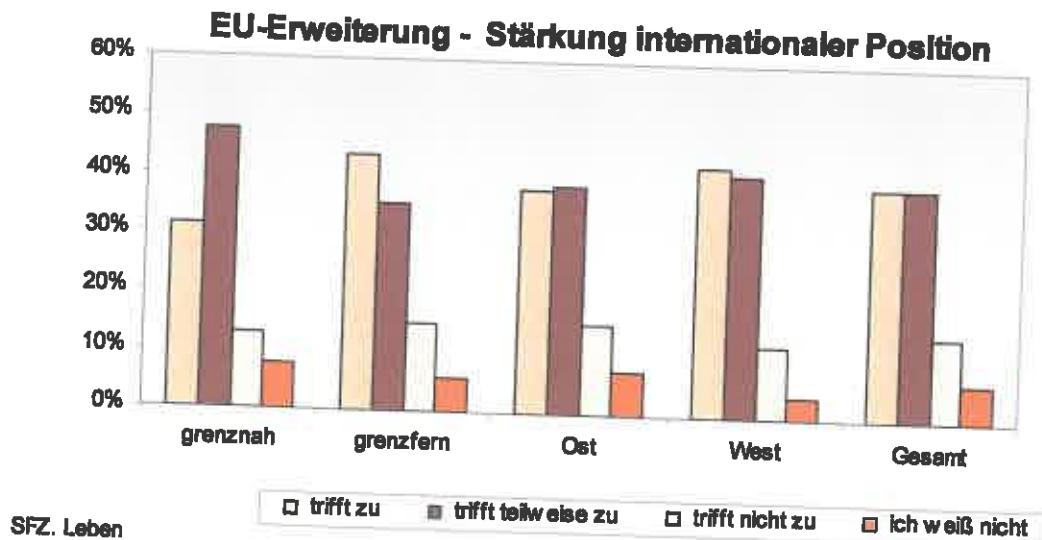


Stärkung der internationalen Position Europas

Die Befragten gehen mehrheitlich davon aus, dass trotz gewisser Vorbehalte hinsichtlich der Formulierungen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik die internationale Position Europas gefestigt werden kann. Dieses Ergebnis unterstreicht die Unterstützung diesbezüglicher Ziele der EU und die Auffassung, dass die Erweiterung dazu beiträgt. Das ist im Vergleich mit anderen Ergebnissen interessant, weil – wie sich unten zeigen wird – die Zuversicht hinsichtlich der Entwicklung harmonischer Binnenbeziehungen zwischen den Mitgliedsländern keine großen Erwartungen gehegt werden. Die Zustimmung zum Ziel der Festigung der internationalen Position der EU begründet sich in den Augen der Befragten also weniger auf die internen Verhältnisse als auf die Größe und das sich daraus ergebende internationale Gewicht der EU.

Die EU-Erweiterung führt zur Stärkung der internationalen Position Europas - Grenznähe und Ost-West (in Prozent)				
Stärkung internationaler Position				
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu
Grenzregion	grenznah	31,5%	47,8%	12,9%
	grenzfern	43,7%	35,5%	15,1%
O-W	Ost	38,3%	39,0%	15,2%
	West	42,7%	41,4%	12,2%
Gesamt		39,6%	39,7%	14,3%
				ich weiß nicht

Quelle: SFZ, Leben 2005



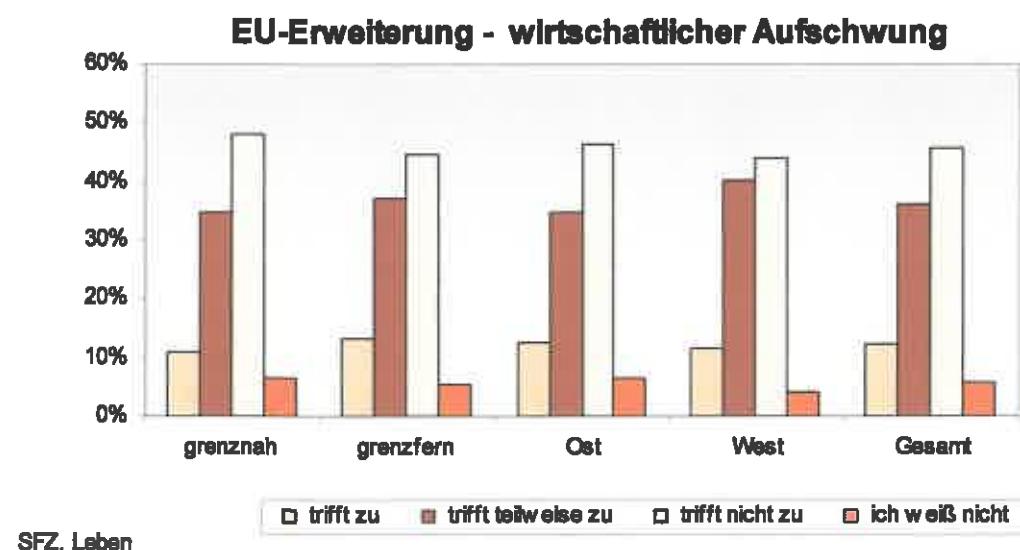
Wirtschaftliche Entwicklung

Die EU-Erweiterung wurde immer auch mit wachsenden Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung für alle – alten und neuen – Mitgliedsländer beworben. Vor allem den Neumitgliedern würden sich bedeutend bessere Möglichkeiten für eine Integration in den europäischen und in den Weltmarkt ergeben. Das ist in der Tat auch ein Ergebnis der bisherigen Entwicklung seit 2004, wie die Wirtschaftsdaten ausweisen. Auch die alten Mitglieder und insbesondere Deutschland sollte von der Erweiterung profitieren können. Auch das kann in der Tat als ein Teil der Erfolgsbilanz der Erweiterung angesehen werden.

Umso erstaunlicher ist, dass die Befragten den Möglichkeiten der gemeinsamen wirtschaftlichen Entwicklung eher skeptisch gegenüberstehen. Nur 12,4 % aller Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Erweiterung zum wirtschaftlichen Vorteil aller, der alten wie der neuen Mitglieder gereicht. Dabei unterscheiden sich die Befragten in den alten und den neuen Bundesländern wie auch in den bereits angesprochenen Gesichtspunkten der guten nachbarschaftlichen Beziehungen und der Stärkung der inneren Einheit der Union sowie ihren internationalen Position nicht wesentlich voneinander. Wenn auch zu berücksichtigen ist, dass zum Zeitpunkt der Befragung die wirtschaftliche Entwicklung generell stagnierte, so überrascht doch die Skepsis gegenüber den versprochenen wirtschaftlichen Erfolgsaussichten angesichts der auch immer wieder medial hervorgehobenen Bedeutung des erweiterten gemeinsamen Marktes insbesondere für die deutsche Wirtschaft. Für die Befragten – vor allem in den neuen Bundesländern – könnten bei der Beantwortung insbesondere zwei Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben: erstens war die Skepsis gegenüber einer spürbaren wirtschaftlichen Erholung in Deutschland groß und noch größer gegenüber Erfolgsaussichten hinsichtlich der eigenen wirtschaftlichen Lage und zweitens war die Sorge verbreitet, die Erweiterung werden insbesondere den ostdeutschen Wirtschaftsstandorten schaden. Auf diese Sorgen kommen wir im Abschnitt über die negative Legitimation zurück.

Die EU-Erweiterung führt zu einem wirtschaftlichen Aufschwung aller Mitgliedsländer Grenznahe und Ost-West (in Prozent)					
wirtschaftlicher Aufschwung					
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	Ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	10,8%	34,7%	48,0%	6,5%
	grenzfern	13,2%	37,0%	44,5%	5,3%
O-W	Ost	12,7%	34,7%	46,3%	6,4%
	West	11,6%	40,2%	44,1%	4,1%
Gesamt		12,4%	36,3%	45,6%	5,7%

Quelle: SFZ, Leben 2005



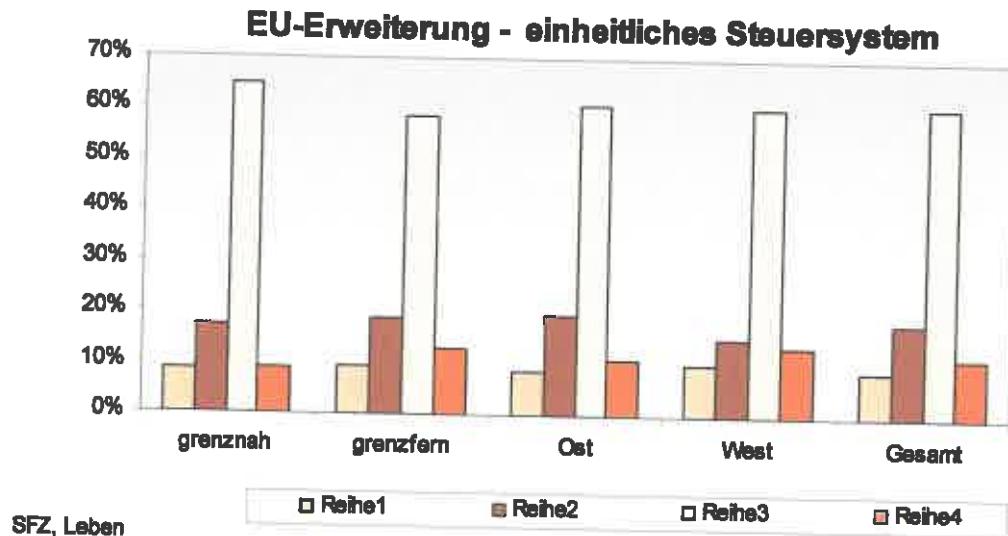
Einheitliches Steuersystem

Ein Gesichtspunkt der Skepsis gegenüber der Erreichung konkreter, insbesondere auch wirtschaftspolitischer und finanzpolitischer Zielstellungen besteht in der Frage der Vereinheitlichung der Steuersysteme der Mitgliedsländer auch der erweiterten EU. Die Standortkonkurrenz auch im europäischen Maßstab, die auch die unterschiedlichen Besteuerungs- und Abgabensysteme einschloss, wurde insbesondere auch im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005 thematisiert. Schon lange vor der heutigen Finanzkrise wurde in der Öffentlichkeit nicht nur die Komplexität des deutschen Steuersystems kritisiert, sondern auch vermeintliche Nachteile in der Höhe der einzelnen Steueraufkommensarten. Die Berechtigung der Skepsis in dieser Frage hat sich in der Folgezeit nur zu gut bestätigt. Dabei ist nicht nur die sekundäre Frage von Bedeutung, zu wessen Vorteil sich eine Vereinheitlichung des europäischen Steuersystems im Wettbewerb auswirken würde. Stärker noch fällt aus heutiger Sicht die Frage der nationalstaatlichen Finanz- und Budgethöhe in die Waagschale, nachdem das Bundesverfassungsgericht in diesem Jahr die Souveränitätsfrage der nationalstaatlichen Selbstbestimmung auch an diesen Gesichtspunkten fest gemacht hat. In der Frage nach einem einheitlichen europäischen Steuersystem mischen sich also Gesichtspunkte der Standortkonkurrenz und der nationalstaatlichen Souveränität, die auch unten genauer diskutiert wird.

Dem entsprechend hat die Skepsis der Befragten einen objektiven Hintergrund, der auch medial vermittelt wird. Aus den Antworten unserer Befragung ist allerdings nicht eindeutig abzulesen, ob einer der beiden Gesichtspunkte in dieser Frage den größeren Ausschlag gab.

Die EU-Erweiterung führt zu einem einheitlichen Steuersystem - Grenznähe und Ost-West (in Prozent)					
einheitliches Steuersystem					
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	8,6%	17,5%	64,9%	9,0%
	grenzfern	9,4%	18,8%	58,7%	13,1%
	Ost	8,7%	19,5%	60,9%	10,9%
	West	10,2%	15,4%	60,5%	13,9%
Gesamt		9,1%	18,3%	60,8%	11,8%

Quelle: SFZ, Leben 2005



Eindämmung von Billiglohnangeboten seitens der Neumitglieder

Während der öffentlichen Debatten um die Erweiterung spielte die Frage der Arbeitsmarktfreizügigkeit eine besondere Rolle. Die Sorge bestand darin, dass Arbeitsmigration aus den neuen in die alten Mitgliedsländer mit der Ausweitung von Billiglohnangeboten verbunden sein würde und die Arbeitsmarktsituation in den alten Mitgliedsländern weiterhin verschärfen würde. Diese Sorge wurde auch von den Gewerkschaften geteilt. Dem entsprechend einigten sich die malten und die neuen Mitglieder auch auf Zugangsbeschränkungen zu den nationalen Arbeitsmärkten. Einen Teil der Beschränkungen bildete die Entsenderichtlinie, die jedoch in einigen Branchen unterlaufen werden konnte und tatsächlich auch unterlaufen wurde. Die ersten Fälle, z.B. in der Fleischverarbeitung, wurden eben zum Befragungszeitraum öffentlich. Die politische Unruhe war groß und führte in der Konsequenz zur Verschärfung eben dieser Richtlinie. Diese aktuelle Situation kennzeichnete auch das Antwortverhalten der Befragten.

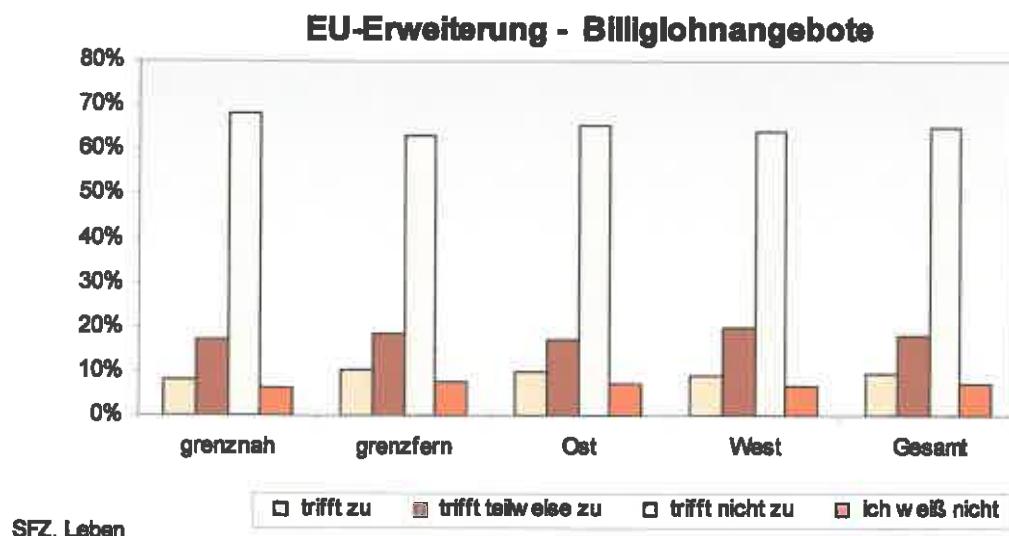
Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass die skandalisierten Fälle des Missbrauchs seitens einiger gewitzter Unternehmen in Ost-Mittel-Europa aber auch in der Bundesrepublik vor allen die alten Bundesländer betrafen. Missbräuchliches Unterlaufen der Entsenderichtlinie fand in den neuen

Bundesländern faktisch nicht statt. Im Gegenteil, in den Jahren 2006 und 2007 hatten auch unterschiedliche Gründe insbesondere ostdeutsche Landwirte es immer schwerer, Saisonarbeitskräfte aus den neuen Mitgliedsländern zu rekrutieren. Daher kann nicht nur aus heutiger Sicht, sondern auch aus der damaligen Sicht heraus festgestellt werden, dass ein großer Teil der Aufregung über die Bedrohung insbesondere des ostdeutschen Arbeitsmarktes eher kaum eine reale Grundlage hatte.

Dennoch hatte die öffentliche Diskussion in Deutschland Ihre Wirkung in der Politik und auch bei den Menschen nicht verfehlt.

Die EU-Erweiterung führt zu einer Eindämmung von Billiglohnangeboten - Grenznähe und Ost-West (in Prozent)					
Billiglohnangebote					
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	8,1%	17,3%	68,4%	6,2%
	grenzfern	10,5%	18,6%	63,3%	7,6%
O-W	Ost	9,8%	17,3%	65,5%	7,3%
	West	9,2%	20,0%	64,1%	6,7%
Gesamt		9,6%	18,1%	65,1%	7,1%

Quelle: SFZ, Leben 2005



Regulation der Zuwanderung

Die Frage der Zuwanderung und ihrer Regulation war während der rot-grünen Regierungszeit ein wichtiges politisches Thema und hat zu einer Reihe von Gesetzesänderungen geführt. In dem hier angesprochenen Zusammenhang hat das Thema eine doppelte Bedeutung. Auf der einen Seite ging es um die Freizügigkeit innerhalb der erweiterten EU, während es auf der anderen Seite um die Zuwanderung nach Europa hinein ging. Dieses politische Anliegen war und ist bis heute ein europäisches Thema. Dabei spielte im Vorfeld der Erweiterung insbesondere die Zuwanderung in die EU eine

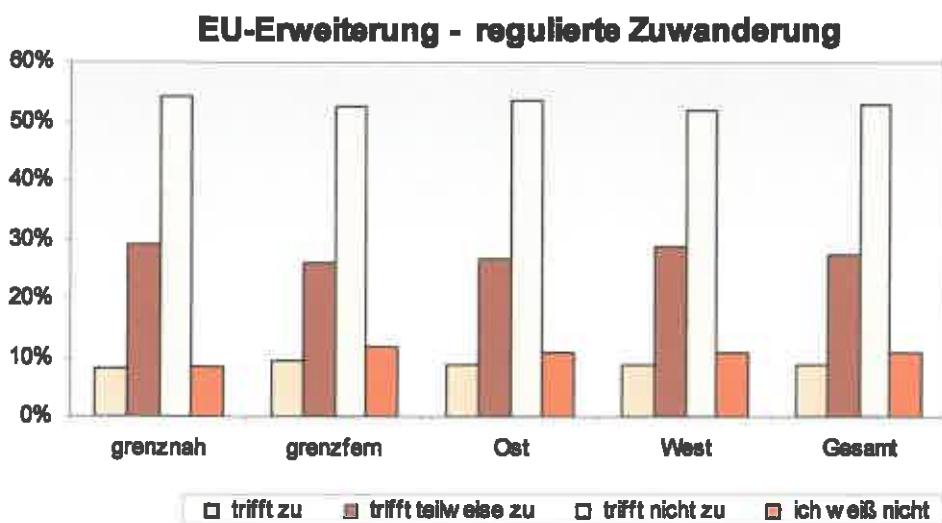
Rolle. Der Verhinderung unkontrollierter Zuwanderung dienten dann auch das Schengener Abkommen und die mit ihm verbundenen Vorkehrungen der Sicherung und Kontrolle der EU-Außengrenzen.

Trotz der besonderen Vorkehrungen an den neuen EU-Außengrenzen gab es immer wieder auch in den Medien berichtete Zuwanderungsprobleme, auch im Hinblick auf die Erleichterung illegaler Einwanderung durch zu lasche Visumregelungen in der Ukraine und in Russland. Bis heute ist vor allem in den Mittelmeeralienstaaten die illegale Einwanderung ein politisches Thema, dem mit unterschiedlichen Mitteln versucht wird, zu begegnen. In Deutschland wird das Thema nicht mehr auf der Ebene der illegalen Zuwanderung politisch diskutiert, weil Deutschland keine EU-Außengrenzen mehr hat. Dem gegenüber wird Zuwanderung unter dem nun deutlich gewordenen Gesichtspunkt des erwarteten Fachkräftemangels diskutiert. Gesellschaftliche Akteure wie auch die Gewerkschaften machen allerdings darauf aufmerksam, dass dem vermuteten Fachkräftemangel in erster Linie mit Bildungs- und Qualifizierungsoffensiven begegnet werden sollte.

Vor diesem heutigen Hintergrund muss festgestellt werden, dass die Antworten der Befragten nur noch eine geringe sachliche Grundlage haben. Vor allem sind wiederum die neuen Bundesländer und auch die grenznahen Regionen nicht von besonderen Zuwanderungsproblemen betroffen. Sie zeigen wiederum, dass eine Sorge hinsichtlich insbesondere vermuteter Ost-West-Wanderung zu diesem Zeitpunkt bestand.

Die EU-Erweiterung führt zu regulierter Zuwanderung - Grenznähe und Ost-West (in Prozent)					
regulierte Zuwanderung					
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	8,0%	29,1%	54,3%	8,6%
	grenzfrem	9,4%	26,2%	52,4%	12,0%
	Ost	8,9%	26,8%	53,5%	10,8%
	West	8,7%	28,8%	51,8%	10,7%
Gesamt		8,9%	27,4%	53,0%	10,8%

Quelle: SFZ, Leben 2005



SFZ, Leben

Gerechte Verteilung von Fördermitteln

Die Unterstützung der Osterweiterung stand in der Öffentlichkeit lange unter dem Vorbehalt ihrer Finanzierung. Die neuen Mitgliedsländer erwarben mit ihrer Mitgliedschaft Anrechte und Ansprüche auf Fördermittel aus unterschiedlichen Töpfen in erheblichem Umfang. Daher war die Frage der Aufbindung dieser Mittel und ihrer Verteilung ein umstrittenes Thema. Auch innerhalb der EU-Gremien und aus Seiten der Unterstützer der Erweiterung wurde die Erwartung geäußert, dass mit der Erweiterung nicht nur eine allgemeine institutionelle Reform mit einer möglichen gemeinsamen Verfassung als ihrem Kern nötig wäre, sondern auch eine Reform der Finanzierung und der Mittelverwendung.

Deutschland als Nettozahler und insbesondere die neuen Länder als zum Zielgebiet I der Förderung gehörig hatten ein besonderes Augenmerk auf die Finanzierung und Verteilung der Fördermittel. Die in der Vergangenheit auch gegenüber der EG bzw. der EU praktizierte Scheckbuchdiplomatie geriet in die Kritik (auch wenn sich später herausstellte, dass die Einigung zum Kopenhagener Abkommen von deutscher Seite wiederum auf diesem Wege unterstützt wurde). Den neuen Bundesländern drohte zudem die Anerkennung der Zugehörigkeit zur Ziel I Förderregion, weil mit dem Beitritt der wirtschaftsschwächeren Neumitglieder die Kriterien dieser Zugehörigkeiten verschoben wurden (eine grundsätzliche Neuregelung der Kriterien bei der Bestimmung der Höhe der Fördermittel scheiterte im Vorfeld der Erweiterung an den Interessen der neuen Mitglieder). Diese Sorge wurde von den ostdeutschen Ministerpräsidenten geteilt. Dem entsprechend suchten sie Einfluss darauf zu nehmen, dass den neuen Ländern keine Nachteile durch die Erweiterung erwachsen. Diese Probleme wurden mit einem Kompromiss beigelegt, der einerseits die Aufteilung und Definition der Regionen beinhaltete und andererseits die Fördermittel für Regionen in den neuen Ländern degressiv gestaltete.

Daher ist aus der Sicht der regionalen Interessenlage der Befragten nachzuvollziehen, dass sie eine deutliche Skepsis gegenüber einer gerechten Verteilung der Fördermittel äußern. In den befragten Regionen in den alten Bundesländern ist das Antwortverhalten vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, dass es sich hier vorwiegend um ländliche Regionen handelt und die Sorge bestand und besteht, dass die Agrarsubventionen reduziert werden (was langfristig auch der Fall ist).

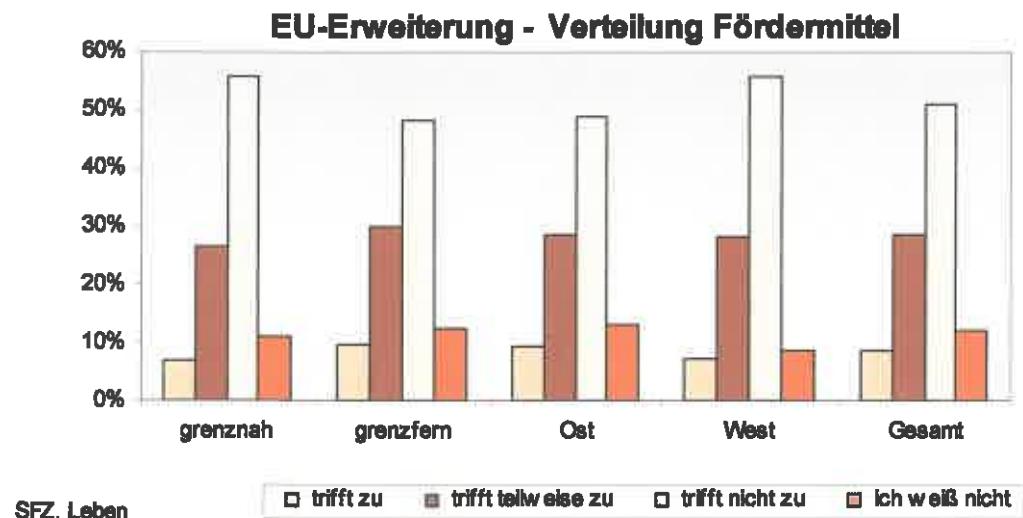
Es kommt in dieser Skepsis auch zum Ausdruck, dass trotz der überwiegenden Zustimmung zu der Erwartung guter nachbarschaftlicher Beziehungen und einer Festigung der Einheit der EU die Skepsis hinsichtlich der Güte der Beziehungen zugunsten der Sorge um zunehmende Konkurrenz zunimmt, je konkreter die Zielstellungen formuliert werden.

Allerdings ist bei der Bewertung der Antworten zu berücksichtigen, dass die Verteilungskriterien säuberlich festgelegt sind und ein interessengeleiteter, nationaler politischer Einfluss auf die Verteilung der Mittel nur auf einigen Gebieten (z.B. Landwirtschaft, Raumfahrt) und nur punktuell (etwa bei der Umwidmung von Verwendungstiteln) möglich ist. Die Frage der Gerechtigkeit der Verteilung liegt mithin in der Festlegung der Verteilungskriterien begründet und ist keine variable Größe, wie es die Frageformulierung vielleicht nahe legen könnte.

Auf Gerechtigkeitsaspekte der Erweiterung gehen wir unten ausführlicher ein.

Die EU-Erweiterung führt zu einer gerechten Verteilung der Fördermittel - Grenznähe und Ost-West (in Prozent)					
Verteilung Fördermittel					
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	6,9%	26,4%	55,8%	10,9%
	grenzfern	9,5%	29,9%	48,3%	12,3%
O-W	Ost	9,2%	28,7%	48,9%	13,2%
	West	7,1%	28,4%	55,9%	8,5%
Gesamt		8,6%	28,6%	51,0%	11,9%

Quelle: SFZ, Leben 2005



Sicherung sozialer Standards

Die Definition sozialer Standards und ihre Finanzierung waren auch im Kontext der EU-Erweiterung ein immer wieder diskutiertes Thema. Vor allem die große Ungleichheit in den Sozialstandards zwischen den alten und den neuen Mitgliedern ist ein politisches Dauerthema. Die mittel-ost-europäischen Länder mussten nach 1990 zunächst Ihre Sozialstandards enorm senken. Später in den 1990er Jahren erhoffte man sich auf der Grundlage einer geringen Lohnhöhe Vorteile im europäischen Wettbewerb – und das mit Erfolg. Diese Vorteile schwinden aber in dem Maße, in dem sich die Wirtschaftsleitung verbessert und dem europäischen Durchschnitt – wenn auch zögerlich – annähert. Auf die Sozialstandards wirkten sich daher nicht nur die gesunkene Wirtschaftskraft aus und später die Bemühungen, wieder Anschluss zu finden, sondern ein weiteres kam hinzu. Die Kopenhagener Beitrittskriterien sahen eine straffe Haushaltsführung vor und unterbanden die staatlichen Möglichkeiten, Sozialstandards mit Schuldenaufnahme zu sichern. Aus diesem Grund erklären sich unter anderem auch ablehnende Haltungen zur Erweiterung in den Beitrittsländern. Hier konnten aus Budgetgründen die Standards nicht beliebig politisch definiert werden.

Es ist jedoch zu vermuten, dass die sozialen Sorgen in den Beitrittsländern einen nur geringen Einfluss auf die Antworten unserer Befragten hatten.

Auch ein weiteres, gravierendes Problem der Definition europäischer Sozialstandards wird nicht im Zentrum der Interessen der Befragten gestanden haben: die Schwierigkeit, innerhalb der EU mehr

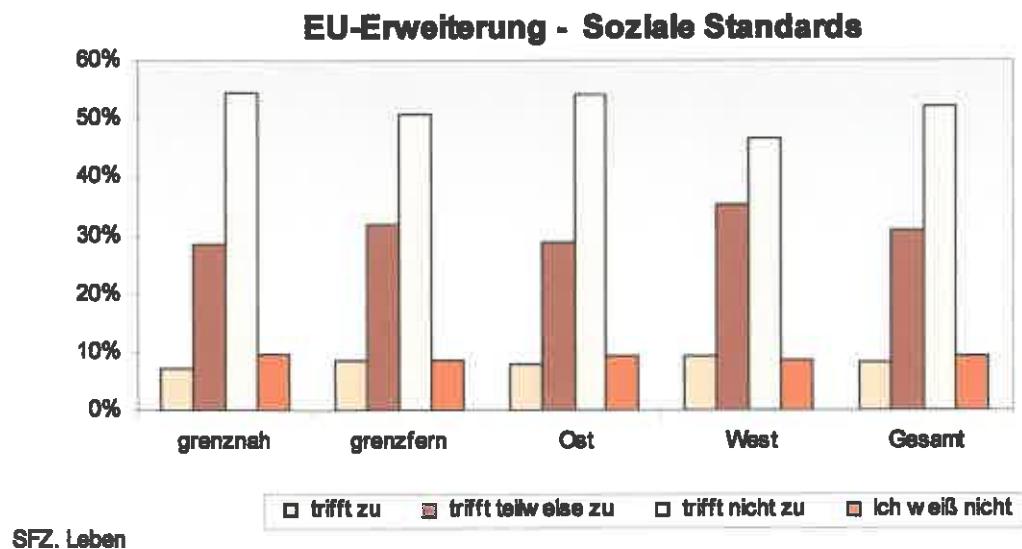
oder minder verbindliche und angeglichene Sozialstandards zu definieren. Die Frage nach einer einheitlichen europäischen Sozialordnung ist noch längst nicht gelöst und wird sich in absehbarer Zeit auch nicht lösen lassen. Nicht nur die institutionellen Bedingungen der sozialen Sicherung sind in den Ländern sehr verschieden, sondern auch die materiellen Niveaus der sozialer Absicherung. Es ist derzeit nicht ersichtlich, wie umfängliche institutionelle Anpassungsreformen in den einzelnen Ländern legitimiert und durchgeführt werden könnten. Auch die Höhe und der Umfang sozialer Sicherungen in den einzelnen Ländern sind nicht von heute auf morgen angleichbar. Daher bleibt die einheitliche europäische Sozialordnung vorerst darauf beschränkt, Relativkriterien zu bestimmen (jeweils bezogen auf das eigene institutionelle System und auf die Wirtschaftskraft) und auf gewisse Schwerpunkte sowohl in den Bevölkerungen (z.B. Armut, Gleichstellung, Alleinerziehende, Rentner, Kinder) wie auch in einigen Bereichen der sozialen Sicherung (z.B. Mindeststandards bei Arbeitsbedingungen, in Bereichen des Gesundheitswesens) zu achten.

Für die von uns Befragten stand sicherlich vielmehr die Sicherung der eigenen, in Deutschland geltenden Sozialstandards im Mittelpunkt ihrer Fragebeantwortung. Und in eben dieser Hinsicht fällt das Ergebnis ernüchternd aus: die Mehrheit geht davon aus, dass die Sozialstandards infolge der Erweiterung nicht gehalten werden können. Man befürchtete Sozialabbau. Ob und in wie weit es zutrifft, dass die EU-Erweiterung ursächlich für einen vermuteten Sozialabbau verantwortlich gemacht werden kann, bleibt in diesem Fall dahin gestellt.

Die Antworten sind vielmehr als Befürchtung zu interpretieren, dass der vermutete Sozialabbau (der ja noch immer nur innerhalb des Nationalstaates vollzogen werden kann) in einer Linie mit der allgemeinen, EU-weiten Zurückdrängung sozialer Gesichtspunkte zu sehen ist, der sich auch die deutsche Regierung (und erst recht nicht die erwartete Regierung Merkel – Sommer 2005!) entziehen konnte oder wollte. Auch die rot-grüne Regierung hatte in Übereinstimmung mit der allgemeinen Tendenz in Europa und weltweit seit der Jahrtausendwende die Kehre zum Neoliberalismus vollzogen. In diesem Sinn, der den Abbau von Sozialleistungen in Deutschland in eine Reihe stellt mit der Tendenz des europäischen Wirtschaftsliberalismus, kann die Sorge darum in den Kontext der EU-Erweiterung gestellt werden.

Die EU-Erweiterung führt zur Sicherung sozialer Standards - Grenznähe und Ost-West (in Prozent)					
Soziale Standards					
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	7,2%	28,5%	54,5%	9,7%
	grenzfern	8,7%	31,8%	50,8%	8,7%
O-W	Ost	7,8%	28,9%	54,1%	9,3%
	West	9,1%	35,4%	46,8%	8,7%
Gesamt		8,2%	30,8%	52,0%	9,1%

Quelle: SFZ, Leben 2005



Solidarität

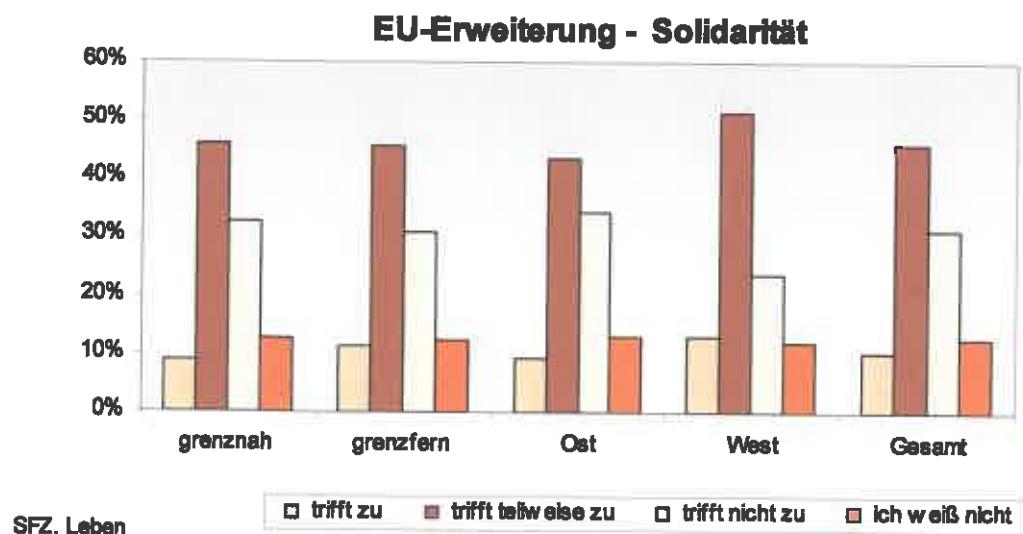
Der lange Prozess der europäischen Einigung und Verständigung, der in der Erweiterung mündete, ist ein Ausdruck der Zusammenghörigkeit der europäischen Länder und ihrer Zusammenarbeit. Mit dem Vollzug der Erweiterung hat sich nicht nur ein politischer Traum der Nachkriegszeit verwirklicht, sondern haben auch die vielfachen Unterstützungen der neuen Mitgliedsländer durch die Altmitglieder in deren Transformationsprozess ein sichtbares Ergebnis gefunden. Die Zusammenarbeit zwischen dem Westen und dem Osten ist nach 1990 schnell in die Richtung einer Mitgliedschaft dieser Länder orientiert worden. Im Kontext des Beitrittsprozesses hatte sich eine intensivierte Zusammenarbeit und Unterstützung ergeben. Nach dem Beitritt wird diese Zusammenarbeit in die institutionellen Regeln der EU überführt und auf Dauer gestellt.

Die Frage nach einer möglichen Intensivierung der Solidarität zwischen den alten und den neuen Mitgliedsländern hat daher zwei Gesichtspunkte. Auf der einen Seite bedeutet sie die Frage danach, ob nach dem Beitritt die Zusammenarbeit zwischen alten und neuen Mitgliedern innerhalb des Institutionengefüges der EU solidarischer sein kann bzw. sein wird. Auf der anderen Seite hat Solidarität auch immer etwas damit zu tun, über den institutionellen oder rechtlich geregelten Rahmen hinaus zu einer erweiterten solidarischen Zusammenarbeit zu kommen. Welchen dieser beiden Gesichtspunkte die Befragten bei ihren Antworten mehr berücksichtigen, ist offen. Die als „gemischt“ zu wertenden Ergebnisse deuten sehr allgemein gesprochen darauf hin, dass in der Tat einerseits daran gedacht wurde, dass innerhalb des nun gemeinsamen Bezugsrahmens der EU Solidarität, Wettbewerb und Konflikt zur Geltung kommen können. In dieser Hinsicht scheinen die Durchschnittswerte der Antworten auf eine gewisse Skepsis hinzudeuten. In diesem Sinn wird wohl eher davon ausgegangen, dass sich Konkurrenz und Solidarität die Wage halten könnten. Wenn das allerdings der alleinige Gesichtspunkt im Antwortverhalten wäre, würde das Ergebnis noch pessimistischer ausfallen. Daher ist davon auszugehen, dass auch der andere Gesichtspunkt einer vertiefenden solidarischen Zusammenarbeit, der Gesichtspunkt eines gegebenenfalls auch über die institutionellen Regeln hinaus reichender Hilfe und Kooperation bei den Antworten eine Rolle gespielt hat. Das deckt sich mit den Antworten auf die Fragen nach den generellen nachbarschaftlichen Beziehungen und der Einheit Europas. In diesem Sinn unterstützen auch viele Befragte eine denkbare erweiterte solidarische Zusammenarbeit, die allerdings als auf Wechselseitigkeit beruhend unterstellt wird. Wir kommen unten auf den Gesichtspunkt der Solidarität zurück.

**Die EU-Erweiterung führt zu mehr Solidarität zwischen alten u. neuen Mitgliedern
- Grenznähe und Ost-West (in Prozent)**

		Solidarität			
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	8,8%	46,0%	32,4%	12,8%
	grenzfern	11,2%	45,6%	30,8%	12,4%
O-W	Ost	9,3%	43,4%	34,3%	12,9%
	West	12,9%	51,5%	23,7%	11,9%
Gesamt		10,3%	45,8%	31,3%	12,6%

Quelle: SFZ, Leben 2005



Freie Wahl des Wohnortes

Die Freizügigkeit für EU-Bürgerinnen und Bürger ist einer der wichtigen Legitimationsgründe der Erweiterung. Die Antworten zeigen, dass diesem Ziel auch weitgehend zugestimmt wird. Das ist insofern nicht verwunderlich, als dass diese Freizügigkeit ein Rechtanspruch ist, der faktisch gegeben ist.

Zwei Aspekte der Frage sind bei der Bewertung der Antworten zu berücksichtigen. Erstens besagt die breite Zustimmung wohl nicht oder jedenfalls nur eingeschränkt, dass man selbst daran denkt, diese Freizügigkeit in Richtung Ost-Mittel-Europa in Anspruch zu nehmen. Die Erweiterung bedeutet daher nicht, dass die eigenen Optionen sich praktisch erweitert hätten – wie auch die unten diskutierten Fragen zum eigenen Verhalten zeigen. Insbesondere das doch recht geringe Vertrauen in Bürger aus den neuen Mitgliedsländern, das die Ostdeutschen ihnen entgegen bringen, lässt Zweifel in dieser Richtung auftreten.

Zweitens ist nicht klar, in wie weit sich in den Antworten eine reflexive Perspektiveneinnahme der Befragten ausdrückt, die auch die Freizügigkeit aller anderen EU-Bürger in die Überlegungen einbezieht, ist angesichts der Sorge davor, dass die Arbeitsmigration aus dem Osten zu eigenen Benachteiligungen führen könnte, offen. Insbesondere wiederum im Hinblick auf die neuen Bundesländer ist einige Vorsicht angezeigt: die doch erhebliche Ausländerfeindlichkeit spricht eher dagegen, dass

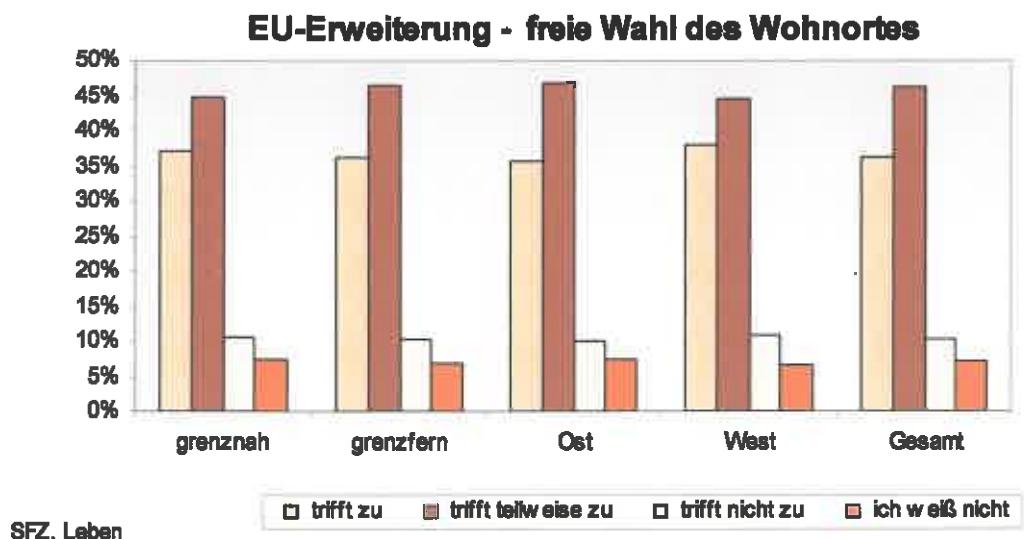
die Freizügigkeit in dem gleichen Maße für die Bürger aus den Beitrittsländern begrüßt wird, wie für die Bürger aus den alten Mitgliedsländern und erst recht nicht für sich selbst.

Jedenfalls hält die übergroße Mehrheit der Befragten die Möglichkeit der freien Wahl des Wohnortes für ein positives und zu unterstützendes Ziel.

Auch auf die Bedeutung der verbreiteten Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern für die Bewertung der EU-Erweiterung kommen wir unten zurück.

Die EU-Erweiterung erhöht die Möglichkeiten der freien Wahl des Wohn- bzw. Arbeitsortes - Grenznähe und Ost-West (in Prozent)					
freie Wahl des Wohnortes					
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	37,1%	44,9%	10,7%	7,4%
	grenzfern	36,2%	46,7%	10,2%	6,9%
O-W	Ost	35,8%	46,8%	10,1%	7,3%
	West	38,1%	44,6%	10,9%	6,5%
Gesamt		36,4%	46,2%	10,3%	7,1%

Quelle: SFZ, Leben 2005



Vervielfältigung des kulturellen Austausches

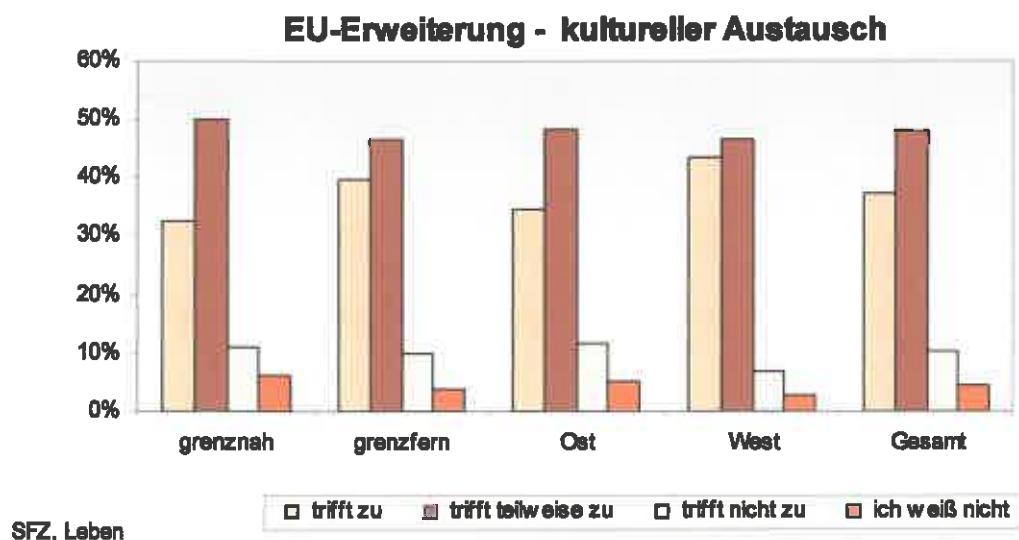
Auch die kulturellen Dimensionen des europäischen Zusammenlebens und der Zusammenarbeit sind Kernbestandteile des europäischen Gedankens und der europäischen Praxis. Daher wundert es nicht, wenn die Befragten diesem Ziel der Erweiterung auch zustimmen. In der Tatsache, dass die Befragten in den beiden alten Bundesländern hier optimistischer sind, drückt sich eine stärkere postmaterialistische Grundeinstellung der Menschen in den alten Bundesländern aus, die unten etwas genauer beleuchtet wird.

Auch hier ist zu beachten, dass die Zustimmung zu einem derartigen Legitimationsgrund für die Erweiterung nicht unbedingt heißen muss, dass man selbst an einer solchen Vielfalt interessiert ist und sie bedeutet auch nicht in jedem Fall, dass man bereit ist, diese Vielfalt auch im eigenen Lebens-

kreis zu begrüßen. Vielmehr sind die Antworten auf diese Frage in eben dem Kontext zu sehen, der oben bereits angesprochen wurde: man unterstützt Ziele und Entwicklungen, die sehr allgemein ein friedliches, harmonisches und gerechtes Zusammenleben ermöglichen, ohne in konkreten Umsetzungen dieser Ziele auch immer die eigenen Interessen und Motivationen entdecken zu müssen.

Die EU-Erweiterung führt zu vermehrtem kulturellen Austausch - Grenznähe und Ost-West (in Prozent)					
kultureller Austausch					
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	32,7%	50,1%	11,1%	6,1%
	grenzfern	39,8%	46,5%	10,1%	3,6%
O-W	Ost	34,6%	48,4%	11,8%	5,1%
	West	43,7%	46,6%	6,9%	2,8%
Gesamt		37,2%	47,9%	10,4%	4,5%

Quelle: SFZ, Leben 2005



Annäherung der Religionen und Konfessionen

Die Fragestellung wäre missverständlich, wenn sie bedeuten sollte, dass sich die Religionen und Konfessionen auf dem Weg zu einer Vereinheitlichung oder eines Zusammenschlusses befinden würden und dass dieser Weg befördert würde.

Dennoch kann es in einem objektivierten Sinn durchaus sein, dass sich auch die Konfessionen und Religionsgemeinschaften infolge der Erweiterung der EU auf ein erweitertes religiöses Zusammenleben einstellen müssen und wollen. Nicht nur, weil sich gesellschaftliche und Glaubensprobleme erweitern und eine größere Komplexität und Vielfalt zum Inhalt haben werden. Die Kirchen und Gemeinschaften stehen in der Tat in einem erweiterten Europa vor durchaus erweiterten Frage- und Problemstellungen, von denen sie aufgefordert sind, sie sich jeweils für sich, aber auch gemeinsam zu eignen machen. Das betrifft nicht nur soziale Fragen, sondern auch Fragen der Schöpfung (einschließlich Naturschutz), der weiteren gesellschaftlichen Modernisierung und Individualisierung, der

wissenschaftlichen Weiterentwicklung, der Toleranz und andere mehr. Es betrifft aber auch den langen Prozess der Ökumene, der im erweiterten Europa befördert werden könnte.

Besonders deutlich wurden die Fragen der Annäherung oder besser der Zusammenarbeit der Religionen und Konfessionen im Kontext der Diskussion einer europäischen Verfassung. In dieser Diskussion war die Frage virulent, ob sich das gemeinsame Europa zu den christlichen Traditionen und Wurzeln in der europäischen Geschichte bekennen soll. Diese Diskussion wurde durchaus kontrovers geführt. Eine dominante Rolle spielte dabei die Frage des Verhältnisses des Christentums zum Islam vor zwei wichtigen Hintergründen: der Frage einer künftigen Mitgliedschaft der Türkei in der EU und den Herausforderungen des internationalen Terrorismus. Die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem Christentum und dem Islam teilt noch heute das kulturelle und das politische Europa. Daher ist das mehrheitlich verneinende Votum der Befragten nicht verwunderlich.

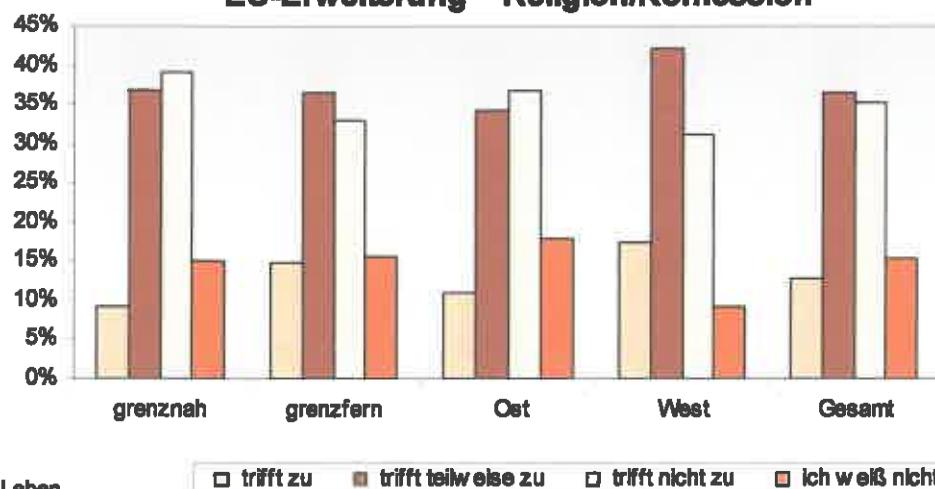
Ob dieses nun besagt, dass eine Mitgliedschaft der Türkei in eben demselben Sinn und Maß abgelehnt wird, ist offen. Noch offener ist, ob bei den mehrheitlich konfessionslosen Ostdeutschen diese Fragen eine Rolle gespielt hat.

Die EU-Erweiterung führt zu einer Annäherung von Religionen und Konfessionen
- Grenznähe und Ost-West (in Prozent)

		Religion/Konfession			
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	9,2%	36,7%	39,0%	15,1%
	grenzfern	14,9%	36,6%	32,9%	15,6%
O-W	Ost	11,1%	34,2%	36,8%	17,9%
	West	17,3%	42,1%	31,3%	9,3%
Gesamt		12,9%	36,5%	35,2%	15,4%

Quelle: SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Religion/Konfession



SFZ, Leben

□ trifft zu ■ trifft teilweise zu □ trifft nicht zu ■ ich weiß nicht

Begegnungen zwischen den Menschen

Keine Begründung der Erweiterung und keine Motivation zu ihrer Unterstützung kommen ohne das Argument aus, die Erweiterung befördere die Begegnungen von Menschen und ihr gegenseitiges Kennenlernen. Die Zusammenführung der Bewohner Europas ist dabei nicht nur ein Ziel im Dienste und Interesse der Menschen. Sie ist gleichermaßen auch ein Mittel, die Einheit Europas zu festigen und ihr einen festen Grund und Halt in den Erfahrungen und Einstellungen der Menschen selbst zu geben.

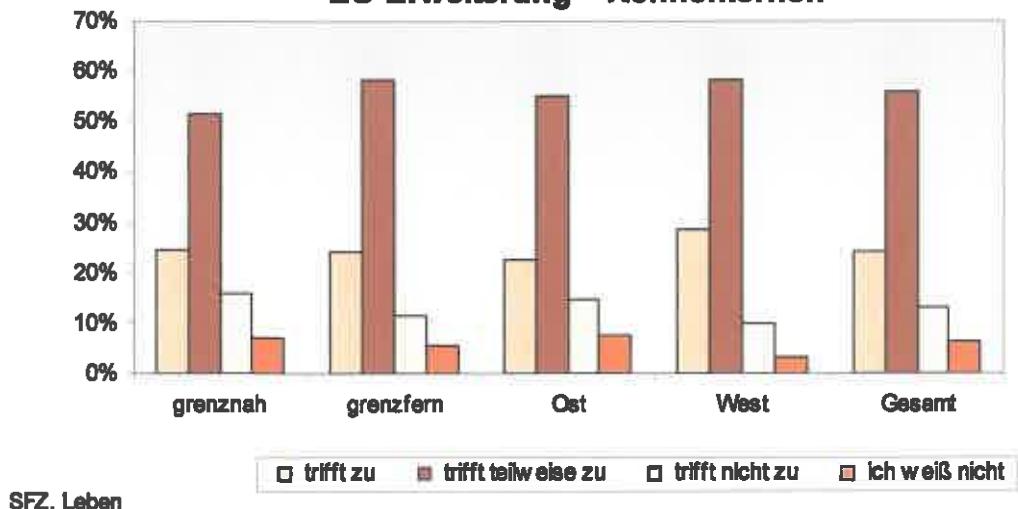
Die Befragten teilen und unterstützen auch diese Zielstellung. Allerdings fällt die Unterstützung etwas geringer aus, als beispielsweise in der Frage nach den guten Nachbarschaftsbeziehungen. Über die Gründe dieser relativen Zurückhaltung, die im Osten etwas deutlicher ausfällt als im Westen (im Saarland am geringsten) können hier nur Vermutungen formuliert werden. Ein Grund dafür könnte darin liegen, dass auch in der Zeit vor der Erweiterung die Kontakte der Menschen zueinander möglich waren, wenn auch unter etwas schwereren Bedingungen. Insbesondere den kleinen Grenzverkehr gab es schon vor 2004 und Urlaubsreisen waren auch vorher möglich. Die Infolge der Erweiterung eingetretenen Erleichterungen mögen dabei dann von signifikantem Vorteil sein, wenn man an bestimmten Kontakten zu Menschen in den neuen Mitgliedsländern interessiert ist. Vielleicht sind die früheren bürokratischen Hindernisse des gegenseitigen Kontaktes nicht der einzige Grund dafür, diese nicht mit Nachdruck zu suchen, sondern andere Gründe wie sprachliche Verständigungsschwierigkeiten oder kulturelle Fremdheit kommen zu diesen hinzu. Wenn das so sein sollte, dann werden die Erleichterungen für die Möglichkeiten des gegenseitigen Kennenlernens von den Menschen nicht in dem Maße als förderlich bewertet.

Zur Frage des gegenseitigen Kennenlernens und der Suche von Bekanntschaften werden unten einige Befunde unserer Befragung, die die eigenen Verhaltensdispositionen betreffen, diskutiert, die ebenfalls in diese Interpretationsrichtung weisen.

EU-Erweiterung fördert das Kennenlernen der Menschen - Grenznähe, Ost-West (in Prozent)					
Kennenzahlen					
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	24,8%	51,8%	16,1%	7,3%
	grenzfern	24,1%	58,6%	11,6%	5,7%
O-W	Ost	22,6%	55,1%	14,7%	7,5%
	West	28,6%	58,6%	9,9%	3,0%
Gesamt		24,3%	56,1%	13,3%	6,2%

Quelle: SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Kennenlernen



2.1.4.2 Positive Legitimation nach sozialstrukturellen Merkmalen – ausgewählte Indikatoren

Wir ergänzen die Analyse einiger Indikatoren zur positiven Legitimation durch eine sozialstrukturelle Differenzierung. Es zeigt sich insgesamt, dass im Hinblick auf sozialstrukturelle Dimensionen eine deutliche Differenzierung in den Antworten festzustellen ist.

Festigung der EU

Dieser Indikator gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang die Befragten der Meinung sind, dass die Erweiterung ein weiterer Schritt zu einer Einheit der Union ist.

An der Tabelle kann abgelesen werden, dass insbesondere die Indikatoren zur Erwerbstätigkeit und dem Erwerbsstatus zu großen Unterschieden in den Antworten führen. Während Geschlecht, Alter und Schulbildung zu geringeren Abweichungen führen, ergeben Unterschiede in der beruflichen Qualifikation, dem Erwerbsstatus und dem Einkommen erhebliche Abweichungen.

		Festigung EU			
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
					Zeilen%
Geschlecht	männlich	35,6%	40,8%	21,0%	2,6%
	weiblich	37,4%	40,8%	13,9%	7,8%
Alter	unter 25	36,4%	36,4%	15,2%	12,1%
	25-34	32,6%	41,1%	16,8%	9,5%
Schulabschluss	35-44	36,2%	39,7%	19,0%	5,2%
	45-59	35,0%	42,0%	20,6%	2,5%
Qualifikation	60 u.dar.	38,8%	40,9%	15,4%	4,9%
	unter 8 Klassen	55,6%	22,2%	22,2%	
Erwerbsstatus	8-Klassen-/Hauptschul-Abschluss	38,1%	37,3%	18,7%	6,0%
	10-Klassen/Realschul-Abschluss	31,6%	41,3%	20,4%	6,7%
individuelles Nettoeink./~/Monat	12 oder 13 Klassen/Gymnasium	41,8%	40,5%	15,9%	1,7%
	Fachabitur	41,6%	45,5%	7,8%	5,2%
Gesamt	noch in der Ausbildung/Schule	14,3%	42,9%	28,6%	14,3%
	ohne Abschluss	33,3%	38,1%	21,4%	7,1%
Nettoeink./~/Monat	Facharbeiter/Meister	29,2%	41,7%	22,6%	6,5%
	Fachschule	40,7%	40,1%	13,4%	5,8%
Erwerbsstatus	Hochschule	43,1%	41,6%	13,1%	2,2%
	keine Angaben	53,3%	20,0%	20,0%	6,7%
individuelles Nettoeink./~/Monat	erwerbstätig-voll	37,8%	39,6%	18,8%	3,8%
	Teilzeit/geringfügig	35,9%	52,6%	7,7%	3,8%
Erwerbsstatus	arbeitsmarktp. Maßn.	21,4%	35,7%	28,6%	14,3%
	arbeitslos	19,1%	47,2%	27,0%	6,7%
individuelles Nettoeink./~/Monat	Rentner/Vorrentner	41,3%	37,9%	16,0%	4,8%
	Sonstiges	34,0%	38,0%	16,0%	12,0%
individuelles Nettoeink./~/Monat	bis 500	23,5%	31,4%	37,3%	7,8%
	500-999	32,0%	44,7%	16,8%	6,6%
individuelles Nettoeink./~/Monat	1000-1499	38,4%	41,1%	16,2%	4,4%
	1500-1999	43,4%	40,7%	12,4%	3,5%
individuelles Nettoeink./~/Monat	2000 u.d.	45,2%	37,6%	16,1%	1,1%
	Gesamt	37,0%	41,1%	17,2%	4,8%

Einheitliche Außenpolitik

In sozialstruktureller Hinsicht homogener wird dagegen die Erwartung ausgedrückt, dass die EU-Erweiterung die Chance einer einheitlichen Außenpolitik erhöht.

		einh. Außenpolitik			
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
		Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%
Geschlecht	männlich	17,2%	46,7%	31,8%	4,3%
	weiblich	18,1%	51,8%	20,0%	10,0%
Alter	unter 25	18,2%	45,5%	21,2%	15,2%
	25-34	19,1%	46,8%	24,5%	9,6%
	35-44	17,0%	47,2%	27,8%	8,0%
	45-59	16,0%	50,4%	29,1%	4,5%
	60 u.dar.	18,7%	50,2%	24,5%	6,7%
	unter 8 Klassen	25,0%	50,0%	25,0%	
Schulabschluss	8-Klassen-/Hauptschul-Abschluss	20,9%	42,4%	25,9%	10,8%
	10-Klassen/Realschul-Abschluss	13,7%	50,5%	28,6%	7,2%
	12 oder 13 Klassen/Gymnasium	19,7%	51,1%	25,3%	3,9%
	Fachabitur	20,8%	51,9%	18,2%	9,1%
	noch in der Ausbildung/Schule	42,9%	14,3%	28,6%	14,3%
	ohne Abschluss	19,5%	36,6%	24,4%	19,5%
Qualifikation	Facharbeiter/Meister	14,6%	46,2%	30,8%	8,4%
	Fachschule	16,7%	58,0%	19,0%	6,3%
	Hochschule	21,2%	50,0%	25,2%	3,6%
	keine Angaben	33,3%	33,3%	26,7%	6,7%
Erwerbsstatus	erwerbstätig-voll	18,4%	50,1%	27,1%	4,4%
	Teilzeit/geringfügig	15,2%	55,7%	25,3%	3,8%
	arbeitsmarktp. Maßn.	14,3%	42,9%	21,4%	21,4%
	arbeitslos	10,2%	50,0%	29,5%	10,2%
	Rentner/Vorrentner	19,7%	48,5%	24,4%	7,5%
	Sonstiges	18,0%	34,0%	30,0%	18,0%
individuelles Nettoeink./-/-/Monat	bis 500	12,0%	44,0%	34,0%	10,0%
	500-999	15,0%	48,0%	25,2%	11,8%
	1000-1499	17,2%	53,6%	23,5%	5,6%
	1500-1999	21,4%	48,2%	27,7%	2,7%
	2000 u.d.	23,7%	45,2%	28,0%	3,2%
Gesamt		17,6%	49,6%	25,8%	7,1%

Bemerkenswert ist, dass andere Indikatoren, auch solche mit einem starken Bezug zur Wirtschaft und zum Erwerbsleben zu einer relativ geringen Differenzierung in den Antworten auch nach sozialstrukturellen Merkmalen führt. Sei es die Erwartung eines wirtschaftlichen Aufschwungs oder die Regulierung der Zuwanderung auf nationale Arbeitsmärkte oder die Angleichung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen (Steuersystem, soziale Standards) – in allen Hinsichten antworten die Inhaber verschiedener Statusgruppen vergleichsweise homogen.

Unterschiede ergeben sich in den Antworten jedoch im kulturellen Bereich. Hier machen sich die Einflüsse der Bildung und Qualifikation, aber auch des Erwerbsstatus und sogar des Einkommens bemerkbar.

Kultureller Austausch

		kultur. Austausch			
		trifft zu	teilsweise	trifft nicht zu	ich weiß nicht
		Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%
Geschlecht	männlich	37,5%	49,8%	9,3%	3,4%
	weiblich	40,0%	45,8%	7,4%	6,9%
Alter	unter 25	42,4%	33,3%	12,1%	12,1%
	25-34	49,5%	36,8%	9,5%	4,2%
	35-44	35,4%	50,3%	9,7%	4,6%
	45-59	33,6%	53,5%	9,5%	3,3%
	60 u.dar.	40,5%	47,3%	6,1%	6,1%
	unter 8 Klassen	20,0%	70,0%		10,0%
Schulabschluss	8-Klassen-/Hauptschul-Abschluss	33,3%	47,8%	10,9%	8,0%
	10-Klassen/Realschul-Abschluss	35,3%	49,3%	10,8%	4,8%
	12 oder 13 Klassen/Gymnasium	47,2%	45,1%	4,7%	3,0%
	Fachabitur	41,3%	49,3%	5,3%	4,0%
	noch in der Ausbildung/Schule	57,1%	28,6%		14,3%
	ohne Abschluss	30,2%	53,5%	11,6%	4,7%
Qualifikation	Facharbeiter/Meister	33,1%	50,4%	10,6%	6,0%
	Fachschule	43,9%	43,3%	7,6%	5,3%
	Hochschule	44,0%	47,3%	5,9%	2,9%
	keine Angaben	43,8%	37,5%		18,8%
	erwerbstätig-voll	39,1%	49,6%	7,9%	3,5%
	Teilzeit/geringfügig	47,4%	42,1%	7,9%	2,6%
Erwerbsstatus	arbeitsmarktp. Maßn.	21,4%	64,3%	7,1%	7,1%
	arbeitslos	22,7%	54,5%	18,2%	4,5%
	Rentner/Vorrentner	39,5%	48,0%	5,4%	7,1%
	Sonstiges	46,0%	32,0%	14,0%	8,0%
	bis 500	33,3%	52,9%	11,8%	2,0%
	500-999	38,1%	44,3%	10,2%	7,4%
individuelles Nettoeink./-/Monat	1000-1499	37,9%	50,2%	7,3%	4,7%
	1500-1999	44,6%	50,0%	3,6%	1,8%
	2000 u.d.	42,6%	47,9%	5,3%	4,3%
	Gesamt	39,2%	48,3%	7,7%	4,9%

2.1.5 Negative Legitimation

Die Erweiterung wurde nicht nur mit unterstützenden und sie legitimierenden Argumenten politisch und medial begleitet und beworben. Auch im politischen Raum wurden immer wieder auch kritische politische Stimmen laut. Natürlich konnte es keinem Kritiker nach dem langen Prozess der Vorbereitung der Erweiterung, beim dem inzwischen erreichten Stand der vertraglichen Beziehungen und Bindungen noch darum gehen, das gesamte Projekt der Erweiterung zu stoppen. Aber eine Skepsis über den Nutzen und die Legitimation der EU insgesamt, unabhängig von der Frage der Erweiterung, blieb sowohl in Teilen der politischen Eliten, wie in einigen gesellschaftlichen Gruppen bis heute bestehen.

Ein Grund für skeptische bis kritische Einstellungen gegenüber der EU und ihrer Erweiterung muss darin gesehen werden, dass Prozesse der europäischen Verständigung und Annäherung im Wesentlichen Eliteveranstaltungen waren.

Welche Eliten dabei in welcher Weise mit anderen entweder kooperierten oder konkurrierten, welche sich in einem europäischen Feld einrichten konnten und welche nicht, hat die Inhalte und Richtungen der europäischen Einigung geprägt. Die Eliten sind dabei mehr oder weniger ihre eigenen Wege gegangen, sind eigenen Rationalitäten gefolgt und haben die Sphären oder Felder der Kooperation oft erst im Nachhinein miteinander verknüpft. Die Politik spielte dabei eine doppelte Rolle. Einerseits setzte sie Rahmenbedingungen für die Ausprägung und Realisierung eigensinniger, auch funktionsspezifischer Zusammenarbeit nach rationalen Gesichtspunkten. Andererseits wurde oft – wie auch im Vollzug der Erweiterung – erst im Nachhinein der politische und rechtliche gemeinsame Rahmen für die Handlungsbereiche und -felder erstellt, in denen die Kooperationsmöglichkeiten der beteiligten Eliten an politische oder rechtliche Grenzen stießen.

Wichtig für die Frage nach der Legitimation der Erweiterung ist, dass diese Vorgänge der Annäherung, der Kooperation bzw. auch der Konkurrenz auf einen bestimmten Personenkreis bezogen war und breite Bevölkerungsschichten an diesen Prozessen so gut wie keinen Anteil und keine Teilhabe realisieren konnten.

Die Bedeutung von Legitimationsfragen für den europäischen Einigungsprozess liegt darin, dass die funktionsspezifischen und von Eliten realisierten Handlungszusammenhänge und Arenen nicht auf Dauer verwirklicht werden können, ohne dass mit ihnen Handlungswirklichkeiten und Erfahrungsmöglichkeiten der Menschen in allen Ländern verbunden sind. Ohne ein Europa der Menschen in den Mitgliedsländern wird es auf Dauer auch kein Europa funktionsspezifischer Zusammenarbeit geben, wie in Sonntagsreden immer wieder betont wird.

In der Realität aber sind für die meisten Menschen diese Zusammenhänge nicht gegeben. Der eigene Lebens- und Handlungsbereich mit unmittelbaren Bezug auf Europa ist einem kleinen Teil der Bevölkerung in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur, Recht Sport u.a. vorbehalten. Die große Mehrzahl der Menschen hat in ihrem Leben nur als Touristen oder eben indirekt mittels der Handlungsergebnisse anderer, weniger mit Prozessen der europäischen Zusammenarbeit zu tun. Nicht einmal die nationalen Massenmedien vermitteln auch nur annähernd ein eindrucksvolles und Erfahrungen ermöglichtes Bild von Europa und den Prozessen seines Zusammenwachsens.

Dabei kann die subjektive Handlungsorientierung für einen weiteren Personenkreis auf die europäische Ebene gerichtet sein bzw. eine Einstellung zur Voraussetzung haben, die offen ist für Europa. Aber in die Lebenswirklichkeit sind diese Prozesse der Vertiefung europäischer Integration nicht eingedrungen.

Dieser Aspekt der allgemeinen Handlungsorientierung, der Offenheit und Zugewandtheit ist vor allem auch im Kontexte der Einstellungen von Bedeutung und kann in den Legitimationszusammenhängen eine Rolle spielen.

Die Frage der Legitimation des europäischen Prozesses ist vielleicht nicht die Kernfrage seines Verlaufes und seines Gelingens. Sie hat aber während des Verfassungsprozesses diese wichtige Rolle eingenommen, weil in der klassischen Tradition der europäischen Demokratien die Verfassungen einer Legitimation durch die Bevölkerung bedürfen. Diese Tradition ist zwar in den einzelnen Ländern unterschiedlich institutionalisiert, spielte aber nichts desto trotz eine wichtige Rolle, wie das Ergebnis ja gezeigt hat. Dabei war und ist zu beobachten, dass die Verpflichtungen des Bemühens um Legitimation durch die einzelnen nationalen politischen Eliten je nach der Institutionalisierung des Zustimmungsverfahrens unterschiedlich ausgeprägt waren. Vor allem zeigte sich, dass es in den einzelnen Ländern schwer ist, europäische von nationalen politischen Konflikten und Diskussionen zu trennen. In den Ländern, in denen eine Volksbefragung zur EU durchgeführt wurde, ist die Vermischung der Zustimmung oder Ablehnung mit den nationalen politischen Auseinandersetzungen erfolgt. Ob sich eine solche Tendenz vermeiden ließe, ist offen.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass auch im Osten Deutschlands die Zustimmung und Legitimation der Erweiterung und der Verfassung mit den sozialen Erfahrungen (Sorgen, Ängsten) verknüpft werden, die die Menschen auf „nationaler Ebene“, also im Kontext ihrer Lebenswirklichkeit machen.

Für den gesamten Legitimationsprozess ist es daher wichtig anzuerkennen, dass die Bevölkerungen keine Möglichkeit der positiven Einwirkung und Zustimmung zu bestimmten europäischen Veränderungen haben, sondern die EU immer nur an den Konsequenzen für ihr eigenes, auf den nationalen Horizont bezogenes Leben bewerten können. Es handelt sich also notweniger Weise erstens um eine Bewertung *post hoc* und zweitens um eine Zustimmung auf der Grundlage von Bewertungsmaßstäben, die allein auf nationaler Ebene eine Bedeutung haben.

Aspekte einer demokratischen Mitwirkung bzw. Bewertung von Entscheidungen und institutionellen Regelungen von vorn herein, also im Verfahren der Diskussion und Auseinandersetzung, können für die Bevölkerungen keine Rolle spielen, weil sie viel zu wenig in die Prozesse einbezogen sind und sein können. Die Stärkung der Abgeordneten und des Europäischen Parlamentes bei der Entscheidungsfindung wir immer als eine Stärkung der demokratischen Substanz gewertet. Allein auch sie verändert die Situation der weiten Teile der Bevölkerung wenig. Die Übersetzung der Kontexte politischer Auseinandersetzungen ist schon auf der nationalen Ebene eine schier unlösbare Aufgabe, sie ist es umso mehr auf der internationalen Ebene.

Dieses Problem muss aber langfristig gelöst werden, will man mit der Realisierung der europäischen Einigung über eine Elitenveranstaltung hinaus kommen.

Hinter diesen Schwierigkeiten der Verbindung der Einstellungen und Bewertungen der Bevölkerungen mit den stattfindenden Prozessen steckt die bereits angesprochene Verschiedenartigkeit der Handlungs- und Lebenswirklichkeit der Menschen in den europäischen Ländern auf der einen unter den Interessierten Eliten auf der anderen Seite. Es ist dies nicht nur eine subjektive und ideologische Problematik, sondern ein objektives Problem der Verknüpfung von Handlungskontexten und Lebenswirklichkeiten.

Ein besonders gutes Beispiel dafür ist die soziale Frage und das Problem einer europäischen Sozialordnung. Man sieht daran, dass die Kontexte und Bewertungsmaßstäbe der Institutionen sozialer Sicherung nach wie vor eine nationale Angelegenheit sind. Die Möglichkeiten grenzüberschreitender Kommunikation und Kooperation sind auf der Ebene der Arbeitnehmer und der Durchschnittsbevölkerung nach wie vor beschränkt. Im Gegenteil, die internationale wirtschaftliche Öffnung hat eine stärkere nationale Separierung der Arbeitnehmerinteressen zur Folge. In diesem Sinn produziert die

Internationalisierung des Wirtschaftsverkehrs die nationale Orientierung der Arbeitnehmerseite. Gleichermaßen gilt für die Staaten als Steuerstaaten und als Hauptakteure in der Sozialpolitik. Auch hier führt die Internationalisierung auf der einen zur Nationalisierung auf der anderen Seite. In beiden Fällen handelt es sich um Gemeinschaften, die in den bekannten Wettbewerb gegeneinander gezogen werden: seien es Steuern zahlende Gemeinschaften, Tarifgemeinschaften oder andere institutionalisierte Gemeinschaften, die eine Umverteilungsfunktion ausüben.

Die Arbeiter und Angestellten und ihre ökonomischen Interessenvertretungen, die Gewerkschaften sind in weit aus geringerem Maße faktisch internationalisiert als die Unternehmen und Arbeitgeber. Im Gegenteil, sie werden in die nationale Orientierung getrieben. Das bedeutet, dass die Basis für eine internationale Vergemeinschaftung in diesem Fall nicht gegeben ist. Vielmehr verhält es sich so, dass die Handlungssituationen und Kooperationsstrukturen als ein Nullsummenspiel organisiert sind.

Daher könnte man überlegen, ob die Grundlagen der Legitimation für unterschiedliche Bereiche nicht sehr unterschiedlich sind: auf der einen Seite haben wir „Positiv-Summen-Spiele“ und auf der anderen Seite Nullsummenspiele.

Das positive Spiel erstreckt sich dabei weit über die Wirtschaft hinaus, nämlich dann, wenn sich in den internationalen Handlungs- und Kommunikationsstrukturen bei den Beteiligten eine Gewinn-Gewinn-Situation ergibt.

Das scheint überall dann der Fall zu sein, wenn sich der Kontakt als ein Austauschverhältnis darstellen lässt und wenn die Beteiligten alle gleichermaßen in einer Kooperation profitieren (wie gemeinsame Projekte, Teilhabe an gemeinsamen Programmen). Das Gegenteil der Fall, wenn es bei der Handlungssituation um ein Verteilungsproblem geht oder um ein Vergleichsproblem. Im Fall des Vergleichsproblems werden verschiedene, lang eingespielte Standards in den Ländern in einen internationalen Vergleich gebracht, der aber nicht ohne weiteres vorgenommen werden kann: die verschiedenen Sozialstandards sind in der Regel nicht miteinander vergleichbar, weil die Quellen der Ressourcen und insbesondere der finanziellen Ausstattungen verschieden sind. Das gilt insbesondere für die Sozialsysteme und die Sozialstandards. Die Forderung nach einem Ausgleich kann entweder als Umverteilung gehandhabt werden oder als nationale wirtschaftliche Belastung, die einen Nachteil nach sich ziehen würde.

Fazit: Erstens kann die Legitimation der europäischen Prozesse nur in einer Legitimation post hoc erfolgen. Zweitens sind die Legitimationsprozesse darauf angewiesen, die Entscheidungsfragen auf eine nationale Problemlage zu projizieren und daraus Kriterien der Ablehnung oder Anerkennung zu gewinnen.

Die Art der Bewertung, die post hoc erfolgen muss, ist darüber hinaus auf eine Negativselektion verwiesen: man erkennt etwas dann an, wenn es die eigene Lage und deren beeinflussende Faktoren nicht negativ beeinflusst. Anerkennung bedeutet dann die Wahrnehmung der Abwesenheit von störenden oder negativen Konsequenzen.

Eine positive Legitimation kann sich entweder nur auf sehr allgemeine Werte und Einstellungen beziehen, wie Frieden, gute Nachbarschaft, enge Zusammenarbeit, oder sich als eine Hoffnung bzw. Erwartung an die Zukunft darstellen.

Wir haben – um die Schwierigkeiten der Legitimation der Erweiterung insgesamt zu erfassen – einige Problemfelder und kritische Argumentationen als Indikatoren für eine zur positiven Legitimation spiegelbildlichen negativen Legitimation herangezogen.

Diese waren:

- Einbußen nationalstaatlicher Souveränität
- Vergrößerung der Entfremdung zwischen Politik und den Bürgern

- Vergrößerung der Bürokratie
- Geldverschwendungen
- Abnahme von Sicherheit
- Die finanziellen Belastungen für Deutschland sind zu hoch
- Infolge der Erweiterung wird die Realisierung der Einheit Deutschlands vernachlässigt
- Die Erweiterung lohnt sich nur für große Konzerne
- Streit und Konkurrenz unter den Mitgliedern nehmen zu
- Die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten werden eingeschränkt
- Die Erweiterung bedeutet eine „Überfremdung“ der alten EU
- Für die (einfachen) Menschen kommt zu wenig raus

2.1.5.1 Ergebnisse

Die Staaten büßen ihre Souveränität ein

Die bisherigen Prozesse der Verstärkung und Vertiefung der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten führten – wie bereits angesprochen – zur Konstitution einer politischen Operations- und Entscheidungsebene, die eine immer stärkere Eigenständigkeit und Eigendynamik entfaltet. Gremien und Organisationen der EU entwickeln sozusagen ein wachsendes Eigenleben, durch das die Einheit Europas als einer selbständigen Dimension der Politik neben den Nationalstaaten immer stärkere Bedeutung erfährt. Es ist so etwas wie ein selbständiges europäisches politisches Interesse entstanden, das von diesen Gremien, Organisationen und den in ihnen agierenden gesellschaftlichen Akteuren repräsentiert wird.

Diese Eigenständigkeit äußert sich in vielen Politikbereichen und Institutionen. Die EZB reguliert auf eigene, unabhängige Weise die Geschicke des Euro und nimmt unter Anwendung eigener Kriterien und Regeln Einfluss auf die Finanz- und Haushaltspolitik der Mitgliedsländer. Der Europäische Gerichtshof setzt Maßstäbe der Rechtsgeltung und Rechtssetzung, die ein eigenes EU-Recht konstituieren und die Rechtssprechung und -setzung in den Mitgliedsländern mehr und mehr determinieren. Dabei wird kaum ein gesellschaftlicher Bereich aus der Regelkompetenz der EU ausgeschlossen.

Weitere Beispiele können genannt werden.

Die eigenständige Institutionelle Gestaltung und Repräsentation der Einheit der Mitgliedstaaten bedeutet eine Einschränkung der Souveränitätsrechte der einzelnen Länder. Dies ist gewollt und ein notweniger Vorgang bei der Einigung Europas. Ihre Legitimation erhalten diese Einschränkungen der Souveränität durch die Freiwilligkeit dieser Unterwerfung der einzelnen Länder unter das institutionelle System der EU. Dennoch behalten die Staaten jedoch die Hohheit über ihre Entscheidungsfähigkeit und -kompetenz in dem Sinn, dass sie alle ihre Souveränitätsrechte berührenden Einschränkungen von der Zustimmung der Regierungen und Parlamente abhängig machen. Die Sicherung der Souveränitätsrechte bleibt mit der Geltung Einstimmigkeitsregel erhalten und wird in den Bereichen eingeschränkt, in denen diese Regel aufgehoben wurde. Aber auch in diesen Fällen, behalten sich die Nationalstaaten letzte Zustimmungsrechte vor. Die EU kann einzelnen Mitgliedsländern nicht deren Souveränität auf Gebieten streitig machen, denen die Länder selbst vorher nicht zugestimmt haben.

Die Einschränkung von Souveränitätsrechten ist also eine gewollte, freiwillige und kontrollierte. Sie ist daher auch keine eigentliche Einschränkung, weil sie stets durch den Willen der souveränen Staaten begründet und konditioniert ist.

Dennoch zieht die immer stärkere Ausbildung der europäischen Institutionen eine Dynamik der innereuropäischen Kommunikation und Entscheidungsfindung nach sich, die in Teilen auch formal begründet und rechtlich legitimiert, in vielen Fällen aber auch rein informell einen Druck auf die Ein-

zelmitglieder auszuüben in der Lage sind. In diesen Verdichtungen der politischen Kommunikation eines einheitlichen Willens und dessen selbstbewusster Artikulation in den demokratischen Gremien der EU wird die Souveränität der Länder kontinuierlich weiter unterlaufen. Sich gegen kommunikative „Mainstreams“ der EU-Diskurse zu stellen, erfordert mehr und mehr Aufwand und Ressourcen in dem Sinn, dass ein Abweichen vom Hauptstrom der Meinungsbildung Kosten verursachen kann.

Die Einschränkung der Souveränitätsrechte der Mitgliedsstaaten ist also in der Tat eine notwendige Folge der vertieften Zusammenarbeit der Länder und des Willens, dieser Zusammenarbeit eine institutionelle Basis und Repräsentation zu geben. Sie ist aber immer auch aus der Sicht einzelner Länder teils bezogen auf Politikfelder, teils bezogen auf jeweilige Innenpolitische Konstellationen und Machtverhältnisse kritisiert worden.

Auch vor der Erweiterung der EU sind vielfach Stimmen laut geworden, die dieser Tendenz der weiteren Einschränkung von Souveränitätsrechten widersprachen. Diese fanden in den Bevölkerungen umso mehr Unterstützung als in der Tat die Unsicherheit nicht vom Tisch zu wischen war, wie sich bestimmte nationale Souveränität einschränkende Entscheidungen in der längeren Zukunft auswirken würden, bzw. welche Konsequenzen sich daraus für alle oder einzelne Mitglieder ergeben. Da hier politisches Neuland beschritten wird, ist es in der Tat nicht immer vorhersehbar, wie sich in der einen oder andern Hinsicht die Zukunft gestalten wird. Vor allem mit der Sorge um künftige, bisher noch nicht absehbare Konsequenzen der Übertragung von Souveränitätsrechten an europäische Institutionen und Gremien wurde gegen die Erweiterung polemisiert. In Deutschland haben z.B. die Maastricht-Kriterien der Haushaltsverschuldung und deren Konsequenzen in der deutschen Haushaltspolitik in ganz unterschiedlicher Weise zu einer Kritik dieser Art der Abtretung von Souveränitätsrechten geführt. Auf der Seite der Euro-Gegner hat die Sorge vor drastischen Sanktionen gegen Deutschland die alten Kritiken am Euro wieder aufblitzen lassen und auf Seiten einiger „linker“ Organisationen ist der Druck auf die Haushaltspolitik als ein Vehikel des Neoliberalismus interpretiert und abgelehnt worden.

Die Erweiterung der EU vermehrte die kritische Argumentation unter Berufung auf die Souveränitätsfrage. Das u. a. aus zwei einander teilweise widersprechenden Gründen. Einerseits erhöhte die Zahl der Mitglieder die Schwierigkeit zu einstimmigen Beschlüssen zu kommen, was die Souveränität der Willensbildung von Mehrheiten einschränkt. Die entscheidungswilligen Mitglieder sind von einer größeren Anzahl der abstimgenden Länder abhängig. Eine Minderung dieser Abhängigkeit vieler von Einzelnen wäre mit dem Übergang zu Mehrheitsentscheidungen möglich. Das bedeutete aber, dass einzelne Länder nun in ihrer Souveränität eingeschränkt würden, da sie von Mehrheiten bindend überstimmt werden könnten. In beiden Fällen hat man es also mit einer Einschränkung von Souveränitätsrechten zu tun. Und beide Gesichtspunkte sind mehr oder weniger folgen der Erweiterung. Damit kann die Kritik in der Souveränitätsfrage mit der Kritik der Erweiterung zusammenfallen. Die Zustimmung zur Erweiterung haben einige der Protagonisten der EU daher auch von der Änderung der Entscheidungsprozeduren abhängig gemacht. Die Sorge bestand darin, dass die EU in dem Sinn handlungsunfähig wird, dass sie die weitreichenden strategischen Ziele, die mit ihrer Begründung und Vertiefung anvisiert sind, auf dieser Grundlage nicht erreicht werden können.

Bis heute haben politische bis hin zu verfassungsrechtlichen Bedenken auch in Deutschland hinsichtlich der Souveränitätsfrage nicht nachgelassen. Erst vor wenigen Wochen hat das BVG die Rechte der Parlamente (des Bundes und der Länder) bei der Begleitung von EU-Entscheidungen der Bundesregierung gestärkt. Neben der allgemeinen Stärkung demokratischer Grundsätze der parlamentarischen Demokratie in Deutschland hatte das Urteil auch Bezüge zur Frage der Souveränität. Die Bedeutung der nationalen grundgesetzlichen Institutionen politischer Willensbildung und Entscheidung wurde noch einmal hervorgehoben.

Auch dieses Urteil ist nicht ohne Kritik geblieben. Einige der Kritiker meinen, das BVG hänge zu sehr alten Vorstellungen der Bedeutung des Nationalstaates nach, der in den globalisierten und europäisierten Prozessen eine objektiv schwindende Bedeutung habe und bald ganz von der politischen Arena verschwinden würde.

Ersichtlich wird, dass die Frage der Souveränität alles andere als abgeschlossen und gelöst ist. Das bedeutet aber auch, dass es für eine Interpretation und Bewertung des Befragungsergebnisses keinen objektiven Maßstab gibt.

Die Sorge um die Souveränitätsrechte spielt auch bei den Bürgern eine beträchtliche Rolle. Eine wahrgenommene Einschränkung der Souveränität bedeutet für viele Bürger ein Merkmal der eigenen politischen Verunsicherung. Während die eigene gesellschaftliche und politische Erfahrungs- und Urteilsbildung sich bisher auf den vertrauten Rahmen des eigenen Staates beziehen konnten, sind im Unterschied dazu diese Möglichkeiten nach der Erweiterung (vor allem nach dem Verfassungsdebakel) beschränkt. Man ist immer weniger in der Lage, Entscheidungen bestimmten Akteuren oder Institutionen zuzurechnen und vor allem werden die Entscheidungen nicht in ihrem Vollzugsakt transparent. Es können sich erst im Nachhinein Erfahrungen an politische Entscheidungen knüpfen, wenn die Konsequenzen der Entscheidungen bekannt werden. Die meisten Bürger brauchen die Vorstellung von der Souveränität politischer Entscheidungen (und die Politik und die Politiker benötigen diese Vorstellung auch) in vielfacher Hinsicht und nicht zuletzt, um die Legitimität der Entscheidungen anerkennen zu können.

Das zeigt sich vor allem daran, dass die Antworten zu dieser Frage stark mit den Einstellungen zusammenhängen, die die Entfernung der Politik und eine Einschränkung der Demokratie betreffen. Diejenigen, die die Souveränität eingeschränkt sehen, stimmen auch in weitaus höherem Maße den Aussagen zu, dass die EU-Erweiterung eine weitere Entfernung der Politik von den Menschen bedeutet und dass sie eine Einschränkung der Demokratie nach sich zieht.

Viele Menschen erleben Einschränkungen der Souveränität des Staates, in dem sie leben, deshalb als einen Mangel, weil sie entweder meinen, die politischen Entscheidungen weder in ihren gesellschaftlichen Kontexten beurteilen zu können oder weil sie meinen, keinen Einfluss auf die Entscheidungen in der einen oder anderen Hinsicht zu haben.

Wir haben sie in die Negativliste der Argumentation gegen die Erweiterung aufgenommen, weil sie vor allem in der zeitgleichen Diskussion der Verfassung eine zentrale Rolle einnahm.

29,2 % stimmten der Aussage zu, dass die EU-Erweiterung gar den Verlust der Souveränität der Staaten bedeute. Weitere 48,9 % stimmen dieser Aussage teilweise zu und 21,0 % meinen, diese Aussage trüfe nicht zu.

Damit haben wir ein Meinungsbild, das sich so interpretieren lässt, dass knapp 30 % der Befragten die Souveränität tatsächlich aufgehoben sehen und dies als Manko interpretieren. Die Antwort, das trüfe teilweise zu, kann so gedeutet werden, dass die Zustimmenden in der Tat eine teilweise Aufgabe oder Einschränkung der Souveränität konstatieren, diese aber unter Umständen nicht nur ein Nachteil sein muss. Die eigene Beurteilung dieser Frage wird von diesen Befragten konditioniert nach Maßstäben, die hier nicht eindeutig zu beantworten sind, die sich aber auch – wie die Kreuztabelle der drei Variablen zeigen – auf die eigene Beurteilungsfähigkeit der Politik oder den eigenen Einfluss auf die Entscheidungen beziehen.

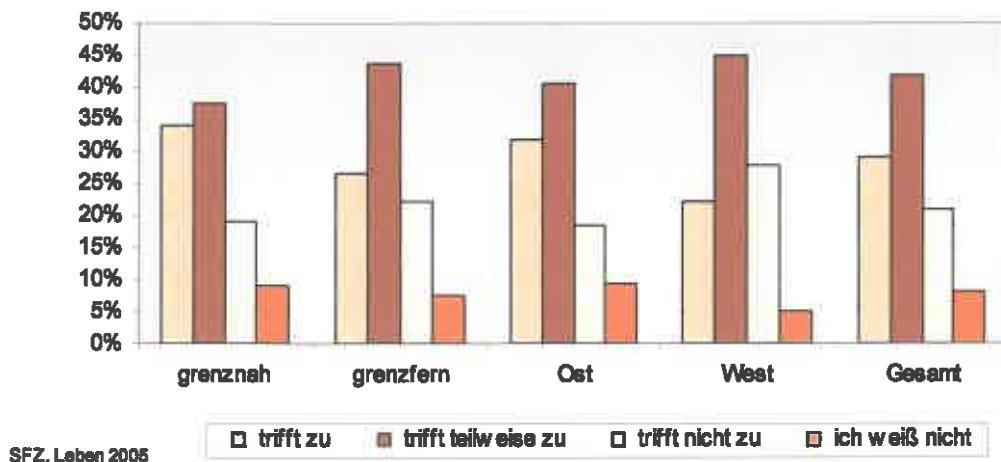
Die 21 % der Befragten, die der Meinung sind, die Souveränitätsrechte werden durch die Erweiterung nicht eingeschränkt, sind mehrheitlich auch der Auffassung, dass ihre politische Urteilskraft und ihr demokratischer Einfluss auf die Politik nicht unter Erweiterung leiden.

Was ein derartiger Befund für das Verhältnis der Bürger zum eigenen Staat bedeutet, ist weitestgehend unklar. Man kann davon ausgehen, dass diese Bewertung eine negative Bewertung politischer Entwicklungen auch für die Bürger bedeutet. Ob aber die schwindende Souveränität des eigenen Staates etwas an den Einstellungen ihm gegenüber ändert, ob es etwa zu einem stärkeren Engagement führt oder die Schwäche nationaler Staatlichkeit dahingehend ausgelegt wird, dass die Legitimität staatlicher Ordnung schwindet, dass die normativen Orientierungen im Handeln der Menschen ein geringeres Gewicht bekommen, ob somit abweichendes Verhalten zunimmt und staatliche Autorität auch im Alltagshandeln schwindet, ist hier nicht zu entscheiden.

EU-Erweiterung führt zum Abbau nationalstaatlicher Souveränität - nach Grenznähe, Ost-West (in Prozent)					
Souveränität					
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	Ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	34,0%	37,6%	19,2%	9,1%
	grenzfern	26,6%	43,9%	22,1%	7,5%
O-W	Ost	31,9%	40,5%	18,3%	9,4%
	West	22,3%	45,1%	27,7%	4,9%
Gesamt		29,2%	41,8%	21,0%	8,1%

Quelle: SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Souveränität



SFZ, Leben 2005

Die Politik entfernt sich von den Menschen

Die eben schon angesprochene Frage nach der Nähe der Politik zur Bevölkerung wird deutlich pessimistischer bewertet.

Über die Hälfte aller Befragten teilen diese Befürchtung (50,4 %). Weitere 33,5 % stimmen dieser Befürchtung teilweise zu und nur 11,7 % stimmen ihr nicht zu.

Damit wird im Meinungsbild der Menschen deutlich, dass die bereits vorhandene Wahrnehmung einer großen Entfernung des politischen Betriebes in Brüssel (und in Straßburg) durch die Erweiterung noch vergrößert wird.

Der Indikator der Nähe bzw. Ferne der Politik von den Menschen drückt zweierlei aus. Auf der einen Seite drückt die Äußerung der Ferne der Politik den Eindruck der Befragten aus, dass die Politik ein Eigenleben führt und von geringer Transparenz für die Bevölkerung ist. Dieser Eindruck ist ein Zeichen dafür, dass den Menschen die Kriterien und Verfahren politischen Handelns und politischer Entscheidungen nicht hinreichend bekannt sind und sie deren Ergebnisse daher nicht hinreichend meinen beurteilen zu können. Politik wird dann als etwas wahrgenommen, was man in seinen Voraussetzungen und in seinen Resultaten nicht versteht. Aber auch eine andere Perspektive der Beurteilung der Politik wird in diesem Indikator zusammengefasst. Mit der Äußerung einer wachsenden Entfernung der Politik drücken die Befragten aus, dass sie davon ausgehen, die Perspektive der Politik auf die Belange der Bürger sei nicht deutlich genug. Das Urteil der Politikferne unterstellt den politischen Akteuren eine als unzureichend empfundene Wahrnehmung und Beachtung der Bedürfnisse, Sorgen und Interessen der Bürger. Die Politiker würden sich nicht genug um die „einfachen Leute“ kümmern und in ihren Handlungen und Entscheidungen nur von eigenen oder den Interessen politiknäher und damit einflussreicher Gruppen ausgehen.

Es ist also ein Indikator, der aus der Sicht der Bürger beide Perspektiven einschließt.

Der Indikator unterscheidet sich von der Souveränitätsfrage dadurch, dass die darin ausgedrückte Beurteilung an die politischen Akteure und Gremien adressiert ist und nicht an die Institutionen staatlichen Handelns. Eine Nähe oder Ferne der Politik wird also den Politikern und Parteien selbst zugeschrieben. Daher sind die Konsequenzen aus einer wahrgenommenen Änderung der „Entfernung der Politik vom Menschen“ auch andere. Das Beispiel der Beurteilung der Zentralbank und der Finanz- und Haushaltspolitik drückt diesen Unterschied aus. So kam in der Vergangenheit der Institution der Zentralbank ein großes Vertrauen entgegen, obwohl die Entscheidungen der Zentralbank sich durch eine vergleichsweise große Entfernung von den Belangen der Bürger auszeichnete. Die Finanz- und Haushaltspolitik der Bundesregierung, die per se eine größere Nähe zu den Belangen der Menschen als Wähler unterstellt werden muss, ist jedoch schon fast traditionell von einem geringeren Vertrauen der Bürger getragen.

Die Beurteilung der Nähe der Politik zu den Wählerinnen und Wählern hängt eng mit dem Vertrauen in die Politik zusammen. In der Regel geht man davon aus, dass eine als zu groß wahrgenommene Entfernung der Politik mit einem geringen Vertrauen in dieselbe korreliert.

Das zeigen auch die Kreuztabellen zum Zusammenhang zwischen der Verbundenheit mit der EU, dem Vertrauen in die Kommission und in das EU-Parlament auf der einen Seite und der Beurteilung der Entfernung der Politik durch die Bürger auf der anderen Seite.

Diejenigen mit einer höheren Verbundenheit mit der EU und einem größeren Vertrauen in die Kommission und das Parlament meinen auch mehrheitlich, dass sich die Politik infolge der EU-Erweiterung nicht weiter von den Bürgern entfernt.

Ob überhaupt in einem „objektiven“ Sinn zu erwarten ist, dass sich die von den Befragten befürchtete Entfernung der Politik vergrößert, kann nicht beurteilt werden. Da sich die grundlegenden Diskurs- und Entscheidungsverfahren mit der Erweiterung nicht geändert haben, ist die Transparenz der EU-Politik unverändert.

Die Methode der offenen Koordinierung sollte vor allem zweierlei bewirken. Sie sollte die Entscheidungsverfahren dadurch effizienter machen, dass auf iterativem Wege und unter Einschluss von Erfahrungen erster Schritte bei der Umsetzung von Entscheidungen und Programmen eine an praktischen Vollzügen orientierte schrittweise Koordination der kollektiven Entscheidungsfindung erreicht wird. Damit war die Erwartung verbunden, dass die Entscheidungsfindung von größerer Konsensuali-

tät und Effizienz geprägt wird. An diesen Vorgehensweisen hat sich mit der Erweiterung nicht viel geändert.

Wie schon im Fall der Souveränität und bei anderen Indikatoren zu sehen ist, verbindet sich in den Eindrücken der Menschen die größere Zahl der Mitglieder mit einer größeren Undurchsichtigkeit und Ferne.

Auch in dieser Frage unterscheiden sich West- und Ostdeutsche voneinander. Während in Ostdeutschland 55,5 % der Befragten der Meinung sind, die Politik entferne sich mit der Erweiterung, sind es in dem von uns befragten Teil der alten Länder 37,9 % - ein Unterschied von fast 20 %.

Dezidiert nicht dieser Auffassung sind im Westen 19,3 % und im Osten 8,6 %, so dass in beiden Teilen Deutschlands die Erweiterung der EU mit der verbreiteten Befürchtung einer Entfremdung der Politik von den Menschen einhergeht.

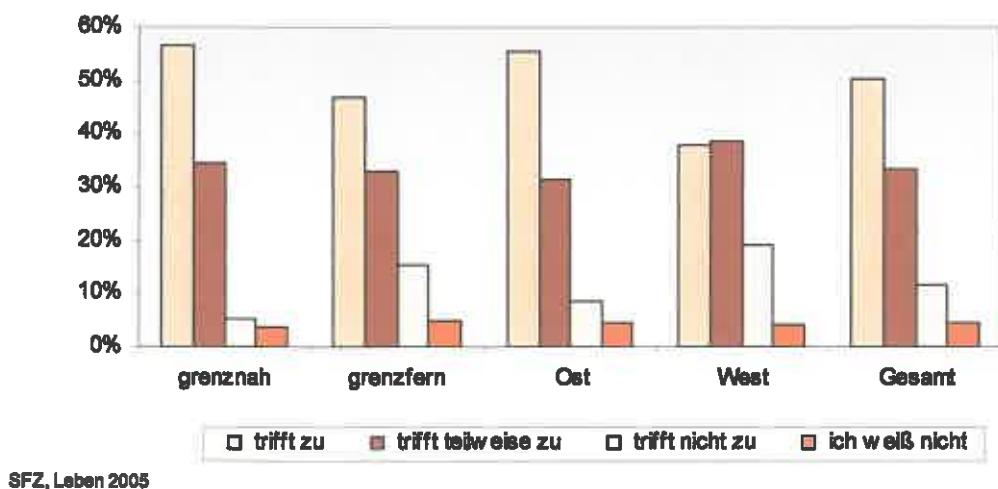
Die unterschiedliche Bewertung in Ost und West hängt zu einem großen Teil mit einer anderen Grundeinstellung gegenüber der EU und ihren Institutionen zusammen. Unsere westdeutsche Vergleichsgruppe hat zu 43,6 % mindestens etwas oder mehr Vertrauen in die europäische Kommission. Gegenüber dem europäischen Parlament fällt dieser Wert mit 42,9 % nur geringfügig niedriger aus. Im Osten dagegen liegt der Anteil derer, die ein Minimum an Vertrauen der Kommission entgegenbringen bei 31,8 % und gegenüber dem Parlament bei 29,4 %. Worauf diese Unterschiede in der Beurteilung der Nähe der Politik und im Vertrauen in die Kommission und in das Parlament beruhen, ist schwer zu sagen.

Obwohl – wenn man so will – die Westdeutschen langjährige Nettozahler sind und die Ostdeutschen eindeutig Nettoempfänger von EU-Leistungen sind. Aber vielleicht ist das ja ein allgemeines Phänomen, dass der Alimentierte dem Alimentierenden gegenüber immer ein gewisses Misstrauen entgegenbringt und derjenige, der andere dauerhaft alimentiert diesen auch vertraut (oder vertrauen muss, sonst würde sich die eigene Zahlungsbereitschaft als Dummheit herausstellen).

EU-Erweiterung führt zu Entfremdung zwischen Politik und Bürgern - nach Grenznähe, Ost-West (in Prozent)					
Politik entfernt sich					
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	56,5%	34,6%	5,2%	3,7%
	grenzfern	47,0%	33,1%	15,2%	4,8%
	Ost	55,5%	31,5%	8,6%	4,4%
	West	37,9%	38,6%	19,3%	4,3%
Gesamt		50,4%	33,5%	11,7%	4,4%

Quelle: SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Politik entfernt sich



SFZ, Leben 2005

Einschränkung demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten

In Ihren unterschiedlichen Leitbildern, Identitätsbeschreibungen, Programmen und auch im Lissabon-Vertrag stellen sich die EU, ihre Gremien, Organisationen und Institutionen, sowie die Vertreter der Mitgliedsländer als demokratischer Verband dar. Zum Selbstverständnis der Union gehört nicht nur das Ziel einer möglichst umfassenden Unterstützung und Zustimmung durch die Bevölkerungen, sondern auch die Idee einer breiten demokratischen Mitwirkung. Einerseits sieht der Lissabon-Vertrag eine Stärkung der Rechte des EU-Parlamentes vor, was ein Ausdruck dieses Bestrebens nach demokratischer Zusammenarbeit ist. Andererseits ist mit den neuen Abstimmungs- und Entscheidungsregeln versucht worden, demokratische und faire Grundlinien der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Darüber hinaus wird stets um die Mitwirkung der Menschen und Organisationen in den Mitgliedsländern geworben. Wie Möglichkeiten einer derartigen direkten oder indirekten Mitwirkung gestaltet werden könnten, ist allerdings noch offen. Zu unterschiedlich sind die nationalen Regelungen hinsichtlich der Einbeziehung der jeweiligen Bevölkerungen in bestimmte Grundsatzentscheidungen wie z.B. bei der Frage der Zustimmung zum Lissabon-Vertrag. Die Wege möglicher Erweiterungen demokratischer Partizipationsrechte werden auch unterschiedlich konzipiert. So sehen einige einen Weg darin, die Rechte des EU-Parlamentes und die Rechte der Bevölkerungen hinsichtlich der Kommunikation im Parlament und in seinen Gremien zu stärken. Das kann sich auch in einer europaweiten gemeinsamen Europawahl ausdrücken, die den Anlass für europaweite Diskussionen im Wahlkampf geben können. Einen anderen Weg sehen einige darin, die Rolle der nationalen Parlemente in der politischen Kommunikation europäischer Themen mit den Bevölkerungen zu erhöhen. Wiederum andere schlagen Wege direkter demokratischer Mitwirkungen vor.

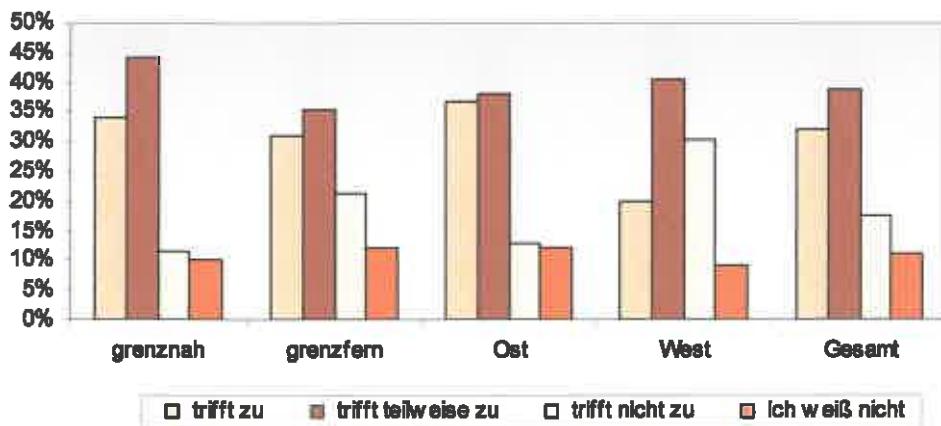
Trotz der Leitbilder und Vorschläge ist die Wirklichkeit vom Ideal noch weit entfernt. Im Gegen teil, die demokratische Qualität der europäischen Politik wird von einigen teils generell, teils grade auch im Vorfeld der Erweiterung bezweifelt. Einerseits geht es in den Kritiken darum, dass die Bevölkerungen in einigen Beitrittsländern den Beitritt nicht mehrheitlich unterstützen, dass ihnen auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene nicht genügend Gehör geschenkt wird. Des Weiteren werden die Entscheidungsprozeduren in den Aufnahmeverfahren als zu intransparent bewertet. Schließlich sei darauf hingewiesen, dass es auch von nationalen politischen Eliten Bestrebungen gegeben hatte, Probleme des Beitritts des eigenen Landes auf der internationalen Ebene mit innerpolitischen Fragen und Themenstellungen um des eigenen Vorteils willen zu vermischen. Das rächte sich z. T.

darin, dass die Verfassung, über die ja im Befragungsjahr entschieden werden sollte, in einigen Ländern abgelehnt wurde.

EU-Erweiterung bedeutet eine Einschränkung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten					
- nach Grenznähe, Ost-West (in Prozent)					
		Demokratie eingeschränkt			
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	34,1%	44,4%	11,4%	10,2%
	grenzfern	31,1%	35,6%	21,4%	12,0%
	Ost	36,8%	38,2%	12,7%	12,3%
	West	20,0%	40,5%	30,4%	9,1%
Gesamt		32,1%	38,9%	17,7%	11,3%

Quelle: SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Demokratie eingeschränkt



SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung führt zu mehr Bürokratie

Der Vorwurf der Bürokratie im Hinblick auf politische Institutionen und Verwaltungen ist wohlfeil wie ungenau. Lange Zeit galten die EU-Gremien in der Öffentlichkeit als Inbegriff bürokratischer Veranstaltungen. Die EU selbst macht sich jedoch seit einiger Zeit das Thema zu eigen und reagiert auf die vielfachen Bürokratie-Anwürfe z.B. mit der Besetzung eines zwar ehrenamtlichen, aber hochrangigen Posten für den Abbau bürokratischer Regelungen (Stolber). So nimmt es nicht Wunder, dass in der Bevölkerung der Eindruck, ja die Gewissheit tief verankert ist, die EU sei überbürokratisiert und belästige die Gesellschaft und die Bürger mit ihren lebensfernen Vorschriften und Bestimmungen.

Allerdings ist die Vehemenz der Kritik bei näherem Hinsehen nicht berechtigt. Bürokratie ist nicht nur eine rationale Entscheidungs- und Verwaltungsmethode, sondern in der Geschichte auch ein Mittel, Politik und Verwaltung auf sachliche Grundlagen zu stellen und sie insbesondere von Personen- und Gruppenmerkmalen unabhängig zu machen. Gründe bürokratischer Regelungen ergeben sich nicht nur aus der Notwendigkeit, die sehr verschiedenen gesellschaftlichen Praktiken in den Mitgliedsländern zu vereinheitlichen und dadurch für Transparenz und Gleichberechtigung zu sorgen. Sie ist außerdem ein Mittel der Sicherung der sachgerechten Verwendung von Ressourcen und der Be-

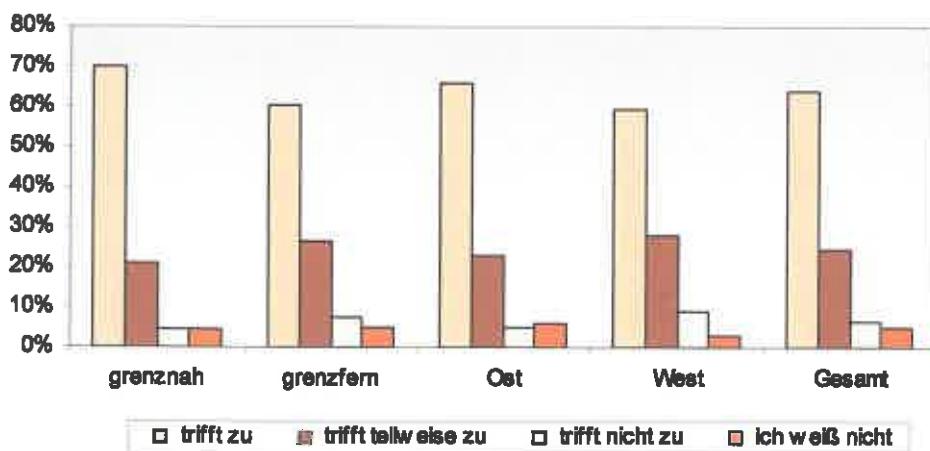
kämpfung von Korruption. Viele weitere Gründe können für die Berechtigung bürokratischer Vorgehensweisen beigebracht werden, aber alle Berechtigung hat auch ein Maß. Und dieses Maß ist in der Vergangenheit oft überschritten worden.

Festzuhalten bleibt jedoch, dass der Vorwurf der Überbürokratisierung trotz einiger Bemühungen seitens der europäischen Institutionen nach wie vor besteht.

EU-Erweiterung führt zu mehr Bürokratie - nach Grenznähe, Ost-West (in Prozent)					
		Bürokratie			
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenz- region	grenznah	69,8%	21,1%	4,7%	4,4%
	grenzfern	60,7%	26,7%	7,3%	5,2%
O-W	Ost	65,8%	23,2%	5,2%	5,8%
	West	59,5%	28,2%	9,1%	3,2%
Gesamt		64,0%	24,6%	6,4%	5,0%

Quelle: SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Bürokratie



SFZ, Leben 2005

Effizienz der Mittelverwendung

Ähnlich dem Vorwurf der unangemessenen Bürokratisierung bildet die Verwendung der Ressourcen in und durch die Gremien der EU ein ständiges Thema in öffentlichen Debatten. Zu den anhaltenden Vorwürfen über die Ineffizienz der Mittelverwendung in der EU kamen die steigenden Kosten in die Diskussion, die mit der Erweiterung verbunden waren und sind. Die Sorge, das Verhältnis von (finanziellem) Aufwand und spürbarem Ergebnis werde unangemessen überdehnt, bezieht sich dabei nicht nur auf die Ausgaben des inneren Betriebes der EU, sondern auch auf die Effektivität der Mittelverwendung bei den Empfängern. Wir haben drei Indikatoren in die Befragung aufgenommen: Die Aussage, es käme bei der Verwendung der Mittel „zu wenig raus“, die Aussage, die Aussage, die Erweiterung sei im Vergleich zu den Ergebnissen zu teuer (zumal vor dem Hintergrund, dass Deutschland

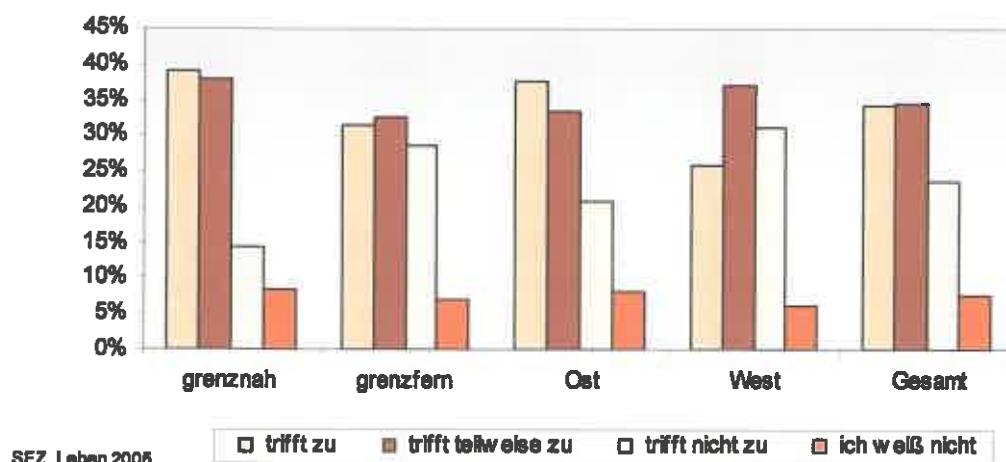
Nettozahler ist) und die Aussage, dass die eigentlichen Gewinne der europäischen Politik nur wirtschaftlicher Natur seien (die Konzerne profitieren) und dabei vor allem der Großindustrie zugute kämen.

In den Ergebnissen zeigt sich, dass im Hinblick auf die Sorge um die Kosten der Erweiterung (Geldverschwendungen) die Antworten aus dem Osten mehrheitlich skeptischer sind. Darin drückt sich – wie unten im Zusammenhang mit der Sorge um die Fortsetzung der Anstrengungen um die Herstellung der Einheit Deutschlands zu erkennen ist – die Befürchtung aus, dass die Verlagerung der EU-Fördermittel auf die neuen Mitglieder den Osten Deutschlands benachteiligen könnte.

EU-Erweiterung ist reine Geldverschwendungen - nach Grenznähe, Ost-West (In Prozent)					
		Geldverschwendungen			
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	Ich weiß nicht
Grenzregion					
grenznah	grenznah	39,2%	38,1%	14,4%	8,3%
grenzfern	grenzfern	31,6%	32,7%	28,6%	7,1%
O-W	Ost	37,6%	33,5%	20,7%	8,1%
	West	25,8%	37,0%	31,2%	6,1%
Gesamt		34,3%	34,5%	23,7%	7,5%

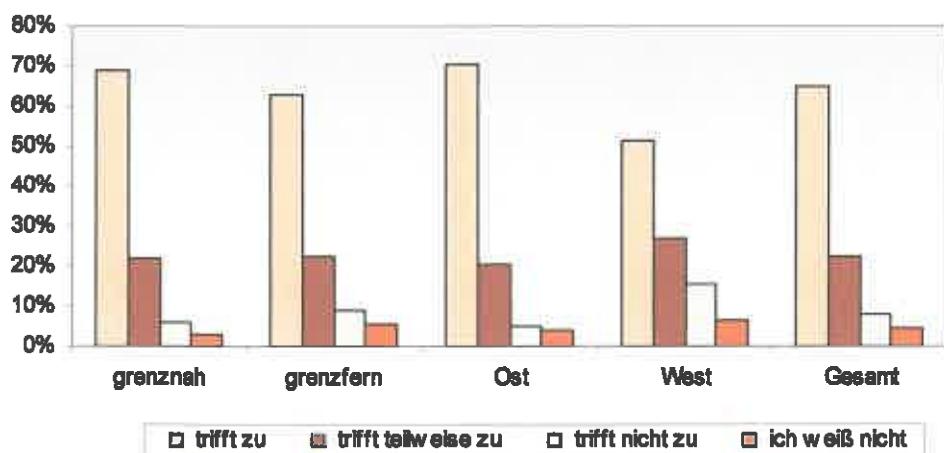
Quelle: SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Geldverschwendungen



SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Gewinne Konzerne



SFZ, Leben 2005

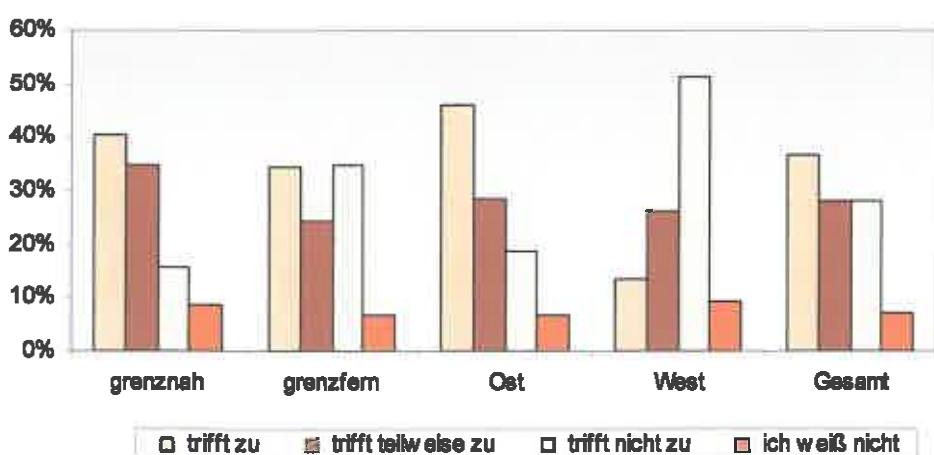
Vernachlässigung der inneren Einheit Deutschlands

Die Sorge über das Verhältnis von finanziellem Aufwand und materiellem Ergebnis hängt auch mit der Sorge um den innerdeutschen Annäherungsprozess zusammen.

EU-Erweiterung führt zu einer Vernachlässigung der Vollendung der Einheit Deutschlands - nach Grenznähe, Ost-West (in Prozent)				
Vollendung Deutscher Einheit				
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu
Grenzre- gion	grenznah	40,6%	34,9%	15,8%
	grenzfern	34,5%	24,2%	34,8%
	Ost	46,1%	28,6%	18,7%
	West	13,4%	26,2%	51,2%
Gesamt		36,7%	28,0%	28,0%
ich weiß nicht				

Quelle: SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Vollendung Deutscher Einheit



SFZ, Leben 2005

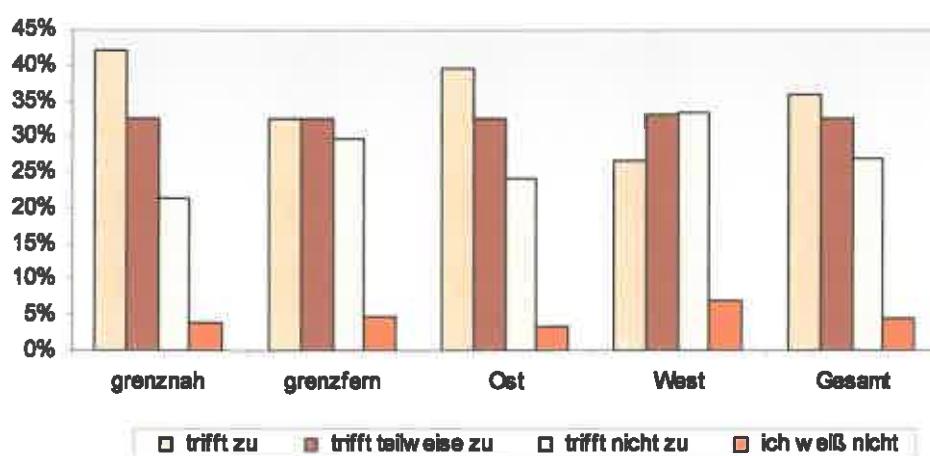
Verunsicherung des Lebens

Eine der Grundlagen für die hohen Erwartungen in die Gewährleistung innerer Sicherheit ist die Wahrnehmung einer Verunsicherung des öffentlichen und privaten Lebens.

EU-Erweiterung führt zu einer weiteren Verunsicherung des Lebens - nach Grenznähe, Ost-West (in Prozent)					
		Leben unsicherer			
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	42,2%	32,5%	21,4%	3,8%
	grenzfern	32,5%	32,7%	29,9%	4,9%
	Ost	39,6%	32,6%	24,3%	3,5%
	West	26,6%	33,1%	33,4%	6,9%
Gesamt		35,9%	32,7%	26,9%	4,5%

Quelle: SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Leben unsicherer



SFZ, Leben 2005

Xenophobische Befürchtungen

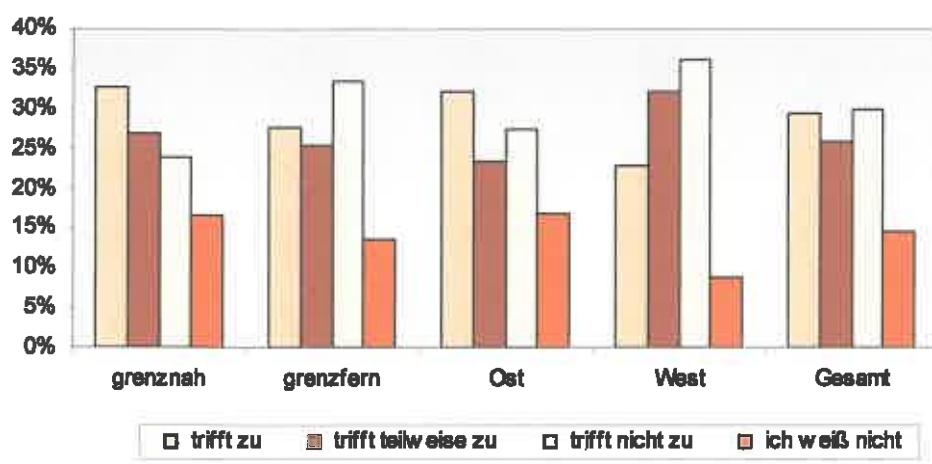
Die Sorge vor einer „Überfremdung“ der EU ist ein politischer Dauerbrenner in nahezu allen europäischen Ländern. Sie wird in Abständen (meist anlässlich von nationalen Wahlen) in Kampagnen hoch gehalten und stößt auf relativ große Resonanz in den Bevölkerungen. Die im Grunde absurde Vorstellung, die EU würde infolge ihrer Erweiterung „überfremdet“ werden, kommt auch in den Antworten (im Osten deutlich häufiger als im Westen) zum Ausdruck. Welche Art der Xenophobie dabei führend ist, kann nicht eindeutig gesagt werden, denn die Frage bezieht sich primär auf die Erweiterung und daher auf die Menschen in den neuen Mitgliedsländern. Diese Art der Abneigung gegen Ausländer ist vor allem sozial bedingt (Sorge vor sozialem Abstieg). Hinzu kommen aber auch Befürchtungen der Zuwanderung von Menschen aus Nicht-EU-Ländern. Diese Art der Xenophobie kann kulturell oder rassistisch begründet sein und würde sich „rationaler Weise“ aus der Unsicherheit der Durchsetzung des Schengen-Abkommens erklären lassen.

Auf den Einfluss ausländerfeindlicher Einstellungen auf die Bewertung der EU-Erweiterung gehen wir im letzten Kapitel näher ein.

EU-Erweiterung bedeutet eine "Überfremdung" der alten EU - nach Grenznähe, Ost-West (in Prozent)					
EU überfremdet					
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenz-region	grenznah	32,7%	27,0%	23,8%	16,5%
	grenzfern	27,7%	25,3%	33,5%	13,5%
O-W	Ost	32,2%	23,5%	27,4%	16,9%
	West	22,8%	32,3%	36,2%	8,8%
Gesamt		29,5%	26,0%	30,0%	14,5%

Quelle: SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - EU überfremdet



SFZ, Leben 2005

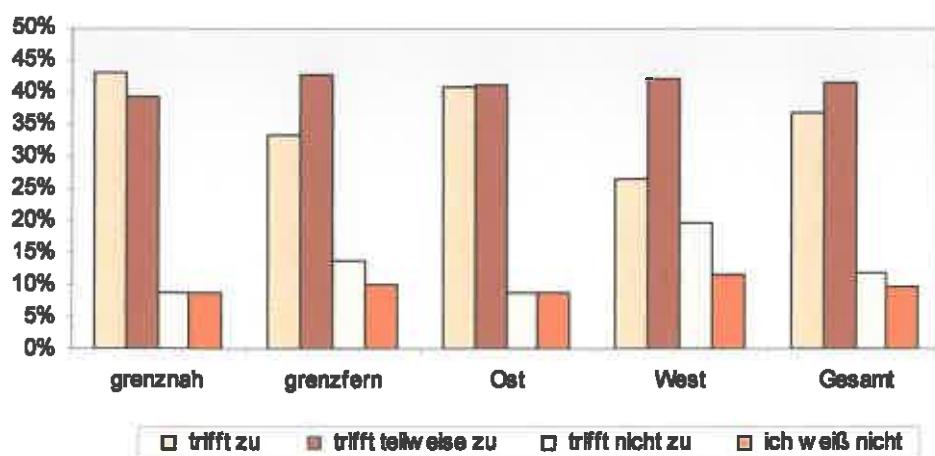
Der Streit unter den Mitgliedern nimmt zu

Ein deutliches Bild zeichnet die Antwort auf die Frage danach, ob die Erweiterung eher zur Harmonisierung der Beziehungen zwischen den Mitgliedern führt oder zu Konflikten. Danach machen sich die meisten Befragten keine Hoffnungen auf ein harmonisches Miteinander, das sie in den Antworten auf das Ziel gutnachbarlicher Beziehungen deutlich unterstützt hatten. Zwischen beiden Antworten besteht ein gewisser Gegensatz, der sich darauf zurückführen lässt, dass die Frage nach dem allgemeinen Charakter der Beziehungen zueinander Ausdruck einer allgemeinen Wertvorstellung ist, und die konkretere Frage nach der Konkurrenz (die immer auch die Assoziation einschließt: Konkurrenz über etwas Konkretes) einer eher realistisch gemeintes Erwartung.

EU-Erweiterung erhöht die Konkurrenz und den Streit unter den Mitgliedern - nach Grenznähe, Ost-West (in Prozent)					
		Konkurrenz			
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
Grenz- region	grenznah	43,2%	39,4%	8,7%	8,8%
	grenzfern	33,3%	42,9%	13,8%	10,1%
	O-W	41,0%	41,3%	8,9%	8,8%
	West	26,7%	42,1%	19,6%	11,5%
Gesamt		36,9%	41,5%	12,0%	9,6%

Quelle: SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Konkurrenz



SFZ, Leben 2005

2.1.5.2 Negative Legitimation nach sozialstrukturellen Merkmalen – ausgewählte Indikatoren

Wir stellen zur Ergänzung die sozialstrukturelle Differenziertheit in den negativen Legitimationseinstellungen dar.

Politik entfernt sich von den Menschen

Es ergeben sich Differenzierungen vor allem im Hinblick auf das Alter und die Bildung. Die Jüngeren vertreten seltener die Ansicht, dass sich die Politik in einer erweiterten EU stärker von den Menschen entfernt. Mit dem Alter nimmt der Pessimismus zu.

		Politik entfernt sich			
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
		Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%
Geschlecht	männlich	53,9%	35,0%	9,8%	1,3%
	weiblich	43,0%	35,8%	14,3%	6,8%
Alter	unter 25	36,8%	33,3%	17,5%	12,3%
	25-39	40,2%	39,0%	15,7%	5,1%
	40-49	46,6%	36,6%	13,6%	3,2%
	50-59	61,6%	29,3%	8,6%	,5%
Schulabschluss	60 u.dar.	51,1%	35,5%	9,4%	3,9%
	unter 8 Klassen	44,4%	27,8%	22,2%	5,6%
	8-Klassen-/Hauptschul-Abschluss	58,9%	33,2%	4,7%	3,3%
	10-Klassen/Realschul-Abschluss	54,2%	30,1%	11,6%	4,1%
	12 oder 13 Klassen/Gymnasium	38,4%	42,0%	16,2%	3,4%
	Fachabitur	39,8%	40,7%	14,2%	5,3%
	noch in der Ausbildung/Schule	33,3%	66,7%		
	ohne Abschluss	38,3%	36,2%	18,1%	7,4%
	Facharbeiter/Meister	57,9%	31,0%	8,3%	2,8%
	Fachschule	46,1%	34,6%	12,4%	6,9%
Qualifikation	Hochschule	41,6%	41,6%	14,1%	2,6%
	keine Angaben	46,3%	31,7%	17,1%	4,9%
	erwerbstätig-voll	48,8%	36,7%	12,1%	2,3%
	Teilzeit/geringfügig	34,2%	43,6%	17,1%	5,1%
	arbeitsmarktp. Maßn.	56,3%	25,0%	18,8%	
Erwerbsstatus	arbeitslos	62,9%	24,1%	9,5%	3,4%
	Rentner/Vorrentner	50,7%	35,3%	9,6%	4,3%
	Sonstiges	40,2%	35,1%	16,5%	8,2%
	bis 500	57,1%	29,9%	9,1%	3,9%
	500-999	56,1%	26,9%	10,3%	6,7%
	1000-1499	48,2%	37,6%	11,2%	3,0%
individuelles Nettoeink./-/Monat	1500-1999	39,6%	42,6%	15,4%	2,4%
	2000 u.d.	44,0%	42,4%	12,6%	1,0%
	ohne Einkommen		50,0%	50,0%	
	Gesamt	48,9%	35,7%	11,7%	3,7%

Einschränkung der Demokratie

Die Skepsis gegenüber der Ausprägung des demokratischen Charakters der EU ist deutlicher durch sozialstrukturelle Merkmale differenziert, wenngleich das Alter hier nicht so einen starken Einfluss ausübt. Bildung, Erwerbsstatus und sogar das Einkommen ergeben stärkere Unterschiede.

		Demokratie eingeschränkt			
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
		Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%
Geschlecht	männlich	34,7%	39,9%	20,7%	4,6%
	weiblich	25,4%	36,5%	22,6%	15,5%
Alter	unter 25	14,0%	38,6%	28,1%	19,3%
	25-39	26,6%	35,7%	25,8%	11,9%
	40-49	27,2%	36,9%	22,9%	12,9%
	50-59	32,2%	39,7%	21,6%	6,5%
	60 u. dar.	35,9%	40,1%	17,5%	6,4%
	unter 8 Klassen	35,3%	41,2%	23,5%	
Schulabschluss	8-Klassen-/Hauptschul-Abschluss	40,1%	40,1%	9,0%	10,8%
	10-Klassen/Realschul-Abschluss	34,0%	37,8%	16,4%	11,8%
	12 oder 13 Klassen/Gymnasium	19,1%	38,5%	36,2%	6,3%
	Fachabitur	27,9%	37,8%	25,2%	9,0%
	noch in der Ausbildung/Schule	41,7%	33,3%	8,3%	16,7%
	ohne Abschluss	19,6%	39,1%	26,1%	15,2%
Qualifikation	Facharbeiter/Meister	37,5%	38,1%	13,6%	10,8%
	Fachschule	30,4%	35,9%	23,0%	10,6%
	Hochschule	23,2%	40,7%	29,6%	6,4%
	keine Angaben	37,5%	30,0%	25,0%	7,5%
	erwerbstätig-voll	27,2%	40,2%	23,8%	8,7%
	Teilzeit/geringfügig	15,4%	35,9%	30,8%	17,9%
Erwerbsstatus	arbeitsmarktp. Maßn.	40,0%	33,3%	13,3%	13,3%
	arbeitslos	40,2%	36,8%	12,8%	10,3%
	Rentner/Vorrentner	36,4%	38,3%	18,0%	7,3%
	Sonstiges	23,7%	35,1%	28,9%	12,4%
	bis 500	39,5%	32,9%	17,1%	10,5%
	500-999	38,6%	32,2%	15,4%	13,8%
individuelles Nettoeink./-/Monat	1000-1499	29,0%	41,0%	20,8%	9,3%
	1500-1999	24,9%	40,8%	26,0%	8,3%
	2000 u.d.	19,5%	44,7%	31,1%	4,7%
	ohne Einkommen			100,0%	
	Gesamt	30,1%	38,5%	21,7%	9,7%

Effizienz

Am deutlichsten unterscheiden sich die Antworten im Hinblick auf die Bewertung der Effektivität des Ressourceneinsatzes in der EU. Die Erwerbsrelevanten Merkmale der Ungleichheit ergeben sehr klare Unterschiede.

		Geldverschwendungen			
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
					Zeilen%
Geschlecht	männlich	31,0%	34,1%	30,4%	4,5%
	weiblich	26,0%	36,2%	27,2%	10,5%
Alter	unter 25	19,3%	15,8%	49,1%	15,8%
	25-39	23,8%	32,1%	37,3%	6,7%
	40-49	23,6%	41,3%	27,5%	7,6%
	50-59	34,3%	36,9%	25,3%	3,5%
	60 u.dar.	33,3%	34,6%	24,2%	7,9%
	unter 8 Klassen	29,4%	41,2%	11,8%	17,6%
Schulabschluss	8-Klassen-/Hauptschul-Abschluss	43,3%	34,8%	15,7%	6,2%
	10-Klassen/Realschul-Abschluss	34,4%	38,2%	19,1%	8,3%
	12 oder 13 Klassen/Gymnasium	15,1%	31,6%	47,3%	6,0%
	Fachabitur	17,7%	31,9%	44,2%	6,2%
	noch in der Ausbildung/Schule	25,0%	33,3%	33,3%	8,3%
	ohne Abschluss	26,9%	30,1%	35,5%	7,5%
Qualifikation	Facharbeiter/Meister	39,1%	35,9%	16,4%	8,6%
	Fachschule	29,0%	33,2%	29,9%	7,9%
	Hochschule	14,9%	36,0%	43,4%	5,7%
	keine Angaben	35,0%	37,5%	25,0%	2,5%
Erwerbsstatus	erwerbstätig-voll	25,5%	35,5%	32,6%	6,4%
	Teilzeit/geringfügig	13,8%	43,1%	35,3%	7,8%
	arbeitsmarktp. Maßn.	26,7%	53,3%	20,0%	
	arbeitslos	42,6%	34,8%	15,7%	7,0%
	Rentner/Vorrentner	34,4%	33,4%	23,2%	9,0%
	Sonstiges	20,6%	26,8%	46,4%	6,2%
individuelles Nettoeink./-/Monat	bis 500	40,8%	26,3%	25,0%	7,9%
	500-999	37,9%	33,3%	19,7%	9,1%
	1000-1499	28,1%	37,2%	27,6%	7,1%
	1500-1999	19,5%	40,2%	36,1%	4,1%
	2000 u.d.	14,7%	36,1%	42,9%	6,3%
	ohne Einkommen			100,0%	
Gesamt		28,0%	35,6%	29,3%	7,1%

Vollendung der deutschen Einheit wird vernachlässigt

Wie beim Indikator der Effektivität des Ressourceneinsatzes ist auch die Sorge um die Fortführung der Bemühungen zur Herstellung der deutschen Einheit (einheitliche Lebensverhältnisse) sehr unterschiedlich ausgeprägt. Bei denjenigen, die von ihrem Status her das größte Interesse an der Fortsetzung, je sogar Steigerung des Aufbau Ost und der Unterstützung der neuen Bundesländer haben, ist die Sorge am ausgeprägtesten, das die EU-Erweiterung dies nicht im bisherigen Maße zulässt.

		Vollendung Dt. Einheit			
		trifft zu Zeilen%	trifft teilweise zu Zeilen%	trifft nicht zu Zeilen%	ich weiß nicht Zeilen%
				trifft zu Zeilen%	trifft teilweise zu Zeilen%
Geschlecht	männlich	31,9%	32,0%	32,9%	3,1%
	weiblich	29,2%	28,7%	30,6%	11,4%
Alter	unter 25	28,6%	19,6%	33,9%	17,9%
	25-39	26,1%	26,5%	36,4%	11,1%
	40-49	27,2%	26,2%	38,7%	7,9%
	50-59	28,5%	39,5%	29,0%	3,0%
	60 u.dar.	36,6%	32,8%	26,2%	4,4%
	noch in der Ausbildung/Schule	33,3%	33,3%	16,7%	16,7%
Schulabschluss	unter 8 Klassen	16,7%	66,7%	11,1%	5,6%
	8-Klassen-/Hauptschul-Abschluss	43,2%	31,5%	18,3%	7,0%
	10-Klassen/Realschul-Abschluss	37,3%	33,1%	23,3%	6,3%
	12 oder 13 Klassen/Gymnasium	16,5%	23,9%	52,1%	7,4%
	Fachabitur	19,8%	32,4%	39,6%	8,1%
	noch in der Ausbildung/Schule	33,3%	33,3%	16,7%	16,7%
Qualifikation	ohne Abschluss	23,7%	22,6%	36,6%	17,2%
	Facharbeiter/Meister	43,3%	31,3%	18,7%	6,7%
	Fachschule	29,5%	35,0%	29,5%	6,0%
	Hochschule	17,1%	28,7%	48,8%	5,4%
Erwerbsstatus	keine Angaben	26,8%	31,7%	36,6%	4,9%
	erwerbstätig-voll	24,4%	33,1%	35,9%	6,6%
	Teilzeit/geringfügig	19,5%	24,6%	47,5%	8,5%
	arbeitsmarktp. Maßn.	46,7%	26,7%	20,0%	6,7%
	arbeitslos	49,1%	29,3%	15,5%	6,0%
	Rentner/Vorrentner	38,0%	32,5%	24,8%	4,8%
	Sonstiges	18,6%	18,6%	45,4%	17,5%
individuelles Nettoeink.-/Monat	bis 500	42,9%	26,0%	22,1%	9,1%
	500-999	41,4%	28,2%	20,7%	9,7%
	1000-1499	30,6%	36,3%	27,1%	6,0%
	1500-1999	21,8%	34,7%	38,8%	4,7%
	2000 u.d.	14,2%	24,7%	56,3%	4,7%
	ohne Einkommen			100,0%	
Gesamt		30,3%	31,1%	31,9%	6,8%

Sorge vor Überfremdung

Dieser Indikator ist eine noch vorsichtige Umschreibung für xenophobe Einstellungen. Und in der Tat sind die Antworten zu dieser Frage mit ausländerfeindlichen Einstellungen hoch korreliert. Es zeigt sich, dass sich diese Sorge durch alle Bevölkerungsschichten zieht, aber dennoch starken sozialstrukturellen Einflüssen unterliegt. Sie ist deutlich höher bei Männern, Älteren, weniger Qualifizierten und Arbeitslosen.

		EU überfremdet			
		trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht
		Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%
Geschlecht	männlich	31,7%	26,5%	34,1%	7,6%
	weiblich	20,6%	27,7%	32,8%	18,9%
Alter	unter 25	15,8%	21,1%	35,1%	28,1%
	25-39	18,7%	23,8%	42,1%	15,5%
	40-49	22,6%	22,9%	42,3%	12,2%
	50-59	28,1%	32,2%	33,7%	6,0%
	60 u.dar.	34,4%	29,9%	23,1%	12,6%
	unter 8 Klassen	41,2%	23,5%	11,8%	23,5%
Schulabschluss	8-Klassen-/Hauptschul-Abschluss	42,9%	28,8%	15,6%	12,7%
	10-Klassen/Realschul-Abschluss	29,7%	29,7%	26,1%	14,5%
	12 oder 13 Klassen/Gymnasium	14,0%	24,0%	53,4%	8,6%
	Fachabitur	18,8%	20,5%	46,4%	14,3%
	noch in der Ausbildung/Schule	8,3%	33,3%	25,0%	33,3%
	ohne Abschluss	25,0%	26,1%	32,6%	16,3%
Qualifikation	Facharbeiter/Meister	33,9%	28,7%	23,1%	14,3%
	Fachschule	25,8%	26,3%	30,4%	17,5%
	Hochschule	16,5%	25,8%	49,9%	7,8%
	keine Angaben	42,5%	25,0%	25,0%	7,5%
Erwerbsstatus	erwerbstätig-voll	20,0%	27,1%	42,9%	10,0%
	Teilzeit/geringfügig	17,9%	23,1%	45,3%	13,7%
	arbeitsmarktp. Maßn.	33,3%	13,3%	26,7%	26,7%
	arbeitslos	38,5%	27,4%	21,4%	12,8%
	Rentner/Vorrentner	35,7%	29,1%	21,8%	13,3%
	Sonstiges	13,4%	25,8%	40,2%	20,6%
individuelles Nettoeink./~/Monat	bis 500	32,9%	28,9%	23,7%	14,5%
	500-999	32,3%	25,2%	22,9%	19,7%
	1000-1499	24,7%	29,6%	32,9%	12,9%
	1500-1999	21,9%	29,0%	42,0%	7,1%
	2000 u.d.	18,9%	25,3%	49,5%	6,3%
	ohne Einkommen			100,0%	
Gesamt		25,9%	27,4%	33,8%	12,9%

Das bisher Dargestellte macht deutlich, dass das Verhältnis insbesondere der Ostdeutschen zur Politik, zur EU, zum Staat und zu den Parteien von ihrer besonderen Lebenssituation geprägt ist.

Diejenigen, die in ihrer Lebensführung von staatlichen Entscheidungen und vor allem von staatlichen Transferleistungen abhängig sind, werden notgedrungen ein anderes Verhältnis zum Staat haben als andere, die in ihrer Lebensführung sowohl materiell als auch nicht-materiell weniger von staatlichen Institutionen und Entscheidungen abhängig sind. Die Art und die Intensität der Abhängigkeit vom Staat in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen machen einen Unterschied in der objektiven Stellung zu diesem aus. Wer z.B. in seiner Erwerbstätigkeit nicht von künftigen staatlichen Entscheidungen abhängig ist, wessen Einkommen nur in geringem Maße sowohl vom Staat direkt, als auch von der wirtschaftspolitischen bzw. haushaltspolitischen Lage abhängig ist, wird andere Erwartungen an die Akteure des Staates und seine Institution haben und auch die Erwartungen und Aspirationen derjenigen, die von staatlichen Leistungen abhängig sind, anders bewerten.

Auch bei denjenigen, die im Öffentlichen Dienst arbeiten und ein sicheres Beschäftigungsverhältnis haben, können Unterschiede ausgemacht werden. Die Bezieher hoher Einkommen sind in ihrer Lebensführung flexibler und von Sparprogrammen des Staates weniger beeinflusst, als die Bezieher niedriger Einkommen.

Das Besondere des Verhältnisses zum Staat liegt darin, dass die Besserverdienenden erstens nicht notwendig auf staatliche Leistungen angewiesen sind, dass zweitens Vergünstigungen, die ausschließlich dieser Bevölkerungsgruppe zugute kommen, weniger öffentlich sind und dass drittens eine Einsparung von Vergünstigungen gegenüber dieser Gruppe insgesamt weniger in die Staatskassen spült, als die Einschränkungen bei Massenvergünstigungen, die den schlechter Verdienenden zu gute kommen.

Die Frage nach dem Verhältnis zur Politik, zum Staat und zu den politischen Akteuren geht also aus objektiven Gründen die Angehörigen der verschiedenen Einkommens- und Vermögensklassen unterschiedlich an. Dass diese objektiv unterschiedliche Stellung zum Staat sich auch auf die Meinungen gegenüber der Staatsform dann auswirkt, wenn konkrete staatliche Politik und Staatsform in einen Topf geworfen werden, scheint klar zu sein.

Daher ist in der Analyse der Wertbezüge und der politischen Einstellungen sehr wohl zwischen beiden zu unterscheiden.

Die Ungleichheitsbedingungen, die diesen Überlegungen zugrunde liegen, sind lange vernachlässigt worden. Und man muss konstatieren, dass der Staat nicht nur durch die Art der Sozialpolitik dazu beigetragen hat, diese Ungleichheitsbedingungen zu manifestieren.

Der Staat hat einmal selbst Anteil an der – wie ich es nennen will – Manifestation sozialer Ungleichheit und er trägt zu ihrer Verfestigung und Verfestigung bei.

Infolge objektiv ungleicher Lebenslagen entstehen objektiv ungleiche und verschiedene Verhältnisse von Personengruppen zum Staat. Das bedeutet, dass die Interessenlagen gegenüber dem Staat unterschiedlich sind und verschiedene Erwartungen an ihn gerichtet werden. Die Unterschiede in den Interessen begründen aber nicht den einzigen Unterschied im Verhältnis zum Staat. Je nach materieller Lage können die Beziehungen der einzelnen Gruppen mal überhaupt durch das Vorhandensein eines Interesses gekennzeichnet sein und in anderen Fällen eher durch die Neutralität der Interessenlage, wenn nicht sogar durch die Abwesenheit einer Interessenlage gegenüber dem Staat. Dann kann es nicht verwundern, wenn der Bezug auf Staat und Politik sich durch drei unterschiedliche Grundpositionen auszeichnet: da gibt es das materielle Interesse bei denen, die vom Staat auch materiell abhängig sind, da gibt es die Möglichkeit einer Wertbeziehung, die sich durch eine Neutralität des materiellen Interesses gegenüber dem Staat auszeichnet oder gar durch eine Abwesenheit eines solchen Interesses und schließlich gibt es das Desinteresse am Staat, eine Haltung, die weder ein

positives Interesse trägt und duldet, noch eine Wertbeziehung. Diese ablehnende Haltung kann wiederum unterschieden werden in eine solche, deren Abneigung gegen den Staat seinerseits auf einem Interesse basiert – das ist die neoliberale Haltung – und in eine solche, deren Desinteresse auf Ignoranz und Asozialität beruht. Schließlich kann man dann noch eine vierte bestimmende Dimension ausmachen, die der affektiven Bindung entsprechen würde und sich in unterschiedlichen Arten der affektiven Einstellung äußern kann.

Die Bewertungen der Politik und mit ihnen die Bewertungen der Legitimität der EU-Erweiterung können also von sehr verschiedenen Motiven und Interessen begründet sein. In den quantitativen Darstellungen ist das nicht immer zu erkennen.

2.2. Erfahrungen seit der Erweiterung

In die Untersuchung zur Veränderung von Werten und Einstellungen der Menschen in den neuen Bundesländern zur EU und der Osterweiterung sind Fragen nach den bisher gemachten Erfahrungen in verschiedenen Lebensbereichen aufgenommen worden. Diese Entscheidung schloss an die bekannte und eigentlich selbstverständliche Einsicht an, dass die jeweiligen eigenen lebensweltlichen Erfahrungen einen wesentlichen Hintergrund und Bezugspunkt bei der Ausprägung von Einstellungen darstellen. Obwohl es zunächst so schien, dass diese Einsicht keiner näheren Begründung bedürfe, gibt es jedoch in Umfragen zur EU nur selten eine direkte Verknüpfung beider Aspekte. In einschlägigen Untersuchungen, wie dem Eurobarometer, aber auch im ESS sind unmittelbare Verknüpfungen von Einstellungen und Ihnen zugrunde liegende Erfahrungen nur punktuell anzutreffen. In unserer Untersuchung werden im Unterschied dazu direkte Verknüpfungen zwischen Einstellungen, Erfahrungen und Erwartungen der Menschen an die Politik hinsichtlich einiger Lebensbereiche möglich. Das betrifft vor allem

- Arbeitsmarkt
- Einkommen
- Berufliche Chancen
- Persönliche Sicherheit
- Lebensqualität
- Leben in Familie und Gemeinde
- Begegnungen mit Menschen aus Beitrittsländern

Damit sind Aussagen zu Einflüssen der gemachten Erfahrungen auf die Artikulation von Einstellungen und Erwartungen möglich.

Beim ersten Blick auf die Ergebnisse der erhobenen Erfahrungen stellte sich jedoch heraus, dass die Untersuchung dieser Einflüsse nicht problemlos sein würde. Es zeigte sich, dass eine Reihe von Befragten in ihren Antworten Zurechnungen vornahmen, die unwahrscheinlich sind. Die diesbezügliche Frageformulierung im Fragebogen lautete: „Hat sich Ihr Leben mit der EU-Erweiterung in folgenden Lebensbereichen geändert...?“

Die Frage enthielt also die Aufforderung, eigene Erfahrungen von erlebten Veränderungen auf die Erweiterung selbst zu beziehen und eigentlich nur die Erfahrungen zu nennen, die sie mit der Erweiterung in Verbindung bringen. Wie die Ergebnisse zeigen, muss es als sehr unwahrscheinlich angenommen werden, dass ein Teil der berichteten Erfahrungen tatsächlich mit der EU-Erweiterung in Verbindung gebracht werden kann. Über ein Drittel der Befragten berichtet im Hinblick auf Arbeit, Beruf und Einkommen über negative Erfahrungen. Wie oben bereits festgestellt wurde, ist ein solcher Befund nicht stichhaltig: die Auswirkungen der Erweiterung auf den gesamtdeutschen und die lokalen Arbeitsmärkte waren erstens insgesamt gering, zweitens auf einige Branchen konzentriert

und drittens vor allem in den alten Bundesländern anzutreffen. Wie kann diese Abweichung erklärt werden?

Drei mögliche Gründe kommen in Betracht:

- Es handelt sich um ein methodisches Artefakt
- Die Befragten sind teilweise nicht in der Lage (oder nicht willens), ihre eigenen Erfahrungen sachlich richtig zuzuordnen
- Hinter den (im Lichte der Frageformulierung) teilweise unkorrekten Antworten verbirgt sich ein anderer Zusammenhang.

Dass es sich bei diesen Ergebnissen nicht primär um ein methodisches Artefakt handelt, kann dann ausgeschlossen werden, wenn sich Gründe angeben lassen, die hinter diesen Antworten liegen. Die Vermutungen eins und drei hängen also miteinander zusammen. Die zweite Vermutung kann in einigen Fällen nicht ganz ausgeschlossen werden (zumal, wenn Rentner sich dazu äußern, dass ihre beruflichen Zukunftschancen sich mit der Erweiterung verschlechtert hätten). Im Grundsatz haben wir jedoch keinen Anlass zu der Annahme, dass diese Ergebnisse unkorrekt sind, wie sich in der Analyse der Zusammenhänge zwischen berichteten Erfahrungen, Einkommen und Erwerbsstatus zeigen. Wir können daher davon ausgehen, dass die Antworten ein zutreffendes Bild der gemachten Erfahrungen wiedergeben. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die berichteten Erfahrungen weitestgehend nicht in einem direkten Zusammenhang mit der Erweiterung stehen. Was also steckt dahinter?

Die Antworten mögen zwar sachlich zutreffen (wovon wir begründeter Maßen ausgehen), sie beruhen auf einer falschen Zurechnung auf die EU. Den wahrscheinlich richtigen ursächlichen Zusammenhang muss man insbesondere in der wirtschaftlichen Krise in Deutschland seit 2002, in den damit verbundenen Steigerungen der Arbeitslosigkeit, im Sinken der Realleinkommen der Bevölkerung (ja in welten Teilen sogar der Nominaleinkommen bei Neueinstellungen, im außertariflichen Bereich und bei den Renten und Transfereinkommen), sowie in den Programmen zu den Reformen am Arbeitsmarkt identifizieren. Die Diskussionen um diese Entwicklungen und die Proteste gegen die Hartz IV Programme waren auch im Frühjahr 2005 noch heftig und beeinflussten das Stimmungsbild in der Öffentlichkeit. In diese Diskussionen und Proteste hinein kamen die Debatten um die EU-Verfassung und die Europawahlen. Da – wie sich oben gezeigt hat und unten noch deutlicher wird – sowohl die Diskussion über die Verfassung, als auch die Assoziation von Krise und Europawahl mit der Wahrnehmung zusammentrifft, dass die finanziellen Beiträge Deutschlands erstens zu hoch seien, zweitens in Deutschland fehlen würden und drittens insbesondere den Aufbau Ost finanziell gefährden würden, ist für einen Teil der Befragten der Zusammenhang der eigenen Erfahrungen eben in diesem einen Jahr seit der Erweiterung und dem halben Jahr seit der Einführung von Hartz IV gegeben. Das bedeutet, dass ein Teil der Befragten bereit ist, die eigenen Erfahrungen auf Prozesse zu projizieren, die erstens synchron ablaufen und zweitens in einem (subjektiv wahrgenommenen) diffusen sachlichen Zusammenhang stehen. Sie projizieren ihre gemachten Erfahrungen in den politischen Raum, ohne eine genauere Differenzierung vornehmen zu wollen oder zu können. Es drückt sich in den Antworten eine derartige Zuschreibung der eigenen Lage an die Politik im Allgemeinen aus, deren Kern zwar „eigentlich“ im eigenen Land begründet liegt, der aber aus drei – sehr subjektiven – Gründen generalisiert wird: zum Einen sind es dieselben Politiker und Parteien, denen einerseits die Verantwortung für die eigene Lage zugeschrieben wird und die nun um Stimmen für das europäische Parlament und ein erweitertes Europa werben. Zweitens nährt sich der diffuse Verdacht, dass die im Kontext der Erweiterung zu erwartenden Mehrausgaben Deutschlands für die EU im eigenen Land fehlen werden und schließlich wirkt in Teilen die öffentlich artikulierte Skepsis gegenüber einer neuen Verfassung. Diese könnte nicht nur einen Mehraufwand an Ressourcen bedeuten könnten, sondern auch die Einflussmöglichkeiten der nationalen Politik auf die gemeinsamen Entscheidungen

einschränken. Die von Teilen der Befragten vorgenommenen Projektionen und Generalisierungen können daher so interpretiert werden: wie immer die Ursachen für die eigene Lage sein mögen, sie sind erstens zeitlich mit den europäischen Prozessen verknüpft und zweitens sind die Konsequenzen dieser Prozesse wahrscheinlich nicht dazu angetan, die Möglichkeiten für die Verbesserung der eigenen Lage zu erhöhen.

Dabei ist zu beachten, dass die sich darin ausdrückende Skepsis gegenüber der erweiterten EU nicht nur auf die Bereiche Arbeit, Beruf und Einkommen erstreckt, sondern auch auf andere Bereiche wie die persönliche Sicherheit und das Gemeinde- ja sogar das Familienleben ausgeweitet wird.

2.2.1 Ergebnisse

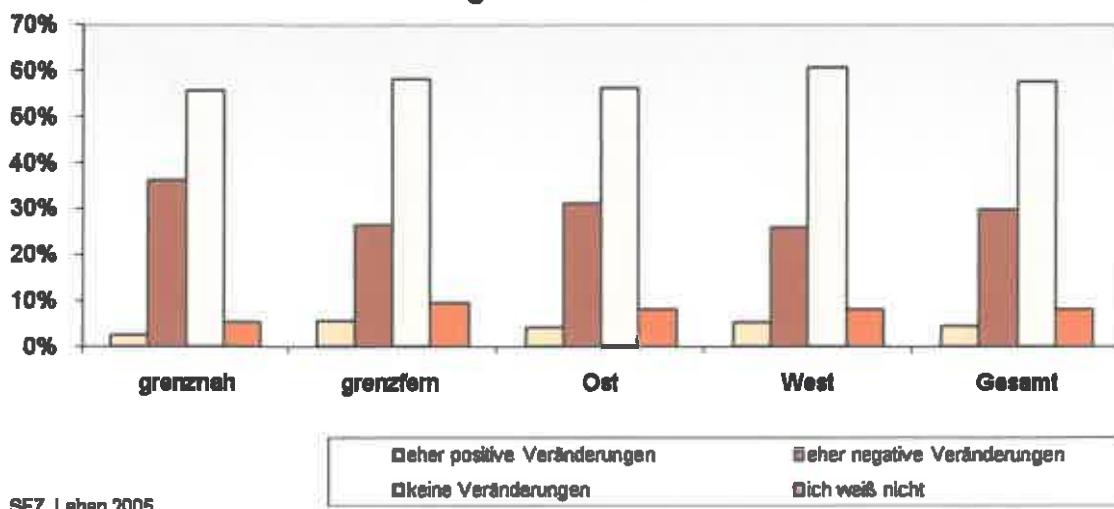
Im Folgenden werden ausgewählte Bewertungen der Veränderungen der eigenen Lebenssituation differenziert nach den Gesichtspunkten und Indikatoren dargestellt, die durchgängig als Differenzierungsmerkmale herangezogen werden. Darüber hinaus erfolgt eine Untersetzung der Antworten nach sozialstrukturellen Merkmalen, da die erhobenen Erfahrungen wichtige Einflussgrößen auf die Bewertung der Erweiterung insgesamt darstellen.

Veränderungen hinsichtlich der Arbeit bzw. der Suche nach einem Arbeitsplatz

Veränderungen im Hinblick auf die Arbeitsmarktposition					
EU: Arbeit/Suche					
		eher positive Veränderungen	eher negative Veränderungen	keine Veränderungen	Ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	2,6%	36,2%	55,8%	5,4%
	grenzfern	5,6%	26,5%	58,4%	9,6%
	Ost	4,3%	31,3%	56,4%	8,0%
	West	5,2%	26,0%	60,7%	8,1%
Gesamt		4,5%	29,8%	57,6%	8,0%

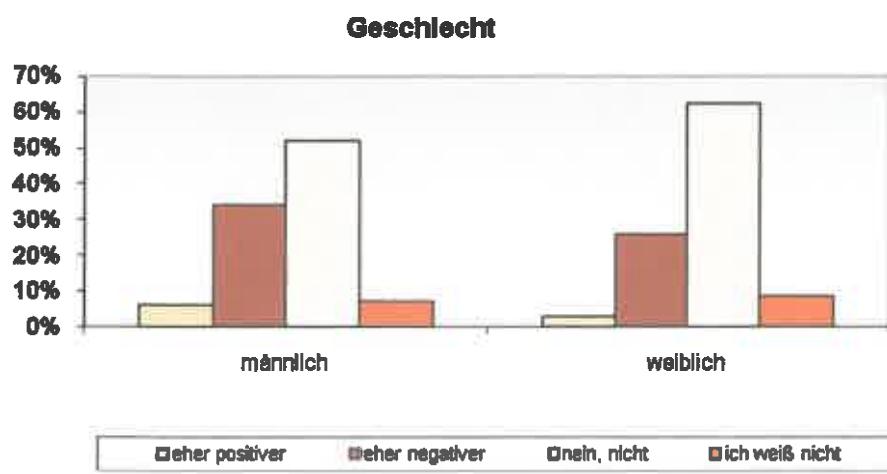
SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Arbeit/Suche



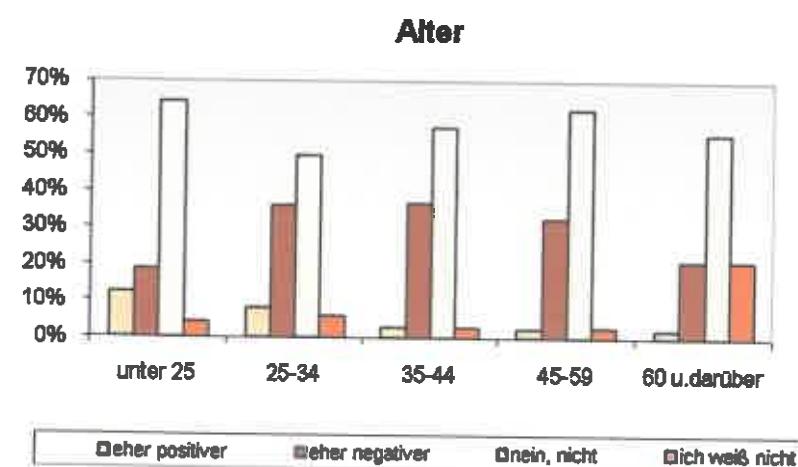
Es fällt auf, dass insgesamt knapp 30 % der Befragten von eher negativen Erfahrungen hinsichtlich der eigenen Arbeit bzw. bei der Suche nach einem Arbeitsplatz berichten und dass dies annähernd gleichermaßen im Osten wie in den befragten Regionen Bayerns und des Saarlandes der Fall ist. Weiterhin fallen die deutlich negativen Antworten in den grenznahen Regionen im Unterschied zu den als grenzfern eingestuften Regionen auf. Auf die grenznahen Regionen erstreckten sich auch in erster Linie ein Teil der Befürchtungen seitens der Verbände und Organisationen. Allerdings bezogen sich diese Befürchtungen auf eher rationale Abwägungen von möglichen Szenarien, die sich jedoch, wie oben dargestellt, nicht bewahrheiteten.

Erfahrungen hinsichtlich der Arbeit bzw. der Arbeitssuche nach Geschlecht



Männer haben häufiger negativer Erfahrungen in der Arbeit und am Arbeitsmarkt gemacht als Frauen.

Erfahrungen hinsichtlich der Arbeit bzw. der Arbeitssuche nach dem Alter

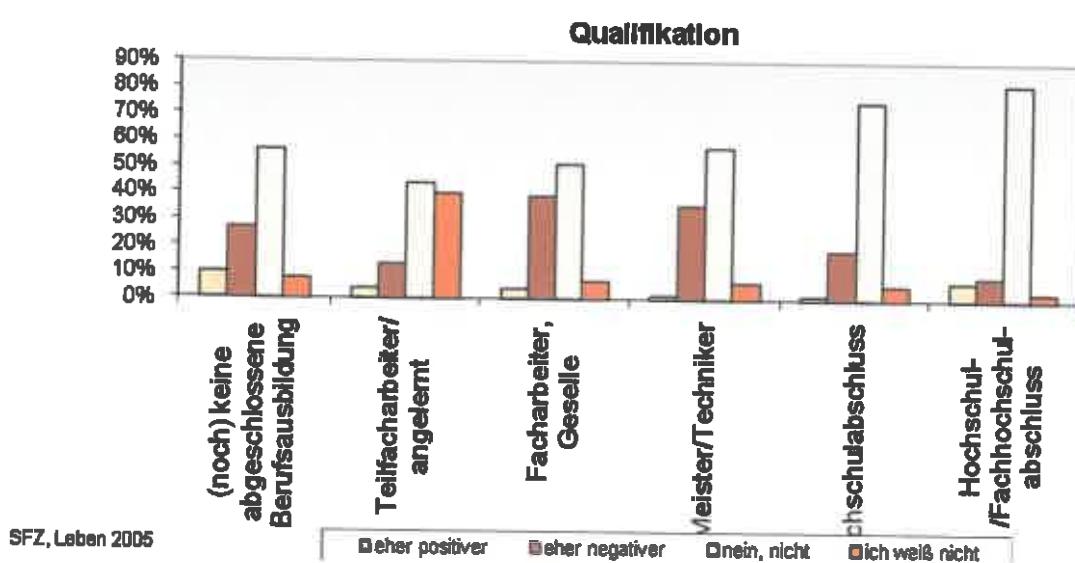


SFZ, Leben 2005

Die mittleren Jahrgänge (25 – 59 Jahre) berichten über die schlechtesten Erfahrungen. Verglichen mit anderen Befunden über die Arbeitsmarktpositionen verschiedener Altersgruppen (vgl. Sozialreporte) hätte man erwarten können, dass die 45 – 59 Jährigen am häufigsten negative Erfahrungen berichten.

Auf die rund 10 % der unter 25 Jährigen, die über positive Erfahrungen am Arbeitsmarkt seit 2004 berichten sei insofern hingewiesen, als dass die subjektiv bewerteten Einmündungschancen in das Erwerbsleben offensichtlich etwas besser ausfallen, als bei allen anderen.

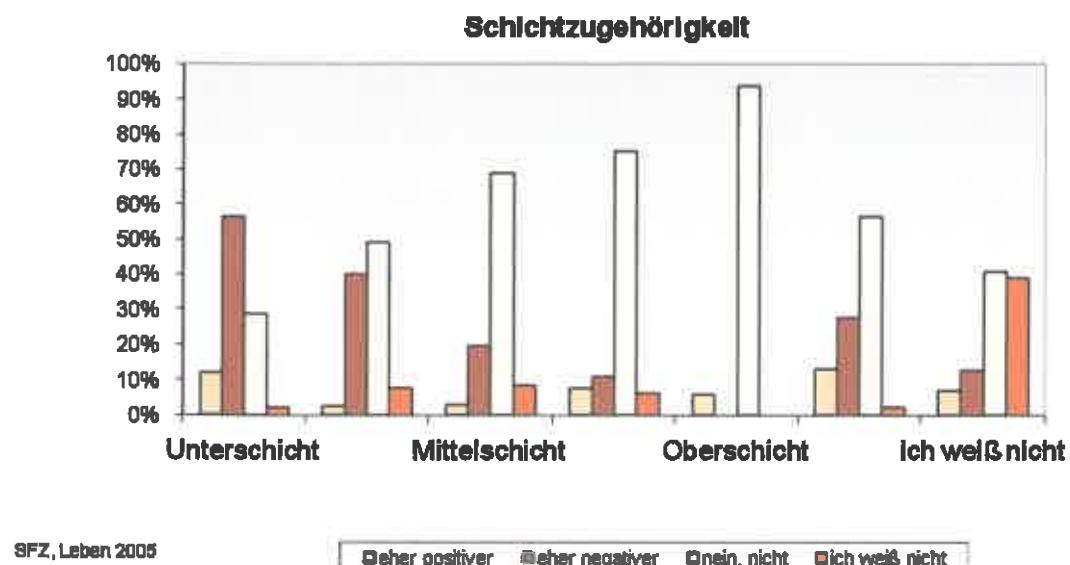
Erfahrungen hinsichtlich der Arbeit bzw. der Arbeitssuche nach der Qualifikation



SFZ, Leben 2005

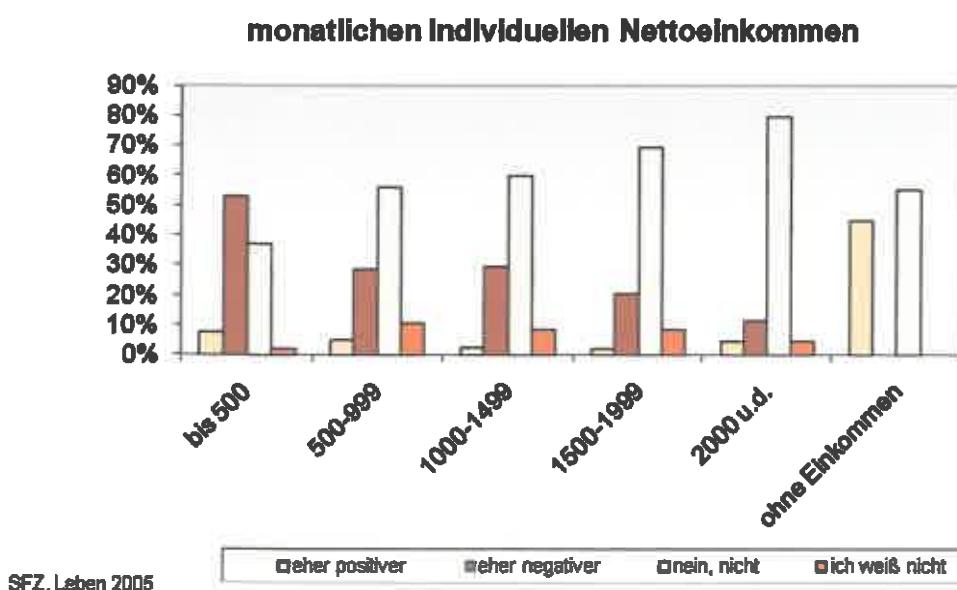
In den Befunden zum Einfluss der beruflichen Qualifikation auf die Einschätzung der Position am Arbeitsmarkt fällt auf, dass die Gruppe der mittleren und höheren Facharbeiterqualifikationen das schlechteste Urteil fällt. Das deutet darauf hin, dass die Angehörigen dieser Gruppe von der Krise und den Reformen am Arbeitsmarkt wohl am meisten betroffen waren. Da diese Gruppe in der Regel wenig Anlass hat, sich die beruflichen Risiken und sozialen Verluste selbst zuzurechnen, findet hier deutlich sichtbar die eingangs angesprochene Projektion der eigenen Erfahrungen auf die Politik statt.

Erfahrungen hinsichtlich der Arbeit bzw. der Arbeitssuche nach der subjektiven Schichtzugehörigkeit



Facharbeiter ordnen sich vor allem der Unterschicht und der unteren Mittelschicht (zweites Säulenpaket in der Graphik), woraus sich die sehr deutliche Abhängigkeit der gemachten Erfahrungen von der Schichtinstufung erklärt.

Erfahrungen hinsichtlich der Arbeit bzw. der Arbeitssuche nach dem individuellen monatlichen Nettoeinkommen



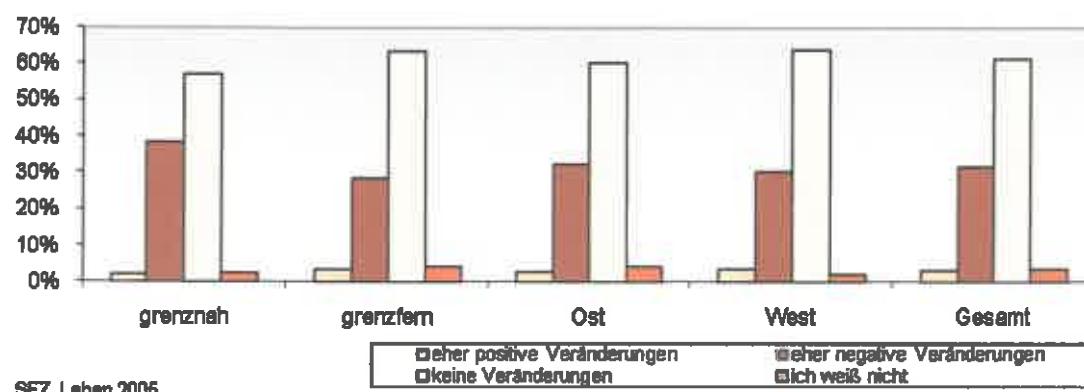
Mit diesem Diagramm komplettiert sich der Befund, dass die eigenen Erfahrungen über Veränderungen hinsichtlich des Erwerbslebens in hohem Maße sozialstrukturell bedingt sind. Diejenigen mit dem geringsten sozialen Status haben in dieser Zeit auch die schlechtesten Erfahrungen gemacht. Man kann diese Aussage so allgemein treffen, weil auch die anderen beiden Erwerbsbereiche (Einkommen und berufliche Zukunft) in gleicher Weise von den sozialstrukturellen Positionen abhängig sind.

Veränderungen hinsichtlich des Einkommens

Veränderungen im Hinblick auf das Einkommen					
		EU: Einkommen			
		eher positive Veränderungen	eher negative Veränderungen	keine Veränderungen	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	2,2%	38,3%	57,1%	2,4%
	grenzfern	3,6%	28,5%	63,6%	4,3%
O-W	Ost	2,9%	32,5%	60,4%	4,2%
	West	3,5%	30,4%	63,9%	2,2%
Gesamt		3,1%	31,9%	61,4%	3,6%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Einkommen

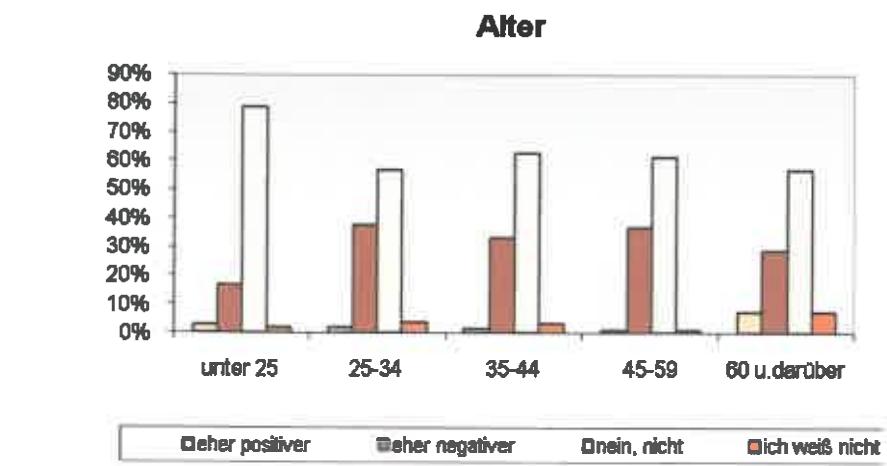


SFZ, Leben 2005

Die berichteten Veränderungen im Einkommen fallen ähnlich negativ aus, wie im Hinblick auf die Arbeit bzw. die Arbeitssuche. Auch hier liegen Ost und West dicht zusammen, während sich die grenznahen Regionen dadurch hervorheben, dass fast 40 % der Befragten negative Erfahrungen angeben.

Ausgewählte sozialstrukturelle Faktoren für Erfahrungen über Veränderungen des Einkommens

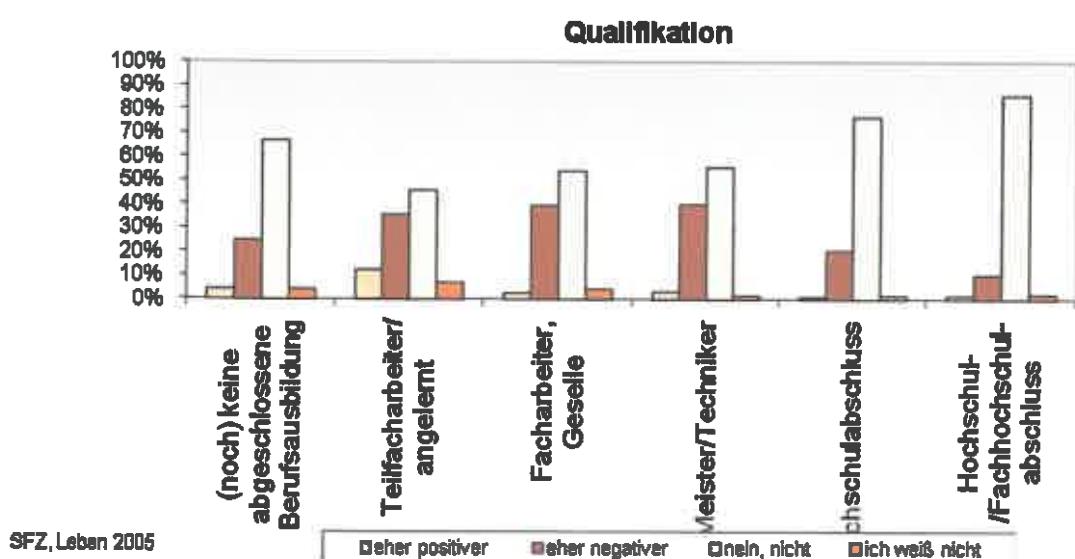
Erfahrungen über Veränderungen des Einkommens nach dem Alter



SFZ, Leben 2005

Negative Erfahrungen berichten zwischen 30 % und 40 % der Altersgruppen von 25 bis 59 Jahren. Auch die Älteren, eingeschlossen die Altersrentner geben zu knapp 30 % Einkommenseinbußen an. Die unter 25 Jährigen sind zu 16,6 % betroffen, wobei ein Teil dieser Altersgruppe noch nicht über ein eigenes Einkommen verfügt.

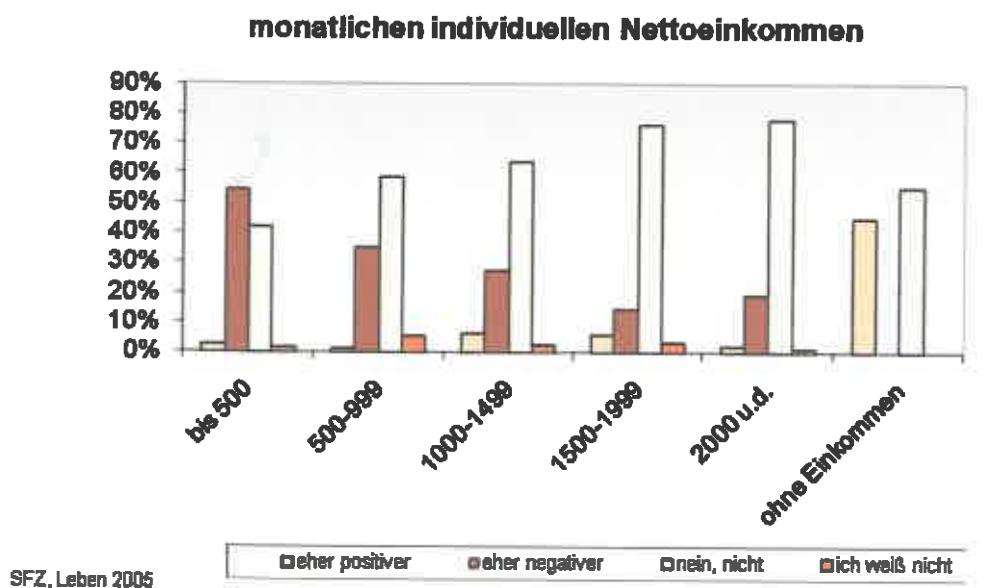
Erfahrungen über Veränderungen des Einkommens nach der beruflichen Qualifikation



Auch hinsichtlich der Einkommensentwicklung sind die mittleren und untereren Arbeiter- und Angestelltenqualifikationen überdurchschnittlich betroffen. Rund 40 % sind es bei den Facharbeitern und

den Meistern bzw. Technikern. Dagegen fallen die registrierten Einkommenseinbußen bei den Hochschulabsolventen mit 10 % relativ gering aus.

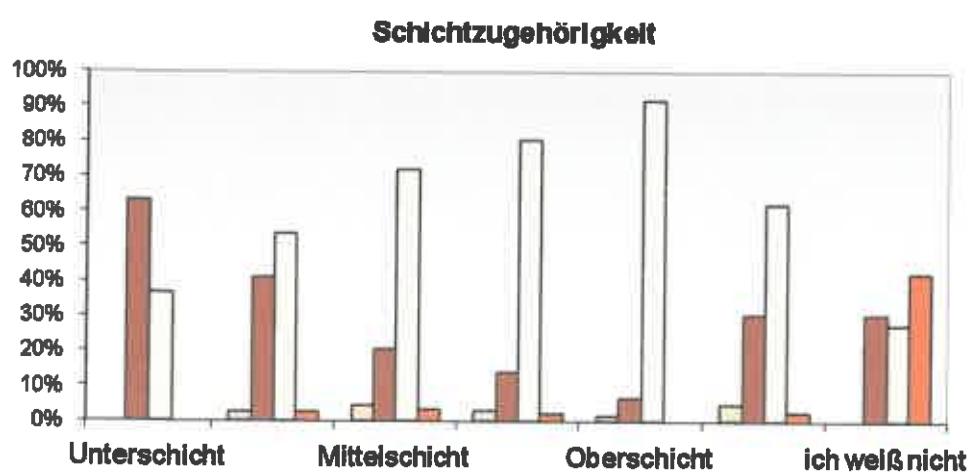
Erfahrungen über Veränderungen des Einkommens nach dem individuellen Nettoeinkommen



Die Differenzierung der Einkommenseinbußen nach dem angegebenen eigenen Nettoeinkommen ist für die Tendenz der Entwicklung in Deutschland in diesen Jahren charakteristisch. Diejenigen mit dem geringsten eigenen Einkommen berichten am häufigsten über negative Erfahrungen der Veränderung des eigenen Einkommens. Dieser Anteil verringert sich stetig mit wachsendem eigenen Einkommen (mit Ausnahme der oberen Einkommensgruppe, die in annähernd gleicher Weise wie die zweithöchste Gruppe negative Erfahrungen berichtet).

Dieses Ergebnis ist ein weiterer Beleg für die bekannte These, dass sich die Einkommensverteilung in Deutschland und insbesondere auch in den neuen Bundesländern weiter spreizt.

Erfahrungen über Veränderungen des Einkommens nach der subjektiven Schichtzugehörigkeit



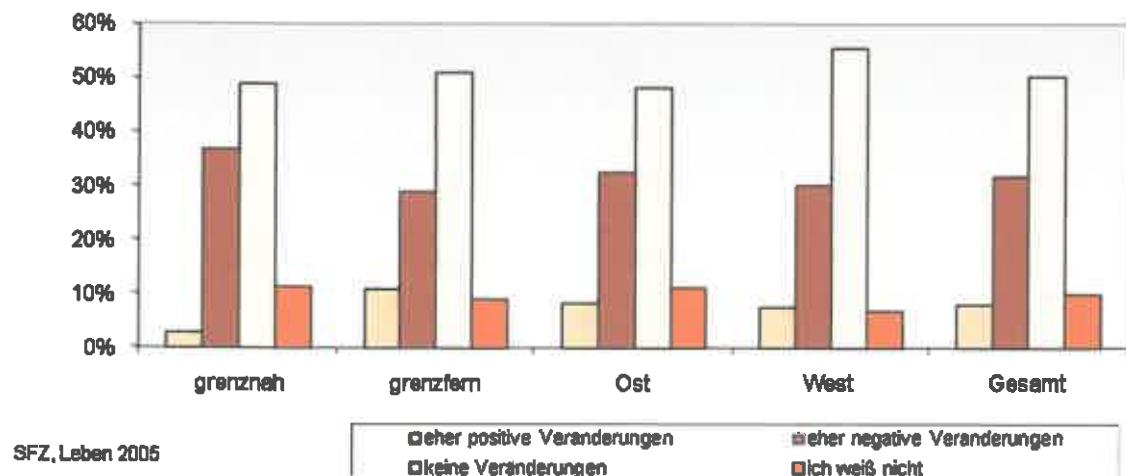
Im zusammenfassenden Indikator der Schichteinstufung drücken sich die genannten Ergebnisse noch einmal komprimiert aus: mit zunehmender Höhe der eigenen Schichtzuordnung nimmt der Anteil derer, die über Einkommenseinbußen berichten kontinuierlich ab (die Gruppe zwischen der Oberschicht und der Antwort „ich weiß nicht“ sind diejenigen, die eine eigene Schichteinstufung dezidiert ablehnen, sie enthält Menschen mit sehr unterschiedlichem sozialen Status).

Veränderungen hinsichtlich der beruflichen Zukunft

Veränderungen im Hinblick auf die berufliche Zukunft:					
EU: berufliche Zukunft					
		eher positive Veränderungen	eher negative Veränderungen	keine Veränderungen	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	2,9%	36,9%	48,8%	11,4%
	grenzfern	10,9%	29,0%	51,0%	9,0%
O-W	Ost	8,2%	32,4%	48,2%	11,2%
	West	7,5%	30,2%	55,6%	6,8%
Gesamt		8,0%	31,8%	50,3%	9,9%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - berufliche Zukunft



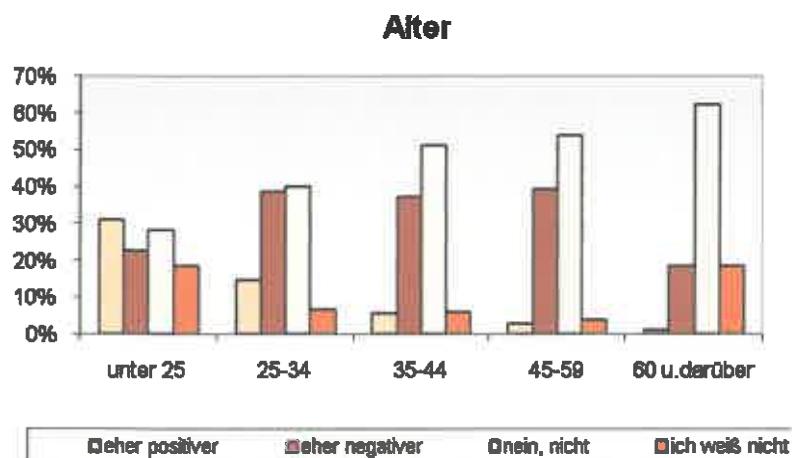
SFZ, Leben 2005

Ein ähnliches Bild wie bei den beiden anderen Fragen zu Arbeit und Einkommen ergibt sich hinsichtlich der Einschätzung der eigenen beruflichen Zukunft. 31,8 % geben an, eine eher negative Einschätzung ihrer beruflichen Zukunft zu haben. D.h. über 30 % der Befragten in Ost und West sind der Meinung, dass sich ihre beruflichen Aussichten mit der EU-Erweiterung verschlechtert haben. In diesem Indikator drücken sich neben den „hausgemachten“ Sorgen der Menschen, also den Befürchtungen, die auf die Entwicklung innerhalb Deutschlands und insbesondere der neuen Bundesländer zurückzuführen sind, auch solche, die sich auf die Erweiterung beziehen aus. Insbesondere die im Sommer 2005 in der Öffentlichkeit und den Medien diskutierte Frage des Entsendegesetzes trägt dazu bei. Und in der Tat kommen auch hier xenophobische Befürchtungen (siehe unten) zum Ausdruck, die von einigen politischen Akteuren und einigen Medien auch geschürt wurden.

Sozialstrukturelle Faktoren

Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern setzen sich in dieser Hinsicht fort. Wie auch in den anderen beiden Erfahrungsbereichen berichten die Frauen über etwas geringere Befürchtungen. Rund 34 % der Männer und 29 % der Frauen schließen sich dieser Erfahrung an.

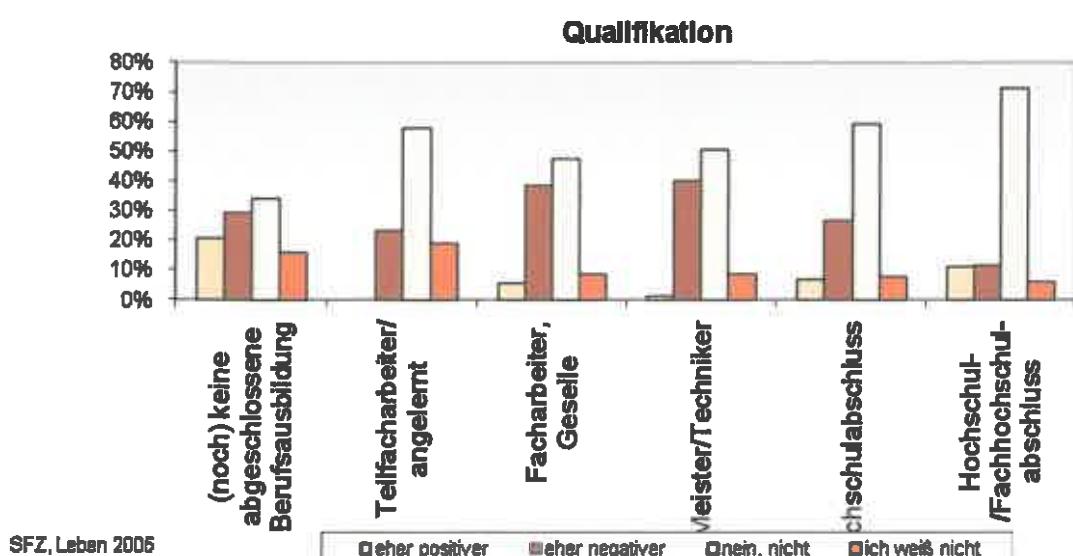
Veränderungen hinsichtlich der beruflichen Zukunft nach dem Alter



SFZ, Leben 2005

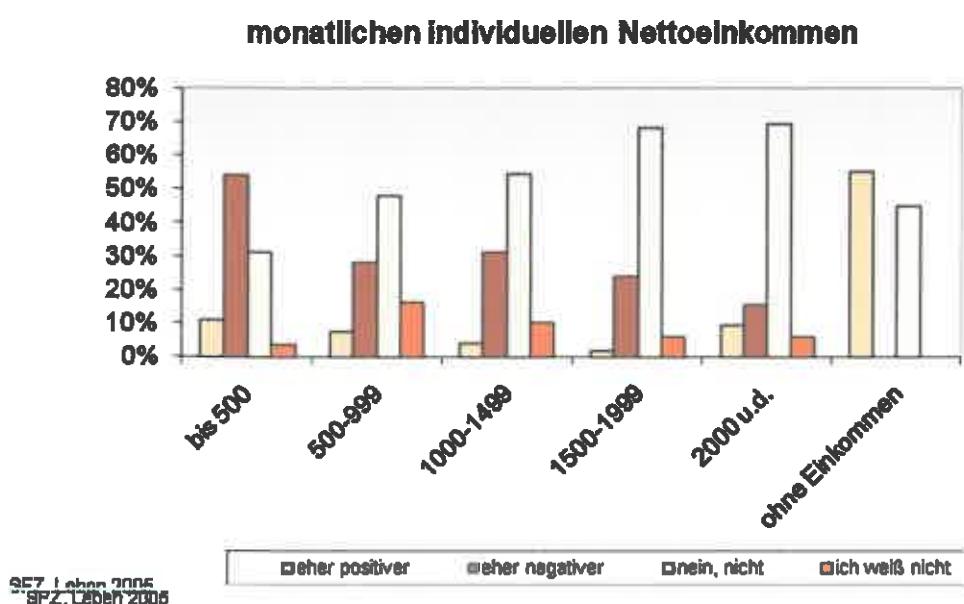
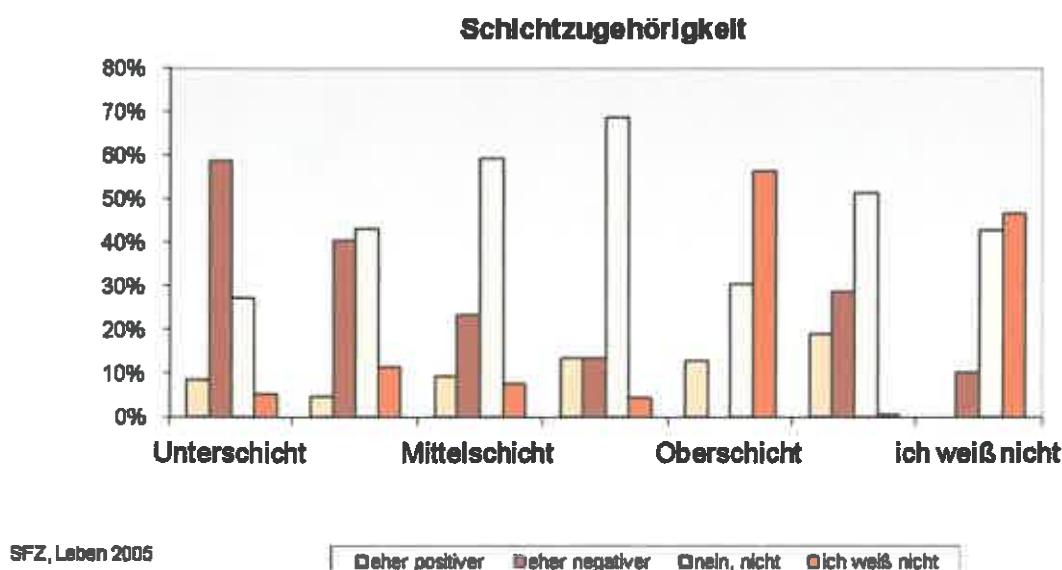
Die Ergebnisse im Hinblick auf die berufliche Zukunft unterscheiden sich von denen hinsichtlich des Einkommens und der Arbeitsmarktposition nicht. Die mittleren Altersgruppen sind gleichermaßen stärker negativ betroffen als die jüngsten Befragten und die ältesten. Hinzuweisen wäre wiederum auf die Gleichmäßigkeit in den negativen beruflichen Aussichten in diesen Altersgruppen.

Veränderungen hinsichtlich der beruflichen Zukunft nach der beruflichen Qualifikation



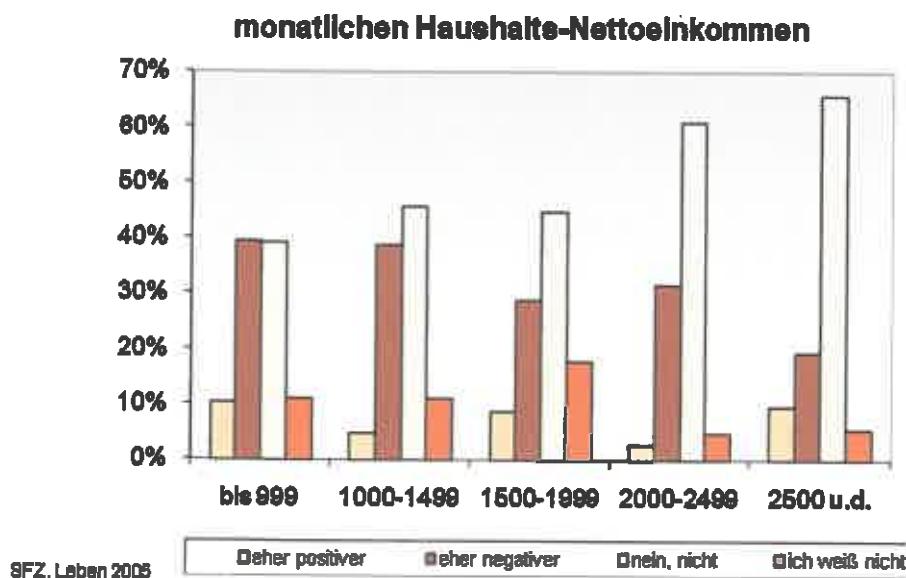
Hinsichtlich der beruflichen Qualifikation deckt sich das Bild mit dem der anderen Bereiche ebenfalls. Auch hier ist wieder festzustellen, dass die Facharbeiterqualifikationen am pessimistischsten in die Zukunft blicken.

Der gleiche Befund stellt sich für die Schichteinstufung und das individuelle Nettoeinkommen ein:



Der Einfluss des Einkommens auf Bewertungen und Einstellungen der beruflichen Zukunft ist bei den individuellen Einkommen größer als bei anderen Einkommensindikatoren. Das gilt insbesondere auch für das Haushaltseinkommen. Der unterschiedliche Einfluss von verschiedenen Einkommensindikatoren ist in der Forschung seit langem bekannt. Die Betrachtung der Haushaltseinkommen ergibt eine Verringerung der Einkommensspreizung. Dieser Sachverhalt schlägt sich auch in den Bewertungen nieder. Als ein Beispiel dafür sei an dieser Stelle die Differenzierung nach dem Haushaltsnettoeinkommen dargestellt:

Veränderungen hinsichtlich der beruflichen Zukunft nach dem Haushaltsnettoeinkommen



Aus der Grafik ist ersichtlich, dass die Unterschiede in den Bewertungen der eigenen beruflichen Zukunft differenziert nach dem Haushaltseinkommen geringer ausfallen als in dem Fall, in dem das individuelle Einkommen berücksichtigt wird. Zur Erklärung dieses Ergebnisses sei gesagt, dass die Differenzierung hinsichtlich beider Einkommensarten in der Tat anders ausfällt. Im Zusammenhang mit der These, dass die Einkommen insgesamt einen Einfluss auf die Erfahrungen, Einstellungen und Bewertungen haben, besagt das nur: größere Einkommensdifferenzen (wie beim individuellen Nettoeinkommen) führen zu größeren Differenzen in den Erfahrungen, Einstellungen und Bewertungen als geringere (wie beim Haushaltsnettoeinkommen).

Erfahrungen hinsichtlich der persönlichen Sicherheit

Der Bereich der persönlichen Sicherheit war im Kontext der EU-Erweiterung ebenfalls ein besonders sensibler. Das trifft noch stärker auf die grenznahen Regionen (wozu alle in Bayern und im Saarland Befragten gehörten) zu als auf die entfernteren Regionen. Herausragend dabei war die Kriminalitätsfurcht im Hinblick auf organisierte Kriminalität, Eigentumsdelikte und Zerstörung öffentlicher Einrichtungen. Darüber hinaus aber spielten Befürchtungen der illegalen Zuwanderung (für die legale Zuwanderung galt das im übrigen auch), des Menschenhandels und auch von Sexualstraftaten eine Rolle.

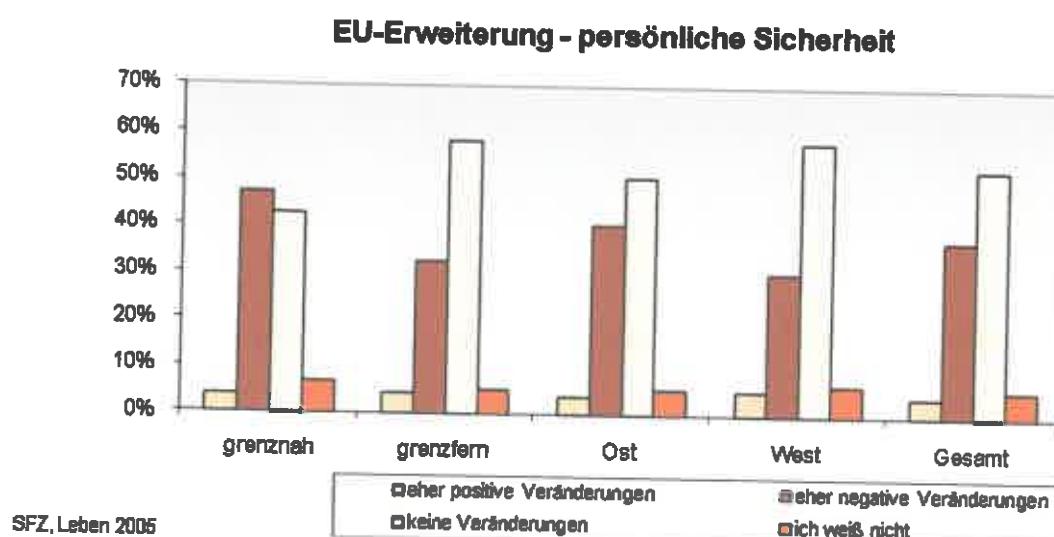
Kriminalitätsfurcht ist aber nicht das einzige Feld, das in den Bereich der persönlichen Sicherheit hineinspielt. Hinzu kommen dabei auch Fragen der sozialen Sicherheit (die in der Fragestellung allerdings nicht intendiert waren), der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie der eigenen Orientierungsmöglichkeiten im Allgemeinen. Die Wahrnehmung der Beeinträchtigung einer allgemeinen sozialen Orientierungsfähigkeit, also der Fähigkeit, sich im Leben und in der Gesellschaft zurecht zu finden, schwingt in den Antworten der Befragten mit. Diese Einschätzung ergibt sich auch aus dem Zusammenhang mit dem folgenden Bereich des Lebens in der Gemeinde. Auch in dieser Hinsicht werden Beeinträchtigungen berichtet, was u.a. mit der Wahrnehmung der Verlässlichkeit bisher gewohnter Lebenskontexte und Institutionen in Verbindung steht.

Die Ergebnisse in diesem Bereich fallen negativer aus als in den sozialökonomischen Bereichen. Das bedeutet, dass die Wahrnehmung der eigenen Sicherheit in noch größerem Ausmaß negativer bewertet wird. Das weist einerseits auf die Bedeutung hin, die die Menschen der persönlichen Sicherheit zuwenden und andererseits auf die Irritationen in den Bewertungen. Es ist nicht erstaunlich, dass die Verunsicherung in den grenznahen Regionen größer ist als in den übrigen.

Berücksichtigt man, dass in Bayern und im Saarland nur in grenznahen Regionen befragt wurde und vergleicht die diesbezüglichen Ergebnisse mit denen in den grenznahen Regionen in den neuen Bundesländern, dann fällt der gravierende Unterschied (47,1 % zu 30,2 %) auf insgesamt hohem Niveau der Verunsicherung auf.

Veränderungen im Hinblick auf die Wahrnehmung der persönlichen Sicherheit					
EU: persönliche Sicherheit					
		eher positive Veränderungen	eher negative Veränderungen	keine Veränderungen	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	3,7%	47,1%	42,6%	6,7%
O-W	grenzfern	4,4%	32,4%	58,2%	5,0%
	Ost	3,7%	40,3%	50,5%	5,4%
	West	5,2%	30,2%	58,2%	6,4%
Gesamt		4,1%	37,5%	52,7%	5,7%

SFZ, Leben 2005

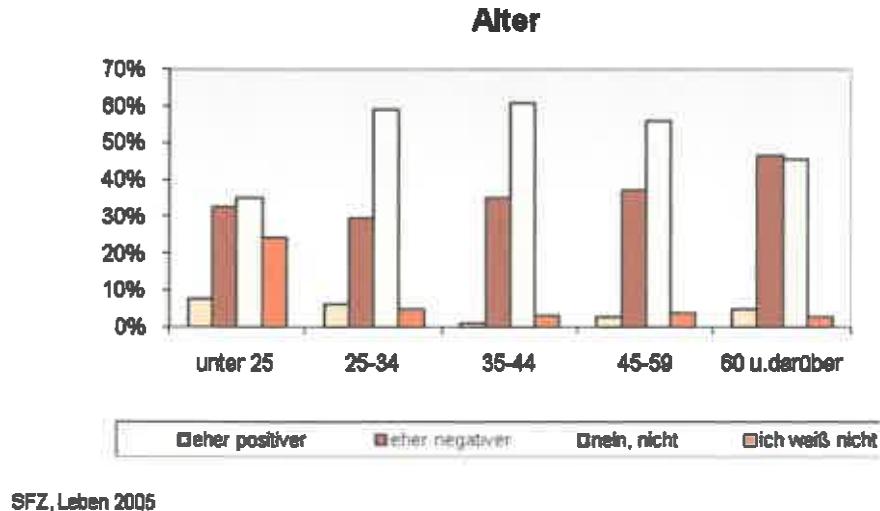


Dieser eher diffuse Indikator der Wahrnehmung der eigenen Lebenssituation hat jedoch einen größeren Bezug zur EU-Erweiterung und ihren Folgen für die Menschen und wirkt sich auf ihre Bewertungen und Bilanzen der Erweiterung stark aus.

Die sozialstrukturelle Untersetzung der wahrgenommenen persönlichen Verunsicherung weist gegenüber den bisher dokumentierten Lebensbereichen einige Besonderheiten auf.

Während Frauen wiederum etwas weniger verunsichert sind, steigt diese Unsicherheit generell mit zunehmenden Alter.

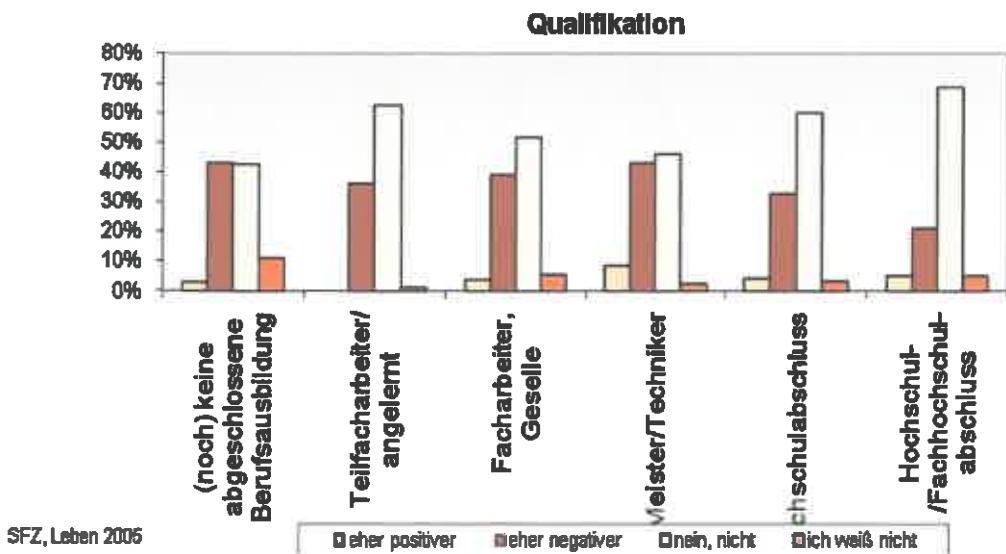
Erfahrungen im Hinblick auf die Veränderungen der persönlichen Sicherheit nach dem Alter



Es zeigt sich eine zunehmende Verunsicherung mit dem Alter, die allerdings auf einem allgemein hohen Niveau anzutreffen ist.

Dass die unter 25 Jährigen ein so großes Maß an negativen Beeinträchtigungen der persönlichen Sicherheit berichten (32,7 %), ist erstaunlich. Da davon ausgegangen werden kann, dass die Kriminalitätsfurcht bei Jüngeren geringer ausgeprägt ist, macht dieser Befund deutlich, dass auch andere Gesichtspunkte des Sicherheitsbedürfnisses hier eine Rolle spielen.

Erfahrungen im Hinblick auf die Veränderungen der persönlichen Sicherheit nach der beruflichen Qualifikation

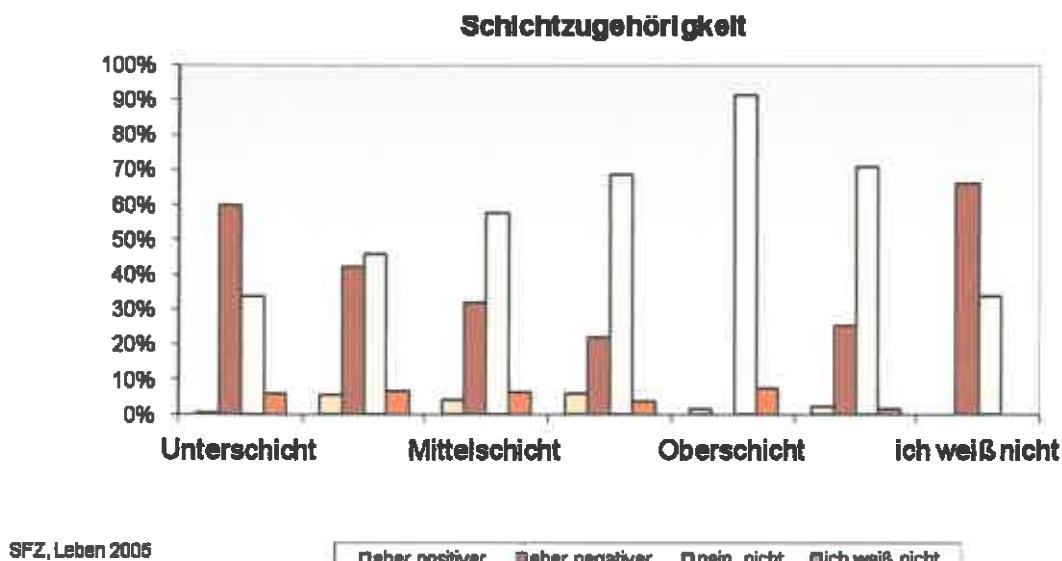


Die Grafik macht deutlich, dass Menschen mit Hochschulabschluss eine geringere Verunsicherung wahrnehmen als alle anderen Qualifikationsgruppen. Würde man dieses Ergebnis im Lichte von Rationalitätsgesichtspunkten interpretieren, etwa dass mit stärkerer Bildung eine eher rationale Bewertung der Sicherheit der eigenen Lebenssituation anzutreffen wäre, dann führt das in zweifacher Hinsicht zu Fehlern. Einerseits muss berücksichtigt werden, dass in den grenznahen Regionen der Anteil der Hochschulabsolventen in der Wohnbevölkerung höher ist als in den grenznahen Regionen. Die entfernungsbedingten Verunsicherungen schlagen in diesem Fall also weniger zu Buche. Zweitens kann man Gesichtspunkte rationaler Situationsdeutung zwar

einbeziehen, aber es ist durchaus nicht davon auszugehen, dass per se Hochschulabsolventen in dieser Frage ein größeres Maß an Rationalität aufbringen. Vielmehr könnte es so verhalten, dass Faktoren der Verunsicherung des eigenen Lebens unterschiedlich stark bewertet werden – auch deshalb, weil häufig mit höherem Bildungsgrad auch die Ressourcen und Kapazitäten des Umgangs mit Unsicherheit zunehmen. Schließlich ist für eine gesellschaftliche Bewertung dieses Befundes die Begründung für diesen Unterschied zweitrangig, denn ernst genommen werden muss er in jedem Fall – ob nun „rational“ oder nicht.

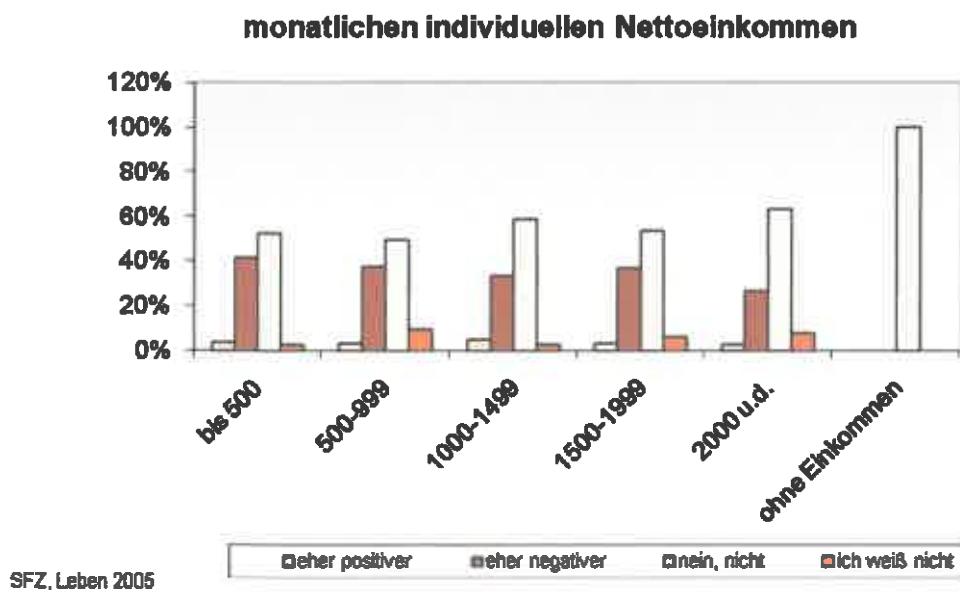
Erfahrungen im Hinblick auf die Veränderungen der persönlichen Sicherheit nach der subjektiven Schichteinstufung

Der Indikator der subjektiven Schichteinstufung ergibt allerdings eine klare Differenzierung und einen direkten Zusammenhang. Mit steigender Schichteinstufung sinkt die Wahrnehmung von Unsicherheit. Auch dieses Ergebnis muss vor dem Hintergrund der regionalen Differenzierung gesehen werden. Allerdings macht er in seiner komprimierten Form deutlich, dass sozialstrukturelle Unterschiede auf die Ausprägung persönlicher und – wie man ergänzen kann – sozialer Sicherheit einen erheblichen Einfluss ausüben.



Erfahrungen im Hinblick auf die Veränderungen der persönlichen Sicherheit nach dem individuellen Nettoeinkommen

Die gleiche Aussage gilt jedoch nicht für den Einfluss des Einkommens auf die wahrgenommene Sicherheit. Hier zeigt sich, dass erst die Bezieher der größten Einkommen sich von allen anderen unterscheiden. Auch das deutet darauf hin, dass in dieser Frage Ressourcen der Bewältigung von Unsicherheit eine Rolle spielen.



Erfahrungen hinsichtlich der Veränderung der Lebensqualität

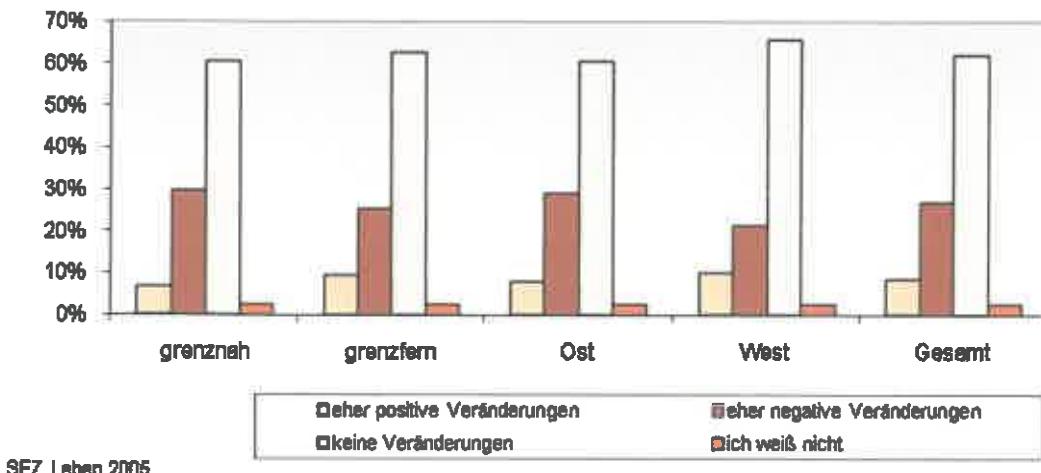
Konnte man noch mit einer gewissen Plausibilität davon ausgehen, dass in Fragen der persönlichen Sicherheit der Beitritt der neuen EU-Mitglieder zu einer subjektiv wahrgenommenen Verunsicherung beigetragen haben könnte, so scheint das im Hinblick auf die Bewertung der eigenen Lebensqualität nicht auf der Hand zu liegen. Dennoch zeigen die Ergebnisse, dass die Menschen in relativ hohem Maße, Veränderungen in ihrer Lebensqualität feststellen und diese Veränderungen gleichzeitig auf die EU-Erweiterung zuzurechnen bereit sind.

Auch dieses Ergebnis weist darauf hin, dass die Menschen eigene Erfahrungen auf politische Prozesse zurechnen, unabhängig davon in welchem Maße faktisch ein Einfluss dieser konkreten Prozesse auf die eigene Lebenssituation vorliegt.

Veränderungen im Hinblick auf die Lebensqualität					
EU: Lebensqualität					
		eher positive Veränderungen	eher negative Veränderungen	keine Veränderungen	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	6,9%	29,8%	60,7%	2,6%
	grenzfern	9,6%	25,4%	62,6%	2,4%
O-W	Ost	8,0%	29,0%	60,6%	2,4%
	West	10,1%	21,4%	65,9%	2,6%
Gesamt		8,6%	26,9%	62,1%	2,5%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Lebensqualität



Über ein Viertel der Befragten stellen also im thematischen Kontext unserer Erhebung fest, dass mit der Erweiterung der EU sich ihre Lebensqualität verschlechtert hat. Es ist klar, dass eine solche Feststellung auch Auswirkungen auf die Bewertung der Erweiterung im Allgemeinen hat.

Auch in dieser Hinsicht ist trotz des Unterschiedes von knapp 8 % zwischen Ost und West deutlich, dass diese Bewertung insgesamt hoch ausfällt.

Erfahrungen hinsichtlich der Veränderungen im Leben in der Gemeinde

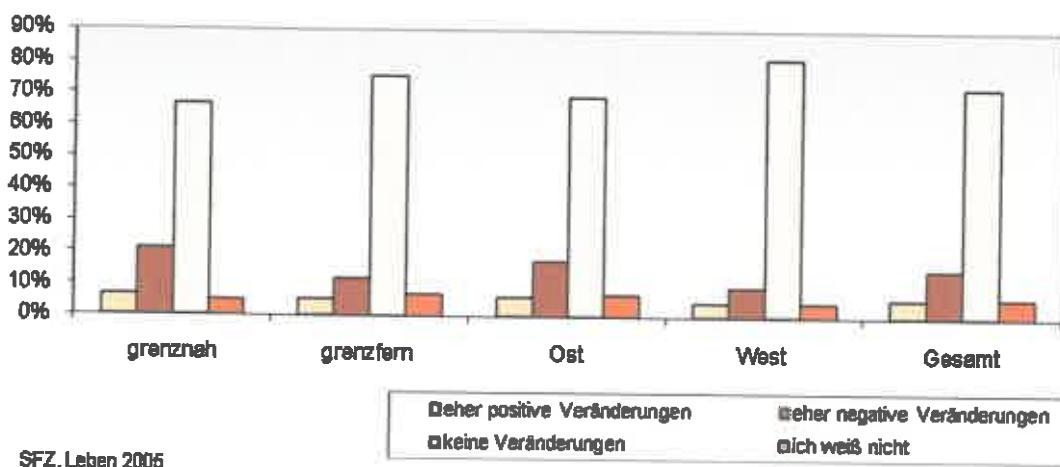
Nimmt man das Möglichkeitsfeld in den Blick, in dem sich die Erweiterung auf das Leben in den Gemeinden auswirken könnte, so fallen neben den sozialökonomischen Gesichtspunkten vor allem Fragen der Verteilung von Fördermitteln auf. Und in der Tat war ja die Diskussion über die Folgen der Erweiterung in allen neuen Bundesländern auch von der Frage beeinflusst, in welchem Maß sich die Erweiterung auf die Einstufung der ostdeutschen Regionen in EU-Fördergebiete auswirken könnte. Tatsächlich kämpften die ostdeutschen Ministerpräsidenten der Länder darum, dass die Förderbedingungen beibehalten werden und in den Fällen, in denen das nicht mit dem Verteilungsschlüssel der Union zu vereinbaren ist, eine moderate Abschmelzung der Mittel gewährleistet wird. Dabei wurde an Gremien der EU ebenso appelliert, wie an die Bundesregierung. Die Diskussion um die Definition der Fördergebiete war auch eines der vorrangigen Themen der öffentlichen Diskussion im Vorfeld der Erweiterung. Mit den gefundenen Kompromissen zeigten sich die ostdeutschen Länder dann letztlich auch einverstanden.

In wie weit diese Diskussionen im Befragungsjahr noch nachwirkten, kann hier nicht entschieden werden.

Veränderungen im Hinblick auf das Leben in der Gemeinde					
EU: Gemeinde					
		eher positive Veränderungen	eher negative Veränderungen	keine Veränderungen	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	6,8%	21,3%	66,9%	4,9%
	grenzfern	5,3%	11,8%	75,6%	7,2%
O-W	Ost	6,3%	17,4%	69,2%	7,1%
	West	4,8%	9,6%	81,2%	4,5%
Gesamt		5,8%	15,2%	72,6%	6,4%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Veränderungen im Gemeindeleben



SFZ, Leben 2005

Die berichteten Erfahrungen fallen zwar nicht so negativ aus, wie in den anderen Lebensbereichen, sind aber dennoch beachtlich. Dass die Grenzregionen in dieser Frage wiederum herausgehoben werden müssen, ist auf die bereits angesprochene Beeinträchtigung der persönlichen Sicherheit zurückzuführen.

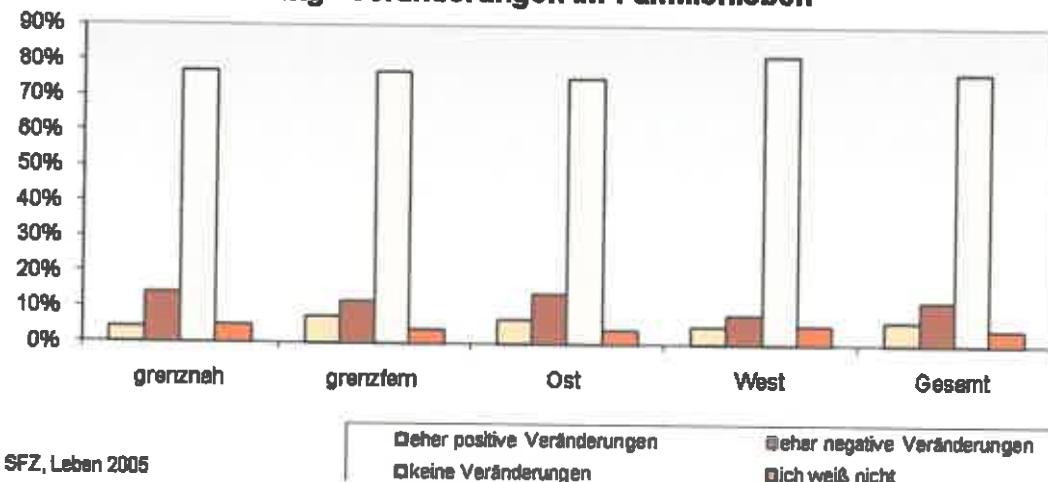
In sozialstruktureller Hinsicht ergibt sich ein zu den bisher dargestellten Lebensbereichen analoges Bild: Befragte mit höherer Bildung und beruflicher Qualifikation unterscheiden sich von allen anderen und die subjektive Schichtinstufung ergibt den gleichen direkten Einfluss auf die Erfahrungen in den Veränderungen im Gemeindeleben.

Erfahrungen in der Veränderung des Lebens in der Familie

Veränderungen im Hinblick auf das Familienleben					
EU: Familienleben					
		eher posi- tive Verände- rungen	eher nega- tive Verände- rungen	keine Ver- änderungen	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	4,2%	13,9%	77,0%	4,9%
	grenzfern	7,5%	11,7%	77,0%	3,9%
O-W	Ost	6,9%	14,0%	75,3%	3,8%
	West	5,0%	8,3%	81,5%	5,2%
Gesamt		6,3%	12,4%	77,1%	4,2%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Veränderungen im Familienleben



SFZ, Leben 2005

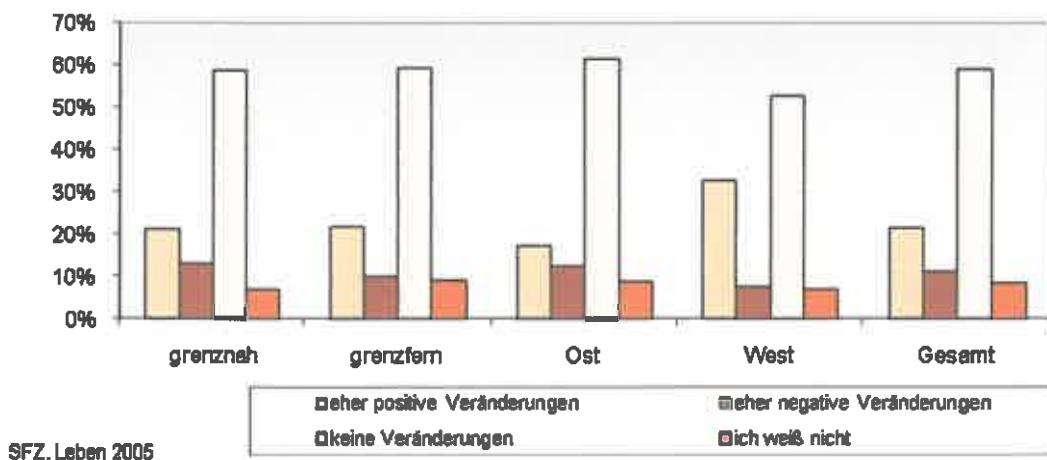
Erfahrungen hinsichtlich der Veränderung bei Begegnungen mit Menschen aus den Beitrittsländern

Für die Ebenen des subjektiven Erlebens und Handlens ist die Bewertung von Begegnungen mit anderen Menschen von großer Bedeutung. Daher kommt dieser Frage für die individuellen Einstellungen zur EU und der Erweiterung eine nicht geringe Bedeutung zu.

Veränderungen im Hinblick auf Begegnungen mit Menschen aus den Nachbarländern					
EU: Begegnungen					
		eher posi- tive Verände- rungen	eher nega- tive Verände- rungen	keine Ver- änderungen	ich weiß nicht
Grenzregion	grenznah	21,3%	13,1%	58,6%	7,1%
	grenzfern	21,9%	10,0%	59,2%	9,0%
O-W	Ost	17,3%	12,4%	61,5%	8,9%
	West	32,7%	7,7%	52,5%	7,0%
Gesamt		21,6%	11,1%	59,0%	8,4%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Begegnungen



Zusammenfassung:

Die Befragten berichten insgesamt über erhebliche Veränderungen in ihrem Leben in dem Jahr zwischen der Erweiterung und der Befragung. Dabei stellt sich heraus, dass die Lebensbereiche, deren Gestaltung und Beeinflussung in großem Umfang als von Politik und Politikern abhängig betrachtet werden kann, negativ bewertet werden. Bei Bereichen wie den sozialökonomischen, dem der persönlichen Sicherheit und dem des Gemeindelebens (mit Blick auf Fördermittel und der inneren Sicherheit) handelt es sich aber auch in der Wahrnehmung der Befragten um wichtige Lebensbereiche. Die Zurechnung dieser Veränderungen auf die Erweiterung ist in den einzelnen Fällen eher weniger sachlich begründet. Dennoch sind die Befunde ernst zu nehmen, weil sie ausdrücken, dass ihre Gestaltung der Politik ins Stammbuch geschrieben wird. Der Kontext im Fragebogen, die Veränderungen in einen Zusammenhang mit der EU-Erweiterung zu bringen, wird von vielen Befragten so aufgenommen, dass es um eine Zuschreibung an die Politik geht (denn Immerhin war ja die Erweiterung auch ein politischer Prozess).

2.3. Chancen und Risiken für die regionale Entwicklung

Vor dem Hintergrund der berichteten Erfahrungen in einigen für die Menschen wichtigen Lebensbereichen, die sich mit der EU-Erweiterung für sie ergeben haben, müssen die Einschätzungen für Chancen und Risiken der jeweils eigenen regionalen Entwicklung gesehen werden. Diese korrespondieren mit Erwartungen an die Landespolitik, die im nächsten Abschnitt dargestellt werden.

Im Großen und Ganzen muss festgestellt werden, dass die Einschätzung der Chancen und Risiken für die regionale Entwicklung noch negativer ausfallen als die gemachten Erfahrungen seit der Erweiterung. Wenn von einem Europa der Regionen in der politischen Kommunikation die Rede war, dann muss festgestellt werden, dass die Werbung und Begründung der Erweiterung bei den Menschen sowohl in den neuen Bundesländern als auch in den von uns befragten Regionen in den alten Bundesländern nicht angekommen ist.

Das ist ein ernüchternder Befund für das politische Ziel, den Menschen die Notwendigkeiten und Vorteile der Erweiterung zu vermitteln.

Wir haben in unserer Untersuchung folgende Bereiche für regionale Entwicklungen ausgewählt:

- Wirtschaft
- Arbeitsmarkt
- Einkommen
- Öffentliche Sicherheit
- Umwelt- und Katastrophenschutz
- Verkehrsinfrastruktur
- Fördermöglichkeiten
- Gestaltungsmöglichkeiten regionaler Politik
- Demokratische Mitwirkung der Bürger
- Kulturelles Leben

Die entsprechende Fragestellung lautete: „Oft ist die Rede von einem Europa der Regionen. Was bedeutet Ihrer Meinung nach die EU-Erweiterung für die Entwicklung Ihrer Region?“

2.3.1 Ergebnisse

Wirtschaft

In Begründungen der Vorteilhaftigkeit der EU für die Bundesrepublik werden immer wieder die wirtschaftlichen Chancen hervorgehoben. Und in der Tat profitiert die deutsche Wirtschaft in erheblichem Maße vom Export innerhalb der EU (vgl. DIHK (2005)).

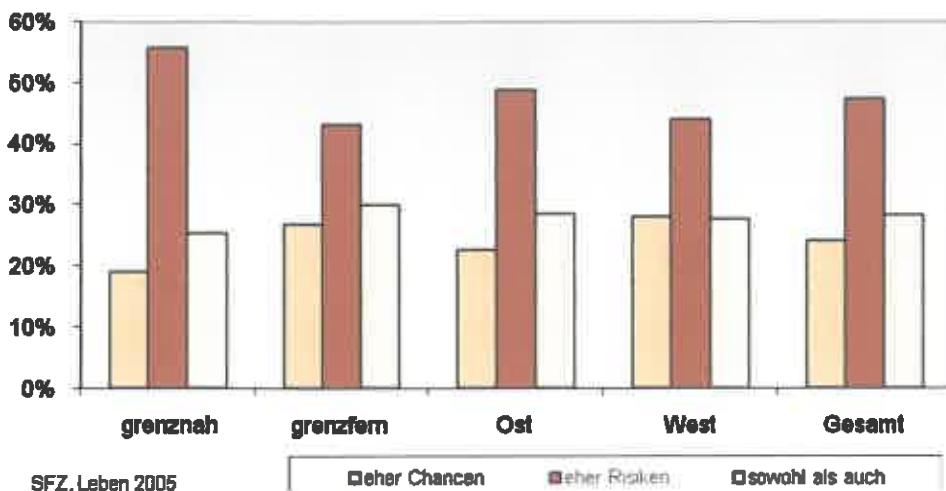
Daher wäre zunächst zu erwarten, dass auch die Befragten die Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Region positiv bewerten.

Das ist allerdings nicht der Fall.

Erwartete Chancen oder Risiken der regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Wirtschaft				
Wirtschaft				
		eher Chancen	eher Risiken	sowohl als auch
Grenzregion	grenznah	19,1%	55,7%	25,3%
	grenzfern	26,9%	43,2%	29,9%
O-W	Ost	22,6%	48,8%	28,6%
	West	28,2%	44,0%	27,7%
Gesamt		24,2%	47,4%	28,4%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Wirtschaft



Insgesamt sieht knapp die Hälfte aller Befragten eher Risiken als Chancen im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung der eigenen Region.

Wie bereits oben festgestellt wurde, dass subjektive Einschätzungen der Menschen in den alten und in den neuen Bundesländern nicht immer mit den faktischen Zusammenhängen korrespondieren, muss auch hier eine erhebliche Diskrepanz festgestellt werden. Was oben am Beispiel Sachsens deutlich wurde und wie die Ministerpräsidenten in den Berichten zum Stand der deutschen Einheit auch immer wieder betonen, hat sich die Erweiterung im ersten Jahr positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgewirkt (vgl. DIHK 2005)). Die negativen Wirkungen sind von positiven weit übertroffen worden. Dennoch beurteilen die Befragten die Chancen mehrheitlich negativ.

Eine vollständige Begründung dieser Einschätzung kann in unserem Zusammenhang nicht vorgenommen werden. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass hier ein Mangel in der politischen Kommunikation vorzuliegen scheint. Die Landesregierungen kommunizieren Erfolge in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den neuen Mitgliedern zu wenig. Obwohl vor allem in den Ländern mit einer gemeinsamen Grenze zu neuen Mitgliedern nicht wenig Anstrengungen für Wirtschaftskooperationen unternommen und dafür auch Mittel aus verschiedenen Töpfen (EU, Bund, Länder) aufgewendet werden, sind die Anstrengungen und Erfolge den Befragten in nur geringem Maße präsent. Einschränkend muss aber vielleicht auch angemerkt werden, dass die Orientierung in den Ländern auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit neuen Mitgliedern, zwar wichtig ist, aber wohl keine erste Priorität hat. Gründe dafür liegen in den Strukturen der Wirtschaft in den Bundesländern. In den alten Bundesländern wird zwar der Export in neue Mitgliedsländer stetig gesteigert, aber die primäre Orientierung der Exportwirtschaft ist nicht auf den osteuropäischen Raum gerichtet. Für die neuen Bundesländer muss festgestellt werden, dass auf Grund ihrer Struktur der Export insgesamt nicht die Bedeutung hat wie in den alten Ländern, zumal die für den Export arbeitenden Betriebe, ihre Zentralen oft in den alten Ländern haben. Eigenständige Exportwirtschaft ist im Osten vor allem im Bereich der klein- und mittelständischen Betriebe anzutreffen.

Ein weiterer Grund der Skepsis gegenüber den Chancen der wirtschaftlichen Entwicklung lag mindestens im Jahr 2005 in der vermuteten Konkurrenz durch Unternehmen in Beitrittsländern für regionale Betriebe (vgl. Landtag Brandenburg Drucksache 3/2218). Die Sorge vor direkter und indirekter Konkurrenz vor Produktionsverlagerung bestimmte immer noch das öffentliche Meinungsbild.

Aus diesen Gründen könnte es sein, dass in den Bewertungen der Menschen in den neuen Bundesländern die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Beitrittsländern vorrangig negativ ausfallen.

Aber auch in den von uns befragten Regionen in den alten Ländern sind die Ergebnisse nicht eben überwältigend. Ein Grund dafür könnte darin bestehen, dass in diesen Regionen wenig Exportwirtschaft, aber vor allem mittelständische Dienstleistungen vorherrschend sind. Die Sorge vor direkter Konkurrenz von jenseits der nahen Grenze war daher groß.

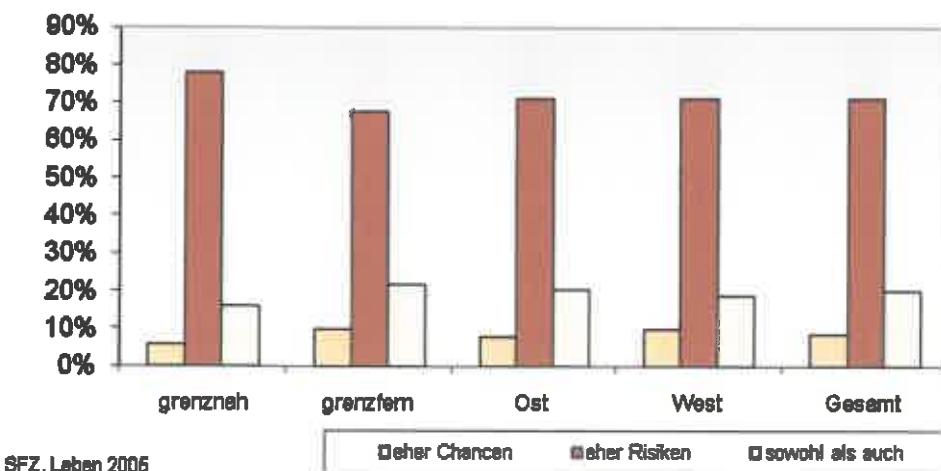
Arbeitsmarkt

Die Ergebnisse für die Chancen der regionalen Entwicklung des Arbeitsmarktes sind ernüchternd. Über 70 % der Befragten sehen eher Risiken als Chancen.

Erwartete Chancen oder Risiken der regionalen Entwicklung im Hinblick auf den Arbeitsmarkt				
		Arbeitsmarkt		
		eher Chancen	eher Risiken	sowohl als auch
Grenzregion	grenznah	5,9%	78,1%	16,0%
	grenzfern	10,0%	68,0%	22,0%
O-W	Ost	8,0%	71,4%	20,6%
	West	9,9%	71,2%	18,8%
Gesamt		8,6%	71,3%	20,1%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Arbeitsmarkt



SFZ, Leben 2005

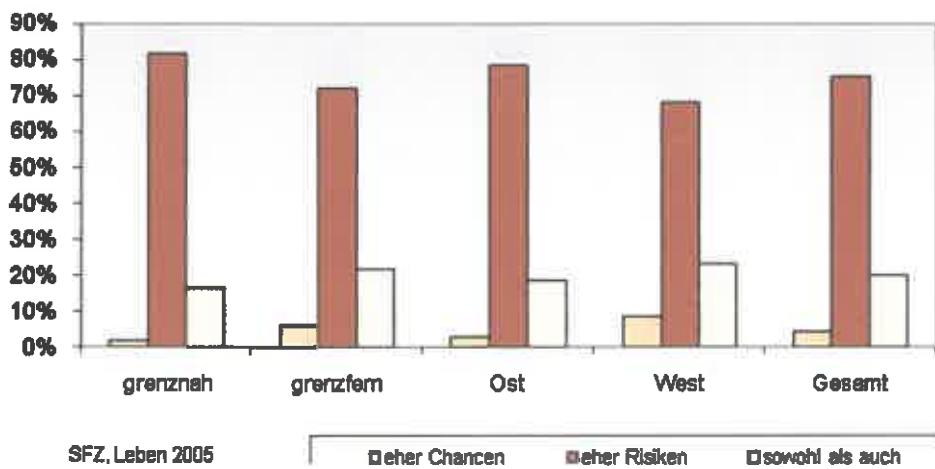
Mit diesem Ergebnis ist auch der wesentliche Grund für Zukunftsängste in weiten Teilen der Gesellschaft dargestellt, welches nur noch übertroffen wird von der Sorge um die Einkommensentwicklung.

Einkommen

Erwartete Chancen oder Risiken der regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Stabilität der Einkommen					
Stabile Einkommen					
		eher Chancen	eher Risiken	sowohl als auch	
Grenzregion	grenznah	1,8%	81,8%	16,4%	
	grenzfern	6,0%	72,2%	21,9%	
O-W	Ost	2,9%	78,5%	18,6%	
	West	8,5%	68,2%	23,4%	
Gesamt		4,5%	75,5%	20,0%	

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Stabilität der Einkommen



Öffentliche Sicherheit

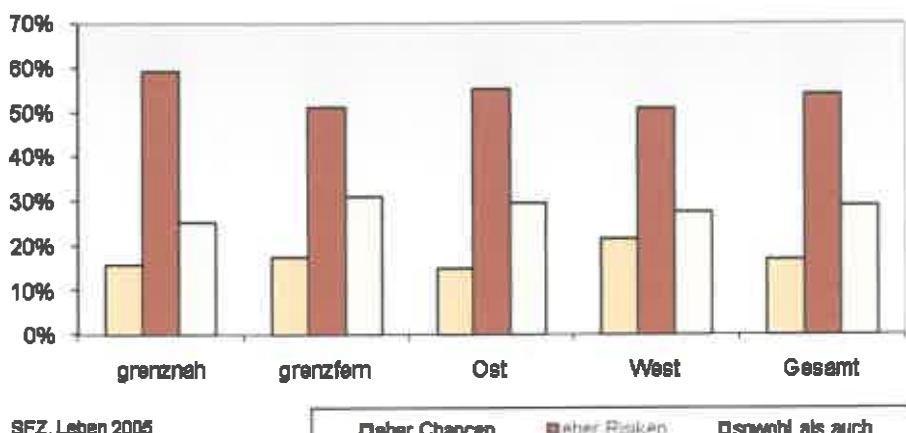
Korrespondierend zum oben dargestellten Bereich der persönlichen Sicherheit ist die öffentliche Sicherheit einzuschätzen. Natürlich handelt es sich dabei um eine staatliche Aufgabe, die auf polizeilicher Ebene in der Verantwortung der Länder liegt.

Daher sollten die folgenden Ergebnisse vor dem Hintergrund der berichteten Erfahrungen hinsichtlich der Veränderung der persönlichen Sicherheit gelesen werden.

Erwartete Chancen oder Risiken der regionalen Entwicklung im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit				
Öffentliche Sicherheit				
		ehler Chancen	ehler Risiken	sowohl als auch
Grenzregion	grenznah	15,7%	59,1%	25,2%
	grenzfern	17,6%	51,2%	31,1%
O-W	Ost	15,0%	55,3%	29,6%
	West	21,6%	51,0%	27,5%
Gesamt		16,9%	54,1%	29,0%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung – öffentliche Sicherheit



Es ist ersichtlich, dass die Zukunft in dieser Beziehung noch schwieriger eingeschätzt wird als es die bisherigen Erfahrungen nahe legen würden.

Die Länder haben inzwischen eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um grade auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit wieder mehr Stabilität zu gewährleisten. Zoll, BGS und Polizei sind nicht nur aufgestockt und mit neuen Aufgaben versehen worden, sondern es ist auch offenbar gelungen, die gesteckten Ziele zu erreichen.

Umwelt- und Katastrophenschutz

Der Umwelt- und Katastrophenschutz gehört zu den Bereichen, in denen die Befragten eher Chancen für die Zukunft in der Region sehen würden.

Beide Bereiche sind, wie der Verkehr auch, in starkem Maße von den Kooperationsbereitschaften und -möglichkeiten abhängig.

Einfluss auf die Antworten zu diesen Bereichen haben sowohl inhaltlich bestimmte Wertpräferenzen als auch die Erwartungen zum Gelingen von Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg.

Erwartete Chancen oder Risiken der regionalen Entwicklung im Hinblick auf den Umweltschutz				
Umweltschutz				
		eher Chancen	eher Risiken	sowohl als auch
Grenzregion	grenznah	44,5%	24,3%	31,2%
	grenzfern	46,5%	23,3%	30,2%
O-W	Ost	46,4%	22,4%	31,2%
	West	45,0%	26,4%	28,6%
Gesamt		46,0%	23,5%	30,5%

SFZ, Leben 2005

Dass etwa ein Viertel der Befragten – im Westen mehr als im Osten – höhere Risiken als Chancen auf diesem Gebiet sehen, ist mit einiger Wahrscheinlichkeit auf ein Misstrauen gegenüber der Zusammenarbeit mit den angrenzenden Partnern zurückzuführen.

Denkbar ist auch, dass ökologisch bewusste Befragte Risiken darin erkennen, dass größere Belastungen der Umwelt infolge des erhöhten Transportaufkommens zu erwarten seien. Aber auch der Ausbau von Infrastruktur (insbesondere Verkehrsinfrastruktur) und Tourismus kann Bedenken hervorrufen.

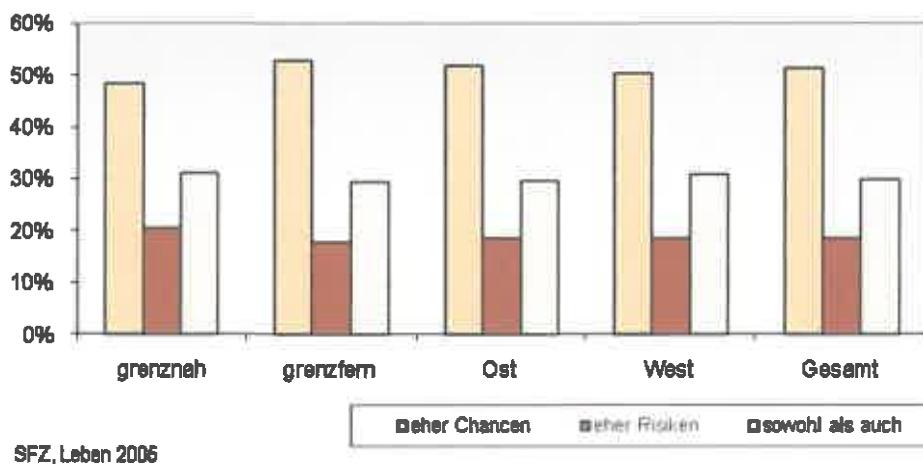
Ansonsten setzen sich die Erwartungen in die Verbesserung der Umweltbedingungen, die seit der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit nicht enttäuscht wurden, fort.

Verkehr

Erwartete Chancen oder Risiken der regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur				
Verkehrsinfrastruktur				
		eher Chancen	eher Risiken	sowohl als auch
Grenzregion	grenznah	48,5%	20,5%	31,0%
	grenzfern	52,9%	17,8%	29,3%
O-W	Ost	51,8%	18,6%	29,6%
	West	50,4%	18,6%	30,9%
Gesamt		51,4%	18,6%	30,0%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Verkehrsinfrastruktur



Die Bewertung von Chancen und Risiken im Bereich der Verkehrsinfrastruktur hängen, wie eben angedeutet, stark von den eigenen Wertpräferenzen ab. Umweltbewusste werden in den Möglichkeiten des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur nicht nur Chancen sehen. Umgekehrt sehen diejenigen, denen die wirtschaftliche Entwicklung wichtiger ist, darin durchaus Chancen. Das dürfte vor allem die Menschen betreffen, die infolge der Arbeitsmarktsituation auf weite Arbeitswege und dem entsprechend auf eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur angewiesen sind.

Regionale Fördermöglichkeiten

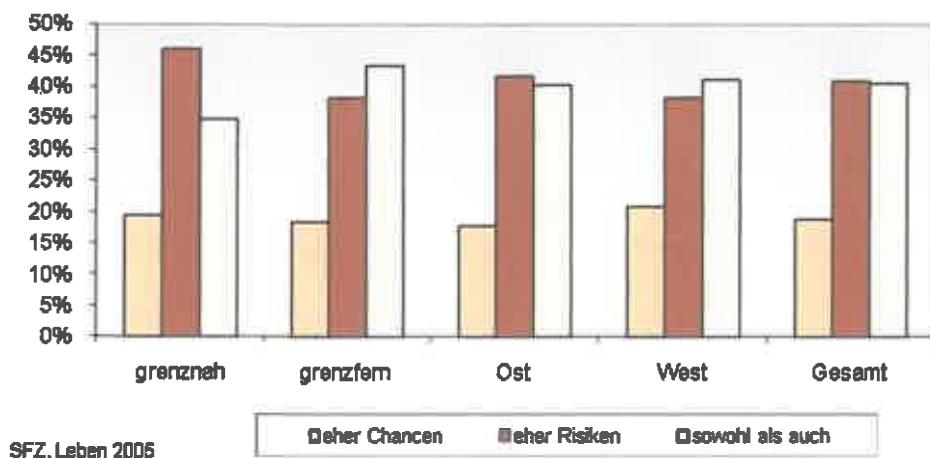
Der Bereich der Fördermöglichkeiten ist auf andere Weise eng mit der EU und der Erweiterung verbunden. Fördermöglichkeiten sind einerseits begrenzt, andererseits von den Einstufungen in die Zielgebiete der EU-Förderung abhängig, drittens von der Gestaltung der Förderbedingungen und deren finanzieller Ausstattung, nicht zuletzt aber auch von den Möglichkeiten der Kofinanzierung einzelner Projekte.

Das Wissen über derartige Chancen- und Risikostrukturen ist in der Bevölkerung in der Regel nicht umfassend. Daher verbindet sich mit diesem Indikator eher die Bewertung des subjektiv erwarteten Ausmaßes künftiger EU-Förderung.

Erwartete Chancen oder Risiken der regionalen Entwicklung im Hinblick auf regionale Förderung				
regionale Fördermöglichkeiten				
		eher Chancen	eher Risiken	sowohl als auch
Grenzregion	grenznah	19,3%	46,0%	34,7%
	grenzfern	18,4%	38,2%	43,3%
O-W	Ost	17,8%	41,8%	40,3%
	West	20,9%	38,2%	41,0%
Gesamt		18,7%	40,8%	40,5%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - regionale Förderung



Unter diesen Voraussetzungen ist der Befund zu verstehen. Die Chancen künftiger Fördermöglichkeiten sehen über 40 % kritisch und ein weiterer Anteil von ebenfalls über 40 % skeptisch. Derartige Ergebnisse subjektiver Einschätzungen haben einen großen Einfluss auf die Bewertung der EU und der Erweiterung.

Gestaltungsmöglichkeiten regionaler Politik

Erwartete Chancen oder Risiken der regionalen Entwicklung im Hinblick auf die regionale Gestaltung				
regionale Gestaltung				
		eher Chancen	eher Risiken	sowohl als auch
Grenzregion	grenznah	29,7%	28,6%	41,7%
	grenzfern	23,9%	30,6%	45,5%
O-W	Ost	22,8%	32,7%	44,5%
	West	33,3%	23,5%	43,2%
Gesamt		25,8%	30,0%	44,2%

SFZ, Leben 2005

Die eigenen, regionalen Möglichkeiten auf kommunaler und auf Landesebene werden von den Probanden ebenfalls kritisch gesehen. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Einschätzungen in Bayern und im Saarland wieder deutlicher von denen in den neuen Bundesländern.

Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung der Bürger

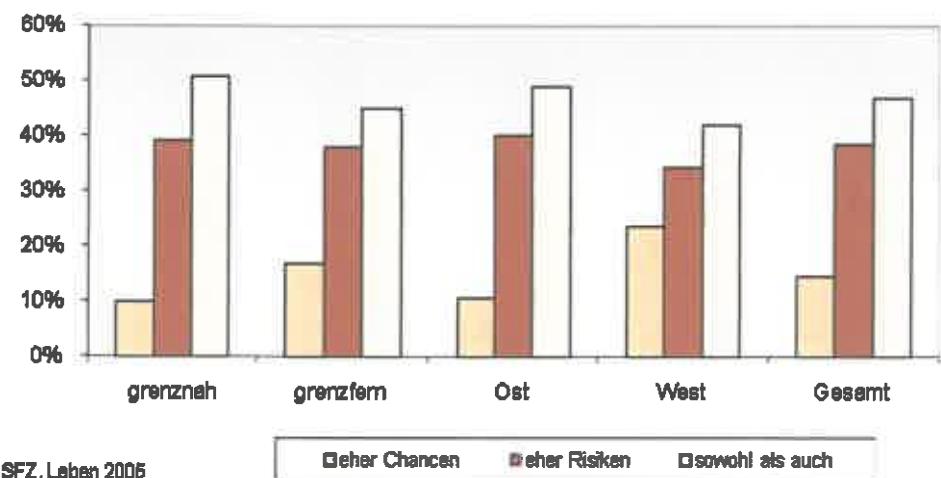
Etwas skeptischer schauen die Befragten auf die Entwicklung der Möglichkeiten zu demokratischer Mitwirkung in den Regionen. Natürlich haben die EU und die Erweiterung keinen realen Einfluss auf die Gestaltung regionaler Mitbestimmung – außer dem finanziellen.

Auch in diesem Fall haben wir es mit einer Projektion von Bewertungen auf die EU zu tun, die sachlich nicht gerechtfertigt ist, aber ausdrückt, dass man mit den gegebenen Möglichkeiten nicht zufrieden ist. Es ist auch zu vermuten, dass hier die bürokratischen Hürden in den Blick genommen werden, die die Bürger der EU in allen Feldern zuschreiben.

Erwartete Chancen oder Risiken der regionalen Entwicklung im Hinblick auf die demokratische Mitwirkung vor Ort				
Demokratische Mitwirkung				
		eher Chancen	eher Risiken	sowohl als auch
Grenzregion	grenznah	10,0%	39,2%	50,9%
	grenzfern	16,9%	38,0%	45,1%
O-W	Ost	10,7%	40,3%	49,0%
	West	23,6%	34,3%	42,1%
Gesamt		14,5%	38,6%	47,0%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - demokratische Mitwirkung



SFZ, Leben 2005

■ eher Chancen ■ eher Risiken ■ sowohl als auch

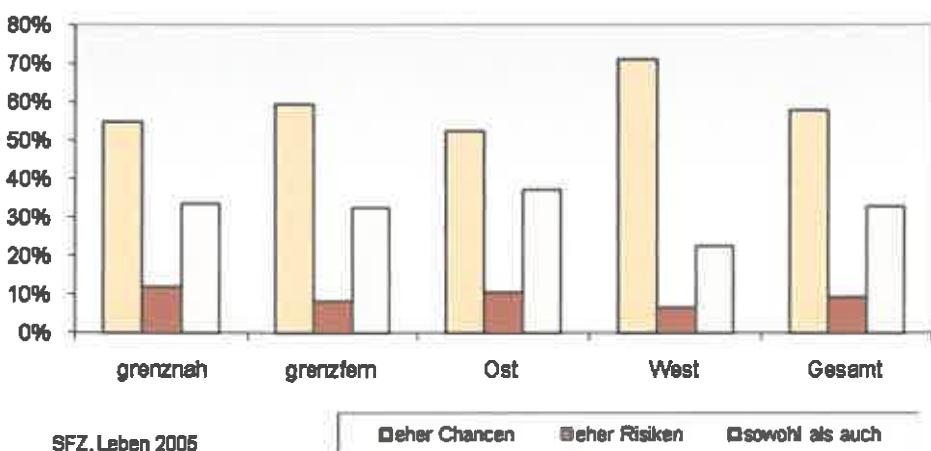
Kulturelles Leben

Den Bereich des kulturellen Lebens und seiner Vervielfältigung bewertet die überwiegende Mehrheit der Befragten generell als positiv. In dieser Hinsicht unterstützt man auch die generellen Ziele der EU. Der Bereich der Kultur ist ein besonderer Bereich für die positive Legitimation der EU-Erweiterung.

Erwartete Chancen oder Risiken der regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Kultur				
Vielfalt Kultur				
		eher Chancen	eher Risiken	sowohl als auch
Grenzregion	grenznah	54,9%	11,8%	33,4%
	grenzfern	59,4%	8,1%	32,5%
O-W	Ost	52,4%	10,5%	37,1%
	West	71,0%	6,6%	22,4%
Gesamt		57,8%	9,4%	32,9%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Vielfalt der Kultur



Entsprechend positiv fallen auch die Bewertungen auf der regionalen Ebene aus.

Es sei darauf hingewiesen, dass dieser Indikator auch belegt, dass die Befragten nicht pauschal und undifferenziert auf die EU-Erweiterung schauen, sondern sehr wohl differenziert nach Sachgebieten zu urteilen wissen.

2.4. Eigenes Verhalten nach der EU-Erweiterung

Die Bewertung der EU-Erweiterung und ihrer Konsequenzen ist ein wichtiger Aspekt für die Verhaltensorientierung von Menschen und die politische Kommunikation. Ein anderer, mindestens ebenso wichtiger Gesichtspunkt liegt in der Frage, welche Konsequenzen die Menschen selbst ziehen. Denn nicht zuletzt verfolgt die EU auch das Ziel, das Leben und die Lebensbedingungen in einem gemeinsamen Europa für die Menschen zu verbessern. Es sollen Möglichkeiten geschaffen werden, sich näher zu kommen, Kontakte zu knüpfen und sich kennenzulernen. Eine der Vorstellungen vom Gelingen eines gemeinsamen Europa ist unmittelbar damit verknüpft, dass die BürgerInnen und Bürger diese Gemeinsamkeit erleben und in ihrem eigenen Leben mitgestalten.

In unsere Untersuchung bezogen wir deshalb Fragen zum eigenen Verhalten der Menschen ein. Zunächst stellten wie die Frage:

„Wie richten Sie sich selbst auf die Erweiterung ein?“ – und unternahmen diese Frage mit Indikatoren zu Bezugspunkten des Verhaltens.

Man konnte hypothetisch davon ausgehen, dass auf der unmittelbaren Ebene des alltäglichen Lebens in grenznahen Regionen eher Konsequenzen gezogen würden als in grenzfernen.

Andererseits konnte vermutet werden, dass in bestimmten Hinsichten – z.B. in kultureller oder beruflicher Hinsicht – die Bewohner auch in grenzfernen Regionen Anlässe sehen, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen.

Im Ergebnis muss allerdings festgestellt werden, dass die Mehrzahl der Befragten – in den einzelnen Aspekten des Verhaltens unterschiedlich – im Großen und Ganzen nur wenig Anlass sehen, ihr Verhalten auf die neuen Bedingungen einzustellen oder sich umzustellen. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass die Erweiterung auf der personalen Ebene des alltäglichen Handelns nur geringe Wirkungen hinterlassen hat.

Zwei Fragen waren in der Untersuchung den Verhaltensänderungen gewidmet: „Richten sie sich selbst in Ihrem Leben auf die neuen Bedingungen ein hinsichtlich...?“ „Welchen Beitrag könnte jede(r) Einzelne zum Gelingen der EU-Erweiterung leisten?“

2.4.1 Ergebnisse

2.4.1.1 Sich auf die neuen Bedingungen einrichten...

Änderung der beruflichen Orientierung

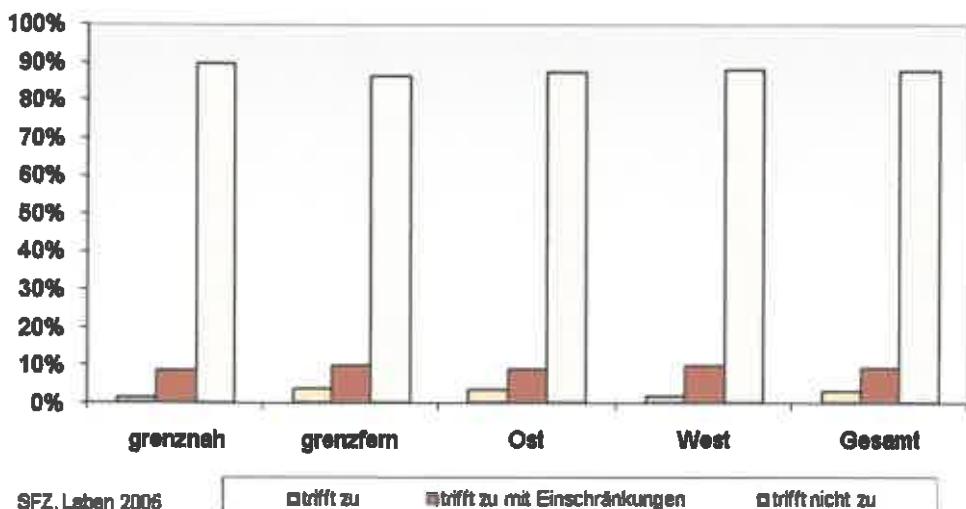
Wie oben gezeigt, hat die Erweiterung hinsichtlich der Bewertung beruflichen Zukunftschancen stark negative Wirkungen erzeugt. Über ein Drittel aller Befragten schätzten ihre beruflichen Zukunftsaussichten negativ ein. Man könnte daher vermuten, dass daraus die Konsequenz erwächst, sich in der eigenen beruflichen Orientierung umzustellen. Eine solche Umstellung könnte sich auf den Arbeitsort, auf das Unternehmen, die Branche oder den Beruf beziehen. Sie könnte sich aber auch – was wahrscheinlicher ist – darauf orientieren, im Zuge der Erweiterung Beschäftigungsmöglichkeiten zu suchen, die mit der EU vermittelt sind – sei es dadurch, dass sie unmittelbar auf die Tätigkeit von Einrichtungen oder Organisationen im europäischen Maßstab gerichtet ist, sei im Hinblick auf grenzüberschreitende Kooperationen. Es könnte aber auch der Fall eintreten, dass die Konsequenzen für die eigene Berufstätigkeit mit einer erhöhten Mobilitätsbereitschaft einhergehen.

Das ist allerdings nur bei dem verschwindend geringen Anteil von 3,1 % der Fall.

Richten Sie sich selbst auf die neuen Bedingungen ein - durch Änderung der beruflichen Orientierung		berufliche Orientierung		
		trifft zu	trifft zu mit Einschränkungen	trifft nicht zu
Grenzregion	grenznah	1,5%	8,6%	89,8%
	grenzfern	3,7%	9,8%	86,5%
	Ost	3,6%	9,0%	87,3%
	West	1,8%	10,0%	88,2%
Gesamt		3,1%	9,3%	87,6%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - berufliche Orientierung



Damit erweist sich in der Einschätzung der Befragten, dass die EU-Erweiterung keinen Anlass und vielleicht auch keine Möglichkeit zur beruflichen Neuorientierung bietet. In den Bewertungen der Befragten führt die Erweiterung auf der einen Seite nicht zu nennenswerten Erwerbsmöglichkeiten (obwohl es in den folgenden Jahren durchaus auch von der EU geförderte Maßnahmen und Projekte der Arbeitsbeschaffung gegeben hat). Von Seiten der Arbeitsagenturen bzw. der Jobcenter sind gemäß den Einschätzungen der Befragten ebenfalls im Zuge der Erweiterung keine Impulse ausgegangen.

Ein gewichtiger Anteil der Erwerbsbevölkerung ist mit den beruflichen Konsequenzen der EU-Erweiterung im wesentlichen allein gelassen worden.

Änderung des eigenen Lebensradius

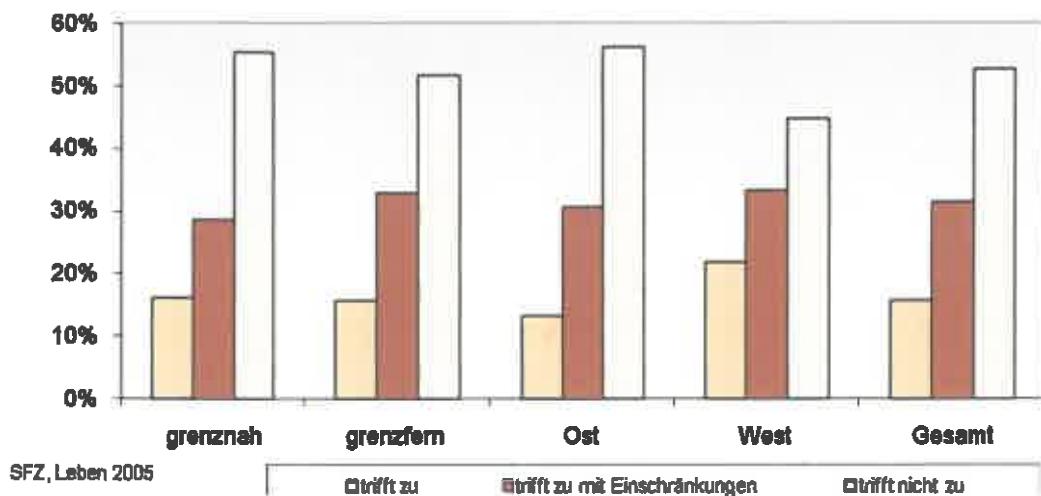
Wenn schon nicht in beruflicher Hinsicht so sollte die Erweiterung sicherlich bewirken, dass auch in der Wahrnehmung der Menschen der Horizont erweitert wird. Europa wurde größer und das könnte auch Folgen für die Erweiterung des eigenen Lebenshorizontes haben.

Das ist in Teilen auch der Fall. Obwohl über die Hälfte aller Befragten einräumt, dass sich der Lebensradius nicht ändern wird, geben doch 31,4 % an, dass dies mit Einschränkungen zutrifft.

Richten Sie sich selbst auf die neuen Bedingungen ein - hinsichtlich des eigenen Lebensradius?				
Lebensradius				
		trifft zu	trifft zu mit Einschränkungen	trifft nicht zu
Grenzregion	grenznah	16,1%	28,6%	55,3%
	grenzfern	15,6%	32,9%	51,6%
	Ost	13,3%	30,6%	56,1%
	West	21,9%	33,3%	44,8%
Gesamt		15,7%	31,4%	52,8%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - eigenen Lebensraum



Es fällt allerdings auf, dass eine solche Vergrößerung des eigenen Lebensradius häufiger in den alten Bundesländern anzutreffen ist. Die Orientierung auch auf die Nachbarn hat hier ein etwas größeres Gewicht.

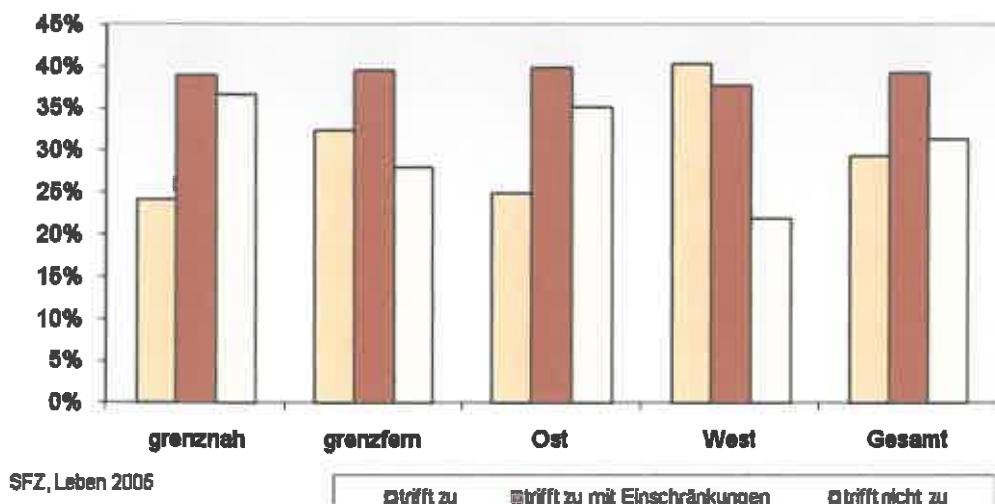
Es fällt desweiteren auf, dass die Unterschiede zwischen den grenznahen und den grenzfernen Regionen nicht groß ist. Die unmittelbare Nähe zum Nachbarn übt offenbar nur einen geringen Anreiz auf die Orientierungen der dort lebenden Menschen aus.

Änderung des Informationsverhaltens

Richten Sie sich selbst auf die neuen Bedingungen ein - durch vermehrte Information über die Nachbarländer				
Sich informieren				
		trifft zu	trifft zu mit Einschränkungen	trifft nicht zu
Grenzregion	grenznah	24,2%	39,0%	36,7%
	grenzfern	32,4%	39,6%	28,0%
O-W	Ost	24,9%	39,9%	35,1%
	West	40,4%	37,7%	21,9%
Gesamt		29,4%	39,3%	31,3%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - mehr Information über Nachbarländer



Insgesamt kann festgestellt werden, dass über zwei Drittel der Befragten angeben, sich mehr über die neuen Mitgliedsländer informieren zu wollen, auch wenn es mehrheitlich „mit Einschränkungen“ erfolgen soll. Die Einschränkungen können sich auf verschiedene Gesichtspunkte beziehen: auf bestimmte Themen, auf bestimmte Anlässe, auf bestimmte Regionen oder auf bestimmte Bevölkerungsgruppen in den Beitrittsländern.

Hervorzuheben ist, dass in Bayern und im Saarland das Informationsbedürfnis höher ist als in den neuen Bundesländern und dass die Befragten in den grenznahen Regionen vor allem der neuen Länder ein geringer ausgeprägtes Interesse an Informationen über die neuen Mitglieder haben.

Veränderter Besuch von Kulturstätten

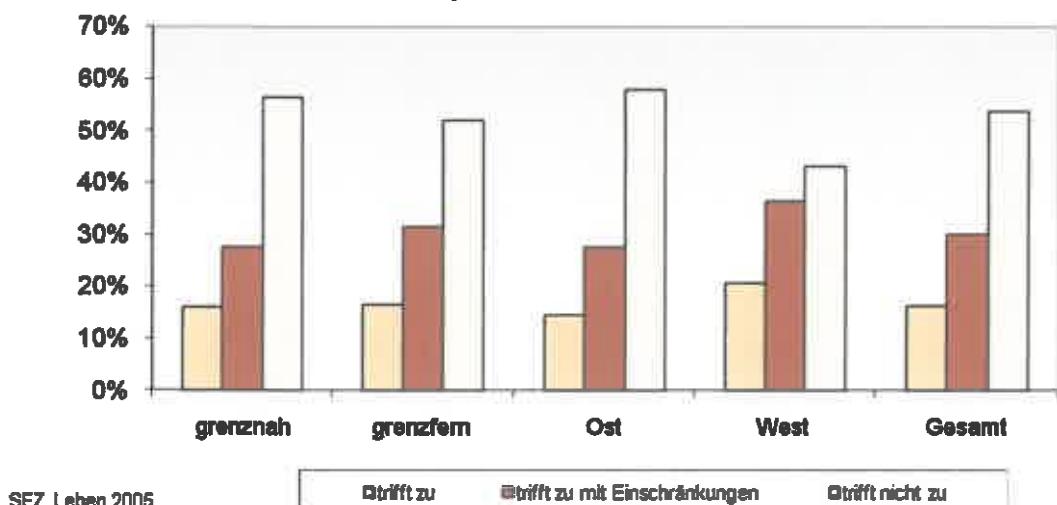
Das Interesse an den Kulturen der neuen Mitgliedsländer ist vergleichsweise schwach ausgeprägt. Über die Hälfte der Befragten gibt an, sich nicht verstärkt für den Besuch von Kulturstätten zu interessieren.

Dieser Befund erfüllt vor dem Hintergrund der Erwartung, dass die Eröffnung vielfältiger Möglichkeiten für die Menschen vor allem auch für den kulturellen Austausch und die kulturelle Annäherung genutzt wird.

Richten Sie sich selbst auf die neuen Bedingungen ein - durch den Besuch von Kulturstätten				
Kulturstätten				
		trifft zu	trifft zu mit Einschränkungen	trifft nicht zu
Grenzregion	grenznah	15,9%	27,6%	56,4%
	grenzfrem	16,5%	31,5%	52,0%
O-W	Ost	14,5%	27,5%	58,0%
	West	20,6%	36,5%	43,0%
Gesamt		16,3%	30,1%	53,7%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Besuch von Kulturstätten



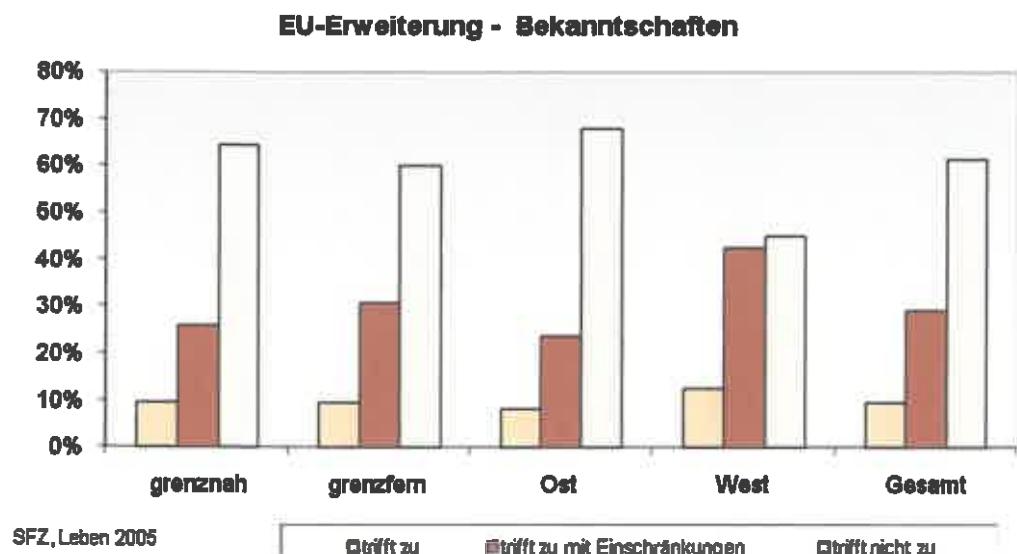
Veränderte Orientierung auf die Kontaktaufnahme zu Menschen in Beitrittsländern

Noch ernüchternder ist der Befund hinsichtlich des Interesses an persönlichen Bekanntschaften mit Menschen in den Beitrittsländern. Zusammen mit den geringen Interesse an der Kultur der Anderen zeigen diese Daten, dass von einer Veränderung der Einstellungen und des Interesses der Menschen aneinander infolge der EU-Erweiterung nicht stark ausgeprägt ist.

Die Hoffnung und Erwartung von politischen Eliten, dass die EU-Erweiterung Anlass auch für die Intensivierung von Kontakten der Menschen sein könnte, hatte sich bis zum Jahr 2005 in den neuen Bundesländern nicht erfüllt.

Richten Sie sich selbst auf die neuen Bedingungen ein - durch das Schließen neuer Bekanntschaften				
Bekanntschaften				
		trifft zu	trifft zu mit Einschränkungen	trifft nicht zu
Grenzregion	grenznah	9,6%	26,0%	64,3%
	grenzfern	9,4%	30,7%	59,9%
O-W	Ost	8,2%	23,8%	68,0%
	West	12,5%	42,6%	44,9%
Gesamt		9,4%	29,2%	61,4%

SFZ, Leben 2005



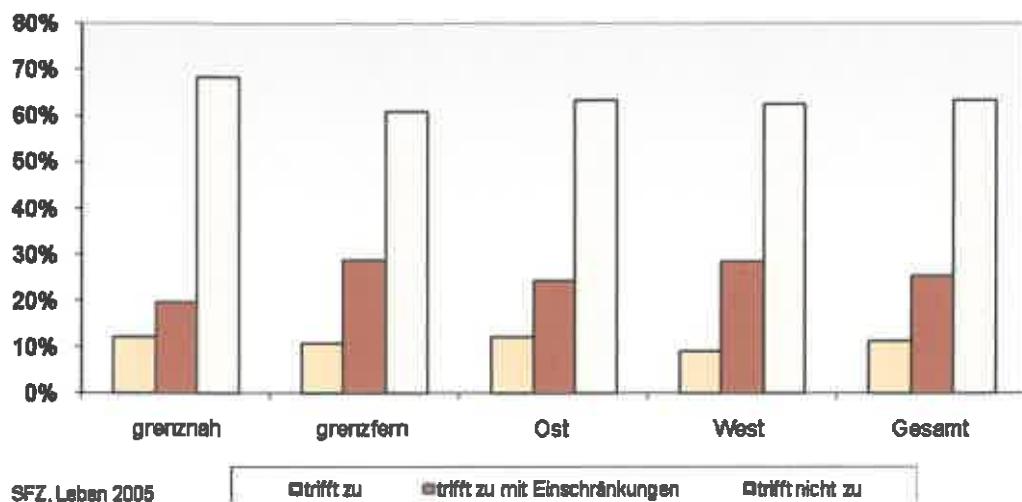
Veränderung der Urlaubsziele

Das gleiche Ergebnis muss für das Reisen konstatiert werden. Sicherlich muss dabei eingeräumt werden, dass sich die Möglichkeiten, eine Auslandsreise in den Jahren der Rezession und der hohen Arbeitslosigkeit zu finanzieren, nicht eben verbessert haben. Dennoch ist wahrscheinlich, dass die Süd- und Westorientierung in der Planung der Urlaubsziele weiterhin hoch ist. Vermehrter Erholungswert und Neugier auf wenig bekannte Länder in Osteuropa konkurrieren dabei offenbar noch immer miteinander (Zypern und Malta sind vermutlich von denen, die das ohnehin vorhatten, bereits früher besucht worden).

Richten Sie sich selbst auf die neuen Bedingungen ein - durch einen Urlaub in den Beitrittsländern				
Urlaubspläne				
		trifft zu	trifft zu mit Einschränkungen	trifft nicht zu
Grenzregion	grenznah	12,2%	19,6%	68,2%
	grenzfern	10,7%	28,6%	60,7%
O-W	Ost	12,2%	24,4%	63,4%
	West	9,1%	28,3%	62,6%
Gesamt		11,3%	25,5%	63,2%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Urlaub in den Beitrittsländern



Veränderungen in den Orientierungen auf die eigene Familie

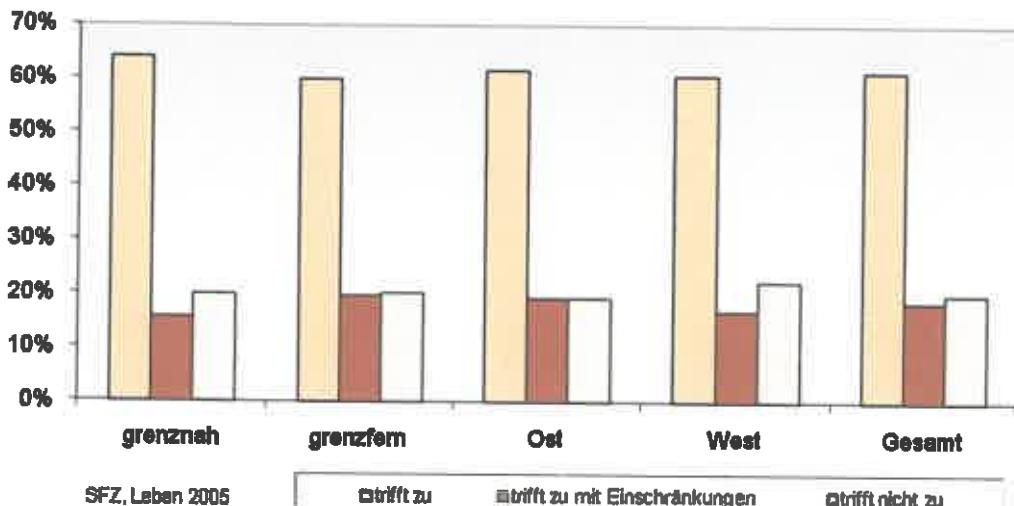
Änderungen des eigenen Verhaltens können sich nicht nur auf die neuen Mitgliedsländer und ihre Bewohner und Kulturen beziehen, sondern auch auf Aspekte der Binnenorientierung. Die berufliche Orientierung ist ein bereits genannter Aspekt.

Ein anderer Aspekt könnte in den Orientierungen auf die eigene Familie bestehen. Die Orientierung auf die Familien ist immer auch eine Möglichkeit der Verarbeitung von stark empfundenen Veränderungen und für die Absorption von Unsicherheit. Daher ist die Änderung in den Orientierungen auch ein guter Indikator für die subjektive Wahrnehmung und Verarbeitung von raschen Veränderungen.

Richten Sie sich selbst auf die neuen Bedingungen ein - dadurch, dass Sie sich nur auf Ihre Familie konzentrieren				
Familie				
		trifft zu	trifft zu mit Einschränkungen	trifft nicht zu
Grenzregion	grenznah	64,1%	15,8%	20,0%
	grenzfern	60,0%	19,8%	20,2%
O-W	Ost	61,6%	19,2%	19,2%
	West	60,7%	16,9%	22,4%
Gesamt		61,3%	18,5%	20,1%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - nur auf Familie konzentrieren



Die Ergebnisse zeigen eine erhebliche familiale Verhaltensorientierung an, die die Befragten auf die veränderte Situation seit der Erweiterung zurechnen. Nur rund 20 % geben an, dass die Erweiterung keinen Einfluss auf ihre Familienorientierung hat. Das scheint ein deutliches Anzeichen für die vermutete Unsicherheitswahrnehmung zu sein. Allerdings ist auch hier, wie schon hinsichtlich der gemachten Erfahrungen einzuschränken, ob „wirklich“ die berichteten Einstellungen auf die neue Situation in der Folge der Erweiterung zu beziehen sind. Die Gleichartigkeit des Antwortverhaltens in den hier unterschiedenen Regionen lässt allerdings vermuten, dass von den Befragten ein solcher Bezug in der Tat vorgenommen wurde.

Sicherung des Eigentums

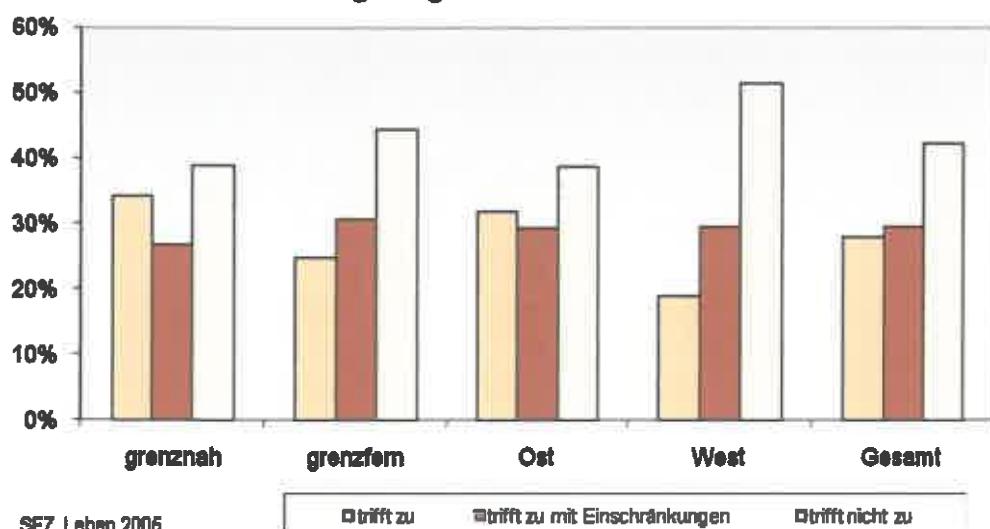
Im Kontext der Erweiterung spielten in den öffentlichen Diskussionen Fragen der Sicherheit eine große Rolle. Ob es Aspekte der sozialen Sicherheit, der inneren Sicherheit, der persönlichen Sicherheit oder andere Aspekte des Sicherheitsbedürfnisses betrifft, in allen Hinsichten wurden Risiken und steigende Verunsicherung thematisiert. Dieser Gesichtspunkt schlug sich auch in diesbezüglichen Legitimationsgründen nieder – allerdings in unterschiedlicher Ausprägung. Im Hinblick auf die innere Sicherheit wurde der erweiterten EU eine große Kompetenzerwartung entgegengebracht, während das bzgl. der sozialen Sicherheit nicht der Fall war.

Es lag nahe, auch nach evtl. Verhaltensänderungen zu fragen, die sich auf eine vermeintlich zu erwartende Steigerung der Kriminalität – und dabei insbesondere der Eigentumsdelikte – bezogen. Ob diese Erwartungen gerechtfertigt waren oder nicht, sie wären ein Feld der politischen Arbeit, zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger beizutragen.

Richten Sie sich selbst auf die neuen Bedingungen ein - dadurch, dass Sie Ihr Eigentum verstärkt sichern				
Eigentum sichern				
		trifft zu	trifft zu mit Einschränkungen	trifft nicht zu
Grenzregion	grenznah	34,3%	26,8%	39,0%
	grenzfern	24,8%	30,8%	44,4%
O-W	Ost	31,9%	29,4%	38,7%
	West	18,9%	29,6%	51,5%
Gesamt		28,1%	29,5%	42,4%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Eigentum verstärkt sichern



SFZ, Leben 2005

Es stellt sich heraus, dass bei 32,9 % der Ostdeutschen und bei 18,9 % der Westdeutschen ein derartig gesteigertes Sicherheitsbedürfnis vorlag. Im grenznahen Raum beträgt der Anteil sogar 34,3 %. Rechnet man diejenigen hinzu, die eine eingeschränkte Verstärkung ihres Sicherheitsbedürfnisses angeben, so ergibt sich, dass sich nur 38,7 % der Ostdeutschen in ihrem Sicherheitsbedürfnis nicht eingeschränkt sehen. Auch darin ist ein Indikator für die Schwierigkeiten der Unsicherheitsabsorption zu sehen.

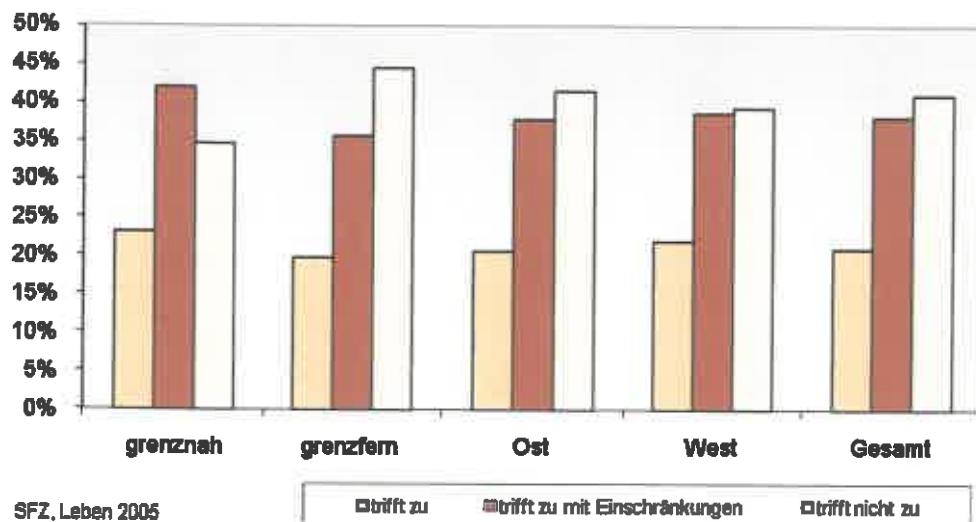
Orientierungen auf eine politische Beteiligung

Sicherheitsdefizite und Verunsicherungen – vermeintliche oder reale – können auf verschiedene Weise verarbeitet werden. Eine der Möglichkeiten könnte in einer verstärkten politischen Beteiligung gesehen werden. Aber auch in anderen Hinsichten könnte das Erleben der Erweiterung Anlass zu politischem Engagement sein.

Richten Sie sich selbst auf die neuen Bedingungen ein - dadurch, dass Sie sich mehr und mehr aus der Politik "raushalten"				
Politikentfernung				
		trifft zu	trifft zu mit Einschränkungen	trifft nicht zu
Grenzregion	grenznah	23,2%	42,1%	34,6%
	grenzfern	19,9%	35,6%	44,6%
O-W	Ost	20,6%	37,8%	41,6%
	West	22,0%	38,7%	39,3%
Gesamt		21,0%	38,1%	41,0%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - aus der Politik raushalten



Wie die Ergebnisse zeigen, kann von einer verbreiteten Abwendung von Politik und Engagement nicht die Rede sein. Nur etwa ein Fünftel der Befragten gibt deziert an, sich nun weniger in der Politik zu engagieren. Auch dabei ist interessant, dass die unterschiedenen Regionen in etwa die gleichen Antworten hervorbringen. Dabei fällt auch auf, dass die Beibehaltung der politischen Orientierung in den neuen Ländern etwas größer ist als in den alten. Das war so nicht zu vermuten, angesichts der oft wiederholten Befunde über ein geringeres politisches Interesse und Engagement in den neuen Ländern. Eine direkte politische Reaktion gibt es also nicht.

Wenn man dieses Ergebnis mit dem Befund über die diffuse Projektion der Erfahrungen auf die Politik im Allgemeinen und mit den verbreiteten negativen Einstellungen zu politischen Konsequenzen der Erweiterung vergleicht, dann kann es in diesem Zusammenhang nicht erschöpfend interpretiert werden.

Unnötigkeit von Verhaltensanpassungen

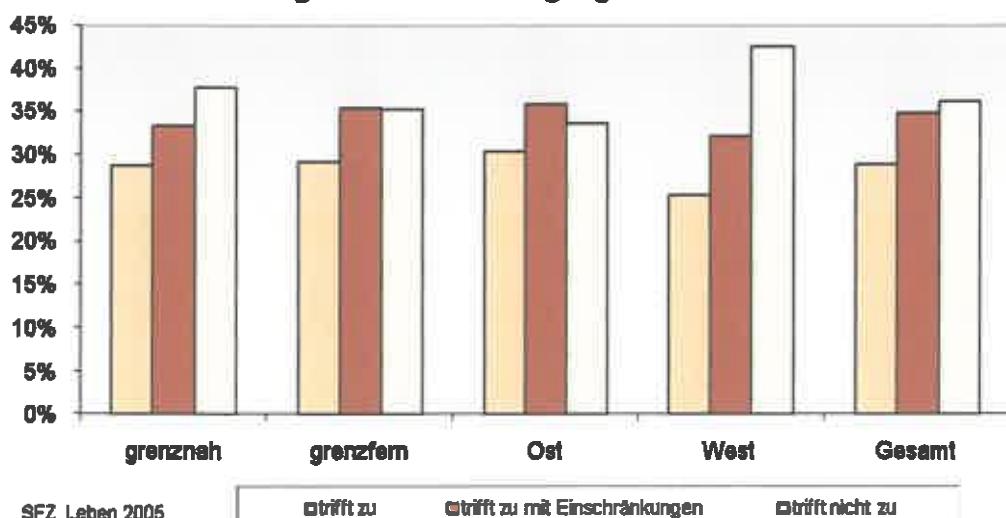
Schließlich haben wir in der Untersuchung generell die Frage gestellt, ob es überhaupt notwendig ist, sich den neuen Bedingungen seit der EU-Erweiterung im eigenen Verhalten anzupassen.

Diese Frage wird relativ ausgeglichen beantwortet:

Richten Sie sich selbst auf die neuen Bedingungen ein - es gibt keinen Grund, sich auf die neuen Bedingungen einzurichten				
sich nicht einrichten				
		trifft zu	trifft zu mit Einschränkungen	trifft nicht zu
Grenzregion	grenznah	28,8%	33,4%	37,8%
	grenzfern	29,2%	35,5%	35,3%
O-W	Ost	30,4%	35,9%	33,7%
	West	25,3%	32,2%	42,6%
Gesamt		28,9%	34,9%	36,2%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - auf neue Bedingungen nicht einrichten



Ungefähr jeweils ein Drittel der Befragten sieht einen Grund sich anzupassen, verneint einen solchen Grund oder sieht diesen Grund von Fall zu Fall.

2.5.1.2 Eigener Beitrag zum Gelingen der EU-Erweiterung

Ein weiterer Komplex von Fragen nach dem eigenen Verhalten bezog sich auf spezifische Formen und Inhalte des eigenen Engagements. Dieser Fragenkomplex ging über die Fragen der Verhaltensanpassung an die neue Situation hinaus. Jetzt wurde nach konkreteren Formen des Engagements und zielorientierter Aktivität gefragt. Dabei standen Möglichkeiten für den Einzelnen im Mittelpunkt, die geeignet und darauf gerichtet waren, einen eigenen Beitrag zum Gelingen der europäischen Einigung und Verständigung zu leisten. Was kann man selbst tun, um die Union und die Beziehungen zu den Nachbarn voran zu bringen?

Kontakt suchen

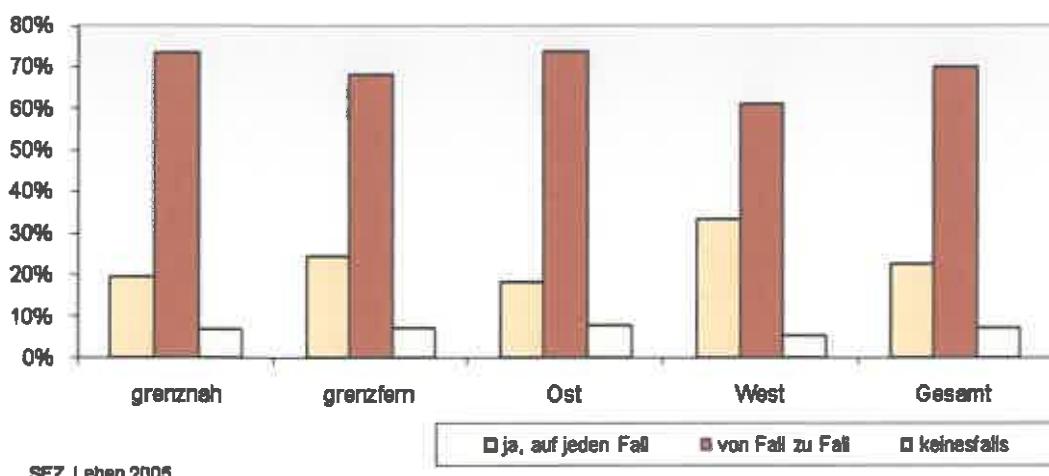
Die erste Frage bezog sich auf die konkrete und gezielte Kontaktaufnahme zu Nachbarn, also zu Menschen aus den Beitrittsländern.

Eigener Beitrag zum Gelingen der EU-Erweiterung: man sollte auf die Nachbarn zugehen

Auf Nachbarn zugehen				
		ja, auf jeden Fall	von Fall zu Fall	keinesfalls
Grenzregion	grenznah	19,4%	73,6%	7,0%
	grenzfern	24,5%	68,3%	7,2%
O-W	Ost	18,2%	73,9%	7,9%
	West	33,5%	61,3%	5,3%
Gesamt		22,7%	70,2%	7,1%

SFZ, Leben 2005

Eigener Beitrag zum Gelingen - auf Nachbarn zugehen



SFZ, Leben 2005

Es ist nur ein sehr kleiner Teil (7,1 %) der Befragten, die es grundsätzlich in Abrede stellen, einen eigenen Beitrag dadurch leisten zu können, indem man gezielt auf Menschen aus den neuen Mitgliedsländern zugeht. Die meisten schließen das von Fall zu Fall nicht aus. Wenn auch nur insgesamt ein gutes Fünftel der Befragten (im Westen sogar ein Drittel) auf jeden Fall diese Möglichkeit befürwortet, kann man insgesamt von einer positiven Einstellung gegenüber den Neumitgliedern sprechen.

Ausländische Mitbürger unterstützen

Diese Einstellung und Bereitschaft stellt sich in einem anderen Licht dar, wenn danach gefragt wird, ob man durch die Unterstützung hier lebender ausländischer Mitbürger einen eigenen Beitrag zum Gelingen der Erweiterung leisten könne.

Die Ergebnisse beider Fragen unterscheiden sich etwas, aber nicht erheblich voneinander.

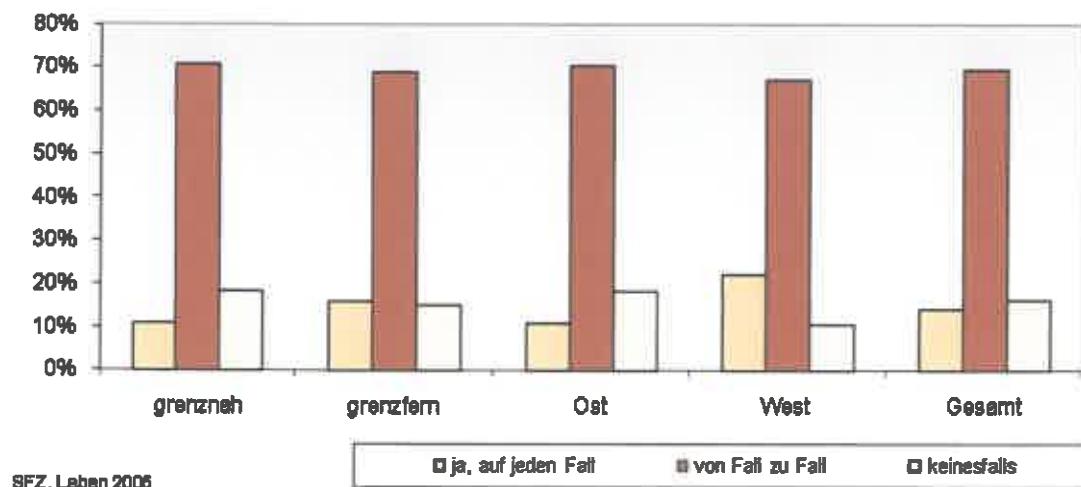
Im Fall der Unterstützung von Ausländern sind es nur 14,2 %, die unbedingt aktiv sein würden. Auch dabei ist die Bereitschaft im Westen größer als im Osten. Wiederum eine große Mitte von fast 70 % würde eine derartige Hilfeleistung von Bedingungen abhängig machen.

Der für sich genommen große Anteil derjenigen, die keinesfalls zu einer Unterstützungsleistung bereit wären, ist im Vergleich zu den skeptischen bis feindlichen Einstellungen insbesondere Ostdeutscher gegenüber Ausländern relativ moderat. Wie unten gezeigt wird, spielt die Ausländerfeindlichkeit hinsichtlich der Zustimmung zur Erweiterung eine große Rolle. In diesem Zusammenhang kann jedoch konstatiert werden, dass dann, wenn es um konkrete Hilfen geht, die Bereitschaft höher ist.

Eigener Beitrag zum Gelingen der EU-Erweiterung: man sollte ausländische Mitbürger unterstützen				
Ausländer unterstützen				
		ja, auf jeden Fall	von Fall zu Fall	keinesfalls
Grenzregion	grenznah	10,9%	70,9%	18,2%
	grenzfrem	15,9%	68,9%	15,2%
O-W	Ost	11,0%	70,6%	18,4%
	West	22,2%	67,3%	10,6%
Gesamt		14,2%	69,6%	16,2%

SFZ, Leben 2005

Eigener Beitrag zum Gelingen - unterstützen



SFZ, Leben 2006

Engagement in Vereinen

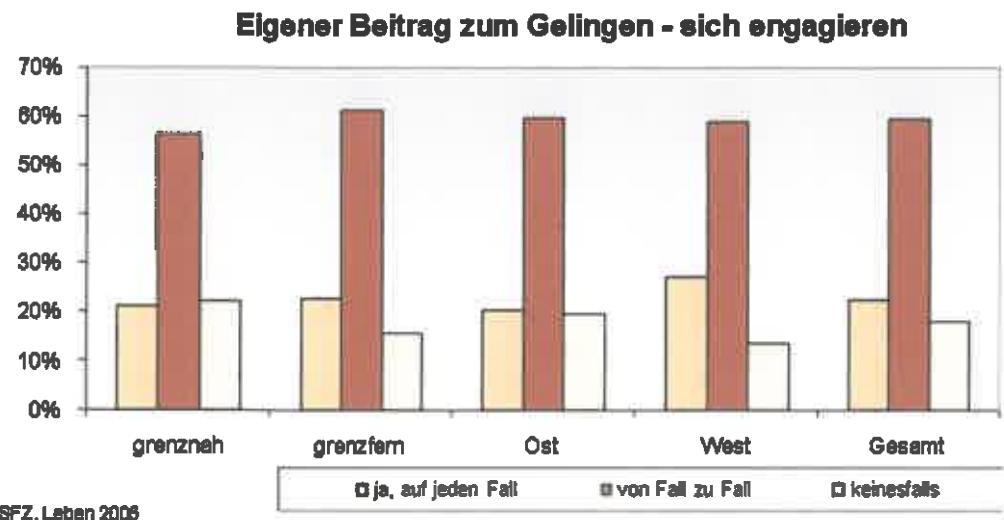
Im Unterschied zu konkreten Unterstützungsleistungen bei gegebenen Anlässen, ist das Engagement in organisierter und damit stetiger Form aufwendiger und erfordert eine grundsätzliche Einstellung zu dem jeweiligen Handlungsfeld. Umso bemerkenswerter scheint das Ergebnis zu sein, dass in etwa im gleichen Umfang wie in nicht organisierten Unterstützungsleistungen auch das Engagement in Vereinen befürwortet wird.

Engagement in der Gemeinde

Die Auffassung, dass es lohnen würde, sich in der Gemeinde zu engagieren und die Bereitschaft dazu ist auf etwas höherem Niveau in ähnlicher Weise verteilt, wie im Fall des Engagements in Vereinen.

Eigener Beitrag zum Gelingen der EU-Erweiterung: man sollte sich in der eigenen Gemeinde engagieren sich engagieren				
		ja, auf jeden Fall	von Fall zu Fall	keinesfalls
Grenzregion	grenznah	21,4%	56,3%	22,3%
	grenzfern	22,8%	61,3%	15,8%
O-W	Ost	20,5%	59,7%	19,8%
	West	27,4%	59,1%	13,6%
Gesamt		22,5%	59,5%	18,0%

SFZ, Leben 2005



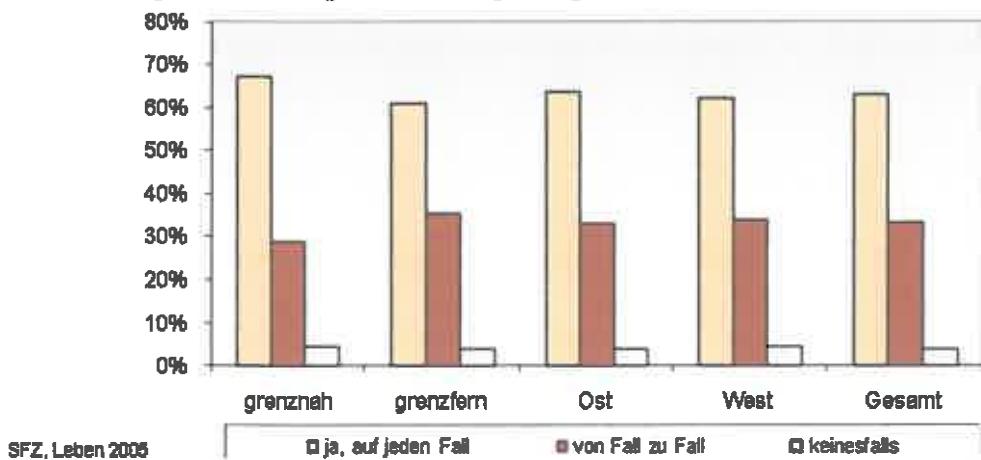
Kooperation – am Beispiel der Gefahrenabwehr

Die zielgerichtete Kooperation zum gemeinsamen Vorteil wird von nahezu allen unterstützt.

Eigener Beitrag zum Gelingen der EU-Erweiterung: man sollte gemeinsam Gefahren abwehren Gefahren abwehren				
		ja, auf jeden Fall	von Fall zu Fall	keinesfalls
Grenzregion	grenznah	67,1%	28,7%	4,2%
	grenzfern	61,0%	35,4%	3,6%
O-W	Ost	63,5%	32,8%	3,7%
	West	62,0%	33,8%	4,2%
Gesamt		63,1%	33,1%	3,8%

SFZ, Leben 2005

Eigener Beitrag zum Gelingen - gemeinsam Gefahren abwehren



2.5. Gerechtigkeitseinstellungen zur EU-Erweiterung

2.5.1 Ergebnisse

Die Transformation in Ostdeutschland hat als Folge der deutschen Einheit im Bewusstsein der Bürger den Gerechtigkeitssinn erheblich sensibilisiert. Fragen der Gerechtigkeit haben im Zusammenhang mit vielfältigen Wahrnehmungen sozialer Ungerechtigkeit enorm an Bedeutung gewonnen und beeinflussen den sozialen Sinn der Menschen stark. Unabhängig davon, ob die Artikulationen (und auch die mehr oder minder stummen Zeugnisse) des Empfindens von Ungerechtigkeit ihrerseits „angemessen“ sind, ist die Tatsache der gestiegenen Gerechtigkeitssensibilisierung ein Faktor im persönlichen und gesellschaftlichen Leben in Ostdeutschland. Damit stehen die Ostdeutschen nicht allein. Auch in den alten Bundesländern äußern die Bürgerinnen und Bürger einen vergleichsweise ausgeprägten Gerechtigkeitssinn, so dass man insgesamt davon sprechen kann, dass in der deutschen Bevölkerung Gerechtigkeitsfragen einen hohen Stellenwert haben.

Das ist auch in der Politik und bei den politischen Akteuren nicht unbeobachtet geblieben. Die Bundestagswahl 2005 hat gezeigt, dass einerseits die neoliberale Politik der rot-grünen Regierung und andererseits das noch stärker neoliberal geprägte Wahlprogramm der CDU von den Bürgern in Ost und West abgestraft wurden, so dass in der auf die Wahl folgenden großen Koalition Fragen sozialer Gerechtigkeit einen nicht unwichtigen Platz einnahmen. Heute scheint es in Deutschland unmöglich zu sein, an den Gerechtigkeitsbedürfnissen vorbei zu regieren. Wenn es dennoch geschehen sollte, kann eine Politik gegen in der Öffentlichkeit geltende Gerechtigkeitsmaßstäbe nicht offen praktiziert werden.

Im Jahr 2005 spielten in der Öffentlichkeit verschiedene Aspekte und Dimensionen von Gerechtigkeitsauffassungen eine Rolle. Unter diesen befand sich auch der Komplex von Antizipationen, Befürchtungen und Erwartungen, die mit der Erweiterung der EU und ihren Konsequenzen verbunden waren. Diese Fragen stellten wir vor dem Hintergrund, dass sich

für Ostdeutsche seit der Wende im Hinblick auf Gerechtigkeitsfragen drei Referenzfolien als Bezugs- und Vergleichspunkte ergeben hatten: die ehemalige DDR, die für sie neue Wirtschafts- und Sozialordnung seit 1990 und seit der EU-Erweiterung die neuen Mitgliedsländer. Die Frage, welcher Bezugspunkt in empirischen Gerechtigkeitsuntersuchungen von den Menschen gewählt wird, ist oft ungeklärt. Daher haben wir in unsere Untersuchung die beiden aktuellen Referenzbereiche einbezogen.

gen. Wir fragten erstens nach den Gerechtigkeitseinstellungen im Verhältnis der neuen Mitgliedsländer zur EU und damit auch zu den damals schon 15 Jahre dazugehörigen Ostdeutschen und nach dem Vergleich der neuen Referenz (alte und neue EU-Mitglieder) und der älteren Referenz (Ost- und Westdeutschland).

Die Gerechtigkeitsfragen spielen auch im Hinblick auf die Erwartungen an eine europäische Sozialordnung eine Rolle. Bemühungen zur Durchsetzung von Grundelementen einer solchen Ordnung sehen sich immer wieder dem Hindernis gegenüber, dass eine Konvergenz von Rechten und Standards im Bereich der sozialen Sicherung auf Grund der verschiedenen nationalen institutionellen Ordnungen und der verschiedenen Niveaus der sozialen Sicherung in absehbarer Zeit nicht möglich erscheint. Hinzu kommen nationale wirtschaftliche Interessen, die sich gelegentlich in einer Konkurrenz der sozialen Sicherung nach unten äußern. Das Bemühen der sozialpolitisch relevanten Akteure geht dahin, diesen „Wettbewerb“ umzukehren und von einem Negativdruck in einen Steigerungsdruck umzuwandeln.

Die Frage im Fragebogen lautete: „Die Erweiterung bedeutet auch, eine Reihe von Einschränkungen hinzunehmen. Diese werden – je nach dem – oft als gerecht oder ungerecht oder auch als solidarisch bewertet. Ist es gerecht, dass...

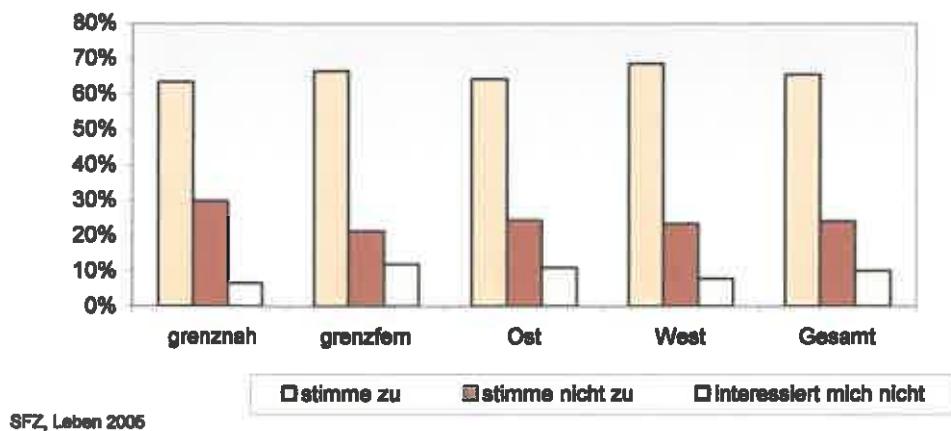
Chancengleichheit

Der erste Indikator unserer Gerechtigkeitsfragen bezog sich auf das Konzept der sozialen Gerechtigkeit als Chancengleichheit zwischen Bürgern aus alten und neuen Mitgliedern. Dieses Konzept ist zwar nicht eins zu eins von der nationalen Ebene auf eine internationale Ebene zu übertragen, bringt aber zum Ausdruck, dass den alten wie den neuen EU-Mitgliedern die selben Entwicklungschancen eingeräumt werden. Wie der Begriff der Chancengleichheit im internationalen Vergleich konkret gefüllt wird, bleibt dabei offen. Ob er bedeutet, dass den neuen Mitgliedern erweiterte Anwartschaften eingeräumt werden, um einen Rückstand aufzuholen oder ob es bedeutet, vom gegenwärtigen Niveau aus das Prinzip der Gleichheit anzuwenden und damit bestehende Unterschiede in die Zukunft zu verlängern wird in einer weiteren Frage zu beantworten versucht.

Gerechtigkeit der Erweiterung: gleiche Chancen für die Bürger der neuen Mitgliedsländer

		gleiche Chancen		
		stimme zu	stimme nicht zu	interessiert mich nicht
Grenzregion	grenznah	63,6%	29,8%	6,6%
	grenzfern	66,7%	21,3%	12,0%
O-W	Ost	64,4%	24,5%	11,0%
	West	68,8%	23,4%	7,9%
Gesamt		65,7%	24,2%	10,1%

EU-Erweiterung - gleiche Chancen



Zwei Drittel stimmen der Anwendung des Prinzips der Chancengleichheit zu. Die Unterschiede zwischen den Ost- und den Westdeutschen sind dabei gering, wie auch die zwischen grenznahen und grenzfernen Regionen. Allerdings stimmt auch ein Viertel der Befragten diesem Prinzip nicht zu. Ob sich dahinter ein anderer Inhalt des Grundsatzes der Chancengleichheit verbirgt oder ob es sich bei den ablehnenden Haltungen tatsächlich um eine Ablehnung des Grundsatzes im Allgemeinen handelt, muss einer weitern Analyse vorbehalten bleiben.

Europäische Integration versus deutsche Einheit

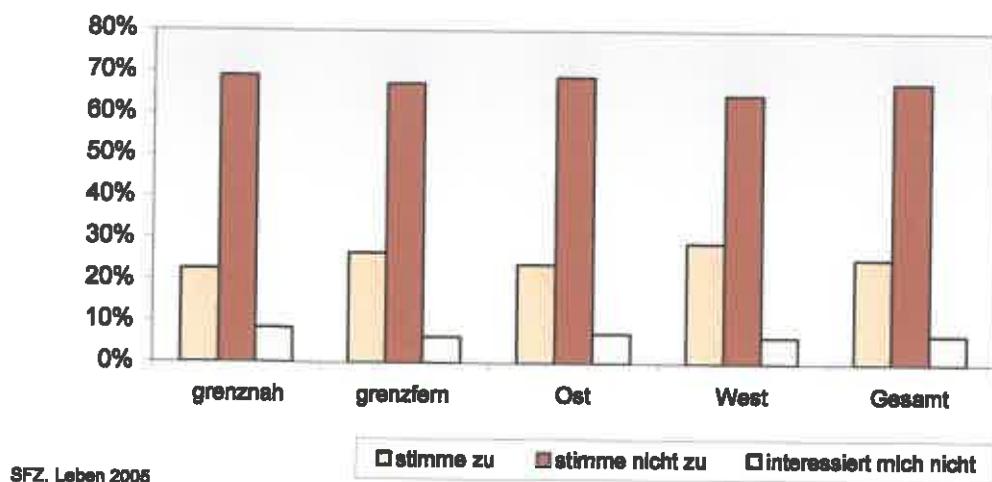
Werden zwei verschiedene Gerechtigkeitsreferenzen direkt einander gegenüber gestellt, verdeutlicht sich das Bild davon, wo Grenzlinien für die Gewährung von Chancengleichheit gesehen werden. Diese Grenzlinien sind für eine Mehrheit der Befragten im erreichten Stand und in den Erwartungen an die Gestaltung der deutschen Einheit gegeben.

Gerechtigkeit der Erweiterung: im Interesse der Erweiterung kann die deutsche Einheit in den Hintergrund treten

		Deutsche Einheit		
		stimme zu	stimme nicht zu	Interessiert mich nicht
Grenzregion	grenznah	22,5%	69,1%	8,4%
	grenzfrem	26,5%	67,3%	6,3%
O-W	Ost	23,8%	68,9%	7,2%
	West	29,0%	64,7%	6,4%
Gesamt		25,3%	67,7%	7,0%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - deutsche Einheit sollte in den Hintergrund treten



Auch in dieser Frage sind die Antworten relativ eindeutig. Zwei Drittel der Probenden lehnen ab, dass die Anstrengungen zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse zugunsten der Förderung der Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb der EU verringert werden. Auch in dieser Frage sind die regionalen Differenzen gering. Das bedeutet auch, dass die Westdeutschen in fast demselben Maße diese Ablehnung unterstützen. Das kann als ein Indikator dafür verstanden werden, dass es zwischen Ost und West kaum eine Differenz in der Bewertung des Standes der deutschen Einheit gibt – zumindest dann nicht, wenn die entsprechende Diskussion vor dem Hintergrund der Folie Europas geführt würde.

Die Zustimmungswerte sind allerdings genauer zu interpretieren als die Ablehnungswerte in der Frage der Chancengleichheit. Es gibt in beiden Regionen Deutschlands eine signifikante Gruppe von Menschen, die der europäischen Integration den Vorrang vor der weiteren Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb Deutschland geben.

Verteilung von Fördermitteln

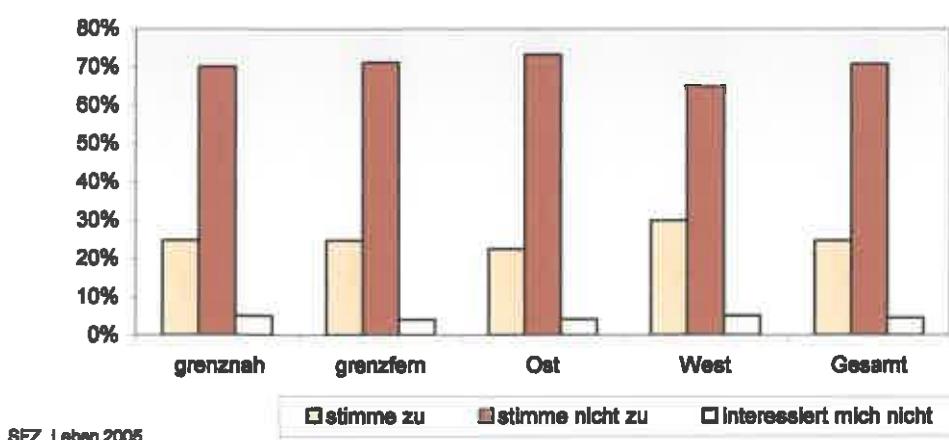
In einer Konkretisierung der obigen Fragestellung wurde gezielt nach dem Vorrang in der Verteilung von Fördermitteln gefragt. Auch in dieser Spezifikation ergibt sich das gleiche Ergebnis. Etwa zwei Drittel der Befragten geben der innerdeutschen Verteilung von Fördermitteln den Vorrang vor der internationalen. Das bedeutet nun nicht, dass eine einseitige Präferenz ausgesprochen wurde. Zusammen mit den Antworten auf die Fragen nach der Chancengleichheit könnte man schließen, dass Fairness im Hinblick auf die geltenden Verteilungsregeln gegeben sein sollte, was einschließt, dass die Regeln und Kriterien beibehalten werden sollten. Es bedeutet aber auch, dass – etwas mehr bei den Ostdeutschen – keine weiteren Mittel aus den innerdeutschen Umverteilungstöpfen auf dem einen oder anderen Weg den neuen Mitgliedsländern zufließen sollten.

Gerechtigkeit der Erweiterung: Fördermittel sollten weniger in die neuen Bundesländer als in die neuen EU-Mitgliedsländer fließen

		Fördermittel		
		stimme zu	stimme nicht zu	Interessiert mich nicht
Grenzregion	grenznah	24,8%	70,2%	5,0%
	grenzfern	24,7%	71,3%	4,0%
O-W	Ost	22,5%	73,4%	4,1%
	West	30,0%	65,0%	5,0%
Gesamt		24,7%	70,9%	4,4%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - gleiche Chancen



SFZ, Leben 2005

Gerechtes Lohnniveau

Ein interessantes, aber schwer zu deutendes Ergebnis erbrachte die Frage danach, ob die Lohnniveaus in den alten und den neuen EU-Mitgliedsländern beibehalten werden sollten. Die Antworten sind deshalb schwer zu interpretieren, weil nicht genau bestimmt werden kann, welcher Gerechtigkeitsbezugspunkt von den Befragten bei der Antwort gewählt wurde. Die Zustimmung zu dieser Frage könnte bedeuten, dass eine Angleichung des Lohnniveaus deshalb ungerecht wäre, weil das die jeweiligen Wirtschaften der neuen Mitglieder nicht verkraften könnten. Eine Aufhebung der Lohnunterschiede könnte nur mittels massiver europäischer finanzieller Unterstützung erfolgen und würde u. U. dem Grundsatz der Beibehaltung der Verteilung von Fördermitteln widersprechen. Eine Zustimmung könnte aber auch vom Grundsatz der Chancengleichheit aus erfolgt sein. Und umgekehrt, eine Ablehnung könnte bedeuten, dass man der Meinung ist, eine Annäherung der Lohnniveaus widersprächen dem Leistungsprinzip.

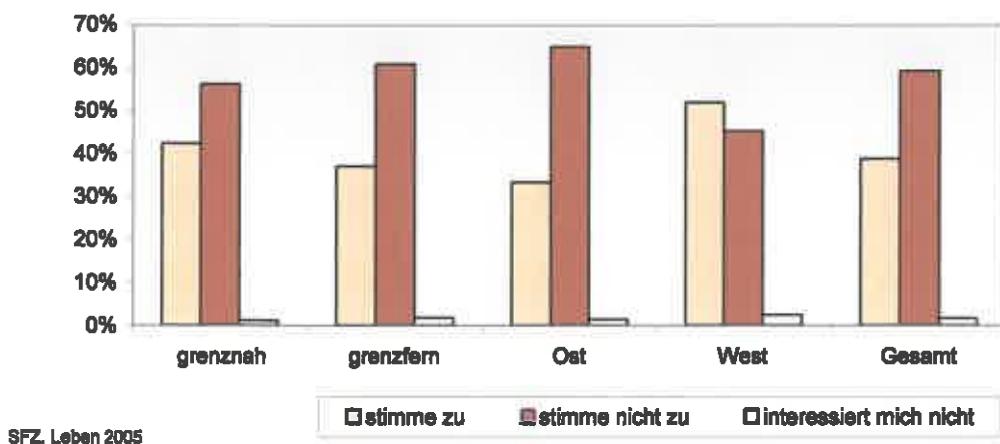
Interessant ist das Ergebnis auch deshalb, weil doch anteilig erheblich mehr Westdeutsche als Ostdeutsche der Aufrechterhaltung der gegebenen Lohnniveaus zustimmen. Der Anteil liegt über dem derjenigen, die der europäischen Sozialintegration den Vorrang vor der nationalen Sozialintegration geben. Es muss also einen signifikanten Teil unter den westdeutschen Befragten geben, der die Gerechtigkeitsgrundsätze auf einen nationalen, innerdeutschen Referenzrahmen bezieht.

Gerechtigkeit der Erweiterung: Unterschiede in den Löhnen sollten beibehalten werden

		unterschiedliche Löhne		
		stimme zu	stimme nicht zu	Interessiert mich nicht
Grenzregion	grenznah	42,5%	56,3%	1,2%
	grenzfern	37,2%	61,0%	1,8%
O-W	Ost	33,5%	65,1%	1,4%
	West	52,1%	45,4%	2,5%
Gesamt		38,9%	59,4%	1,7%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Unterschiede Löhne



SFZ, Leben 2005

		Unterschiede Löhne		
		stimme zu	stimme nicht zu	interessiert mich nicht
		Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%
Geschlecht	männlich	48,6%	48,9%	2,4%
	weiblich	36,2%	61,3%	2,5%
Alter	unter 25	29,8%	64,9%	5,3%
	25-39	44,9%	53,4%	1,6%
	40-49	45,9%	51,3%	2,9%
	50-59	45,8%	52,6%	1,6%
	60 u.dar.	40,3%	57,0%	2,7%
	unter 8 Klassen	43,8%	50,0%	6,3%
Schulabschluss	8-Klassen-/Hauptschul-Abschluss	40,3%	57,3%	2,4%
	10-Klassen/Realschul-Abschluss	38,3%	59,5%	2,2%
	12 oder 13 Klassen/Gymnasium	50,3%	47,4%	2,3%
	Fachabitur	43,5%	51,9%	4,6%
	noch in der Ausbildung/Schule	41,7%	58,3%	
	ohne Abschluss	33,3%	65,6%	1,1%
Qualifikation	Facharbeiter/Meister	38,5%	60,3%	1,2%
	Fachschule	38,1%	56,3%	5,6%
	Hochschule	52,2%	45,1%	2,6%
	keine Angaben	56,1%	41,5%	2,4%
	erwerbstätig-voll	45,3%	52,8%	1,9%
Erwerbsstatus	Teilzeit/geringfügig	48,3%	50,0%	1,7%
	arbeitsmarktp. Maßn.	50,0%	50,0%	
	arbeitslos	46,4%	51,8%	1,8%
	Rentner/Vorrentner	38,4%	58,4%	3,2%
	Sonstiges	36,8%	58,9%	4,2%
	bis 500	50,0%	44,4%	5,6%
individuelles Nettoeink./-/Monat	500-999	38,5%	60,2%	1,3%
	1000-1499	37,3%	60,0%	2,7%
	1500-1999	47,9%	50,3%	1,8%
	2000 u.d.	56,4%	40,4%	3,2%
	ohne Einkommen	50,0%	50,0%	

Einheitliche Sozialstandards

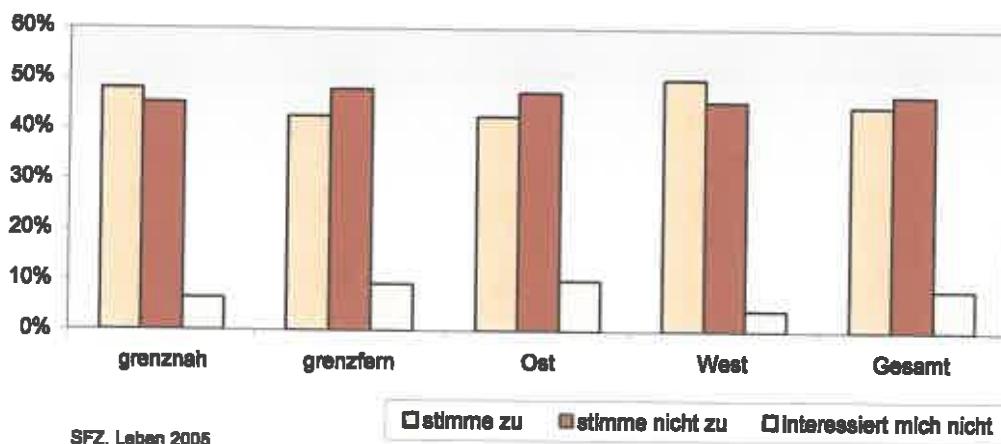
Ähnlich wie die Frage der Lohnangleichung ist die Frage nach der Angleichung des Sozialstandards deshalb schwer zu interpretieren, weil die jeweils persönlichen Gerechtigkeitskriterien und -maßstäbe nicht bekannt sind. Auch hier stimmt die Hälfte der westdeutschen Befragten dafür, die Sozialstandards nicht anzulegen.

Die Antworten der Ostdeutschen unterscheiden in dieser Frage etwas von der Frage der Angleichung der Lohnniveaus. Man kann vermuten, dass hier die verschiedenen „Mechanismen“, die real an den Prozessen der Angleichung oder der Aufhebung der Unterschiede der jeweiligen Niveaus beteiligt sind, in den Antworten eine Rolle spielen. Im Fall der Festsetzung der Lohnhöhe wird man vielleicht der Auffassung sein, dass diese „eigentlich“ eine Funktion des Marktes sein sollte und daher eher zugestimmt werden kann, wenn und insofern Angleichungen der Löhne aus eben diesen Mechanismen des Marktes hervorgehen. Wenn – wie bei den Sozialstandards – staatliche Leistungen eine große Rolle spielen, so ist man offenbar eher geneigt, einer Belbehaltung der unterschiedlichen Standards zuzustimmen.

Gerechtigkeit der Erweiterung: es sollten weiterhin andere Sozialstandards gelten				
andere Sozialstandards				
		stimme zu	stimme nicht zu	interessiert mich nicht
Grenzregion	grenznah	48,1%	45,3%	6,5%
	grenzfern	42,7%	48,0%	9,3%
	Ost	42,6%	47,4%	10,0%
	West	50,0%	45,7%	4,2%
Gesamt		44,7%	46,9%	8,3%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - andere Sozialstandards



SFZ, Leben 2005

		andere Sozialstandards bleiben erhalten		
		stimme zu	stimme nicht zu	interessiert mich nicht
		Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%
Geschlecht	<u>männlich</u>	50,5%	42,4%	7,1%
	<u>weiblich</u>	44,7%	48,6%	6,8%
Alter	<u>unter 25</u>	33,9%	53,6%	12,5%
	<u>25-39</u>	47,6%	45,6%	6,9%
	<u>40-49</u>	49,3%	43,2%	7,6%
	<u>50-59</u>	49,0%	45,4%	5,6%
	<u>60 u.dar.</u>	48,2%	45,2%	6,6%
	<u>unter 8 Klassen</u>	62,5%	31,3%	6,3%
Schulabschluss	<u>8-Klassen-/Hauptschul-Abschluss</u>	44,0%	48,8%	7,2%
	<u>10-Klassen/Realschul-Abschluss</u>	47,3%	43,6%	9,1%
	<u>12 oder 13 Klassen/Gymnasium</u>	48,0%	47,4%	4,7%
	<u>Fachabitur</u>	51,9%	44,4%	3,7%
	<u>noch in der Ausbildung/Schule</u>	50,0%	41,7%	8,3%
	<u>ohne Abschluss</u>	38,2%	57,3%	4,5%
Qualifikation	<u>Facharbeiter/Meister</u>	45,9%	45,3%	8,9%
	<u>Fachschule</u>	46,8%	45,8%	7,4%
	<u>Hochschule</u>	52,4%	43,1%	4,5%
	<u>keine Angaben</u>	54,8%	35,7%	9,5%
	<u>erwerbstätig-voll</u>	49,6%	43,1%	7,3%
Erwerbsstatus	<u>Teilzeit/geringfügig</u>	45,3%	51,3%	3,4%
	<u>arbeitsmarktp. Maßn.</u>	56,3%	31,3%	12,5%
	<u>arbeitslos</u>	47,0%	46,1%	7,0%
	<u>Rentner/Vorrentner</u>	47,3%	44,8%	8,0%
	<u>Sonstiges</u>	43,0%	51,6%	5,4%
	<u>bis 500</u>	50,7%	44,0%	5,3%
individuelles Nettoeink./~/Monat	<u>500-999</u>	46,9%	43,0%	10,2%
	<u>1000-1499</u>	44,0%	49,2%	6,9%
	<u>1500-1999</u>	49,1%	45,5%	5,4%
	<u>2000 u.d.</u>	57,5%	38,7%	3,8%
	<u>ohne Einkommen</u>		100,0%	

Solidarität mit Menschen in den neuen Mitgliedsländern

Fragen sozialer Solidarität unterscheiden sich von Gerechtigkeitsfragen unter anderem dadurch, dass sie in einem höheren Maße an die motivierte Aktivität der Menschen gebunden sind. Solidarität wird eher als eine freiwillige Eigenleistung des Gebens verstanden. Gerechtigkeit ist im allgemeinen Verständnis dagegen mehr auf institutionalisierte Formen der Ermöglichung von Unterstützung und Ausgleich angewiesen, vor allem auf rechtlich gesicherte Anwartschaften. Daher ist die Zustimmung zu Solidaritätsaufforderungen stärker von der eigenen Motivation abhängig.

Es wundert also vielleicht nicht, dass die Ergebnisse im Hinblick auf die Bereitschaft zur Solidarität mit Menschen in neuen Mitgliedsländern ablehnender ausfallen.

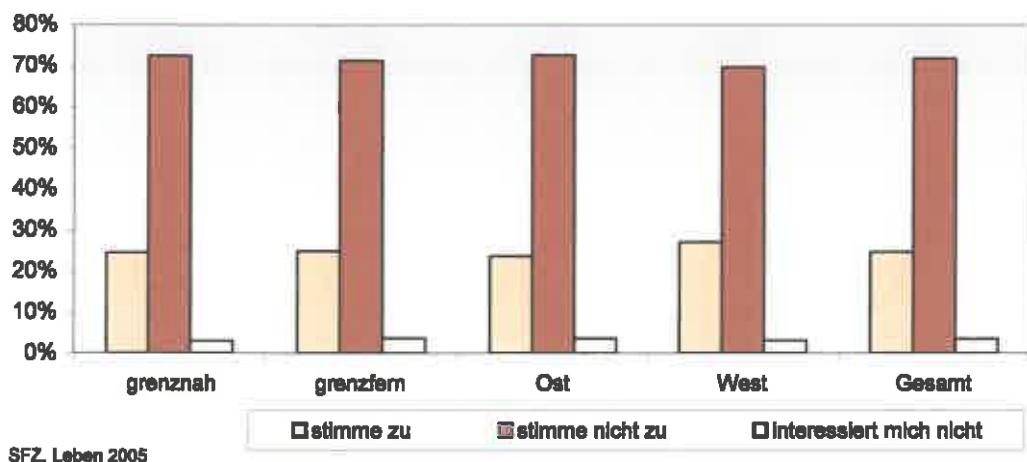
Der These, die Deutschen sollten zugunsten der Menschen in neuen Mitgliedsländern in sozialer Hinsicht Einschränkungen in Kauf nehmen, stimmte nur ein Viertel der Befragten zu (im Westen 27,1 %, im Osten 23,7 %).

Überraschend ist, dass die Ostdeutschen in fast demselben Maße dieser These zustimmten.

Solidarität mit den Neumitgliedern: die Deutschen sollten in sozialer Hinsicht zugunsten der Neumitglieder etwas zurückstecken				
Deutsche zurückstecken				
		stimme zu	stimme nicht zu	interessiert mich nicht
Grenzregion	grenznah	24,5%	72,5%	3,0%
	grenzfern	24,9%	71,4%	3,7%
O-W	Ost	23,7%	72,7%	3,6%
	West	27,1%	69,8%	3,1%
Gesamt		24,7%	71,9%	3,5%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - zugunsten Neumitglieder zurückstecken



SFZ, Leben 2005

		Deutsche sollten zurückstecken		
		stimme zu	stimme nicht zu	interessiert mich nicht
		Zeilen%	Zellen%	Zeilen%
Geschlecht	männlich	28,0%	68,2%	3,8%
	weiblich	28,4%	68,4%	3,2%
Alter	unter 25	26,8%	62,5%	10,7%
	25-39	20,4%	76,8%	2,8%
Schulabschluss	40-49	24,6%	70,1%	5,3%
	50-59	29,9%	67,5%	2,5%
Qualifikation	60 u.dar.	34,3%	63,5%	2,2%
	unter 8 Klassen	25,0%	62,5%	12,5%
Erwerbsstatus	8-Klassen-/Hauptschul-Abschluss	26,8%	71,8%	1,4%
	10-Klassen/Realschul-Abschluss	20,7%	74,7%	4,6%
individuelles Nettoeink./~/Monat	12 oder 13 Klassen/Gymnasium	39,0%	58,4%	2,6%
	Fachabitur	33,6%	63,6%	2,8%
Nettoeink./~/Monat	noch in der Ausbildung/Schule	33,3%	66,7%	
	ohne Abschluss	36,3%	60,4%	3,3%
Nettoeink./~/Monat	Facharbeiter/Meister	18,6%	77,2%	4,2%
	Fachschule	30,7%	66,5%	2,8%
Nettoeink./~/Monat	Hochschule	36,7%	60,4%	2,9%
	keine Angaben	34,9%	60,5%	4,7%
Nettoeink./~/Monat	erwerbstätig-voll	22,2%	74,2%	3,6%
	Teilzeit/geringfügig	37,3%	61,9%	,8%
Nettoeink./~/Monat	arbeitsmarktp. Maßn.	25,0%	62,5%	12,5%
	arbeitslos	17,4%	76,5%	6,1%
Nettoeink./~/Monat	Rentner/Vorrentner	34,2%	63,1%	2,7%
	Sonstiges	33,7%	61,1%	5,3%
Nettoeink./~/Monat	bis 500	26,3%	68,4%	5,3%
	500-999	21,6%	74,4%	3,9%
Nettoeink./~/Monat	1000-1499	30,0%	67,0%	3,0%
	1500-1999	30,5%	68,3%	1,2%
Nettoeink./~/Monat	2000 u.d.	34,0%	62,8%	3,2%
	ohne Einkommen	50,0%	50,0%	

Verzicht der Ostdeutschen

Die Frage danach, ob die Ostdeutschen eher zugunsten der Neumitglieder Einschränkungen in Kauf nehmen sollten, wurde noch stärker abgelehnt – verständlicher Weise in den neuen Ländern mehr als in den alten Ländern. Aber auch dort stimmten weniger Befragte einer Einschränkung der Ostdeutschen als einer Einschränkung aller Deutschen zu. Das kann man auf eine stärkere innerdeutsche Solidarität zurückführen, als es in den Gerechtigkeitsfragen zum Ausdruck kam.

Solidaritätserwartungen an die Menschen in neuen Mitgliedsländern

Die fast spiegelbildliche Frage danach, ob auch die Menschen in den neuen EU-Mitgliedsländern in bestimmter Hinsicht Solidarität mit oder wenigstens Verständnis für die Menschen in Deutschland haben sollten, wurde entsprechend beantwortet.

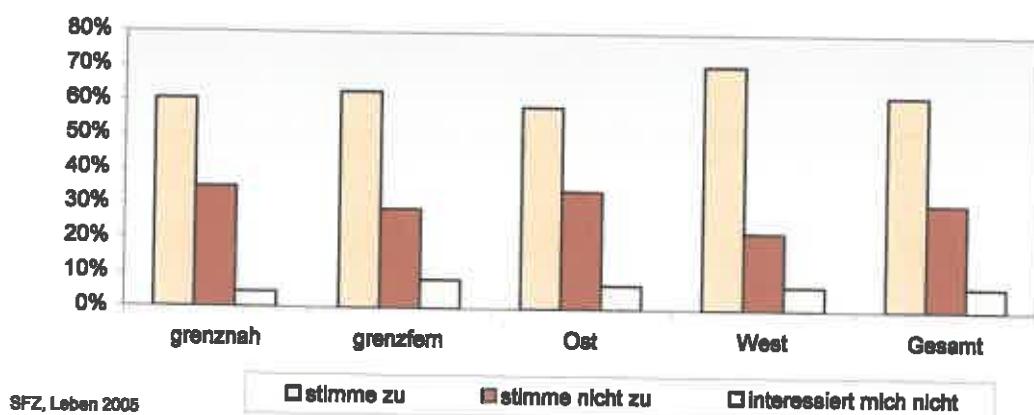
Solidarität mit den Neumitgliedern: die Neumitglieder sollten in ihren Erwartungen auf soziale Probleme in Deutschland Rücksicht nehmen

Rücksicht der Neumitglieder

		stimme zu	stimme nicht zu	interessiert mich nicht
Grenzregion	grenznah	60,5%	35,0%	4,5%
	grenzfern	62,9%	28,8%	8,3%
O-W	Ost	58,7%	34,3%	7,0%
	West	70,8%	22,4%	6,9%
Gesamt		62,2%	30,9%	6,9%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - soziale Probleme



SFZ, Leben 2005

2.6. Bewertung und Bilanz der Erweiterung

2.6.1 Ergebnisse

Das zentrale Thema der Untersuchung, die Analyse von Werten, Einstellungen und Handlungsorientierungen der Menschen in den neuen Bundesländern und einigen ausgewählten Regionen in den alten Bundesländern bündelt sich in einer Bilanz der Erweiterung nach wahrgenommenen Vor- und Nachteilen im ersten Jahr danach.

In den Antworten auf die gestellte Frage, ob und in welchem Maße Vor- bzw. Nachteile infolge der Erweiterung im eigenen Leben wahrgenommen wurden, mischen sich verschiedene Gesichtspunkte. Wie immer bei derartigen allgemeinen Evaluierungen spielen für die Befragten sowohl erlebte Veränderungen eine Rolle, wie auch eigene Maßstäbe und Erwartungen. Damit sind die Ergebnisse natürlich nicht nur in dem Sinn subjektiv, dass sie die Antworten der Befragten wiedergeben, sondern auch in dem Sinn, wie die Befragten ihre unterschiedlichen eigenen Erfahrungen und Wahrnehmungen wägen und an welchen Bezugspunkten sie sich dabei orientieren.

Für die Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten:

1. Die Bilanzierung von Vor- und Nachteilen nehmen die Probanden subjektiv vor. Das schließt ein, dass für jeden unterschiedliche Gesichtspunkte von Bedeutung sind. Es werden also unter Umständen sehr verschiedene Bereiche und Erfahrungen in die persönliche Bilanz einbezogen.
2. Auch dann, wenn sich die Bilanzierung auf gleiche oder ähnliche Gesichtspunkte beziehen sollte (z.B. materielle Gesichtspunkte, familiäre, politische, religiöse oder xenophobe), sind in der Regel die Maßstäbe der Beurteilung und Bewertung verschieden. Diese hängen bekanntlich von eigenen Wertvorstellungen, Erfahrungen und Erwartungen ab.
3. Es ist nicht sicher und kann auch aus einer Beobachterperspektive nicht beurteilt werden, ob die Befunde mit objektiven Gegebenheiten und Bedingen korrelieren. Es kann nicht einmal als sicher unterstellt werden, ob bestimmte gegebene Bedingungen, die in die Evaluation einbezogen werden, als solche tatsächlich in der Wahrnehmung und Erfahrung der Befragten und damit in ihre Bewertung einfließen. Wie bereits des Öfteren angesprochen wurde, kann angesichts einiger Ergebnisse daran gezweifelt werden, ob die einer Bewertung zugrunde liegende Veränderung oder Bedingung tatsächlich so eingetreten sein kann bzw. ob ihr Eintreten ursächlich mit Folgen der Erweiterung verbunden ist

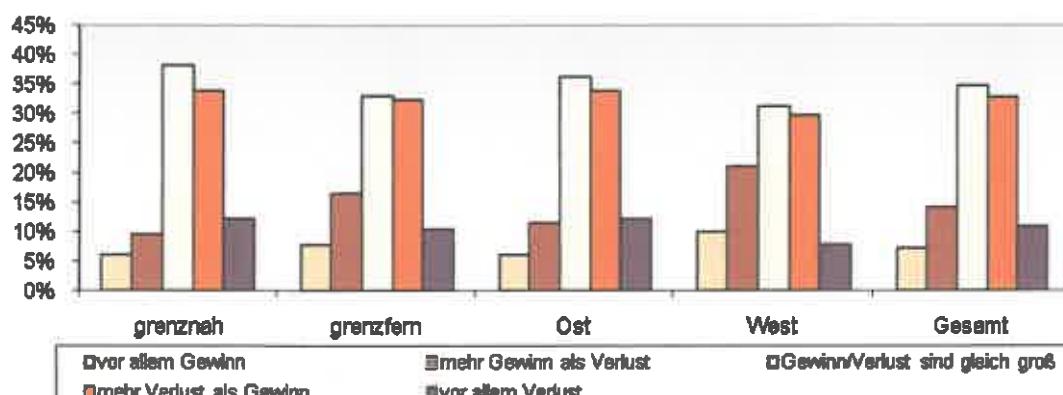
Die folgende Übersicht zeigt die Ergebnisse, wiederum differenziert nach Ost und West einerseits und danach, ob die Befragten in einer grenznahen oder grenzfernen Region wohnen. Ergänzt werden die Analysen mit sozialstrukturellen Differenzierungen in den Bewertungen in den Aspekten, in denen sich ein deutlicher Einfluss der sozialen Position auf die Bewertungen ergeben hat. Diese Einflüsse lassen sich in der Feststellung zusammenfassen, dass die soziale Lage und insbesondere die Erfahrungen, die im Kontext des zeitlichen Horizontes der EU-Erweiterung gemacht wurden (auch wenn sie objektiv nicht auf die Erweiterung zurückgeführt werden können), einen großen Einfluss auf die Beurteilung der EU und ihrer Erweiterung haben.

Schließlich stellen wir den Zusammenhang zwischen ausländerfeindlichen Einstellungen und Bewertungen der Einheit dar. Es wird sich zeigen, dass die relativ stark ausgeprägten Vorbehalte gegenüber Ausländern einen noch deutlicheren Einfluss auf die Bewertung haben als die sozialstrukturelle Differenzierung.

Gewinn-Verlust-Bilanz der EU-Erweiterung						
EU-Erweiterung insgesamt						
		vor al- lem Ge- winn	mehr Gewinn als Verlust	Ge- winn/Verlu st sind gleich groß	mehr Verlust als Gewinn	vor al- lem Verlust
Grenzregion	grenznah	6,1%	9,5%	38,2%	33,9%	12,2%
	grenzfern	7,8%	16,6%	33,0%	32,3%	10,4%
	Ost	6,1%	11,6%	36,2%	33,9%	12,2%
	West	10,1%	21,0%	31,3%	29,7%	7,9%
Gesamt		7,2%	14,2%	34,8%	32,8%	11,0%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Gewinn-Verlust-Bilanz



SFZ, Leben 2005

Wie aus der Tabelle und der Grafik ersichtlich, geben insgesamt 17,7 % der Ostdeutschen und 31,1 % der befragten Westdeutschen an, dass die Erweiterung insgesamt mehr Vorteile als Nachteile brachte. In den grenznahen Regionen werden die Vorteile der Erweiterung geringer eingeschätzt. Es ist zu bedenken, dass in dieser Kategorie alle westdeutschen Befragten enthalten sind, so dass geschlussfolgert werden kann, dass in den ostdeutschen grenznahen Regionen die Feststellung von Vorteilen noch geringer ausfällt.

Gleichzeitig ist der Tabelle zu entnehmen, dass die Nachteile gegenüber den Vorteilen in beiden Landesteilen überwiegen. In den neuen Bundesländern gaben 46,1 % der Befragten an, dass die wahrgenommenen Nachteile der Erweiterung überwiegen, in den alten Bundesländern gaben das 37,6 % an. Der Rest in den jeweiligen Gruppen (36,2 % im Osten und 31,3 % im Westen), hält die Vorteile und Nachteile für ausgeglichen und ein Teil gab keine Antwort.

Dieses Ergebnis ist ernüchternd und weicht in einem gewissen Sinn von der allgemeinen Einstellung gegenüber der EU ab. Das Eurobarometer 63.4 für Deutschland aus dem Frühjahr 2005 ermittelte 58 % Zustimmung der Deutschen zur Mitgliedschaft Deutschlands zur EU (Eurobarometer 63.4, S. 15). Die Zustimmung zur EU im allgemeinen und zur Mitgliedschaft Deutschlands im besonderen ist größer als der Anteil derjenigen, die in der Erweiterung eher Vorteile erkennen.

Damit liegt für die Bewertung dieses Ergebnisses die Einschätzung nahe, dass – im Großen und Ganzen – die Zustimmung zur EU in den alten und auch in den neuen Bundesländern höher ist, als die Wahrnehmung von Vorteilen der Erweiterung.

Auf zwei Aspekte sei hingewiesen:

Die Bewertung der Erweiterung nach Vor- und Nachteilen stellt in erster Linie den persönlichen Erfahrungshintergrund in Rechnung und erst in zweiter Linie werden dabei Aspekte einbezogen, die auch über den eigenen Lebensbereich hinaus, also für die Region oder das Land insgesamt für wichtig gehalten werden. Die generelle Frage nach der Zustimmung zur EU schließt in erster Linie Gesichtspunkte ein, die auch über den eigenen Lebensbereich hinausgehen und für die Allgemeinheit für wichtig erachtet werden. Während im Fall der Frage nach der Bilanz der Erweiterung zum einen ein konkreter zeitlicher Bezugspunkt zum Ausdruck kommt und zum anderen eigenen Interessenlagen eine nicht unbedeutende Rolle spielen, sind Bewertungen der EU insgesamt nicht auf eine konkrete zeitliche Erfahrung bezogen und beziehen allgemeine Wertgesichtspunkte mit ein.

Zweitens und damit zusammenhängend fließen in die Bilanz der Erweiterung auch andere Erfahrungen und Interessen ein, die nicht unmittelbar mit der Erweiterung selbst zu tun haben. Auf diesen Gesichtspunkt sind wir bereits im vergangenen Kapitel zu sprechen gekommen, in dem die erlebten Erfahrungen von Folgen der Erweiterung dargestellt wurden und dabei darauf hingewiesen wurde, dass in die Berichte dieser Erfahrungen ganz andere Faktoren einflossen. Da die berichteten Erfahrungen – vor allem im Hinblick auf die Arbeitsmarktlage, das Einkommen und die Berufsaussichten – objektiv weniger direkte Einflüsse der Erweiterung widerspiegeln, sondern vor allem Faktoren der binnengesellschaftlichen Entwicklung, der Entwicklung der Einkommen und des Arbeitsmarktes in Deutschland bzw. der jeweiligen Region, ist es verständlich, dass diese oben als Projektion bezeichneten Zurechnungen von Ursachen der eigenen Lebenslage auch in die Bilanz der Erweiterung einfließen.

Unter Berücksichtigung dieser noch unspezifischen Randbedingungen und vor allem unter Verweis auf die oben untersuchten Faktoren der Bewertung (Legitimationen, Erfahrungen, Verhaltensdispositionen, Gerechtigkeitswerte) der Erweiterung muss dieses Ergebnis relativiert werden. Vor allem die wertbezogenen Indikatoren der positiven Legitimation, die auf eine grundlegende Übereinstimmung mit allgemeinen Zielstellungen der EU verweisen, zeigen, dass die Bilanzen der Erweiterung zu großen Anteilen von dem beschriebenen Erfahrungshintergrund bestimmt werden.

Interessant aber ist, dass bei den Ostdeutschen eine enge Beziehung zwischen der Bewertung der deutschen Einheit und der EU-Erweiterung besteht. Ein vergleichsweise großer Teil derjenigen, die der deutschen Einheit mehr Vorteile als Nachteile abgewinnen können, kann auch der Erweiterung eher Vor- als Nachteile abgewinnen. Die Korrelation zwischen beiden Variablen (bereinigt) beträgt .412 und ist auf 0.01-Niveau (2-seitig) signifikant.

Diese enge Beziehung der beiden Einschätzungen kann in der Allgemeinheit dieser Fragestellungen noch nicht auf einzelne Faktoren zurückgeführt werden, ist aber ein Ausdruck dafür, dass die Einstellung gegenüber der EU und ihrer Erweiterung nicht allein auf die EU für sich genommen bezogen wird, sondern von weiteren Erfahrungen abhängen, die die Menschen in der Transformation gemacht haben. Dass die Bewertungen der EU, ihrer Erweiterung und ihrer Reformen in allen europäischen Ländern auch von anderen Erfahrungen abhängig gemacht werden, ist ein Tatbestand, der insbesondere auch anlässlich der Verfassungsdiskussion und -entscheidung zu beobachten war.

Es hatte sich oben gezeigt, dass die legitimatorische Unterstützung der Erweiterung von vielen Faktoren abhängt, darunter auch von den längerfristigen Erfahrungen im Prozess der deutschen Einheit seit 1990.

Die Frage, ob dieser Zusammenhang darauf beruht, dass die EU-Erweiterung denjenigen, die eine positive Bilanz der deutschen Einheit ziehen, auch mehr oder minder direkte Vorteile von der Erweiterung hatten, muss mit Einschränkungen verneint werden. Die Einschränkungen beziehen sich darauf, dass es für bestimmte Bevölkerungsgruppen durchaus auch direkte Vorteile infolge der EU-Erweiterung gegeben hat. Wenn und insofern derartige Vorteile subjektiv auf das eigene erfolgreiche Engagement während des Transformationsprozesses zurückgeführt wird, dann kann eine direkte Verbindung zu den Erfahrungen mit der deutschen Einheit und der Erweiterung durchaus hergestellt werden. Im Grunde jedoch ist an Hand der berichteten Erfahrungen seit der Erweiterung abzulesen, dass für die meisten eine solche direkte Verbindung nicht besteht. Es zeigt sich, dass diejenigen, die eine positive persönliche Bilanz der deutschen Einheit ziehen, mehrheitlich angeben, dass die Erweiterung auf Ihren materiellen Status, also Ihre Arbeitsmarktposition, Ihre Einkommenssituation und ihre beruflichen Zukunftschancen zwischen 2004 und 2005 keinen Einfluss hatte.

Immerhin aber gibt es einen Kreis von Personen mit positiver Bilanz der deutschen Einheit, der auch negative Wirkungen der Erweiterung im Hinblick auf diese Indikatoren berichtete.

Bilanz der Erweiterung nach sozialstrukturellen Merkmalen

		EU-Erweiterung insgesamt				
		vor allem Gewinn	mehr Gewinn als Verlust	Gewinn/Verlust sind gleich groß	mehr Verlust als Gewinn	vor allem Verlust
						Zellen%
Geschlecht	männlich	10,0%	20,8%	30,3%	29,5%	9,4%
	weiblich	7,2%	15,3%	42,0%	29,1%	6,3%
Alter	unter 25	10,7%	26,8%	46,4%	8,9%	7,1%
	25-39	10,5%	21,0%	32,7%	27,4%	8,5%
Schulabschluss	40-49	10,2%	18,9%	30,2%	30,9%	9,8%
	50-59	7,1%	16,8%	36,5%	29,9%	9,6%
Qualifikation	60 u.dar.	7,3%	15,9%	39,2%	31,7%	5,9%
	unter 8 Klassen		5,9%	47,1%	35,3%	11,8%
Erwerbsstatus	8-Klassen-/Hauptschul-Abschluss	5,7%	10,9%	30,8%	41,2%	11,4%
	10-Klassen/Realschul-Abschluss	6,4%	13,3%	37,0%	33,7%	9,6%
individuelles Nettoeink.-/Monat	12 oder 13 Klassen/Gymnasium	12,6%	32,8%	32,8%	17,3%	4,4%
	Fachabitur	10,5%	15,2%	45,7%	25,7%	2,9%
Gesamt	noch in der Ausbildung/Schule	16,7%	8,3%	50,0%	16,7%	8,3%
	ohne Abschluss	7,6%	23,9%	31,5%	27,2%	9,8%
Qualifikation	Facharbeiter/Meister	6,1%	9,5%	34,9%	39,1%	10,3%
	Fachschule	6,0%	18,1%	43,5%	25,5%	6,9%
Erwerbsstatus	Hochschule	13,1%	28,4%	33,8%	20,4%	4,3%
	keine Angaben	16,3%	18,6%	32,6%	18,6%	14,0%
individuelles Nettoeink.-/Monat	erwerbstätig-voll	8,9%	21,2%	32,8%	30,0%	7,1%
	Teilzeit/geringfügig	11,2%	25,9%	40,5%	18,1%	4,3%
Gesamt	arbeitsmarktp. Maßn.		6,3%	43,8%	37,5%	12,5%
	arbeitslos	7,0%	7,0%	28,9%	36,0%	21,1%
Qualifikation	Rentner/Vorrentner	7,7%	14,1%	39,6%	31,9%	6,7%
	Sonstiges	12,8%	28,7%	33,0%	20,2%	5,3%
Erwerbsstatus	bis 500	5,3%	15,8%	32,9%	30,3%	15,8%
	500-999	6,6%	10,2%	41,1%	31,3%	10,9%
individuelles Nettoeink.-/Monat	1000-1499	9,1%	14,4%	40,6%	31,2%	4,7%
	1500-1999	9,0%	24,1%	33,1%	26,5%	7,2%
Gesamt	2000 u.d.	11,4%	36,4%	28,8%	17,9%	5,4%
	ohne Einkommen			100,0%		

Aus der Tabelle ist abzulesen, dass das Alter, die Bildung die berufliche Qualifikation, der Erwerbsstatus und auch das Einkommen einen deutlichen Einfluss auf die Gesamtbewertungen der EU-Erweiterung haben.

Jüngere, höher Gebildete, Erwerbstätige und Menschen mit höherem Einkommen bewerten die Erweiterung deutlich positiver als die entgegengesetzten Gruppen.

Bilanz der Erweiterung in einzelnen Bereichen

Bilanz im Hinblick auf die Erfahrungen in den Bereichen Arbeit und Einkommen

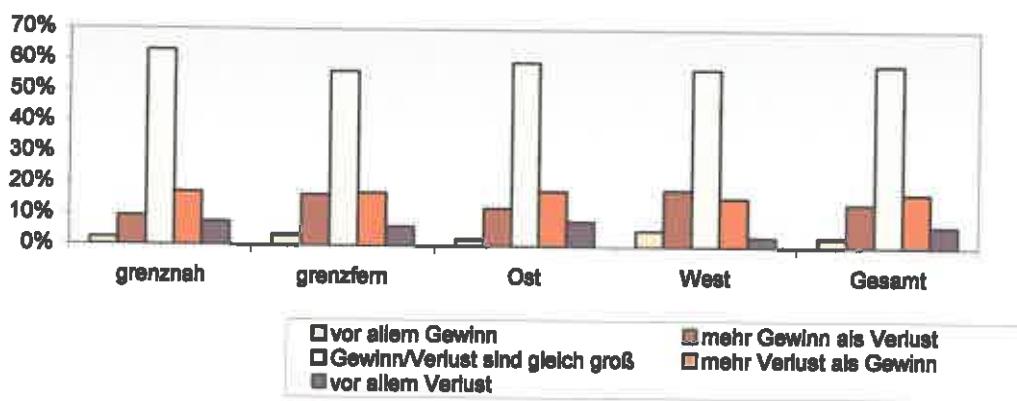
Die regionalen Verteilungen der Bilanzen im Bereich des Erwerbslebens sind erstaunlich homogen. Sowohl was die Ost-West-Dimension betrifft als auch die Grenznähe.

Das deutet darauf hin, dass Verunsicherungen und Zukunftsbefürchtungen überall in Deutschland seit 2004 zugenommen haben und sich auch in einer Projektion der Zurechnung dieser Erfahrungen auf die EU erstrecken. Es sei nochmals daran erinnert, dass das Jahr 2005 durch eine Verknüpfung politischer Entscheidungen gekennzeichnet war, in dem sich Bundestagswahl, Europawahl und die Ablehnung des EU-Verfassungsentwurfs konzentrierten. In ihrer Projektion ihrer Erfahrungen auf die Politik sind die Befragten nur wenig bereit, zwischen Ebenen der Politik und Ihnen entsprechende Verantwortlichkeiten zu unterscheiden.

Gewinn-Verlust-Bilanz der EU-Erweiterung: hinsichtlich Arbeit und Einkommen						
Arbeit/Einkommen						
		vor allein Gewinn	mehr Gewinn als Verlust	Ge- winn/Verlust sind gleich groß	mehr Verlust als Gewinn	vor allein Verlust
Grenzregion	grenznah	2,4%	9,4%	63,2%	17,2%	7,7%
	grenzfern	3,4%	16,6%	56,5%	17,2%	6,3%
O-W	Ost	2,2%	12,3%	59,4%	17,8%	8,2%
	West	5,2%	18,4%	57,4%	15,8%	3,2%
Gesamt		3,1%	14,0%	58,8%	17,3%	6,8%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Arbeit/Einkommen



SFZ, Leben 2005

Bilanz bzgl. Arbeit und Einkommen nach sozialstrukturellen Merkmalen

		Arbeit/Einkommen				
		Gewinn überwiegt		ausgeglic- hen		Verlust überwiegt
		Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%
Geschlecht	männlich	3,1%	18,9%	50,6%	19,9%	7,5%
	weiblich	4,3%	13,0%	53,2%	20,7%	8,8%
Alter	unter 25	7,1%	21,4%	51,8%	8,9%	10,7%
	25-39	5,6%	16,5%	56,6%	19,7%	1,6%
	40-49	4,0%	14,3%	56,6%	20,6%	4,4%
	50-59	3,6%	11,8%	54,4%	25,1%	5,1%
	60 u.dar.	1,8%	18,4%	44,8%	19,8%	15,2%
	unter 8 Klassen		12,5%	68,8%	6,3%	12,5%
	8-Klassen-/Hauptschul- Abschluss	1,0%	13,9%	54,3%	17,8%	13,0%
Schulabschluss	10-Klassen/Realschul- Abschluss	2,4%	14,0%	57,9%	18,7%	7,1%
	12 oder 13 Klassen/Gymnasium	7,1%	21,2%	40,0%	24,4%	7,4%
	Fachabitur	3,8%	18,1%	52,4%	22,9%	2,9%
	noch in der Ausbildung/Schule			83,3%	8,3%	8,3%
	ohne Abschluss	4,5%	19,3%	60,2%	10,2%	5,7%
Qualifikation	Facharbeiter/Meister	1,6%	10,9%	63,6%	16,4%	7,5%
	Fachschule	2,8%	17,5%	47,9%	18,5%	13,3%
	Hochschule	6,2%	21,2%	38,1%	27,9%	6,7%
	keine Angaben	7,5%	20,0%	35,0%	30,0%	7,5%
	erwerbstätig-voll	4,6%	15,3%	50,9%	25,1%	4,1%
Erwerbsstatus	Teilzeit/geringfügig	7,0%	18,4%	49,1%	21,9%	3,5%
	arbeitsmarktp. Maßn.			80,0%	13,3%	6,7%
	arbeitslos	1,7%	7,8%	79,3%	11,2%	
	Rentner/Vorrentner	2,0%	18,6%	43,5%	18,6%	17,3%
	Sonstiges	5,3%	20,0%	54,7%	14,7%	5,3%
individuelles Nettoeink./-/Monat	bis 500	1,3%	15,6%	67,5%	13,0%	2,6%
	500-999	2,3%	10,2%	59,5%	17,8%	10,2%
	1000-1499	2,5%	14,6%	50,4%	21,1%	11,3%
	1500-1999	4,2%	24,7%	44,0%	19,9%	7,2%
	2000 u.d.	5,9%	24,3%	36,2%	29,7%	3,8%
Gesamt		100,0%				
		3,4%	16,6%	50,7%	20,8%	8,4%

Die Merkmale sozialer Differenzierung ergeben eine etwas größere Varianz in den Verteilungen.

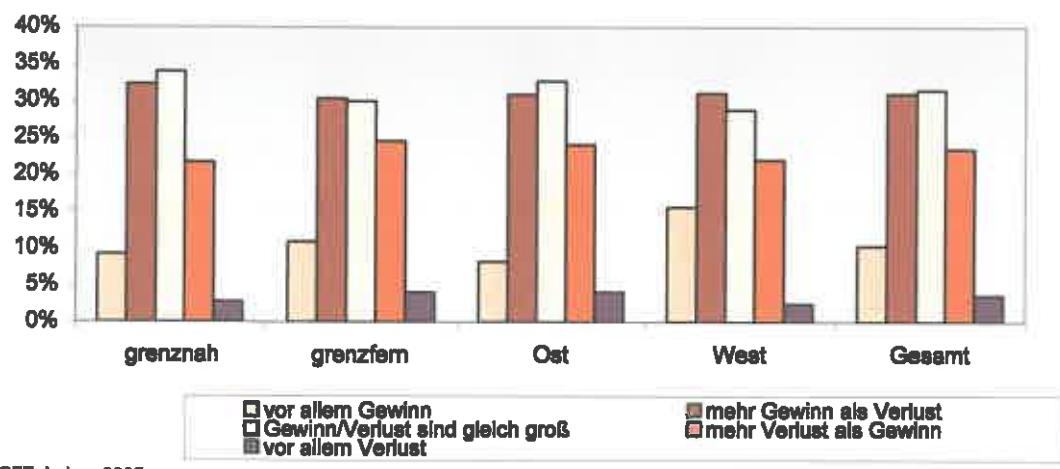
Rechtssicherheit

Die Erweiterung (und im Hintergrund die Reformen am Arbeitsmarkt in Deutschland) hat nicht zu einer Verbesserung der wahrgenommenen Rechtssicherheit geführt, sondern im Gegenteil eine Verunsicherung erkennen lassen. Auch dieser Befund kann nur z. T. der Erweiterung selbst zugerechnet werden. Insbesondere der wachsende Einfluss der Gesetzgebungskompetenz der EU und die Frage, wie sich die Erweiterung auf europäische Gesetzgebungsverfahren auswirken wird, haben dazu beigetragen. Hinzu kommen aber auch die drastischen Eingriffe der Hartz IV in den Rechtsbestand der Menschen.

Gewinn-Verlust-Bilanz der EU-Erweiterung: hinsichtlich der Rechtssicherheit						
Rechtssicherheit						
		vor al- lem Ge- winn	mehr Gewinn als Verlust	Ge- winn/Verlust sind gleich groß	mehr Verlust als Gewinn	vor allem Verlust
Grenzregion	grenznah	9,2%	32,3%	34,0%	21,7%	2,8%
	grenzfern	10,9%	30,4%	30,0%	24,6%	4,1%
O-W	Ost	8,2%	30,9%	32,7%	24,1%	4,1%
	West	15,6%	31,1%	28,8%	22,0%	2,5%
Gesamt		10,3%	31,0%	31,5%	23,5%	3,6%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Rechtssicherheit



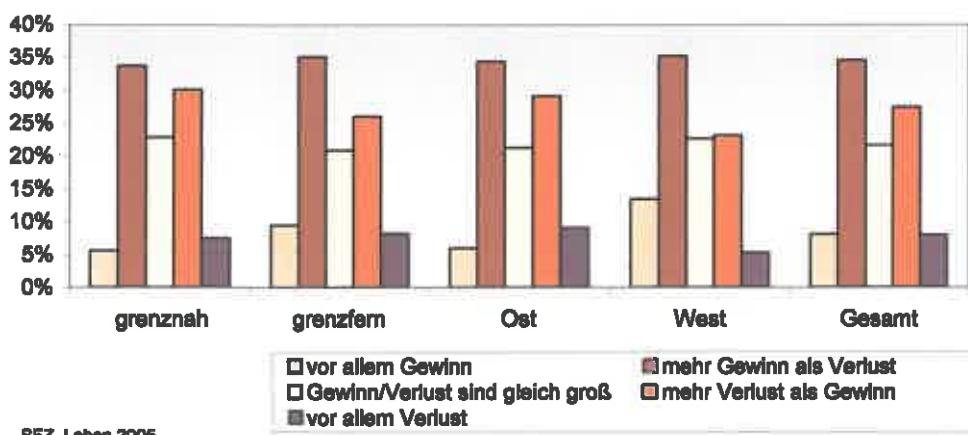
Politische Beteiligung

Hinsichtlich der Möglichkeiten für eigene politische Beteiligung sind die Bilanzen auch nicht positiv. Es fällt aber auf, dass die Verunsicherung größer ist, als die Antizipation von politischen Teilhabemöglichkeiten.

Gewinn-Verlust-Bilanz der EU-Erweiterung: hinsichtlich der Möglichkeiten politischer Beteiligung						
		politische Beteiligung				
		vor al- lem Ge- winn	mehr Gewinn als Verlust	Ge- winn/Verlust sind gleich groß	mehr Verlust als Gewinn	vor allem Verlust
Grenzregion	grenznah	5,6%	33,8%	22,9%	30,2%	7,5%
	grenzfern	9,5%	35,2%	20,9%	26,1%	8,2%
O-W	Ost	6,0%	34,5%	21,3%	29,2%	9,1%
	West	13,5%	35,3%	22,7%	23,2%	5,3%
Gesamt		8,1%	34,7%	21,7%	27,5%	8,0%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - politische Beteiligung



SFZ, Leben 2005

Politische Beteiligung nach sozialstrukturellen Merkmalen

		polit. Beteiligung				
		Gewinn überwiegt	ausgeglichen	Verlust überwiegt	kein Einfluss	trifft nicht zu
		Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%
Geschlecht	männlich	7,1%	37,5%	19,1%	30,1%	6,2%
	weiblich	7,9%	36,7%	16,8%	28,6%	10,0%
Alter	unter 25	10,9%	40,0%	21,8%	20,0%	7,3%
	25-39	6,9%	43,3%	20,6%	26,3%	2,8%
	40-49	9,0%	35,6%	19,5%	26,6%	9,4%
	50-59	7,9%	37,2%	14,1%	33,0%	7,9%
	60 u.dar.	6,3%	34,2%	17,0%	32,6%	10,0%
	unter 8 Klassen	6,7%	26,7%	33,3%	26,7%	6,7%
Schulabschluss	8-Klassen-/Hauptschul-Abschluss	4,9%	34,1%	19,5%	30,7%	10,7%
	10-Klassen/Realschul-Abschluss	6,2%	37,5%	18,2%	28,5%	9,6%
	12 oder 13 Klassen/Gymnasium	10,4%	39,8%	15,7%	29,7%	4,5%
	Fachabitur	7,6%	39,0%	18,1%	29,5%	5,7%
	noch in der Ausbildung/Schule	8,3%	16,7%	41,7%	33,3%	
	ohne Abschluss	14,9%	32,2%	20,7%	25,3%	6,9%
Qualifikation	Facharbeiter/Meister	4,3%	36,6%	19,3%	30,8%	9,0%
	Fachschule	5,8%	42,3%	15,4%	26,4%	10,1%
	Hochschule	9,7%	37,5%	16,4%	31,3%	5,1%
	keine Angaben	18,9%	24,3%	27,0%	18,9%	10,8%
	erwerbstätig-voll	8,6%	39,4%	18,5%	27,8%	5,7%
	Teilzeit/geringfügig	6,3%	42,9%	16,1%	27,7%	7,1%
Erwerbsstatus	arbeitsmarktp. Maßn.		28,6%	7,1%	42,9%	21,4%
	arbeitslos	9,7%	36,3%	23,9%	22,1%	8,0%
	Rentner/Vorrentner	6,4%	33,2%	15,6%	33,9%	11,0%
	Sonstiges	6,4%	40,4%	21,3%	26,6%	5,3%
	bis 500	5,3%	38,2%	22,4%	27,6%	6,6%
	500-999	6,1%	34,5%	18,4%	29,7%	11,3%
individuelles Nettoeink./~Monat	1000-1499	5,4%	40,2%	14,7%	30,3%	9,3%
	1500-1999	12,0%	36,7%	21,1%	25,3%	4,8%
	2000 u.d.	9,1%	36,6%	18,3%	31,2%	4,8%
	ohne Einkommen				100,0%	
Gesamt		7,2%	37,3%	17,8%	29,5%	8,2%

Es ist ersichtlich, dass insbesondere die Bildung und berufliche Qualifikation einen Einfluss auf die Bewertung dieser Möglichkeiten haben.

Kulturelle Vielfalt

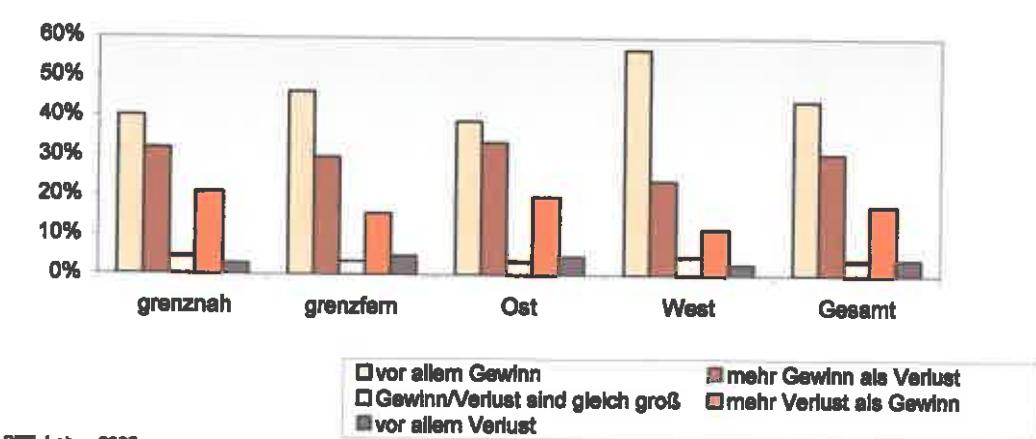
Die Bilanz im Bereich der Kultur hebt sich von allen anderen gesellschaftlichen Bereichen ab. Nur ein marginaler Anteil bewertet die Erweiterung als kulturell verlustreich (obwohl, wie oben gezeigt wurde, das Interesse an der Kultur der neuen Mitgliedsländer nicht groß ist).

Damit scheint sich wenigstens ein Ziel der europäischen Politik auch in der Erweiterung bewährt zu haben.

Gewinn-Verlust-Bilanz der EU-Erweiterung: hinsichtlich der wahrgenommenen kulturellen Vielfalt						
		kulturelle Vielfalt				
		vor al- lem Ge- winn	mehr Gewinn als Verlust	Ge- winn/Verlust sind gleich groß	mehr Verlust als Gewinn	vor allem Verlust
Grenzregion	grenznah	40,2%	32,0%	4,5%	20,6%	2,8%
	grenzfern	46,4%	29,8%	3,4%	15,6%	4,8%
	Ost	38,9%	33,5%	3,4%	19,6%	4,6%
	West	57,1%	23,9%	4,7%	11,5%	2,8%
Gesamt		44,1%	30,8%	3,8%	17,3%	4,1%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - kulturelle Vielfalt



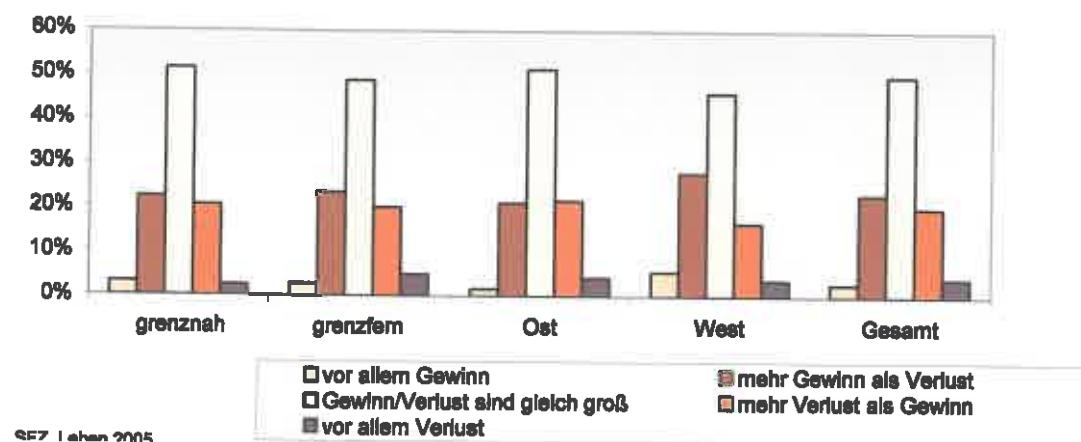
Bilanz der sozialen Sicherheit

Diese Bilanz fällt diametral entgegengesetzt zu der im kulturellen Feld aus. Die Einschränkungen im Bereich der Sozialpolitik haben eine deutliche Wirkung gezeigt.

Gewinn-Verlust-Bilanz der EU-Erweiterung: hinsichtlich sozialer Sicherheit						
soziale Sicherheit						
		vor allein Gewinn	mehr Gewinn als Verlust	Gewinn/Verlust sind gleich groß	mehr Verlust als Gewinn	vor allein Verlust
Grenzregion	grenznah	3,1%	22,4%	51,5%	20,5%	2,5%
	grenzfern	2,7%	23,5%	48,8%	20,1%	4,9%
O-W	Ost	1,7%	21,1%	51,4%	21,6%	4,2%
	West	5,6%	28,0%	46,1%	16,6%	3,7%
Gesamt		2,8%	23,1%	49,9%	20,1%	4,1%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - soziale Sicherheit



SFZ, Leben 2005

		soz. Sicherheit				
		Gewinn überwiegt		ausgeglichen	Verlust überwiegt	kein Einfluss
		Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%	Zeilen%
Geschlecht	männlich	3,7%	25,6%	46,5%	20,2%	4,0%
	weiblich	2,0%	24,8%	44,4%	23,1%	5,6%
Alter	unter 25	5,4%	30,4%	30,4%	23,2%	10,7%
	25-39	2,4%	25,8%	49,6%	20,6%	1,6%
	40-49	2,6%	23,7%	48,9%	20,7%	4,1%
	50-59	2,6%	23,0%	45,9%	24,0%	4,6%
	60 u.dar.	3,2%	26,2%	42,9%	21,3%	6,3%
	unter 8 Klassen		26,7%	53,3%	13,3%	6,7%
Schulabschluss	8-Klassen-/Hauptschul-Abschluss	1,4%	22,7%	48,8%	19,8%	7,2%
	10-Klassen/Realschul-Abschluss	2,6%	23,7%	51,1%	18,3%	4,3%
	12 oder 13 Klassen/Gymnasium	3,6%	29,6%	35,5%	28,4%	3,0%
	Fachabitur	3,8%	23,1%	45,2%	22,1%	5,8%
	noch in der Ausbildung/Schule	8,3%	33,3%	41,7%	8,3%	8,3%
	ohne Abschluss	6,8%	22,7%	45,5%	18,2%	6,8%
Qualifikation	Facharbeiter/Meister	2,2%	21,7%	51,7%	20,1%	4,3%
	Fachschule	1,0%	27,4%	47,6%	19,7%	4,3%
	Hochschule	3,8%	29,0%	37,3%	25,2%	4,8%
	keine Angaben	5,1%	28,2%	35,9%	23,1%	7,7%
	erwerbstätig-voll	2,6%	26,0%	46,3%	22,9%	2,2%
	Teilzeit/geringfügig	,9%	26,1%	48,7%	22,6%	1,7%
Erwerbsstatus	arbeitsmarktp. Maßn.		14,3%	57,1%	21,4%	7,1%
	arbeitslos	2,6%	18,1%	60,3%	11,2%	7,8%
	Rentner/Vorrentner	3,6%	25,9%	41,1%	21,8%	7,6%
	Sonstiges	5,4%	28,0%	36,6%	24,7%	5,4%
	bis 500		28,6%	51,9%	14,3%	5,2%
	500-999	1,3%	20,9%	51,7%	18,9%	7,3%
individuelles Nettoeink./-Monat	1000-1499	2,2%	24,9%	40,9%	26,6%	5,3%
	1500-1999	4,2%	31,5%	46,1%	15,8%	2,4%
	2000 u.d.	4,3%	30,1%	39,2%	25,3%	1,1%
	ohne Einkommen				100,0%	
Gesamt		2,5%	25,9%	45,1%	21,9%	4,7%

Die Jüngsten und die am höchsten gebildeten Befragten geben noch die beste Bewertung ab, aber auch sie ist im Grunde verheerend.

2.7. Bilanz der Erweiterung und Ausländerfeindlichkeit

Zur Analyse der Einstellungen gegenüber Ausländern verwendeten wir in unserer Untersuchung sechs Items („in Deutschland leben zu viele Ausländer“, „Deutschland sollte aus humanitären Gründen mehr Ausländer aufnehmen“, „Ausländer sollten sich mehr anpassen“, „Ausländer nutzen das Sozialsystem aus“, „Ausländer bereichern unser Leben“, „aus demographischen Gründen muss Deutschland mehr Ausländer aufnehmen“). Mittels einer Clusteranalyse gruppierten wir die Einstellungen der Befragten in drei Gruppen, die sich innerhalb der Gruppen ähnlich waren und sich deutlich in ihren Antworten zur Gesamtheit aller sechs Items zwischen den Gruppen unterschieden. In die Analyse konnten nur die Probanden einbezogen werden, die für alle Items eine „klare“ Antwort geben (also nie „ich weiß nicht“ ankreuzten oder nicht antworteten). Das waren knapp 55 % aller Befragten. Von diesen erwiesen sich 48,9 % als ausländerfeindlich, 34,0 % als skeptisch gegenüber Ausländern und 17,1 % wiesen eine moderate Einstellung gegenüber Ausländern auf. Diese Verteilung muss nicht die Einstellungen der Gesamtheit wiedergeben, da sich bei denen, die in die Gruppenbildung nicht einbezogen wurden, ebenfalls gewisse Einstellungen gegenüber Ausländern in einigen der Items niederschlagen. Die Verteilung aller Antworten in den sechs einzelnen Items macht aber deutlich, dass die ermittelte Gruppierung im Großen und Ganzen der Gesamtheit entspricht.

2.7.1 Ergebnisse

Die Ergebnisse der Analyse sind an Deutlichkeit nicht zu überbieten. Viel mehr als die regionalen und die sozialstrukturellen Merkmale wirken die Einstellungen gegenüber Ausländern auf die Bewertung der EU-Erweiterung ein. Von denen, die als ausländerfeindlich eingestuft werden müssen (vgl. Winkler (2005), gaben 67,7 % an, dass die Erweiterung mehr Verlust als Gewinn bedeuten würde. Insgesamt waren es 33,8 % der Befragten.

Aus diesem Grund muss die Bewertung der Einwirkungen der sozialstrukturellen Merkmale auf die Bewertung der Erweiterung noch einmal in einem neuen Licht betrachtet werden.

Es zeigt sich nämlich, dass der soziale Status und die geäußerten Erfahrungen in weitaus geringerem Maße auf die Bewertungen diskriminierend wirken. Der entscheidende Einfluss scheint von den Grundinstellungen und Werten auszugehen und dabei insbesondere von der Einstellung gegenüber Ausländern. Soziale Lage und gemachte soziale Erfahrungen sind also nicht allein erklärende Faktoren.

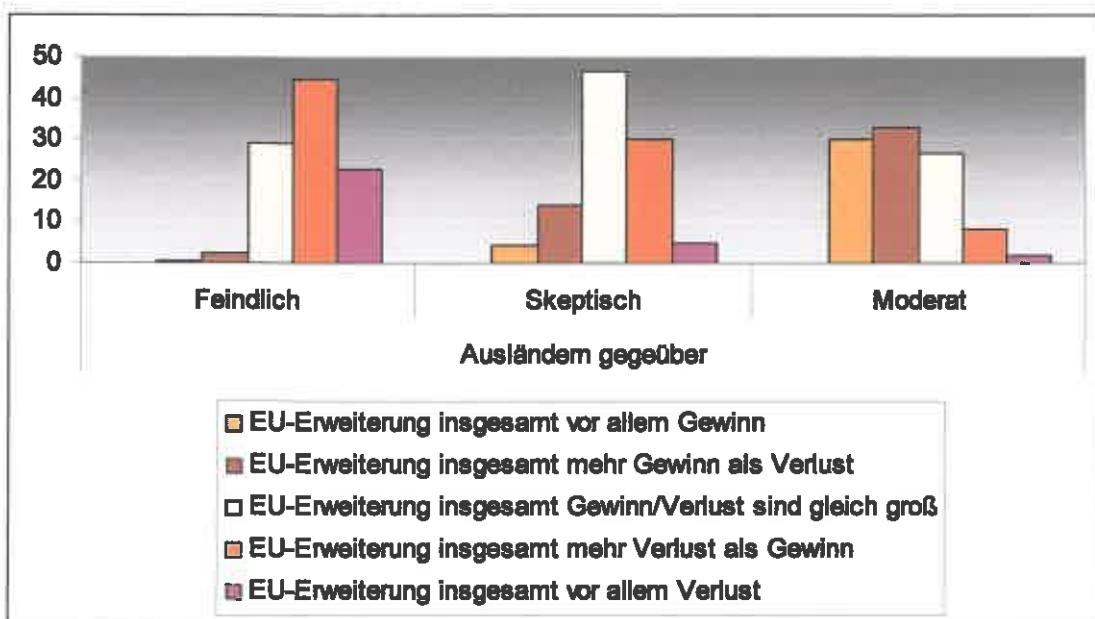
Es muss aber darüber hinaus bedacht werden, dass auch die Einstellungen gegenüber Ausländern von Faktoren der sozialen Lage und gemachter Deprivationserfahrungen beeinflusst werden. Zu ausländerfeindlichen Einstellungen neigen häufiger, Ältere, Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, mit geringem Einkommen und vergleichsweise geringer Bildung.

Dennoch ist die Wirkung dieses Einstellungsfaktors auf die Bewertung der Erweiterung als ein eigenständiger Faktor nicht zu verkennen.

Allgemeine Gewinn- und Verlustbilanz seit der Erweiterung nach der Einstellung gegenüber Ausländern - insgesamt

	vor allem Gewinn	mehr Gewinn als Verlust	Ge-winn/Verlust sind gleich groß	mehr Verlust als Gewinn	vor al-lem Verlust
Feindlich	0,7	2,4	29,3	44,8	22,9
Skeptisch	4,2	13,9	46,8	30,3	4,9
Moderat	30,2	32,8	26,8	8,2	2,0

SFZ, Leben 2005



Bilanz hinsichtlich Arbeit und Einkommen nach Ausländerfeindlichkeit

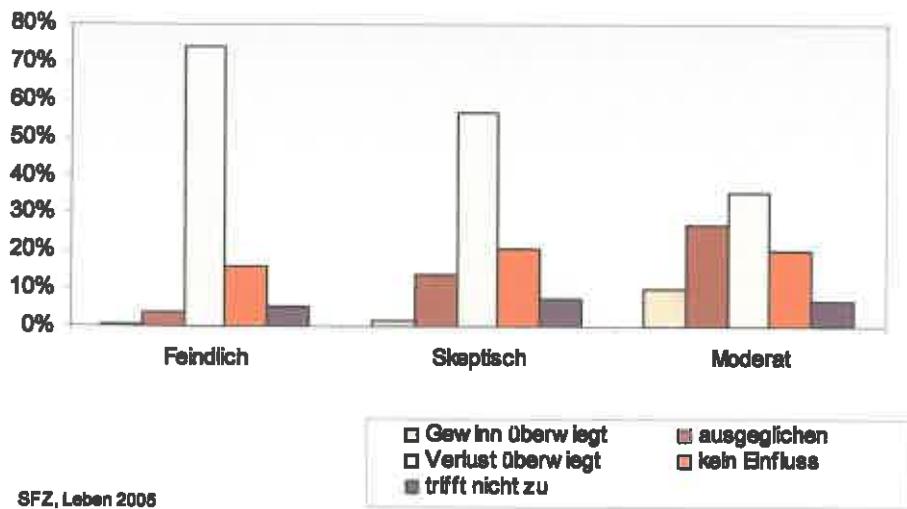
Betrachtet man den Zusammenhang von Einstellungen gegenüber Ausländern und der Bewertung der Erweiterung im Hinblick auf den Bereich der Erwerbsarbeit, dann wird die Diskrepanz noch deutlicher.

Gewinn- und Verlustbilanz nach gesellschaftlichen Bereichen seit der Erweiterung nach der Einstellung gegenüber Ausländern

Bzgl. Arbeit / Einkommen					
	Gewinn überwieglt	ausgeglichen	Verlust überwieglt	kein Einfluss	trifft nicht zu
Feindlich	0,3%	3,8%	74,4%	16,0%	5,5%
Skeptisch	1,8%	13,8%	56,6%	20,4%	7,3%
Moderat	10,3%	26,8%	35,7%	20,2%	7,1%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Einstellung gegenüber Ausländern Arbeit / Einkommen



74,4 % der Befragten mit einer feindlichen Einstellung gegenüber Ausländern bilanzieren die Erweiterung in dieser Hinsicht negativ. Dem gegenüber kommen „nur“ 35,7 % der Ausländerfreundlichen zu dieser Bewertung.

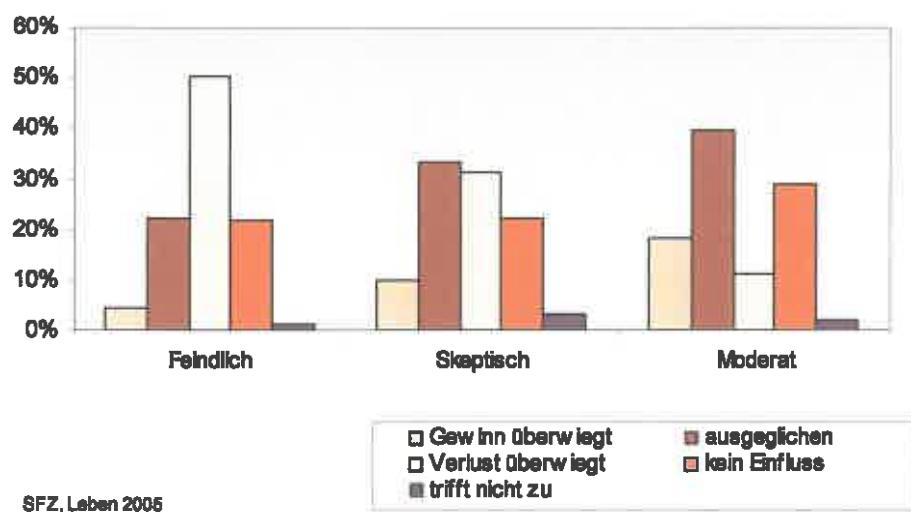
Bilanz der Erweiterung hinsichtlich wahrgenommener Rechtssicherheit nach Ausländerfeindlichkeit

Hinsichtlich der wahrgenommenen Rechtssicherheit fällt das Ergebnis zwar auch sehr negativ, aber nicht in dem Ausmaß wie hinsichtlich der Erwerbsarbeit aus. Aber auch hier ist erstaunlich, wie deutlich der Einfluss der Einstellungen auf die Bilanzierung ist.

Gewinn- und Verlustbilanz nach gesellschaftlichen Bereichen seit der Erweiterung nach der Einstellung gegenüber Ausländern					
Bzgl. Rechtssicherheit					
	Gewinn überwieglt	ausgeglichen	Verlust überwieglt	kein Einfluss	trifft nicht zu
Feindlich	4,4%	22,3%	50,3%	21,9%	1,1%
Skeptisch	9,8%	33,5%	31,2%	22,4%	3,1%
Moderat	18,2%	39,7%	11,3%	28,9%	1,9%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Einstellung gegenüber Ausländern Rechtssicherheit



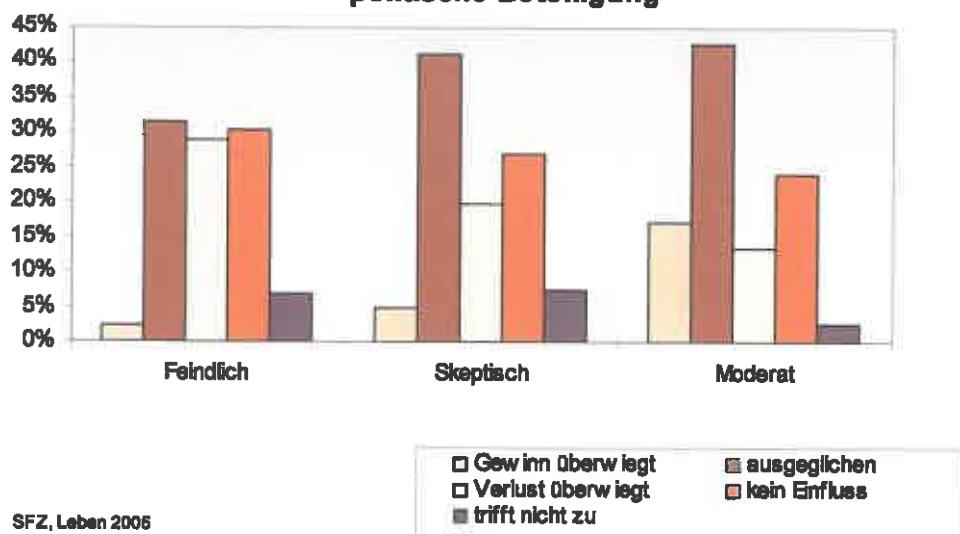
Bilanz der Erweiterung hinsichtlich politischer Beteiligung nach Ausländerfeindlichkeit

Im Bereich der politischen Beteiligung sind die Unterschiede in den Antworten zwischen den Ausländern gegenüber feindlichen und den eher moderaten Gruppen zwar auch groß, aber auf einem niedrigeren Gesamtniveau. Die Wirkung dieser Einstellungen als ein Faktor spielt auch hier eine große Rolle, tritt aber wegen des niedrigeren Gesamtniveaus nicht so stark in den Vordergrund.

Gewinn- und Verlustbilanz nach gesellschaftlichen Bereichen seit der Erweiterung nach der Einstellung gegenüber Ausländern					
Bzgl. politischer Beteiligung					
	Gewinn überwiegt	ausgewichen	Verlust überwiegt	kein Einfluss	trifft nicht zu
Feindlich	2,4%	31,4%	28,9%	30,3%	7,0%
Skeptisch	4,8%	41,3%	19,7%	26,8%	7,4%
Moderat	17,1%	42,6%	13,4%	24,2%	2,7%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Einstellung gegenüber Ausländern politische Beteiligung



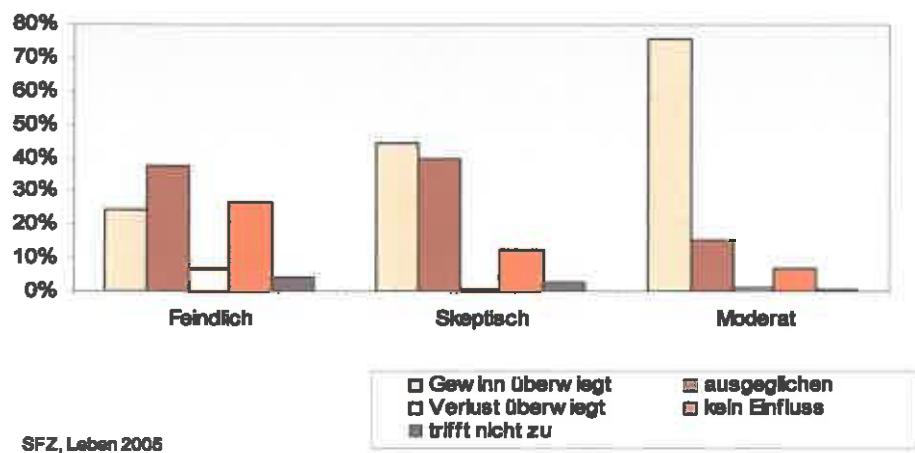
Bilanz der Erweiterung hinsichtlich kultureller Vielfalt nach Ausländerfeindlichkeit

Die Analyse des Zusammenhangs der Bilanz der Erweiterung auf kulturellem Gebiet mit den Einstellungen gegenüber Ausländern fällt insgesamt auf hohem Antwortniveau aus. Das insgesamt positive Antwortniveau bedeutet auch, dass die ausländerfeindlichen Befragten bis auf wenige Ausnahmen keine Nachteile der Erweiterung feststellen konnten. Das deutet darauf hin, dass es in den Einstellungen gegenüber Ausländern vor allem die sozialen Dimensionen sind, die hier zur Geltung kommen und nicht die kulturellen Dimensionen. Das lässt darauf schließen, dass die Ausländerfeindlichkeit vor allem soziale Hintergründe hat.

Gewinn- und Verlustbilanz nach gesellschaftlichen Bereichen seit der Erweiterung nach der Einstellung gegenüber Ausländern					
Bzgl. kultureller Vielfalt					
	Gewinn überwiegend	ausgeglichen	Verlust überwiegend	kein Einfluss	trifft nicht zu
Feindlich	24,2%	37,6%	7,1%	26,7%	4,4%
Skeptisch	44,7%	39,5%	0,7%	12,2%	2,9%
Moderat	75,5%	15,4%	1,3%	7,1%	0,7%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Einstellung gegenüber Ausländern kulturelle Vielfalt



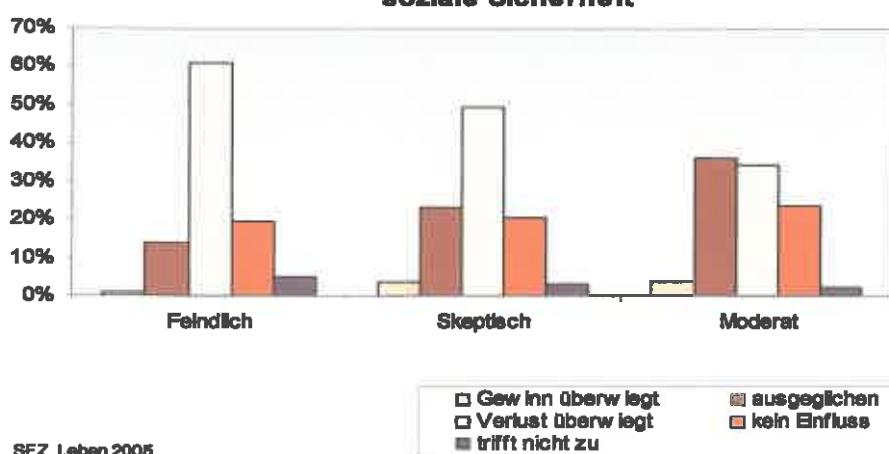
Bilanz der Erweiterung sozialer Sicherheit nach Ausländerfeindlichkeit

Das eben hervorgehobene Ergebnis zum vorrangig sozialen Charakter der ausländerfeindlichen Einstellungen wird durch die folgende Tabelle unterstrichen. Im Hinblick auf die wahrgenommene soziale Sicherheit fallen die Bilanzen insgesamt, aber am deutlichsten bei den ausländerfeindlichen Befragten, der Erweiterung negativ aus.

Gewinn- und Verlustbilanz nach gesellschaftlichen Bereichen seit der Erweiterung nach der Einstellung gegenüber Ausländern					
	Bzgl. sozialer Sicherheit				
	Gewinn überwieg.	ausgeglichen	Verlust überwieg.	kein Einfluss	trifft nicht zu
Feindlich	0,8%	13,9%	61,0%	19,6%	4,7%
Skeptisch	3,5%	23,3%	49,5%	20,5%	3,1%
Moderat	3,4%	35,9%	34,4%	23,8%	2,4%

SFZ, Leben 2005

EU-Erweiterung - Einstellung gegenüber Ausländern soziale Sicherheit



3. Zusammenfassende Thesen

1. Die innerdeutsche Transformation ist durch die Osterweiterung der EU nicht wesentlich beeinflusst worden. Sie ist vielmehr in ihren institutionellen Grundzügen am 3. Oktober 1990 mit der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands vollzogen worden. An die Vereinigung anschließende Prozesse des gesellschaftlichen Umbruchs waren dennoch tiefgreifend und in einigen Hinsichten erfolgreich, in anderen dagegen nicht. Den Menschen in den neuen Bundesländern sind enorme Anpassungsleistungen abverlangt worden und die Modalitäten ihrer Integration in die neue Gesellschaft sind zwiespältig.
2. Ein Einfluss der EU-Erweiterung auf die innerdeutsche Transformation kann sich daher in institutioneller Hinsicht nur dann ergeben, wenn sich die Bedingungen der Integration Deutschlands in die EU ändern. Das ist im Zusammenhang mit der Osterweiterung nicht der Fall, wohl aber im Kontext der Prozesse der Vertiefung der europäischen Integration, wie sie z.B. durch den Verfassungsprozess eingeleitet wurden. Der Lissabonner Vertrag als vorläufiger Abschluss dieses Vertiefungsprozesses hat auch Konsequenzen für einige Aspekte des Institutionensystems in Deutschland, betrifft aber nicht die ostdeutsche Transformation im engeren Sinn.
3. Die deutsche Gesellschaft ist zwar institutionell homogen, aber in vielen gesellschaftlichen Bereichen sind nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern anzutreffen. In der ostdeutschen Wirtschaft kann der Aufholprozess der 1990er Jahre seit der Jahrtausendwende nicht weiter geführt werden, die Arbeitsmärkte sind nach wie vor gespalten, die Einkommen und Vermögen deutlich geringer, die Abwanderung in die alten Ländern anhaltend hoch. Die ostdeutsche Gesellschaft ist nach wie vor eine „Transfergesellschaft“.
4. Unter diesen Bedingungen kann sich ein europäischer Einfluss auf die Transformation in Deutschland nur dann einstellen, wenn der Status der ostdeutschen Gesellschaft als Transfergesellschaft beeinflusst wird. Das allerdings ist infolge der Osterweiterung in der Tat teilweise der Fall. Grade well sich die Erweiterung auf die Modalitäten und die Niveaus der Verteilung von Ressourcen sowohl aus den EU-Fonds, aber auch hinsichtlich der Bedingungen für staatliche Wirtschaftshilfen und innerstaatliche Umverteilungen ausgewirkt hat, beeinflusst sie in materialer Hinsicht auch die Transformation in Ostdeutschland.
5. In wirtschaftlicher Hinsicht war teilweise befürchtet worden, dass die Erweiterung negative Konsequenzen für die neuen Bundesländer nach sich ziehen könnte. Insbesondere im Bereich der Dienstleistungen und im verarbeitenden Gewerbe befürchteten einige Wirtschaftsinstitute Einbrüche. Das hat sich im Großen und Ganzen nicht bestätigt. Zwar sind in einigen grenznahen Regionen Verluste bei Umsätzen und Gewinnen zu verzeichnen, aber die Gesamtwirtschaft der neuen Bundesländer hat eher von der Erweiterung profitiert. Allerdings hat die Erweiterung einige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, aber größere Auswirkungen auf die Einkommen und Einkommensverteilung. Seit 2002 ist ein Druck auf die Löhne und Gehälter entstanden, der zwar zum Teil auf die krisenhafte gesamtwirtschaftliche Situation zurück zu führen ist, aber auch auf den gestiegenen Konkurrenzdruck in der vergrößerten EU. Infolge dieses Drucks auf die Erwerbseinkommen ist der Niedriglohnsektor insbesondere in den neuen Bundesländern deutlich gewachsen. Das verstärkte die ohnehin anhaltende Tendenz der Einkommensspreizung zwischen den alten und den neuen Ländern, aber auch innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft.
6. Die Befragten unserer Untersuchung aus dem Jahr 2005 in Ost und in West berichten über deutlich negative Erfahrungen seit der Erweiterung vor allem in Zusammenhang mit dem Erwerbsleben. Die Arbeitsmarktchancen, die Einkommen und die beruflichen Aussichten haben sich verschlechtert. Auch in anderen Aspekten (wie z.B. persönliche und soziale Sicherheit, Lebensquali-

tät) berichten die Probenden von negativen Erfahrungen seit 2004. Diese Erfahrungen können aus „objektiver“ Sicht nicht eindeutig der Erweiterung und ihren Folgen zugerechnet werden. Sie werden aber von den Befragten selbst in einen solchen Zusammenhang gestellt. Diesen Befund interpretieren wir mit der These über die Projektionen von Erfahrungen auf die Politik im Allgemeinen unabhängig von verschiedenen politischen Ebenen. Das Jahr 2005 war durch die Gleichzeitigkeit mehrerer Prozesse und Ereignisse charakterisiert. Es mischten sich eine krisenhaft gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit Reformen am Arbeitsmarkt, Terrorismusängste mit Veränderungen des Regimes europäischer innerer und äußerer Sicherheit und Wahlen auf Landes-, Bundes- und auf europäischer Ebene. Hinzu kamen im Sommer die Diskussionen über die europäische Verfassung und Befürchtungen über die Regulation des Binnenarbeitsmarktes (Arbeitsmigration). Diese Mischung nahmen die Befragten offenbar zum Anlass, ihre eigenen, negativen Erfahrungen auf die Erweiterung der EU zuzurechnen.

7. In den Werten und Einstellungen der Bevölkerung sind nach wie vor Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern zu verzeichnen. Die Werte der Bürger aus den neuen Bundesländern sind einerseits geprägt durch die Erfahrungen in der DDR, andererseits durch notwendige Überprüfungen der Wertbezüge in der Transformation (die zu Korrekturen und zu Bestätigungen der Werte führen konnten) und in einigen Hinsichten durch den europäischen Vergleich. Die EU-Erweiterung hatte auf diese Wertbindungen nur einen geringen Einfluss. Vielmehr stellt sich umgekehrt heraus, dass vorhandene Wertpräferenzen die Wahrnehmung und Bewertung der Erweiterung beeinflussten.
8. Die EU und ihre Erweiterung sind auf einer sehr grundsätzlichen Ebene positiv legitimiert. Das heißt, dass im Hinblick auf allgemeine Zielstellungen und Grundsätze eine Zustimmung mehrheitlich vorhanden ist. Je konkreter die Zielstellungen aber formuliert werden und je mehr sie im Zusammenhang mit der Sicherheit im Erwerbsleben, mit der inneren und äußeren Sicherheit und mit der sozialen Sicherheit stehen, desto geringer fallen die Zustimmungen aus. Insofern werden die EU und die Erweiterung in ein Gegensatzverhältnis zu Sicherheits- und Integrationsbedürfnissen gesetzt.
9. Die Bewertungen der Legitimität der Erweiterung sind hinsichtlich kritischer Urteile deutlich ausgeprägt. Verlust staatlicher Souveränität, Einschränkung demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten, stärkere Bürokratie, Verschwendungen von finanziellen Ressourcen, intensivere Konkurrenz um Fördermittel und einseitige Vorteile für große Unternehmen sind Stellungnahmen, denen sich die Menschen mehrheitlich anschließen.
10. Zukunftsaussichten für die Entwicklung der eigenen Region werden bzgl. Der meisten gesellschaftlichen Bereiche düster beurteilt. Die Erwartungen an die Landesregierungen und regionalen Akteure sind dem entsprechend gering. Auch diesen Pessimismus bringen die Menschen mit der EU und der Erweiterung in Verbindung.
11. Im Hinblick auf Aspekte sozialer Gerechtigkeit und Solidarität sind zwischen den Ost- und den Westdeutschen relativ starke Gemeinsamkeiten anzutreffen. Alle befürworten einerseits Prinzipien der Chancengleichheit der Menschen in allen EU-Mitgliedsländern. Andererseits ist man nur in geringerem Maße bereit, auf Erreichtes im eigenen Land bzw. in der eigenen Region zu verzichten. Insbesondere wird eine Rückstellung von Zielen der Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland zugunsten einer stärkeren Unterstützung neuer EU-Mitglieder mehrheitlich abgelehnt.
12. Veränderungen des eigenen Verhaltens fassen Wenige ins Auge. Die Mehrheit ist der Meinung, dass man sich auf besondere Veränderungen der Lebensbedingungen infolge der Erweiterung

nicht einzustellen braucht. Auch hinsichtlich eigenen Engagements verleiht die Erweiterung der Mehrheit keine neuen Impulse. Immerhin ist ein relativ großer Anteil der Befragten bereit, gegebenenfalls ausländische Mitbürger zu unterstützen.

13. Die Bilanz der Erweiterung fällt vergleichsweise schlecht aus. Ein großer Teil der Menschen zieht eine negative, mindestens aber gemischte Bilanz von Vor- und Nachteilen. Es kann auch in der Gesamtbewertung der EU-Erweiterung wie so oft festgestellt werden, dass die Bewertungen in starkem Maße von der sozialen und wirtschaftlichen Lage abhängen.
14. Der Einfluss der sozialen Lage verdeutlicht sich noch mehr, wenn die Bilanz der Erweiterung auf das Feld von Arbeit und Einkommen bezogen wird. In dieser Hinsicht fällt die Bilanz noch negativer aus.
15. Trotz des großen Einflusses von Merkmalen der sozialen Lage haben wir festgestellt, dass bestimmte Werte und Einstellungen eine teilweise noch größere Wirkung auf die Wahrnehmungen und Bewertungen der EU-Erweiterung haben. Insbesondere die Einstellungen gegenüber Ausländern ergaben die stärksten Ausschläge in den Differenzierungen der Antworten. Darin sehen wir einen äußerst kritisch zu bewertenden Tatbestand.

4. Literaturauswahl

Axt, Heinz-Jürgen (2000): Solidarität und Wettbewerb- die Reform der EU-Strukturpolitik-Strategien für Europa. Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh.

Barbato, Mariano (2003): Souveränität im neuen Europa. Der Souveränitätsbegriff im Mehrebenensystem der Europäischen Union, Hamburg

Bechelt, Timm (2004): Die Europäische Union nach der Osterweiterung. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Stuttgart.

Benz, Benjamin, Boeckh, Jürgen, Huster, Ernst-Ullrich (2000): Sozialraum Europa. Ökonomische und politische Transformation in Ost und West, Opladen

Böhmer, Michael (2005): EU-Osterweiterung und eingeschränkte Arbeitskräftefreizügigkeit. Auswirkungen auf Deutschland, Hamburg

Brunn, Gerhard (2002): Die Europäische Einigung von 1945 bis heute, Stuttgart

DIHK (2005): Ein Jahr EU-Erweiterung – Eine Bilanz deutscher Unternehmen. Ergebnisse einer DIHK-Umfrage, Frühjahr 2005, Berlin

Durkheim, Emile (1990): Über soziale Arbeitsteilung, F/M

Eurobarometer 63.4, Frühjahr 2005, European Commission, 2005

Europäische Kommission / Generaldirektion Presse und Kommunikation (2003): Mehr Einheit und mehr Vielfalt: die größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union, Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

Staatsregierung des Freistaates Bayern (2004): Gemeinsames Programm der Staatregierungen der Freistaaten Bayern und Thüringen, Pressemitteilung, München

Gemeinschaftsausschuss der Sächsischen Wirtschaft (2005): Positionspapier der sächsischen Wirtschaft zur Programmplanung der EU-Strukturfonds 2007-13

Gerstenberger, Wolfgang (u. a.) (2003): „Analyse der Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen“, Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Dresden

Hanf, Thomas (2005): Ungleichheit und Gerechtigkeit. Strukturen von Gerechtigkeitsvorstellungen in den neuen Bundesländern. Eine empirische Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Berlin

Herz, Dietmar (2002): Die Europäische Union, C. H. Beck

Huget, Holger (2007): Demokratisierung der EU, Normative Demokratietheorie und Governance- Praxis im europäischen Mehrebenensystem. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden

IHK Frankfurt (Oder)(2005): Die EU-Erweiterung im Meinungsbild der ostbrandenburgischen Unternehmerschaft, Ergebnisse einer vierten Umfrage

ISA-Consult GmbH (2001): Expertise zur EU-Osterweiterung: arbeitsmarktpolitische Konsequenzen und Handlungsoptionen für Mecklenburg-Vorpommern, im Auftrag des Ministerium für Arbeit und Bau des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin

Jung, Matthias (2008): Einheit in Vielheit? Europas kulturelle Identität als Forschungsaufgabe, Berlin

Knelangen, Willhelm (2001): Das Politikfeld Innere Sicherheit im Integrationsprozess. Die Entstehung einer europäischen Politik der inneren Sicherheit, Opladen

Kreft, Michael (2002): Die Europäische Union als Sicherheitsinstitution. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft im kulturellinstitutionellen Kontext der Europäischen Integration, Osnabrück

Landtag Brandenburg Drucksache 3/2218, 3. Wahlperiode, Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Nr. 12 "Brandenburg und Europa" der Fraktionen von SPD und CDU, Drucksache 3/1772

Marx, Karl (1971): Einleitung (zur Kritik der politischen Ökonomie), MEW Bd. 13, Berlin

Nissen Sylke (2004): Europäische Identität und die Zukunft Europas; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 38/04

Pirhofer, Christine (2004): Institutionelle Aspekte der EU-Osterweiterung unter Berücksichtigung der laufenden Beitrittsverhandlungen, F/M. (u. a.)

Schwengel, Hermann (2005): Europäische Lernprozesse, Einführung und Resümee zur gleichnamigen Tagung vom Institut für Sozialforschung Hamburg / Grundsatzabteilung des DGB Berlin / Institut für Soziologie, Universität Freiburg

Volkssolidarität Bundesverband (2005): Sozialreport 2005— Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin

Wagner, Wolfgang/ Hellmann, Gunther (2003): Zivile Weltmacht? Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitk der Europäischen Union, in: Beate Kohler-Koch/Markus Jachtenfuchs(Hrsg.), Europäische Integration, 2. Auflage, Stuttgart

Weber, Max (1996): Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen

Wessels, Wolfgang (2008): Das politische System der Europäischen Union, F/M

Winkler, Gunnar (Hrsg.)(2004): Sozialreport 2004 – Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin

Winkler, Gunnar (2007): Einstellungen zu Ausländern und rechtsextremistische Auffassungen in den neuen Bundesländern, Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapiere 133, Berlin

Zweites Positionspapier der Brandenburger Wirtschaftskammern in der deutsch-polnischen Grenzregion, Handlungsfelder für Politik und Wirtschaft, 2004